

# zivilschutz magazin





1971-1981

## Zehn Jahre „Zivilschutz-Magazin“

„... Nach wie vor konzentrieren wir uns in unserer Arbeit auf die Schwerpunkte, die angesichts der finanziellen und materiellen Lage im Bereich des Zivilschutzes – der schließlich das Kernstück der ZV bildet – größtmögliche Effektivität versprechen. Das ist in erster Linie die Unterstützung der zahlreichen Helfer und Mitarbeiter, für die angemessene Ausrüstung und Ausbildung sichergestellt werden müssen. Das ist weiterhin die Werbung um Vertrauen und Mitarbeit bei allen Bürgern, denen unsere Bemühungen gelten und ohne deren Verständnis und Mithilfe kein wirksamer Schutz aufgebaut werden kann...“

Ich hoffe, daß durch die schwerpunktmäßige Arbeit und durch bessere finanzielle Ausstattung unsere Bemühungen um eine Verstärkung der zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes auch bei den Menschen in unserem Land größeres Verständnis finden. Dazu kann auch diese neue Zeitschrift beitragen, die sich heute mit dem ersten Heft vorstellt. Es ist zu wünschen, daß die Publikation dazu beiträgt, Vorurteile – die noch immer gegen den Zivilschutz bestehen – abzubauen, die Helfer in allen Bereichen der Organisationen zu verbinden und schließlich die breite Öffentlichkeit über unsere gemeinsamen Aufgaben umfassend zu informieren.“

Dies schrieb der damalige Bundesminister des Innern und heutige Vizekanzler und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher dem „Zivilschutz-Magazin“ sozusagen ins „Stammbuch“, nämlich in seinem Vorwort zur ersten Ausgabe dieser Zeitschrift im August 1971.

Es paßt sicher nicht zu dem Charakter dieser Fachzeitschrift, in einem redaktionellen Vorwort auf die stolze Zahl der vielen Ausgaben, auf die nach Tausenden zählen-

den Seiten usw. zu verweisen. Es wird uns ohnehin nicht möglich sein, die Wirkung des gedruckten Wortes – im Positiven wie im Negativen – auch nur annähernd richtig einzuschätzen.

Die Probleme im Bereich des Zivilschutzes sind heute weitgehend die gleichen wie im Jahre 1971, als Minister Genscher auf die finanzielle Situation, auf die Ausrüstung der Helfer und auf die Motivation der Bürger einging. Und doch glauben wir feststellen zu können, daß ein gewisser Wandel in der Betrachtung des Zivilschutzes eingetreten ist: Die Notwendigkeit der staatlichen und privaten Vorsorge ist heute in weitesten Kreisen der Menschen in unserem Land unbestritten, ja selbstverständlich. Die „Zivilschützer“ sind keine belächelte Gruppe mehr, sondern durch ihre Leistung anerkannt und durch ihr Engagement geachtet.

Wir, die Redaktion des „Zivilschutz-Magazins“, haben uns bemüht, in den zurückliegenden zehn Jahren den Helfern und Mitarbeitern fachliche Informationen, Hintergründe und aktuelle Entwicklungen zu bieten und aufzuzeigen. Dabei sahen wir uns oftmals dem Vorwurf ausgesetzt, als quasi „amtliche“ Zeitschrift nicht genügend kritisch zu sein – wenn man heute die Jahrgänge einmal durchblättert, so findet man eine Fülle von Berichten, in denen zwar weniger im Sinne einer Beckmesserei als vielmehr konstruktiv-kritisch geschrieben wurde. Und diesen Stil wollen wir beibehalten, denn wir sehen uns der gemeinsamen Sache verbunden.

Ob es die einzelnen Fachdienste des Katastrophenschutzes, der Schutzraumbau, der Kulturgüterschutz waren, wir haben alle Themen aufgegriffen und überall den Menschen gesehen, der – ehren- oder haupt-

Nr. 7-8/81 Juli/August

G2766EX

# zivilschutz magazin



amtlich – dahinterstand. Auch das wollen wir weiter so betrachten.

Eines wird dem aufmerksamen Leser an dieser heutigen Jubiläums-Ausgabe aufgefallen sein: Auf dem Titelblatt sind erstmalig die Embleme aller Organisationen, die im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirken, abgedruckt. Wir begrüßen im Kreise der an der Gestaltung des „Zivilschutz-Magazins“ mitarbeitenden Organisationen das Deutsche Rote Kreuz, das nunmehr regelmäßig aus seiner Arbeit auch in dieser Zeitschrift berichten wird. Außerdem findet der Leser eine neue Seite mit dem Schriftzug „GZS Berlin“. Die Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin e.V. wird ebenfalls über ihre Aktivitäten informieren.

Alle Organisationen im Zivil- und Katastrophenschutz sollen hier im „Zivilschutz-Magazin“ ihr Forum finden, wenn es darum geht, Vorurteile gegen den Zivilschutz abzubauen, die Helfer zu verbinden und die Öffentlichkeit über die gemeinsamen Aufgaben zu informieren.

Und damit gehen wir bereits ins nächste Jahrzehnt.

Ihre Redaktion „Zivilschutz-Magazin“

# zivilschutz magazin



7-8/81 Juli/August

ISSN 0173-7872

## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Telefon: (0221) 49881

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich;  
im Juli/August als Doppelnummer.

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Waltraud Nettersheim  
Günter Sers

## Layout:

Jan Peter Lichtenford  
4020 Mettmann

## Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement jährlich DM 33,60,  
zzgl. Versandkosten

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

### „Die Fachwelt blickte nach Böblingen“ 6

7. Internationale Feuerwehrwettkämpfe und XIII. Symposium des CTIF: 1500 Feuerwehrleute aus 18 Nationen bei der „Feuerwehr-Olympiade“ und über 400 Experten als Teilnehmer am Symposium.



### „Wir wollen dem Bürger rechtzeitig sagen, daß er mögliche Notfälle nicht einfach verdrängen darf“ 9

Bundesinnenminister Baum stellte „Vorsorgebroschüre“ der Öffentlichkeit vor.

### „THW-Treffen an der Elbe“ 11

6. Bundeswettkampf des THW in Hamburg-Finkenwerder: 33 Wettkampfgruppen waren am Start.

### „Der gegenwärtige Stand des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland“ 17

Ministerialdirektor Hans-Dieter Wedler referierte über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten des Zivilschutzes.

### „Der Lehrer kann direkt ‚dazwischenfunken‘“ 21

An der Katastrophenschutzschule Niedersachsen wurde modernste Ausbildungsanlage für Sprechfunker in Betrieb genommen.

### „Schutz im Stahlzylinder“ 23

Ein Fertigschutzraum für 50 Personen wird komplett zur Baustelle geliefert.

### „Feuerschutz auf dem Rhein wesentlich verbessert“ 27

Das erste einer Serie von sechs neuen Feuerlöschbooten wurde in Wesel in Dienst gestellt.



### „Das Minimagazin“ U 3

In diesem Monat: Safety first im Bergungsdienst.



## Umschau

### CDU/CSU-Anfrage über die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung in Krisenzeiten

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat eine Kleine Anfrage über die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln in Krisenzeiten eingebracht. Zu der zehn Fragen umfassenden Anfrage erklärte der Bundestagsabgeordnete Dr. Hans-Joachim Jentsch, Vorsitzender des Gesprächskreises „Gesamtverteidigung“ der CDU/CSU, am 8. Juli 1981 im Pressedienst seiner Fraktion:

„Die gespannte internationale Lage, die ständig wechselnden und sich verschärfenden Krisen können jederzeit Konstellationen in der Welt erzeugen, die den Frieden konkret gefährdet erscheinen lassen. Solche Krisensituationen können schlagartig zu einer Versorgungskrise bei Nahrungsmitteln und auch anderen Versorgungsgütern führen. Nach dem Ernährungssicherstellungsgesetz von 1968 trägt hauptsächlich der Bund die Verantwortung dafür, daß der Bedarf an Lebensmitteln in Krisenzeiten sowie im Spannungs- und Verteidigungsfall für die zivile Bevölkerung und die Streitkräfte gedeckt werden kann.

Es bestehen erhebliche Zweifel, ob in Krisen der Nahrungsmittelbedarf aus der heimischen Landwirtschaft gedeckt werden kann, zumal die EG-Politik nicht geeignet ist, eine krisensichere und leistungsfähige deutsche Landwirtschaft zu erhalten. Die EG-Politik berücksichtigt nicht, daß die deutsche Landwirtschaft in einem Verteidigungsfall voraussichtlich die gesamte Last der Bedarfsdeckung zu tragen hat. Hierzu wird sie aber nur zu etwa 60% in der Lage sein, wenn Futtermiteleinflüsse ausbleiben und andere vom Ausland abhängige Betriebsmittel nicht mehr zur Verfügung stehen.

Lücken in der Bedarfsdeckung durch die heimische Landwirtschaft könnten durch Vorräte gedeckt werden. Die zivilen Verteidigungsvorräte reichen jedoch infolge der stetigen Haushaltsabstriche bei weitem nicht aus, eine Notversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Der Bür-

ger hat jedoch einen Anspruch darauf zu erfahren, in welcher Weise die Vorratshaltung zur Vermeidung von Hungersnöten herangezogen werden könnte. Es bestehen auch Zweifel, ob die Bundesreserve und die EG-Reserven die mangelnde Vorratshaltung der zivilen Verteidigungsreserve ausgleichen können.

Der Bürger hat ebenfalls einen Anspruch darauf zu erfahren, ob die EG im Agrarmarkt eine Unterstützungsfunktion ausüben kann, wenn Länder der EG in einen Krisen- oder Verteidigungsfall verwickelt werden. Sollte auf dem Gebiet des Nahrungsmittelausgleichs die NATO allein Unterstützungen gewähren können, müßten schnellstens Krisenplänen in der NATO konzipiert werden.

Soweit bekannt, sind aufgrund des Ernährungsgesetzes bislang nur einzelne, unzureichende Verordnungen erlassen worden. Diese Rechtsgrundlagen reichen keineswegs aus. Es ist absolut erforderlich, weitere Rechtsvorschriften zu erlassen, die der Verwaltung die Möglichkeit einräumen, gezielt land- und ernährungswirtschaftliche Produkte zu erfassen und zu lenken. Mangels entsprechender Vorgaben des Bundes rührt sich z.B. auf Gemeindeebene nichts, um die Ernährung im Bedarfsfall sicherstellen zu können. Übungserfahrungen und Übungsauswertungen zeigen verheerende Lücken.

Ohne gesicherte Nahrungsmittelversorgung, die die Versorgung der Streitkräfte mitumfaßt, ist eine Verteidigung aussichtslos. Die Ernährungssicherstellung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesamtverteidigung, ohne sie müßte letztlich auch die Abschreckung nach der gültigen NATO-Strategie versagen.“

### Abschirmung der Krankentransport- und Rettungsdienste gegen freie Konkurrenz gefordert

Das Präsidium des Deutschen Landkreistages hat in seiner Sitzung am 13. Mai 1981 in Bonn eine Änderung des Personenbeförderungsgesetzes gefordert, um sicherzustellen, daß die mit erheblichem Kostenaufwand eingerichteten Rettungs- und Krankentransportdienste in den Landkreisen gegen die freie Konkurrenz privater Unternehmen abgeschirmt werden.

Hintergrund ist ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg vom November vergangenen Jahres. Danach haben freie Unternehmer aufgrund des geltenden Personenbeförderungsgesetzes das

Recht, den von der öffentlichen Hand vorgehaltenen Rettungs- und Krankentransportdiensten nach eigenem Belieben Konkurrenz zu machen. Nach Meinung des Präsidiums des Deutschen Landkreistages wird dieses Urteil zu Unwirtschaftlichkeit und einer unerwünschten Kostensteigerung führen. Nach den gemachten Erfahrungen stehe zu befürchten, daß die problemlosen und damit lukrativen Transporte tagsüber an den normalen Arbeitstagen von privaten Unternehmen durchgeführt würden, während die leistungs- und kostenaufwendigen Transporte sowie die Vorhaltekosten für einen täglich rund um die Uhr und auch an den Wochenenden und Feiertagen einsatzbereiten Rettungsdienst einschließlich einer zentralen Leitstelle zu Lasten der öffentlichen Hand gingen.

Nachdem die von den Ländern zu erlassenden Rettungsdienst-Gesetze den Kreisen die Pflicht auferlegt haben, ein leistungsfähiges Rettungs- und Krankentransportsystem sicherzustellen, haben die Kreise durchweg mit erheblichem Aufwand die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß in ihrem Gebiet diese Aufgaben effektiv und zugleich kostengünstig durchgeführt werden. In den jeweils nach den örtlichen Gegebenheiten unterschiedlich organisierten Systemen sind frei-gemeinnützige Träger, eigene öffentliche Einrichtungen, aber auch vertraglich gebundene private Unternehmer eingebaut. Dies hat sich bewährt. Die Kreise sind im Prinzip auch weiterhin bereit, private Unternehmer in die von ihnen organisierten Rettungsdienstsysteme auf vertraglicher Grundlage einzubeziehen, soweit dies möglich ist.

Es würde der erforderlichen Kostendämpfung im Gesundheitswesen widersprechen, wenn freie Unternehmer völlig unabhängig von dem Vorhandensein eines ausreichenden Rettungs- und Krankentransportsystems allein auf der Grundlage einer straßenverkehrsrechtlichen Genehmigung tätig werden und die Wirtschaftlichkeit der von der öffentlichen Hand unterhaltenen Rettungseinrichtungen ernsthaft in Frage stellen könnten.

### Technische Service-Zentren in Krankenhäusern bewähren sich

Elf technische Service-Zentren wurden im Rahmen eines vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) geförderten Modellversuchs in Krankenhäusern unterschiedlicher Grö-

Be, Trägerschaft und regionaler Lage im Bundesgebiet eingerichtet, sie werden jetzt in der Praxis erprobt. Wie Bundesforschungsminister Andreas von Bülow dazu in Bonn mitteilte, haben die technischen Service-Zentren die Aufgabe, die für Diagnose, Therapie und Rehabilitation vorhandenen medizinisch-technischen Geräte zu betreuen. Sie wirken mit bei der Gerätebeschaffung, bei Geräteinspektionen und -wartung und – soweit wie möglich – bei der Reparatur.

Von besonderer Bedeutung ist auch die Schulung der Benutzer (Pflegepersonal und Ärzte) an den häufig komplizierten Geräten, um patientengefährdende Ausfälle und Störungen zu vermeiden.

Die systematische Bewertung des Modellversuchs in bezug auf Wirtschaftlichkeit, Leistungsfähigkeit und Sicherheit

ist Aufgabe einer wissenschaftlichen Begleituntersuchung, mit der das Deutsche Krankenhausinstitut in Düsseldorf beauftragt wurde. Nach derzeitigem Kenntnisstand werden jährlich für Neubeschaffung und Instandhaltung medizinischer Geräte in Krankenhäusern etwa 15% des Anlagevolumens veranschlagt.

Eine wirtschaftliche Basis für die Existenz des Service-Zentrums ist deshalb schon gegeben, wenn sie nur ein Zehntel dieser Aufwendungen für Beschaffung und Instandhaltung durch Einsparung bzw. Eigenleistung erbringt. Die wirtschaftliche Bedeutung des Modellversuchs wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß in den Krankenhäusern der Bundesrepublik Deutschland das Anlagevolumen an Geräten schätzungsweise einen Wert von ca. 15 Mrd. DM ausmacht.

## Wechsel an der Spitze des Landesfeuerwehrverbandes NRW

Am 13. Juni 1981 fand in Waldbröl der 3. Delegiertentag des Landesfeuerwehrverbandes Nordrhein-Westfalen statt, ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte dieser Organisation: Der langjährige Vorsitzende des Verbandes, Real, legte sein Amt als Landesbrandmeister in die Hände seines Nachfolgers, Hauptbrandmeister Schneider. Real war Mitbegründer des Landesfeuerwehrverbandes NRW, der als Gesamtverband aus den früheren Verbänden Nordrhein und Westfalen entstanden ist. Für seine Verdienste wurde der bisherige Landesbrandmeister Real zum Ehrevorsitzenden des Landesverbandes gewählt.

Sein Nachfolger Schneider ist Richter am Oberlandesgericht Hamm, zu Stell-

vertretern wurden Kreisbrandmeister Schwartkes, Kevelaer, und Bezirksbrandmeister Schröder, Gummersbach, gewählt.

Hohe und höchste Repräsentanten aus Politik, Verwaltung und Feuerwehr waren zu Gast bei diesem 3. Delegiertentag, allen voran der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Schnoor, und der neue Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Struve. Unser Foto zeigt (von rechts) DFV-Präsident Struve, den bisherigen Landesbrandmeister Real, Ministerialdirigent Knop, Leiter der zuständigen Abteilung im Düsseldorfer Innenministerium, sowie Ministerialrat Fuchs, Referent im Innenministerium NRW.



## Statusseminar über die Forschungsergebnisse im Bereich Sicherheit, Brand- und Katastrophenbekämpfung, Notfallrettung

Der Bundesminister für Forschung und Technologie führt vom 24. bis 27. November 1981 das Statusseminar II zu der Forschungsaktivität „Sicherheit, Brand- und Katastrophenbekämpfung, Notfallrettung“ in Köln durch.

Rund 40 Fachleute werden die Öffentlichkeit über die Forschungs- und Entwicklungsergebnisse in folgenden Bereichen informieren:

- Sicherheit und wirtschaftsnotwendige Transportabläufe
- Brandsicherheit – Vorbeugender Brandschutz
- Neue Technologien zur Brand- und Katastrophenbekämpfung
- Verbesserte Technologien zur Notfallrettung und Katastrophenmedizin.

Mit diesem Seminar knüpft der BMFT an das Statusseminar I „Sicherheit und Brandbekämpfung“ vom Februar 1979 in Lahnstein sowie an das Internationale wissenschaftlich-technische Symposium „Brand- und Katastrophenbekämpfung aus der Luft“ vom Juni 1980 in Hannover an.

Die Organisation liegt in den Händen der WIBERA AG, Achenbachstraße 43, 4000 Düsseldorf 1.

## Trinkwasser aus der Donau

Bei der Inbetriebnahme einer vom Bundesministerium für Forschung und Technologie geförderten modernen Kompaktanlage zur Trinkwassererzeugung aus Flußwasser am 1. Juni 1981 in Langenau bei Ulm betonte Bundesforschungsminister Andreas von Bülow die Notwendigkeit, künftig mit dem Rohstoff Wasser sparsamer umzugehen. Wasser wird – nach Nahrungsmitteln, Energie und anderen Rohstoffen – zu einem der knappsten Güter der Menschheit werden. Die UNESCO, die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, hat die 80er Jahre zum „Jahrzehnt des Wassers“ proklamiert.

Der durchschnittliche Haushaltsverbrauch an Trinkwasser beträgt heute in der Bundesrepublik Deutschland etwa 140 Liter pro Einwohner und Tag. Einschließlich Handel, Gewerbe und Industrie stellen die kommunalen Wasserwerke täglich pro Einwohner sogar über 200 Liter bereit. Dies bedeutet für die

öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen die Bereitstellung von rund 5 Milliarden m<sup>3</sup> Trinkwasser einwandfreier Qualität pro Jahr.

In Deutschland haben wir zwar kein Wassermengenproblem, aber zunehmende Probleme mit der Qualität der Gewässer. Das hat zur Folge, daß immer aufwendigere Aufbereitungsverfahren zur Herstellung einwandfreien Trinkwassers entwickelt und eingesetzt werden müssen. Eine neue moderne Aufbereitungsanlage ist in Langenau in Betrieb genommen worden. Sie stellt durch eine günstige Kombination von Flockungs- und Filtrationstechnik in Verbindung mit Ozon aus verschmutztem Flußwasser der Donau ein dem natürlichen Grundwasser gleichwertiges Trinkwasser her.

Von Bülow appellierte an alle Wasserverbraucher, die Grundwasserreserven zu schonen und in erster Linie zur Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser zu nutzen. Während bei der öffentlichen Trinkwasserversorgung (5 Mrd. m<sup>3</sup>) der Anteil an hochwertigem Quell- und Grundwasser bei 70 % liegt und die restlichen 30 % durch teure und komplizierte Aufbereitungsverfahren aus Oberflächenwasser gewonnen werden müssen, verbraucht die Industrie 30 Mrd. m<sup>3</sup> Wasser, davon allein 4 Mrd. m<sup>3</sup> Grund- und Quellwasser, wo vielfach auch Oberflächenwasser ausreichen würde, und trägt damit zur Knappheit von hochwertigem Quell- und Grundwasser bei. Man muß darüber nachdenken, ob es richtig ist, auf der einen Seite qualitativ hochwertiges Grundwasser als industrielles Prozeßwasser einzusetzen und andererseits aus verschmutztem Oberflächenwasser mit hohen Kosten und aufwendigen Verfahren Trinkwasser herzustellen.

### Feuerwehr Düsseldorf erprobt Bildschirmtext

Bildschirmtext ist ein neues Informations- und Kommunikationssystem, das in der Bundesrepublik von der Bundespost angeboten wird. Ein Großversuch in Düsseldorf und Berlin mit je 2000 Teilnehmern bereitet seit dem 1. Juni 1980 die allgemeine Einführung dieses neuen Mediums vor.

Unter der Nummer \* 665311 bietet die Feuerwehr Düsseldorf ein Informationsprogramm zum Thema „Brandschutz“ an. Auf 20 „Bildschirmseiten“ werden dem Bürger neben Tips zur Brandverhütung die richtigen Verhaltensweisen im Brandfalle aufgezeigt.

### 5. Internationale Feuerwehr-Sternfahrt

Der Kreisfeuerwehrverband Kaiserslautern ist Ausrichter der 5. Internationalen Feuerwehr-Sternfahrt, die vom 20. bis 23. Mai 1982 stattfindet. Feuerwehrkameraden aus zehn europäischen Staaten werden sich in Kaiserslautern treffen, um Erfahrungen auszutauschen, Einsatzmöglichkeiten und Ausrüstung kennenzulernen und zu vergleichen. Ein Besichtigungsprogramm, eine Ausstellung, Fachvorträge, sportliche Wettkämpfe, ein Festzug sowie kameradschaftliche Abende stehen auf dem Programm.

Auskünfte: Kreisfeuerwehrverband Kaiserslautern e.V., Postfach 164, 6790 Landstuhl.

### ADAC: Unfallzahlen sinken weiter

Unfälle im Straßenverkehr gehen auch 1981 weiterhin deutlich zurück. Der ADAC rechnet damit, daß am Jahresende die Zahl der Verkehrstoten um über 900 (ca. 7 Prozent) niedriger liegen wird als die des Vorjahres. 1980 waren insgesamt 12958 Menschen tödlich im Straßenverkehr verunglückt.

Auch bei den Verletzten sieht die ADAC-Prognose günstig aus. Bis Jahresende ist nach den bisher vorliegenden Daten mit rund 480000 Verletzten zu rechnen; das sind um ca. 20500 Personen (rund 4 %) weniger als 1980; damals hatte die Zahl die Halb-Millionen-Marke überstiegen.

Die ADAC-Prognose basiert auf den für das erste Halbjahr 1981 vorliegenden

Unfallzahlen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres ist die Gesamtunfallzahl im Vergleich zu 1980 von 182550 auf 171600 (- 6 Prozent) gesunken, die der Getöteten von 6138 auf 5520 (- 10,1 Prozent) und die der Verletzten von 241395 auf 224500 (- 7 Prozent).

Bereits 1980 verlief die Entwicklung günstiger als in den Jahren zuvor. So gab es bei den Verkehrstoten einen Rückgang von 2 Prozent im Vergleich zu 1979.

### Tagungen, Seminare, Messen

Vom Verband der Sachversicherer (VdS) werden Fachtagungen zum Thema „Baulicher Brandschutz in der Praxis“ veranstaltet, und zwar speziell zu den Themen „Brandschutzverglasung“, „Öffnungen in Brandwänden“ und „Rauch- und Wärmeabzugsanlagen“. Führende Praktiker der Industrie, der Bauaufsicht und der Feuerwehr stehen zu Diskussionen und Gesprächen über Praxisprobleme zur Verfügung.

Die Fachtagungen richten sich insbesondere an Architekten, Bauingenieure und Bauunternehmen, Brandschutzingenieure der Behörden und der Versicherungswirtschaft, Angehörige der Feuerwehren, Sicherheitsfachkräfte und für den Brandschutz Verantwortliche in Industrie, Handel, Gewerbe und Verwaltung.

Termine: Köln 6.-8. Oktober 1981, Hamburg 3.-5. November 1981, München 1.-3. Dezember 1981, Hannover 7., 9. und 10. Februar 1982 (während der Constructa 82).

Information: Verband der Sachversicherer e.V., Postfach 102024, 5000 Köln 1,

STADT DÜSSELDORF 665311a OP



FEUER IST TEUER  
VORBEUGEN BILLIGER

Feuer ist teuer ...  
über drei Milliarden DM  
pro Jahr - eine ungeheure  
Summe; und der Anlaß dazu  
war meist nur eine Bagatelle,  
ein dummer Zufall.

So vielseitig die "Quellen" sind, die Ursachen sind fast immer dieselben:  
Unkenntnis, Fahrlässigkeit oder Leichtsinn beim Umgang mit technischem Gerät oder feuergefährlichen Stoffen.

Die Düsseldorfer Feuerwehr gibt Ihnen deshalb ein paar "Vorbeugertips" >>>

Tel.: (0221) 7766-150 (Techn. Referat 5).

Im „Haus der Technik“, Essen, erläutert am 15. Oktober 1981 Branddirektor Dipl.-Ing. Günther, Vorsitzender des Ausschusses „Vorbeugender Brandschutz“ der AGBF, die aus theoretischen und praktischen Untersuchungen gewonnenen Erkenntnisse, Rettungswege im Brandfall durch mechanische Lüftungsanlagen rauchfrei im Sinne der bauaufsichtlichen Vorschriften zu halten. Thema: „Lüftungsanlagen zur Rauchfrei-

haltung von Rettungswegen im Brandfall“.

Das ausführliche Programm kann angefordert werden vom Haus der Technik e.V., Hollestraße 1, Postfach 101543, 4300 Essen 1, Tel.: 0201/1803-1.

Weitere Seminare im „Haus der Technik“:

„Strahlenschutz-Seminar für Nichtmediziner“ 3.–5. Dezember 1981,

„Strahlenschutz-Grundkurs für Nichtmediziner“ (mit Praktikum) 3.–5. Dezember 1981,

„Informationskurs Strahlenschutz“ 11. und 12. Dezember 1981.

Die Israelische Technische Woche – Isratech 81 – findet vom 9. bis 12. November 1981 in Jerusalem statt. Ein Teil des Ausstellungsprogramms ist der Sicherheitstechnik gewidmet; Feuerschutzmaterial, Alarmsysteme und Sicherheitseinrichtungen werden vorgestellt.

Informationen: Organisationskomitee Isratech 81, 29 Hamered St., POB 29732, Tel Aviv 68125, Israel.

## Nach 60stündigem Dauerregen: Verheerendes Hochwasser in Bayern

Mehrere Tote und Vermißte, noch nicht absehbare Schäden an Gebäuden, Brücken, Straßen und landwirtschaftlichen Nutzflächen hat das verheerende Hochwasser Ende Juli in Südbayern gefordert. Die Grenzstadt Passau, bekannt als „bayerisches Venedig“ am Zusammenfluß von Donau, Inn und Ilz, wurde am 21. Juli 1981 von der Hochwasserwelle des Inn erreicht. Nach etwa 60stündigem Dauerregen traten die Flüsse über die Ufer, und zwar stiegen die Wasserstände in solch raschem Tempo, daß selbst „hochwassererfahrene“ Passauer überrascht waren. 1954,

beim „Jahrhundert-Hochwasser“, ebenso wie 1965 und jetzt 1981 ging die Gefahr vom Inn aus, dessen Wassermassen von der Donau nicht aufgenommen werden konnten. Die Passauer Uferstraßen standen nach kurzer Zeit unter Wasser, auch mehrere Bundesstraßen mußten gesperrt werden.

Pioniere der Bundeswehr, Helfer von Feuerwehr und THW halfen bei der Räumung von Wohnungen und Geschäften in den hochwassergefährdeten Stadtteilen, errichteten Sandsackdämme und Notstege. Wo der Bau von Notbrük-

ken nicht mehr möglich war, wurde Bootsverkehr aufgenommen. Freude herrschte nur bei den Schulkindern: Es gab gezwungenermaßen schulfrei.

Auch im oberbayerischen Wasserburg drohte Hochwasser, der Pegel des Inn stieg auf 6,20 Meter über normal. 50000 Sandsäcke wurden innerhalb von zehn Stunden verbaut, um die Stadt gegen die Fluten zu „halten“.

Unser Foto zeigt einen Notsteg in Passau; die überflutete Altstadt war nur auf solch ungewöhnliche Weise zu passieren.



## Die Fachwelt blickte nach Böblingen

1500 Feuerwehrleute aus 18 Nationen bei der „Feuerwehr-Olympiade“ am Start – Über 400 Experten aus aller Welt diskutierten Brandschutzfragen – Amtseinführung der neuen Präsidenten des DFV und des CTIF

Die baden-württembergische Stadt Böblingen war im Juli der Treffpunkt von Feuerwehrmännern und -frauen aus allen Teilen Europas: Das Internationale Technische Komitee für vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen (CTIF) führte in der Zeit vom 19. bis 26. Juli 1981 die 7. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe durch, verbunden mit dem XIII. Internationalen Symposium des CTIF am 23. und 24. Juli. Die ersten derartigen Wettkämpfe auf internationaler Ebene wurden übrigens 1961 in Bad Godesberg veranstaltet und fanden nun nach 20 Jahren erneut in der Bundesrepublik statt, das Internationale Symposium wurde bereits zum fünften Male in der Bundesrepublik durchgeführt. Eingegliedert in den Rahmen dieser Veranstaltungen war der Festakt am 25. Juli anlässlich der Verabschiedung der Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes und des CTIF und zur Amtseinführung der neugewählten Präsidenten beider Organisationen.

### „Feuerwehr-Olympiade“

An den 7. Internationalen Feuerwehrwettkämpfen nahmen über 100 Wettkampfgruppen der Freiwilligen Feuerwehren – darunter sieben Frauengruppen –, acht Gruppen der Berufsfeuerwehren und 19 Jugendfeuerwehr-Gruppen teil. Die jüngeren Wehrmänner traten bei den 3. Internationalen Jugendfeuerwehrwettkämpfen zum sportlichen Wettstreit an. Insgesamt waren im Böblinger Stadion über 1500 Aktive aus 18 Nationen bei der „Feuerwehr-Olympiade“ am Start. Die Feuerwehren der Bundesrepublik waren durch elf Teams der Freiwilligen Feuerwehren, darunter eine Frauengruppe, vertreten, an den Wettkämpfen der Jugendfeuerwehren nahmen zwei deutsche Mannschaften teil, Berufsfeuerwehren aus der Bundesrepublik waren an den Wettkämpfen nicht beteiligt.

Der friedliche Wettstreit der Freiwilligen Feuerwehren bestand aus dem Aufbau eines Löschangriffs und einem Staffellauf, die Gruppen der Jugendfeuerwehren hatten eine Hindernisübung und einen Staffellauf durchzuführen. Durch ihre hervorragenden Leistungen konnten die deutschen Wettkampfgruppen insgesamt zehn Gold- und eine Silbermedaille erringen, die Ju-

Am Eröffnungstage der 7. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe war das Böblinger Sportstadion bis auf den letzten Platz besetzt. Hier der Einmarsch der Wettkampfgruppen aus der Bundesrepublik.



Bundesinnenminister Baum eröffnete die Wettkämpfe und hieß die Teilnehmer aus 18 Nationen herzlich willkommen.



Präzision und Schnelligkeit war die Devise beim Löschangriff der Freiwilligen Feuerwehren. Jeder Fehler kostete wertvolle Punkte.



Mit besonderem Eifer gingen die Gruppen der Jugendfeuerwehren ans Werk und bewiesen damit ihre Eignung als vollwertiger Nachwuchs der Feuerwehren.





Auf dem Programm der Berufsfeuerwehren stand auch das Hakenleitersteigen, das von den Teilnehmern in atemberaubender Schnelligkeit und mit übergroßer Geschicklichkeit bewältigt wurde.

gendgruppen erreichten den vierten und den sechsten Platz. Erstmals in der Geschichte der Wettkämpfe gewannen alle deutschen Männergruppen Goldmedaillen, die Frauen Silber – und überflügelten damit die Österreicher, die bis dahin führend bei den Wettkämpfen waren.

### Experten aus 30 Nationen

Das Internationale Symposium am 23. und 24. Juli war wiederum eine der bedeutendsten Fachtagungen der Brandschutzfachleute aus aller Welt. An den beiden Veranstaltungstagen befaßten sich 15 Referenten aus zehn europäischen Staaten mit den Problemen des vorbeugenden Brandschutzes, sie berichteten über die neuesten Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung; Themen der Brandbekämpfung und der Vorsorgemaßnahmen im Gesundheitsbereich für den Feuerwehrmann standen im Mittelpunkt. Über 400 Fachleute aus 30 Ländern nahmen an dem Symposium teil.

### Dank und Anerkennung

Anlässlich der Verabschiedung von Albert Bürger als Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes wurde ihm am 24. Juli vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Bundesverdienstordens verliehen. Mit dieser Auszeichnung wurde Bürger dafür gedankt, daß er den deutschen Feuerwehren zu ihrem hohen internationalen Ansehen verholfen und die internationale Zusam-

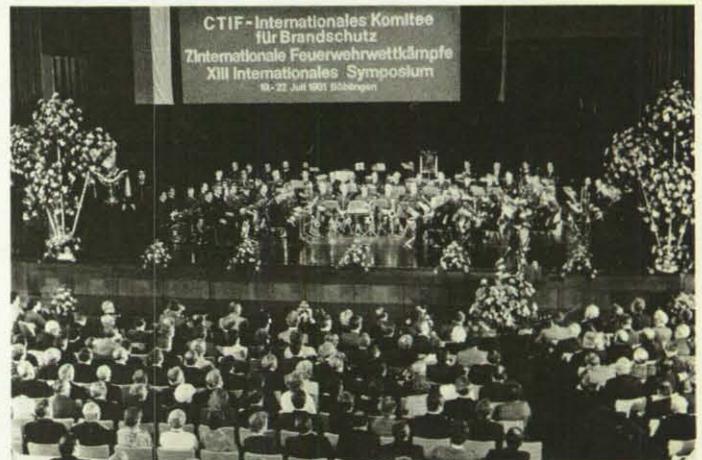
Die Frauengruppen standen ihren männlichen Kollegen in nichts nach und meisterten ihre Aufgabe ebenso schnell und geschickt.



Zu seiner Verabschiedung erhielt DFV-Präsident Bürger vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Bundesverdienstordens.



Die festlich geschmückte Kongreßhalle am Tage des Festaktes. Die musikalische Umrahmung wurde vom Landesmusikkorps des Landesfeuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz übernommen.



Der neugewählte Präsident des CTIF, Colonel Robert Dollinger (Frankreich), bei der Laudatio auf den scheidenden Präsidenten Josef Holaubek (Österreich).



menarbeit unter Einschluß von Ländern des Ostblocks als stellvertretender Präsident des CTIF nachhaltig gefördert hat.

Besondere Bedeutung kam am 25. Juli dem Festakt zu, bei dem die Präsidenten des DFV und des CTIF, Albert Bürger und

Josef Holaubek, verabschiedet und die neugewählten Präsidenten Hinrich Struve und Robert Dollinger in ihr Amt eingeführt wurden. In der vollbesetzten und festlich geschmückten Kongreßhalle hatten sich neben den führenden Vertretern der Feuerwehren die Repräsentanten der Parlamente, der Bundes- und Landesregierung, der Stadt, die Vertreter der Hilfsorganisationen und der Polizei sowie zahlreiche Ehrengäste aus dem In- und Ausland versammelt.

Zur Begrüßung sprachen für den DFV Landesbranddirektor Seidel, Berlin, und für die Stadt Böblingen Oberbürgermeister Brumme. Die Laudatio für Präsident Bürger hielt Staatssekretär Ruder, Innenministerium Baden-Württemberg, der den scheidenden Präsidenten im Namen der Landesregierung mit der Stauffermedaille der Stadt Schwäbisch Gmünd auszeichnete. Colonel Dollinger (Frankreich) würdigte das Wirken des bisherigen CTIF-Präsidenten Holaubek (Österreich) und verlieh ihm die Würde des Ehrenpräsidenten des CTIF. Grußworte überbrachten Bundesminister Hauff für die Bundesregierung, Staatssekretär Dr. Fröhlich für den Bundesminister des Innern, Ministerialdirigent Kayser für den Unterausschuß „Feuerwehrangelegenheiten“ der Innenministerkonferenz, der Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe, Graf v. Schwerin, für die Hilfsorganisationen, und Oberbranddirektor Gebhardt für die Brandschutzorganisationen der Bundesrepublik. Nach seiner Amtsübernahme führte der neue DFV-Präsident Struve seine erste Amtshandlung durch und verlieh dem ausgeschiedenen Präsidenten Bürger die Ehrenpräsidentenwürde.

### Geschichtlicher Überblick

In Anwesenheit von Bundesinnenminister Baum eröffnete der baden-württembergische Innenminister Herzog am 24. Juli die Ausstellung „Baden-Württemberg – Wiege der Feuerwehren“. In der Ausstellung wurde die Entwicklung der Feuerwehren aufgezeigt, welche in Baden-Württemberg ihren Ursprung haben. Im Rahmen der Eröffnungsfeier zeichnete Präsident Bürger Bundesinnenminister Baum und Innenminister Herzog mit dem Feuerwehrehrenkreuz in Gold aus.

### Imposanter Festzug

Nach der Schlußkundgebung und der Siegerehrung im Böblinger Stadion formierten sich die Teilnehmer zu einem abschließenden Festzug. Auf einer Länge von mehreren Kilometern zog der Festzug durch die dichtgesäumten Straßen der Böblinger Innenstadt. Das Bild war besonders farbig durch die unterschiedlichen Uniformen der einzelnen Wettkampfgruppen. Den inter-

DFV-Präsident Albert Bürger übergab sein Amt dem neugewählten Präsidenten Hinrich Struve.



Blick in die Ausstellung im Foyer der Böblinger Sporthalle, die zahlreiche historische Feuerwehrfahrzeuge und -geräte zeigte.



Im neuzeitlichen Teil der Ausstellung wurde die heutige Technik vorgestellt. Die Minister Baum und Herzog ließen sich die Geräte erläutern.



Für ihre Verdienste um das Feuerwehrwesen wurden die Minister Baum und Herzog von DFV-Präsident Bürger mit dem Feuerwehrehrenkreuz in Gold ausgezeichnet.



essanten Schlußpunkt bildete ein Fahrzeugkorso, an dem die modernsten Fahrzeuge beteiligt waren.

Das Zivilschutz-Magazin wird über die Ereignisse in Böblingen in der nächsten Ausgabe ausführlich berichten.

Bundesinnenminister Baum stellte „Vorsorgebroschüre“ vor:

## „Wir wollen dem Bürger rechtzeitig sagen, daß er mögliche Notfälle nicht einfach verdrängen darf“

Wichtige und nützliche Tips für die eigene Sicherheit

„Vorsorge und Eigenhilfe sind der Teil des Zivilschutzes, den wir als Selbstschutz bezeichnen. Zivilschutz geht uns alle an. Es ist Sache des einzelnen wie auch des Gemeinwesens. Nur im Zusammenwirken von Bürger und Staat ist Zivilschutz zu verwirklichen . . . Mit dieser Broschüre gibt der Bundesverband für den Selbstschutz jedem Bürger Informationen und Ratschläge, wie er sich, seinen Angehörigen und seinen Nachbarn im Notfall helfen kann.

Katastrophen, gleich welcher Art, können wir nicht verhindern. Wir können aber viel tun, um für derartige Fälle Vorsorge zu treffen und die Folgen möglichst gering zu halten . . .“ schreibt Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum in seinem Vorwort zu der „Vorsorgebroschüre“, die der Bundesverband für den Selbstschutz im Auftrag des Bundesministers des Innern herausgegeben hat und die am 17. Juli 1981 von Minister Baum im Rahmen einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Die Erfahrungen aus der Schneekatastrophe 1979 in Norddeutschland haben gezeigt, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung einer solchen Katastrophe weitgehend hilflos und unvorbereitet gegenübersteht. Diese Tatsache führte zu der Erkenntnis, daß die Information der Bürger weiter verstärkt werden muß, um sie zu veranlassen, vermehrt Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen. Deshalb beauftragte der Bundesminister des Innern den Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) mit der Herausgabe der Informationsbroschüre, die in konzentrierter Form alles Wissenswerte zum Thema „Vorsorge und Eigenhilfe“ enthält.

Die soeben fertiggestellte Broschüre, die inhaltlich mit den zuständigen Bundesministern abgestimmt wurde, erscheint in einer ersten Auflage von 400000 Exemplaren. Das Heft im Format 16 x 23 cm ist – teilweise farbig – ansprechend gestaltet und klar gegliedert. Es bietet auf 52 Seiten leichtverständlich und einprägsam einen umfassenden Überblick über Selbstschutzmaßnahmen.

Einleitend werden die Sirensignale dargestellt und allgemeine Verhaltensregeln bei Katastrophen gegeben. Für den Ausfall



Titelseite der „Vorsorgebroschüre“, die der Bundesverband für den Selbstschutz im Auftrag des Bundesministers des Innern herausgegeben hat.

von Energie werden Vorsorgemaßnahmen empfohlen, die Lebensmittel- und Trinkwasserbevorratung wird erläutert und ein Beispiel für einen Notvorrat gegeben. Es folgen Erläuterungen und Beispiele zu den Themen „Hygiene und Hausapotheke“ sowie „Notgepäck und Dokumentensicherung“. Das selbstschutzgemäße Haus und



Dr. Wilhelm Nöbel, SPD-Bundestagsabgeordneter und Vorstandsmittglied des BVS, überreichte Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum ein „Vorsorgepaket“.

Bundesverband für den Selbstschutz gibt Hilfestellung

der Hausschutzraum werden eingehend dargestellt, ergänzende technische Hinweise und eine Auflistung der benötigten Geräte gegeben.

Um die Kenntnisse, die durch die in der Broschüre enthaltenen zahlreichen Anregungen und Informationen erworben werden, erweitern zu können, werden im Abschnitt „Selbstschutzausbildung“ die Lehrgänge des BVS und der Inhalt des Selbstschutz-Grundlehrganges und der drei Ergänzungslehrgänge vorgestellt. Empfehlend hingewiesen wird auf die Erste-Hilfe-Ausbildung der Hilfsorganisationen. Abschließend ist eine „Checkliste“ aufgeführt, mit deren Hilfe sich der momentane Stand der persönlichen Vorsorge bestimmen läßt und die gleichzeitig als Planungsgrundlage für die Vervollständigung der Selbstschutzmaßnahmen dient.

In der Pressekonferenz am 17. Juli 1981, in der die Broschüre vorgestellt wurde, führte der Bundestagsabgeordnete Dr. Wilhelm Nöbel (SPD) – Vorstandsmittglied des Bundesverbandes für den Selbstschutz – vor den Journalisten aus: „ . . . Zivil- und Katastrophenschutz ist in der Öffentlichkeit und im politischen Bereich nach wie vor ein schwieriges Thema. Dies muß offen gesagt werden. Niemand denkt gern an mögliche Katastrophenfälle. Im politischen Raum kommt hinzu, daß alle Parlamentarier, daß alle politischen Kräfte ständig mit einer Fülle von aktuellen politischen Fragen befaßt sind. Nimmt man die schwierige finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte hinzu, so wird es vielleicht verständlich, daß die Vorsorge für Krisenfälle und die Vorbereitung von Hilfsmaßnahmen es schwer haben, sich im ständigen Kampf um die Prioritäten zu behaupten.

Daher ist es, so glaube ich, von ganz besonderer Bedeutung, daß der Deutsche Bundestag am 3. Juli 1980, gegen Ende der letzten Legislaturperiode also, einstimmig in einem Beschluß die Bundesregierung aufgefordert hat, eine Reihe von Maßnahmen zur Gesamtverteidigung zu treffen. Zu diesen Maßnahmen gehört auch die Verbesserung der Aufklärung der Bevölkerung über die sie im Krisen- und Verteidigungsfall zu erwartende Bedrohung, um die Bevölkerung dadurch in ihrer Motiva-

tion und Fähigkeit zur Selbstbehauptung zu bestärken.

Da ich in meiner Fraktion für den Bereich Zivil- und Katastrophenschutz zuständig bin, werden Sie, Herr Minister Baum, meine besondere Genugtuung darüber verstehen, daß es uns „Zivilschützern“ im Parlament, wenn ich das einmal so ausdrücken darf, gelungen ist, im Deutschen Bundestag eine so breite Überzeugung von der Notwendigkeit von Vorsorgemaßnahmen zu erzielen. Ebenso freue ich mich als Vorstandsmitglied des Bundesverbandes für den Selbstschutz, daß der Verband heute Ihnen einen Beitrag zur Erfüllung des Parlamentsbeschlusses übergeben kann, nämlich diese Broschüre.

Mit Recht wird gerade heute sehr viel über Sicherheitspolitik gesprochen und berichtet. Zivil- und Katastrophenschutz ist ein Stück Sicherheitspolitik. Es geht um den Schutz des Menschen in Gefahrensituationen, es geht um Vorsorgemaßnahmen.“

Bundesinnenminister Baum stellte fest, daß es den meisten Menschen widerstrebe, an Katastrophen und Unglücksfälle zu denken und sich darauf einzurichten. Das gelte insbesondere für die größte Katastrophe, den Verteidigungsfall. Baum zeigte am Beispiel des privaten Schutzraumbaus auf, wie wenig Neigung der Bürger habe, selbst etwas zu tun.

Er habe auch Zweifel, daß in jedem Haushalt die Konsequenzen etwa aus der Schneekatastrophe gezogen worden seien. Aber: „Eine verantwortungsbewußte Regierung und ein verantwortungsbewußtes Parlament können nicht darauf verzichten, den Bürger auf mögliche Notsituationen hinzuweisen und ihm Ratschläge für seinen eigenen Schutz zu geben. Dies hat überhaupt nichts mit Panikmache zu tun... Wir wollen rechtzeitig dem Bürger sagen, daß er mögliche Notfälle nicht einfach verdrängen darf.“

Vorkehrungen gegen Gefahren aller Art zu treffen, kann nicht allein Aufgabe des Staates sein, meinte der Innenminister, der Staat könne und müsse jedoch Hilfestellung geben. Die Eigenverantwortung des Bürgers sei nicht zu ersetzen, zumal die Finanzkraft des Staates nicht ausreiche: „Der Deutsche Bundestag, die Bundesregierung und die Innenministerkonferenz haben infolgedessen mit Nachdruck eine verstärkte Aufklärung der Öffentlichkeit gefordert. Der Bundesverband für den Selbstschutz, dessen gesetzliche Aufgabe es ist, die Öffentlichkeit über Fragen des Selbstschutzes aufzuklären und zu beraten, hat in meinem Auftrage eine Vorsorgebroschüre für den Bürger erarbeitet... Manche Ratschläge mögen Sie als selbstverständlich empfinden. Aber täuschen wir uns nicht. Erfahrungsgemäß sind die selbstverständlichsten Maßnahmen dieje-

nigen, die zuerst versäumt werden, weil eben jeder sie für selbstverständlich und keiner besonderen Berücksichtigung für wert hält...“

In der anschließenden Diskussion mit den Pressevertretern meinte Baum, trotz einer Steigerung der Mittel für den Zivilschutz (Gesamtansatz Zivile Verteidigung 1980 = 730 Mio., 1981 = 740 Mio.) bestehe ein gewisser Nachholbedarf. Zugleich sei es ein „Phänomen“, daß der Zivilschutz

und vor allem die Kombination mit der Rettungs- und Hilfeleistungskapazität gesehen werden müßte.

Die hier vorgestellte „Vorsorgebroschüre“ hat ein beträchtliches Interesse bei der Bevölkerung gefunden, täglich gingen beim Bundesverband für den Selbstschutz bis zu 10000 Anfragen ein. In der Presse fand die Broschüre objektive, teils kritische Aufnahme. Dabei war aus der Vielzahl der Vorsorge-Tips Anlaß zu Mißverständnis-



Vor der Presse erläuterte der Bundesinnenminister, wie wichtig die private Vorsorge für den Notfall ist.



Sie standen den Journalisten Rede und Antwort (von rechts): MdB Dr. Nöbel und Minister Baum, von links: Ministerialrat Dr. Dörr, zuständiger Referent im BMI, und Ministerialdirektor Wedler, Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung des Ministeriums.

bei vielen Bürgern so unbekannt sei. So seien jahrelang die Zuschüsse für den Hausschutzraumbau nicht in Anspruch genommen worden, weil offensichtlich eine „Hemmschwelle“ existiere. Der Minister: „Der Fatalismus der Bürger ist falsch.“

Ministerialdirektor Wedler, Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung des Innenministeriums, verdeutlichte den Journalisten, daß Schutzvorkehrungen auch für den Verteidigungsfall sinnvoll und vernünftig sind. Auf die Frage, ob man nicht besser alle verfügbaren Gelder in den Schutzraumbau stecken müsse, erläuterte Wedler, daß nicht zuletzt wegen der hohen Kosten des Schutzraumbaus alle Möglichkeiten des behelfsmäßigen Schutzes genutzt werden müßten, daß der Warnung der Bevölkerung bereits eine große Bedeutung zukomme

sen die „Überlebensfolie“, die für das Notgepäck vorgeschlagen wird. Sie wurde vielfach interpretiert „als Haushalts-Alufolie, die dem Bürger als Schutz gegen radioaktive Strahlung empfohlen wird“. Tatsächlich handelt es sich hierbei um eine aluminiumbeschichtete Kunststoffolie, die eine stark isolierende Wirkung hat und auch bei längerem Aufenthalt im Freien gegen extreme Kälte und Hitze Schutz bietet. Aus diesem Grunde sollte diese Folie, die im Fachhandel u. a. als Decke, Poncho oder Schlafsack erhältlich ist, im Notgepäck nicht fehlen. Die Empfehlungen zum Notgepäck wurden inzwischen durch einen entsprechenden Hinweis ergänzt.

Die Broschüre ist im übrigen beim Bundesverband für den Selbstschutz kostenlos erhältlich.

6. Bundeswettkampf des THW in Hamburg-Finkenwerder

## THW-Treffen an der Elbe

33 Wettkampfgruppen waren am Start zur „THW-Olympiade“ – Bundesinnenminister Baum: THW ist zur Erfüllung seiner Aufgaben bestens vorbereitet

„Willkommen in Hamburg!“ So begrüßte der THW-Landesverband Hamburg als Veranstalter des 6. Bundeswettkampfes des Technischen Hilfswerks am 16. Mai 1981 die aktiven Helfer und die Gäste. Willkommen in Hamburg, das hieß willkommen in Finkenwerder. Die idyllische Elbinsel, bis zu Anfang dieses Jahrhunderts noch geprägt von Landwirtschaft und Fischerei, war der Austragungsort des Leistungsvergleichs des THW auf Bundesebene.

In Finkenwerder, heute ein aufstrebender Wohnstadtteil von Hamburg, hatte nach dem 1. Weltkrieg auf einem Gelände von etwa einem Kilometer Breite und zwei Kilometern Länge die Howaldt-Deutsche-Werft ihre Industrieanlagen errichtet. Direkt an der Elbe gelegen, mit herrlichem Blick auf die ein- und ausfahrenden Schiffe im Hafengebiet, war das ehemalige Werftgelände ein idealer Wettkampfsplatz für das Technische Hilfswerk. Ein Platz in dieser Größe war auch nötig: Denn mit der Teilnahme von 33 Wettkampfgruppen – 429 aktive Helfer – und einer großen Anzahl von Gast Helfern war der Bundeswettkampf 1981 in Hamburg der umfangreichste der bisher ausgetragenen Wettbewerbe.

### THW als Retter in der Not

Die Finkenwerder zeigten sich als gute Gastgeber und nahmen das THW gerne bei sich auf; denn „in der Not hat ihnen das THW stets Hilfe gebracht“. Peter Reidel, Leiter des Ortsamts Finkenwerder, bedankte sich am Vorabend des Wettkampfs für die Einsätze des THW in Finkenwerder: „Nur der weiß diese Hilfe zu schätzen, dem das Wasser buchstäblich bis zum Halse gestanden hat.“ Damit waren die Sturmflutkatastrophen der Jahre 1962 und 1976 gemeint.

Doch THW-Helfer sind nicht nur Retter in der Not, sondern beweisen auch im Alltag ihr Können und ihre Fertigkeiten. So konnte der Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, dem Ortsamtsleiter von Finkenwerder gleich ein Gastgeschenk, eine holzgezimmerte Parkbank in miniature, überreichen. Elf dieser Parkbänke in Originalgröße, hergestellt von den elf Jugend-

gruppen, die am Wettkampf teilnahmen, werden für die Finkenwerder Bevölkerung im Gorch-Fock-Park aufgestellt.

### Innensenator Pawelczyk: Fester Platz im Katastrophenschutz

Doch nicht allein die Finkenwerder erinnern sich gerne an die gute Zusammenarbeit mit dem THW. Für die Freie und Hansestadt Hamburg würdigte der Senator für Inneres, Alfons Pawelczyk, anlässlich des Senatsempfanges im Hamburger Rathaus die Leistung der THW-Helfer in Hamburg. Der Bürger, so Pawelczyk, könne oft gar nicht richtig ermessen, was an ehrenamtlicher Arbeit hier erbracht werde. Die Helfer

hätten in Hamburg bei ihren Einsätzen stets bewiesen, welch hohen Leistungsstand das THW habe. Ausdrücklich hob Pawelczyk das gute Einvernehmen des Hamburger THW mit den anderen Katastrophenschutzorganisationen und den Behörden hervor. Das Technische Hilfswerk habe hier seinen festen Platz im friedensmäßigen Katastrophenschutz gefunden. Ein wichtiger Schritt dorthin ist nach Auffassung des Innensenators die Einbindung des THW in die Aufgaben der Deichverteidigung und in die Mitwirkung bei katastrophenähnlichen Unfällen gewesen. Direktor Ahrens bedankte sich im Anschluß an die Rede Pawelczyk für die Unterstützung der Hamburger Behörden, vor allem der Hamburger Feuerwehr, bei den Vorbereitungen zum THW-Bundeswettkampf 1981.

Der Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg, Alfons Pawelczyk, bei seiner Ansprache im Hamburger Rathaus.



## Startschuß zum Wettkampf

Und was brachte der Wettkampf an Leistungen und Aktivitäten? Zum ersten Male zeigte das THW bei einem Bundeswettkampf eine breite Palette seiner Tätigkeiten. Aufgaben aus den Disziplinen „Bergung“, „Instandsetzung“ und aus der „Jugendarbeit“ mußten von den Wettkampfgruppen bewältigt werden. Die 33 Wettkampfbahnen beanspruchten einen großen Teil des ehemaligen Werftgeländes, eingerahmt von THW-Fahnen, den blauen Fahrzeugen der Mannschaften und dem Zeltlager mit den bunten Farben der Landesflaggen. Im nahegelegenen Steendiekkanal wurde der Wettkampf auf dem Wasser ausgetragen.

Nach dem Startschuß durch THW-Direktor Ahrens herrschte auf dem gesamten Wettkampfgelände reges Treiben. Für die Zuschauer, die an diesem sonnigen Samstagmorgen zahlreich erschienen waren und das Wettkampfgeschehen ganz aus der Nähe beobachten konnten, bot sich ein farbenprächtiges Bild. Die „Aktiven“ hatten dagegen keine Zeit für derartige Betrachtungen, die anspruchsvollen Aufgaben forderten ihre volle Konzentration.

## Die Fachaufgaben

Im Bereich „Bergung“ sollten die Wettkampfmannschaften einen Deckendurchbruch in ein Betondeckenteil schlagen, eine Bohlenwand abstützen, mit der Motorsäge einen Durchstieg schneiden und das Bergungsgerät über ein Hindernis transportieren. In einem Kriechgang mußten die Teilnehmer mit Spezialsägen und Brennschneidgerät noch mehrere Hindernisse aus dem Wege räumen, bis sie schließlich von einem Turm einen „Verletzten“ bergen konnten. Währenddessen mußte der andere Teil der Mannschaften auf dem Steendiekkanal mit den Mehrzweckbooten eine 50 Meter lange Hindernisstrecke zurücklegen, um anschließend Gerät und eine zu bergende Person aufzunehmen und diese zum Anlaufpunkt zurückzutransportieren.

Vom Schwierigkeitsgrad ähnlich waren die Aufgaben im Bereich „Instandsetzung“. Hier sollte eine behelfsmäßige Wasserversorgungseinrichtung erstellt werden. Von einer Wasserleitung mußten die Helfer über Zwischenbehälter mit Hilfe einer Pumpe TS 2/5 Wasser durch eine Leitung, die neu zu verlegen war, zu einer Zapfstelle leiten.

Die Jugendgruppen hatten, wie schon beim letzten Bundeswettkampf vor zwei Jahren in Arnberg, jugendgemäße Wettkampfaufgaben zu lösen. Die Aufgaben-

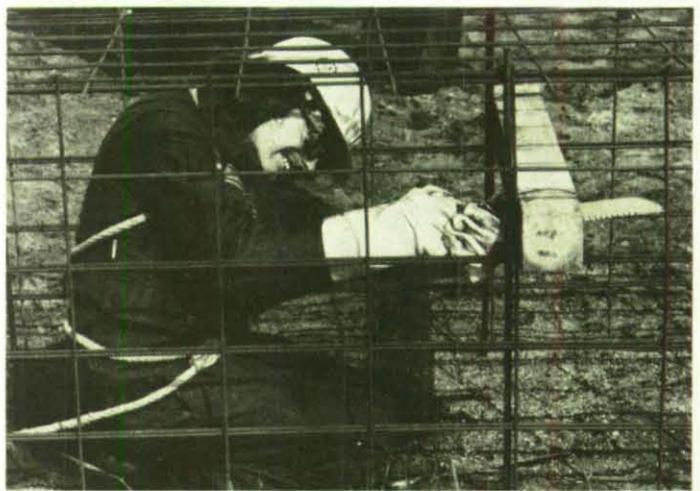
Der Direktor des THW, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, überreicht im Beisein vom Landesbeauftragten für Hamburg, Günter Trautvetter, dem Ortsamtsleiter von Hamburg-Finkenwerder ein Modell der von den Jugendgruppen gezeimerten Parkbänke.



Unter der strengen Aufsicht des Schiedsrichters arbeitet diese Bergungsmannschaft.

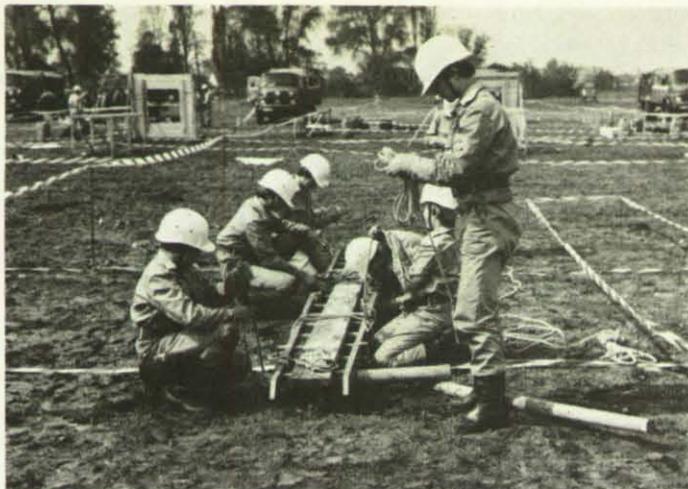


Arbeiten mit der Spezialsäge im Kriechgang.



Auch die Schweißarbeiten kosten viel Schweiß.





Die Jugendgruppen üben Binden und Verlegen eines Leitersteges.



Der Durchstieg in der Holzwand ist fertig, ein Teil der Aufgabe erfüllt.



Vorführung der Pontonfähre auf dem Rüsch-Kanal.



THW-Direktor Ahrens erläutert Bundesinnenminister Baum und Innenminister Pawelczyk das Wettkampfgeschehen.

stellung war den Bereichen Bergung, Sport und Spiel entnommen.

Schnelligkeit spielte in allen drei Disziplinen eine große Rolle. Besonderer Wert wurde jedoch auf die Art und Weise der Durchführung der Aufgaben gelegt. Hier konnten die Mannschaften Punkte sammeln durch richtige Handhabung des Einsatzgerätes, Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften, korrekte Ausführung und vorschriftsmäßige Bekleidung und Ausrüstung.

Mit Schwung und Präzision erledigten die meisten Helfer ihre Aufgaben. Daß alles wie am Schnürchen lief, fand die Anerkennung der Ausbilder und der Gäste. Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum, neben Hamburgs Innensenator Alfons Pawelczyk prominentester Beobachter des Bundeswettkampfs, hatte jedoch „mehr Kreativität und weniger Präzision“ erwartet. Einige Aufgaben waren von den Mannschaften sicherlich zu gut vorbereitet und trainiert worden! Hier wird man sich bei einer „Manöverkritik“ für den nächsten Bundeswettkampf Gedanken machen müssen, wie Spontaneität und Kreativität mehr gefordert werden können.

Daß die THW-Helfer über diese Eigenschaften verfügen und bei vielen Einsätzen auch bewiesen haben, erkannte Bundesinnenminister Baum durchaus an. In seiner Ansprache zur Siegerehrung würdigte er das THW als „tragende Säule des Katastrophenschutzes der Bundesrepublik Deutschland“. Baum sagte vor den Gästen und Helfern:

„Der eindrucksvolle Leistungsvergleich des Technischen Hilfswerkes mit seiner hervorragenden Organisation hat erneut unter Beweis gestellt: Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk ist eine tragende Säule im Katastrophenschutz der Bundesrepublik Deutschland. Eine Aufbauleistung, auf die alle Angehörigen des THW stolz sein können. Die große Zahl der Helferinnen und Helfer und die vielfältige Schau hochwertigen technischen Geräts lassen erkennen, über welche Leistungskraft das THW heute verfügt. Diese erfreuliche Entwicklung ist das Ergebnis unseres gemeinsamen Strebens, quantitative und qualitative Fortschritte im erweiterten Katastrophenschutz zu erzielen.“

### Derzeitige Situation des THW

Das war nicht immer leicht; Sie alle kennen die schwierige finanzielle Situation, in der wir uns befinden. Gleichwohl haben wir in den letzten Jahren die wesentlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß das THW in dem von Bund und Ländern gemeinsamen getragenen Hilfeleistungssystem die ihm zukommende Rolle spielen kann.

Das Finanzsonderprogramm 1979/1983 mit dem anschließenden auf 10 Jahre angelegten Konsolidierungsprogramm für den erweiterten Katastrophenschutz stellt auch eine angemessene Ausstattung des Technischen Hilfswerks sicher. Die neuen Stärke- und Ausrüstungsnachweisungen für den Bergungs- und Instandsetzungsdienst verfolgen das Ziel, künftig das Auf und Ab der Beschaffungsmaßnahmen und die damit verbundenen Unsicherheiten zu beseitigen. Es sind sicher nicht alle sachlich begründeten Wünsche erfüllt worden. Es hat Abstriche an unseren Vorstellungen gegeben. Die schwierige Lage der öffentlichen Haushalte zwingt zu Kompromissen zwischen dem sachlich Wünschbaren und dem finanziell Möglichen. In der gegebenen Situation haben wir das Optimale erreicht. Und es wäre unehrlich, den Eindruck hervorzurufen, als könnte sich in den nächsten Jahren die Situation wesentlich bessern. Immerhin: Im großen und ganzen hat der erweiterte Katastrophenschutz seine berechtigten Belange durchsetzen können. Das gilt vor allem auch für das Technische Hilfswerk.

Damit ist jetzt ein Schwerpunktprogramm angelaufen, das eine angemessene Ausstattung mit Fahrzeug und Gerät sicherstellt. Auch einem anderen Übelstand können wir buchstäblich zu Leibe rücken: dem Bekleidungsproblem. Seit langem liegt mir die Komplettierung und Ersatzbeschaffung der persönlichen Ausstattung der Helfer am Herzen. Die berechtigten Klagen, die in Ihren Reihen erhoben wurden, haben uns zu besonderen Anstrengungen veranlaßt.

Die Mittel für diesen Zweck sind jetzt ganz erheblich erhöht und im Rahmen der Finanzplanung auf einem hohen Niveau fortgeschrieben worden. Darüber hinaus müssen wir uns, wie schon in den letzten Jahren, auch künftig der Lösung der noch offenen Unterbringungsfragen mit allem Nachdruck zuwenden. Die Kosten dafür sind jedoch sehr hoch. Aber immerhin konnten wir seit 1970/84 neue Unterkünfte bauen. Die Mittel für den Bau von weiteren ca. 100 Unterkünften sind erheblich von 8 Mio. DM in 1980 auf 13 Mio. DM in diesem Jahr und auf 14 Mio. DM für die Finanzplanung der folgenden Jahre gesteigert worden. Mittelfristig bis langfristig werden wir daher auch diesen Bedarf befriedigen können.

Und auch hier gilt, daß wir mit dem Erreichten angesichts der angespannten Wirtschafts- und Finanzlage hoch zufrieden sein können. Ich bitte gerade die betroffenen Ortsverbände, dafür Verständnis zu zeigen, auch wenn es oft schwerfällt. Ich selbst habe mich bei vielen Besichtigungen von THW-Einrichtungen vor Ort über die Probleme informiert und ich habe viel Ver-

ständnis dafür, daß Sie mit manchen Unterkünften nicht zufrieden sein können.

### Neustrukturierung der Organisation des THW

Es gibt noch weitere Probleme, die wir bewältigen müssen, wie z. B. die Neustrukturierung des organisationseigenen Teils des THW. Zu der grundlegenden konzeptionellen Neuordnung des THW rechne ich

auch die der Verfassung entsprechende Verankerung der Bundesanstalt im Gesetz, wie sie in der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Hamburg gefordert worden ist. In meinem Haus wird z. Z. an einem neuen Zivilschutzgesetz gearbeitet, das die Materien des geltenden Zivilschutzgesetzes, des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes und des Schutzbaugesetzes zusammenfaßt und aktualisiert. Darin wird sich auch eine Bestimmung über die Aufgabenstellung des

Bei der Verlegung der Rohrleitungen kommt es auf Präzision an.



Auf der Ehrentribüne (von rechts nach links): Ministerialdirektor Wedler (BMI), der Landesvorsitzende der Helfervereinigung e. V. für Baden-Württemberg, Biechle, Ministerialrat Dr. Andrews (BMI), Regierunsdirektor Ständer (BZS) und die Gattin des Bundesinnenministers.



THW und seine Einbindung in den Katastrophenschutz finden. Die Verabschiedung dieses Gesetzes wird noch innerhalb der laufenden Legislaturperiode angestrebt.

## Jugendarbeit des THW

Ein Problem ist mir aber besonders vorrangig: Die bisher schon beispielhafte

Jugendarbeit des THW, die ich für unerlässlich zur Unterstützung der Arbeit des THW halte, und die dringend noch weiterer Förderung bedarf. Wir wollen damit anerkennen, daß sich junge Menschen durch den Dienst im THW für andere Menschen einsetzen, daß sie einen echten Dienst für die Gemeinschaft leisten. Viele Jugendliche wollen nicht bloß materielle Lebenserfüllung, wollen sich für etwas einsetzen, wollen sich für etwas engagieren. Der Dienst im THW bietet die Chance zu erfahren, daß

andere in Not geratene Menschen einen brauchen, daß es sich lohnt, sich für andere einzusetzen, ihnen Hilfe zu bringen. Die Erfahrungen, die wir bei Katastropheneinsätzen immer wieder machen, sind ein eindrucksvoller Beweis dafür.

Der Dienst im THW ist mehr als nur vorsorgender Katastrophenschutz. Er ist ein Beispiel für staatsbürgerliches Engagement, das nicht zuallererst danach fragt, was der Staat für den Bürger tun kann, sondern das umgekehrt danach fragt, was der Bürger für die Gemeinschaft tun kann. Und wenn man sieht, was hier geleistet wird, ohne einen riesenhaften staatlichen Aufwand, dann ist das der Beweis dafür, daß das Engagement der Bürger mehr wert ist als noch so perfekte staatliche Organisation.



**Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum: Der Dienst im THW ist mehr als nur vorsorgender Katastrophenschutz.**

## Leistungsschau des THW – eine überzeugende Demonstration seiner positiven Entwicklung

Diese großartige Leistungsschau der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk wird, dank Ihres Einsatzes, liebe Helferinnen und Helfer, auf jeden Besucher einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Dies ist eine überzeugende Demonstration der günstigen Entwicklung, die das THW in den letzten Jahren genommen hat. Der hohe Leistungsstand, der uns hier vorgeführt wird, macht deutlich, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Daher bin ich zuversichtlich, daß sich diese positive Entwicklung fortsetzen wird und wir bis zum nächsten Bundesleistungswettkampf weitere Marksteine werden setzen können. Sie haben allen Anlaß stolz zu sein auf das, was Sie erreicht haben. Ihre Leistungen bei Katastrophen, schweren Unglücksfällen und anderen Notfällen des Alltags sind aus dem humanitären Geschehen auch im Frieden nicht mehr wegzudenken.

Vielen Verantwortlichen in Ländern und Kommunen ist an dieser Stelle für ihre faire und kooperative Haltung gegenüber dem THW zu danken. Besonders hervorheben möchte ich hier in Hamburg die vorbildliche Regelung des Verhältnisses zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Technischen Hilfswerk. Die schriftliche Vereinbarung über die Einbeziehung des THW in den hamburgischen Katastrophenschutz hat klare Verhältnisse geschaffen, die der Sache dienen. Dafür gilt Ihnen, Herr Kollege Pawelczyk, als Vertreter des Senats dieser Stadt mein herzlicher Dank. Ich hoffe, daß dieses gute Beispiel Schule macht.



**Im Gespräch mit den THW-Helfern: Bundesinnenminister Baum, Ministerialdirektor Wedler (links), THW-Direktor Ahrens und THW-Bundessprecher Merck (rechts).**

## Einsätze des THW im Ausland

Im vergangenen Jahr haben Helfer des THW bei Einsätzen im Ausland unter zum

Teil schwierigsten klimatischen und technischen Bedingungen und oftmals mit viel Improvisationsgeschick die Leistungsfähigkeit des THW unter Beweis gestellt. Die vier Auslandseinsätze haben auch in der breiten Öffentlichkeit große Beachtung gefunden. Insgesamt haben 126 Helfer an 119 Tagen im Ausland Hilfe geleistet:

in Sambia beim Bau einer Fährverbindung zur Sicherstellung der lebensnotwendigen Versorgung der Bevölkerung,

in Somalia bei der Errichtung von Trinkwasseraufbereitungsanlagen für die dort unter erbärmlichen Bedingungen in Lagern lebenden Flüchtlinge aus Äthiopien,

in Algerien bei der Bergung von Erdbebenopfern und schließlich

in Süditalien bei der Rettung und Versorgung der Bevölkerung in der vom Erdbeben verwüsteten Region.

Diese Einsätze waren ein Ausdruck spontaner Solidarität des deutschen Volkes mit der von schwerer Not betroffenen Bevölkerung anderer Staaten. Die Hilfe erfolgte ohne politische Bedingungen oder Gegenleistungen, ohne Rücksicht auf den ideologischen Standort der dortigen Regierung – allein um in Not geratenen Menschen zu helfen. Und gerade deswegen ist diese Hilfe ein besonders wertvoller Beitrag zur Völkerverständigung als Beweis praktizierter Humanität über die Grenzen hinaus, jenseits aller politischen Differenzen.

Die eingesetzten Helfer bei diesen Hilfsaktionen haben in schwere Not geratenen Menschen geholfen und durch ihre hervorragenden Leistungen das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland gefördert. Dafür gebührt ihnen unser aller Dank und Anerkennung.

### **Dank für den selbstlosen humanitären Dienst**

Liebe Helferinnen und Helfer, Sie alle haben bei diesem schwierigen Leistungsvergleich Ihr hervorragendes Können bewiesen. Sie haben gezeigt, daß Sie für die Erfüllung Ihrer Aufgaben bestens vorbereitet sind. Zu diesem hohen Leistungsstand darf ich Sie, ganz besonders aber die Sieger dieses Wettbewerbs, herzlich beglückwünschen. Allen ehrenamtlichen Helfern und hauptamtlichen Bediensteten danke ich für ihren selbstlosen humanitären Dienst. Mögen Glück und Erfolg Ihnen auch bei Ihrer künftigen Arbeit zur Seite stehen."

Im Namen der Helfer des THW bedankte sich Bundessprecher Peter Merck bei Bundesinnenminister Baum für seine Teilnahme am Wettkampf und bei Innensenator Pawelczyk für seine Gastfreundschaft.

### **Die Sieger**

Die anschließende Ehrung der Sieger des Wettkampfes warf dann noch einige Probleme auf. Aufgrund der großen Anzahl der Mannschaften und der nur knapp bemessenen Auswertungszeit verzögerten sich die Ergebnisse und mußten später zum Teil wieder korrigiert werden. Als Sieger des Bundeswettkampfes 1981 stehen nunmehr fest:

Erster Sieger und Gewinner des Pokals des Bundesministers des Innern im Bereich „Bergung“ ist der Ortsverband Marktheidenfeld (Bayern), im Bereich „Instandsetzung“ der Ortsverband Theley (Saarland). Erster Sieger bei den Jugendgruppen und Gewinner des Pokals des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz wurde der Ortsverband Heusweiler (Saarland).

Zweiter Sieger für den Bereich „Bergung“ wurde der Ortsverband Hürtgenwald (Nordrhein-Westfalen) und für den Bereich „Instandsetzung“ der Ortsverband Hofheim (Hessen). Beide Mannschaften gewannen die vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg gestifteten Siegerpokale. Zweiter bei den Jugendgruppen und Gewinner des Preises des Landesbeauftragten des THW für Hamburg wurde der Ortsverband Wittlich (Rheinland-Pfalz).

Die Gewinner der dritten Preise, die von einer Hamburger Brauerei gestiftet worden waren, sind bei der „Bergung“ der Ortsverband Lüchow-Dannenberg (Niedersachsen), bei der „Instandsetzung“ der Ortsverband Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz) und bei den Jugendgruppen der Bezirksverband Hamburg-Nord.

Die Abstände zwischen dem ersten und dem letzten Platz waren jedoch in allen drei Disziplinen nicht groß, ein erhebliches Leistungsgefälle war nicht festzustellen. THW-Direktor Ahrens hatte schon bei seiner Eröffnung des Wettkampfes darauf hingewiesen, daß die Leistungsspitze des THW breit angelegt sei. Der Bundeswettkampf sei also kein Wettkampf weniger Spezialisten, er repräsentiere den Ausbildungsstand, der in den Ortsverbänden und in den Katastrophenschutzschulen der Länder erreicht werde.

### **Minister Baum diskutierte mit den Helfern**

Das offizielle Programm des Bundeswettkampfes 1981 endete am frühen Samstagnachmittag mit einem Gespräch zwischen Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum und THW-Helfern, an dem auch der Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung des

Ministeriums, Ministerialdirektor Hans-Dieter Wedler, sowie der zuständige Referent, Ministerialrat Dr. Ewald Andrews, und Oberregierungsrat Möwes teilnahmen.

Alle dringenden Probleme der Organisation sprachen die Helfer in ihren Fragen an den Minister an, wie zum Beispiel den für die Zukunft zu erwartenden Rückgang der Helfer aufgrund der geburtenschwachen Jahrgänge, die schwierige Haushaltslage, das Problem der Dienst- und Einsatzbekleidung, die Frage der Unterkünfte und die Einbeziehung des THW in den friedensmäßigen Katastrophenschutz. Minister Baum widmete den Anliegen der Helfer sehr viel Zeit und gab bei seinen Antworten eindeutig zu erkennen, daß er sich für das Technische Hilfswerk in allen schwierigen Fragen einsetzen werde.

### **Kameradschaftsabend in der „Kesselschmiede“**

Am Nachmittag erholten sich die THW-Helfer bei einer Dampferfahrt durch den Hamburger Hafen von ihren Anstrengungen, und am Abend traf man sich in der „Kesselschmiede“, einer ehemaligen Werfthalle, zum Kameradschaftsabend. Dort sorgten das THW-Musikkorps Hermeskeil im Wechsel mit anderen Musikgruppen, die Tanzgruppe „Finkenwerder Speedeel“ und der Hamburger Volkssänger Erwin Saalfeldt für die richtige Stimmung.

### **Über ein Jahr Vorbereitung**

Als Fazit für die Veranstalter des diesjährigen Bundeswettkampfes kann festgestellt werden, daß die Zusammenarbeit zwischen den hauptamtlichen Mitarbeitern des Landesverbandes Hamburg, Landesbeauftragtem Günter Trautwetter an der Spitze, und den ehrenamtlichen Helfern der sieben Hamburger Bezirksverbände gut funktionierte und dies sich auch in der Organisation der Veranstaltung niederschlug.

Für die Zukunft wird man sich dennoch fragen müssen, ob nicht mit einer Veranstaltung in dieser Größe und dem dazu erforderlichen Aufwand die Grenze des Vertretbaren und Machbaren erreicht ist. Die Vorbereitungszeit von über einem Jahr gibt nur andeutungsweise wieder, was an Arbeit hinter der Organisation eines Wettkampfes in dieser Größenordnung steht.

Negativer Posten einer alles in allem positiven Bilanz des Veranstalters: Rund 30 Fahnen und 300 Klappstühle wechselten unerlaubt den Besitzer.

Ministerialdirektor Hans-Dieter Wedler,  
Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung im Bundesministerium des Innern

## Der gegenwärtige Stand des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland

Zivilschutz ist notwendig und möglich – In den kommenden Jahren noch mehr als bisher auf Schwerpunkte konzentrieren – Jeder ist aufgerufen, einen eigenen Beitrag zum Zivilschutz zu leisten

**Ministerialdirektor Hans-Dieter Wedler, Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung im Bundesministerium des Innern, referierte am 3. Juni 1981 vor Offizieren der Panzerbrigade 20 und einem großen Kreis von Gästen über das Thema „Der gegenwärtige Stand des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland“. Die Panzerbrigade 20 in Iserlohn veranstaltet seit geraumer Zeit eine Vortragsreihe, in der auch die Fragen des Schutzes der Bevölkerung behandelt werden. Bereits 1980 hatte Oberst Dr. Genschel (Panzerbrigade 20) die Frage nach dem Zivilschutz gestellt; vor den aufmerksamen Zuhörern im Auditorium der Fachhochschule Iserlohn sprach nun Ministerialdirektor Wedler als kompetenter Fachmann. Neben den Offizieren der Panzerbrigade diskutierten im Anschluß an den Vortrag auch Bürgermeister Lindner, Erster Beigeordneter Etemeyer und Kreisdirektor Schiffer die Probleme des Zivilschutzes. Nachstehend die Ausführungen Hans-Dieter Wedlers im Wortlaut:**

Der Zivilschutz befaßt sich mit der Warnung und dem Schutz der Bevölkerung vor Gefahren sowie ihrer Rettung aus Gefahren in einem Verteidigungsfall. Er ist also der Teil der zivilen Verteidigung, der der Bevölkerung ein Überleben in einem Verteidigungsfall ermöglichen soll. Zivilschutz ist nach wie vor ein schwieriges Thema. Da ein wirksamer Zivilschutz ohne Mitwirkung der Bürger nicht möglich ist, muß immer wieder versucht werden, Verständnis für ihn zu wecken.

In der zur Verfügung stehenden Zeit ist es nicht möglich, alle Probleme des Zivilschutzes abzuhandeln. Ich möchte mich daher darauf beschränken, Ihnen möglichst einfach einige Grundfragen des Zivilschutzes zu erläutern und Hinweise zum gegenwärtigen Stand und zur weiteren Entwicklung zu geben.

### Ist Zivilschutz notwendig?

Jede Diskussion über den Zivilschutz führt auch heute noch bei vielen Menschen zu der Grundfrage, ob Zivilschutz überhaupt notwendig und im Hinblick auf die waffentechnische Entwicklung möglich ist.

Beginnen wir also mit der **Frage, ob Zivilschutz notwendig ist.** Seit dem letzten Weltkrieg haben wir keinen Krieg mehr in Mitteleuropa gehabt. Alle Anstrengungen gelten auch weiterhin der Friedens- und Entspannungspolitik. Die Bundeswehr hat zusammen mit den verbündeten Streitkräften durch militärische Abschreckung ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens geleistet und wird dies auch künftig tun.

In anderen Teilen der Welt hat es diesen Frieden leider nicht gegeben. Über 100 Kriege sind seit dem letzten Weltkrieg geführt worden oder werden noch geführt. Ein weithin anerkannter Gelehrter, der sich seit vielen Jahren mit Fragen der Friedenssicherung und Sicherheitspolitik befaßt, Carl Friedrich von Weizsäcker, hat im vorigen Jahr mehrfach darauf hingewiesen, daß es auch in Mitteleuropa nicht die Garantie einer dauerhaften Verschonung vor einem Kriege gibt. Es gibt insbesondere keine Garantie, daß Westeuropa nicht in Konflikte mit hineingezogen wird, die in anderen Teilen der Welt entstehen können.

Eine derartige Aussage hat überhaupt nichts damit zu tun, daß wir etwa jetzt Angst haben müßten, die auf Friedenssicherung gerichtete Politik werde scheitern. Vielmehr ist nüchtern eine Feststellung getroffen worden, die uns in anderen Bereichen des täglichen Lebens auch nicht fremd ist. Wir versichern z. B. nicht unser Haus oder unseren Hausrat deswegen, weil wir fest damit rechnen, daß das Haus demnächst abbrennen wird. Wir gehen eine Versicherung ein, weil wir die Möglichkeit eines Brandes nicht ausschließen können und im Falle eines Brandes der Schaden sehr hoch sein könnte.

Diese Überlegung ist auch auf den Zivilschutz zu übertragen. Keine internationale Organisation, keine Regierung kann heute die unumstößliche Garantie eines ewigen Friedens geben. Was die Höhe des drohenden Schadens betrifft, so haben die Kriege seit der Jahrhundertwende leider unübersehbar gezeigt, daß die Zivilbevölkerung immer stärker durch Waffeneinsätze gefährdet worden ist und immer größere Verluste erlitten hat.

Es ist daher, wie ich meine, im Hinblick auf die Gefahren, die der Zivilbevölkerung in einem Kriege entstehen würden, nicht nur

ein Gebot der Klugheit, sondern ein zwin-gendes Gebot der Humanität, Maßnahmen zu ihrem Schutze zu treffen. Die Gefahren sind so groß, daß man nicht wie bei anderen kleineren Risiken des täglichen Lebens es einfach darauf ankommen lassen könnte, ob sich die Gefahren verwirklichen oder nicht, um gegebenenfalls den kleinen Schaden einfach in Kauf zu nehmen. Nein, beim Zivilschutz geht es um die Überlebenschancen der Menschen in der Stunde der äußersten Gefahr. Zivilschutz ist eine humanitäre Pflicht.

Da so viele Soldaten hier anwesend sind, möchte ich auch noch auf einen anderen Gesichtspunkt hinweisen. Die Streitkräfte sichern durch militärische Abschreckung den Frieden. Dazu gehören gut ausgebildete Soldaten, Waffen, Munition und viele andere Dinge. Nur wenn alle für eine Verteidigung unerläßlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann ein potentieller Gegner davon ausgehen, daß wir nicht nur bereit, sondern auch fähig sind, uns zu verteidigen.

Ich meine, daß zur Glaubhaftigkeit unserer Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit auch ein Zivilschutz gehört. Es ist zu bedenken, daß eine Verteidigung nicht etwa in einem fernen menschenleeren Land, sondern bei uns geführt werden müßte. Ist es vorstellbar, daß unsere Streitkräfte in unserem Lande militärisch operieren, ohne daß der Zivilbevölkerung eine Überlebenschance durch Zivilschutzmaßnahmen gegeben wird? Ich meine nein.

Sicherlich ist anzuerkennen, daß die Streitkräfte mit vielen eigenen Problemen der Waffenbeschaffung, der Betriebskosten, der Führung junger Soldaten usw. stark belastet sind. Ebenso ist zuzugeben, daß die zuweilen (nicht vom BMI) erhobene Forderung, ein paar Flugzeuge oder Panzer weniger zu beschaffen und dafür mehr Geld für den Zivilschutz zur Verfügung zu stellen, unrealistisch und nur geeignet ist, die Streitkräfte von dem Thema Zivilschutz abzuschrecken. Dennoch müssen die Streitkräfte den Zivilschutz in ihre Überlegungen einbeziehen, wenn die Verteidigungspolitik glaubhaft sein soll. Viele Soldaten tun dies auch. Wegen der geschilderten engen Verbindung zwischen militärischem Verteidigungsauftrag und Zivilschutz muß es aber auf viele Bürger nicht überzeugend wirken,

wenn in sicherheitspolitischen Diskussionen es im Grunde allein den Zivilisten überlassen bleibt, auf die Bedeutung des Zivilschutzes für eine glaubhafte Verteidigungsbereitschaft hinzuweisen.

### **Ist Zivilschutz möglich?**

Ich komme nun zu der weiteren und vielleicht schon mit Ungeduld erwarteten Frage, **ob Zivilschutz im Hinblick auf die Entwicklung der Waffentechnik überhaupt möglich ist.** Gerade für uns ist diese Frage nach den schrecklichen Erfahrungen des letzten Weltkrieges und wegen des ungeheuren Vernichtungspotentials an Nuklearwaffen von besonderer Bedeutung, würden wir doch in einem Verteidigungsfall in einer geographisch besonders exponierten Lage sein.

Es muß deutlich ausgesprochen werden, daß in einem Krieg, der mit dem Ziel einer totalen Zerstörung des Gegners geführt würde, es im Hinblick auf die Entwicklung der Nuklearwaffen keinen voll wirksamen Schutz für die Bevölkerung gibt. Selbst wenn er technisch machbar wäre, würden die Kosten für den vollen Schutz der Bevölkerung unerschwinglich hoch sein.

Dieses Extrem der totalen Zerstörung durch Einsatz nuklearer Waffen mit Megatonnen-Sprengköpfen ist nun allerdings nicht der wahrscheinliche Fall eines bewaffneten Konflikts. Ich darf hierzu wieder auf die eindringlichen Ausführungen von Carl Friedrich von Weizsäcker hinweisen. Da jede Supermacht die Fähigkeit zur Erwidern, zum Zweitschlag besitzt, würde ein derartiger Krieg zur beiderseitigen totalen Zerstörung führen. Wahrscheinlicher wäre daher vielmehr ein begrenzter Krieg, der mit konventionellen Waffen beginnen und möglicherweise auch zu taktischen Einsätzen nuklearer Waffen führen könnte.

Würde nicht aber auch ein derartiger Krieg zwangsläufig zur totalen Vernichtung eskalieren? Hierzu ist nochmals zu betonen, daß es im Zeitalter der Nuklearwaffen keine Sieger im früheren Sinne mehr geben kann. Es kann daher auch keine Partei ein Interesse an einem Kämpfen bis zur beiderseitigen vollen Zerstörung haben. Ziel kann nur sein, den militärischen Konflikt so schnell wie möglich politisch zu beenden.

Ich möchte diese Stichworte über militärische Grundannahmen nicht fortsetzen. Sie berühren die NATO-Strategie der flexiblen Reaktion, und ich könnte mir vorstellen, daß hierüber im Rahmen dieser Vortragsreihe bereits eingehender gesprochen worden ist. Ganz deutlich dürfte sein, daß die militärischen Grundannahmen von großer Bedeutung für den Zivilschutz sind. Die militärischen Experten haben hier eine Aufklärungsaufgabe gegenüber den Bürgern zu erfüllen. Frühere Vorstellungen über

einen ausschließlich nuklearen Krieg, über den sofortigen vollen Einsatz des strategischen nuklearen Potentials, müssen korrigiert werden. Es ist verständlich, wenn dies den Bürgern Schwierigkeiten bereitet.

Können wir also mit guten Gründen davon ausgehen, daß im Falle eines bewaffneten Konflikts ein begrenzter Krieg viel wahrscheinlicher wäre als ein auf totale Zerstörung gerichteter Krieg, so folgt hieraus auch eine eindeutige Antwort auf die Frage, ob Zivilschutz überhaupt möglich ist. Gegen die Waffenwirkungen in einem begrenzt geführten Krieg gibt es Überlebenschancen für die Zivilbevölkerung, wenn Zivilschutzmaßnahmen getroffen worden sind. Dies beweisen die Lehren des letzten Weltkrieges und anderer seitdem geführter Kriege sowie alle Untersuchungen und Erprobungen, die auf dem Gebiete des Zivilschutzes durchgeführt worden sind.

Unzählige Menschen haben z. B. im letzten Weltkrieg ihr Leben nur dadurch gerettet, daß sie sich in einem Schutzraum befunden haben. Auch in Hiroshima und in Nagasaki hätten viele Menschen ihr Leben retten können, wenn sie in Schutzräumen gewesen wären. Sie hatten nicht die Möglichkeit. Wir aber müssen aus den Erfahrungen lernen.

### **Räumung statt Zivilschutzmaßnahmen?**

Bevor ich auf einzelne Hauptbereiche des Zivilschutzes zu sprechen komme, dürfte noch ein kurzer Hinweis notwendig sein, daß **Zivilschutzmaßnahmen auch nicht durch eine Räumung des Bundesgebietes ganz oder teilweise entbehrlich gemacht werden können.** In einem Verteidigungsfall würden grundsätzlich das gesamte Bundesgebiet und auch die angrenzenden Gebiete unserer NATO-Verbündeten gefährdet sein. Es gibt daher keine Möglichkeit, dieser Gefährdung durch eine rechtzeitige Evakuierung oder durch Flucht zu entkommen. Im Gegenteil, Menschen auf der Straße sind größeren Gefahren durch Waffenwirkungen und mangelnde Versorgung ausgesetzt als zu Hause. Die NATO hat den Grundsatz des „Zuhausebleibens“, die „Stayput-Policy“ aufgestellt. Ausnahmen gelten nur für einzelne besonders gefährdete Gebiete. Aus ihnen muß die Bevölkerung schon vor einem Verteidigungsfall in weniger bedrohte Gebiete verlegt werden. Auch hinsichtlich des Grundsatzes des Zuhausebleibens muß also der Bevölkerung ein Umdenken gegenüber den großen Fluchtbewegungen im letzten Weltkrieg zugemutet werden.

### **Der Stand des Zivilschutzes**

Ich komme nun zum **Stand des Zivilschutzes.** Aus Zeitgründen muß ich mich

darauf beschränken, zu Hauptbereichen schwerpunktmäßig einige Anmerkungen zu machen.

### **Warndienst**

Er hat die Aufgabe, die Bevölkerung vor den Gefahren zu warnen, die ihr im Verteidigungsfall drohen. Die zehn Warnämter sind vollständig ausgebaut. Die Warnung der Bevölkerung geschieht durch ein Netz von Sirenen. Dieses Netz ist zu 83% errichtet. Die Vervollständigung des Netzes ist eine finanzielle Frage, wobei anzumerken ist, daß ein Hauptproblem des Warndienstes in den hohen Gebühren liegt, die er an die Deutsche Bundespost zu zahlen hat.

Die Warndienst-Meßstellen zur Feststellung radioaktiver Niederschläge sind zu 78% eingerichtet und werden relativ zügig vervollständigt.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß neben der Warnung der Bevölkerung durch Sirenensignale den Informationen über Rundfunk und Fernsehen, solange dies möglich ist, größte Bedeutung zukommt. Daher wird auch auf diesen Bereich besonderes Augenmerk gelegt.

### **Schutzraumbau**

Durch Schutzbaumaßnahmen lassen sich die Überlebenschancen der Bevölkerung in einem Verteidigungsfall mehr als durch jede andere Maßnahme vergrößern. Schutzräume bieten Schutz sowohl gegen die Wirkungen konventioneller Waffen als auch gegen radioaktive Niederschläge und die Wirkungen chemischer Waffen.

Der Stand des Schutzraumbaus bei uns ist bekannt: Es besteht keine Pflicht zum Schutzraumbau, der Bund gewährt für freiwillig gebaute Schutzräume Zuschüsse und steuerliche Abschreibungen. Mit Zuschüssen des Bundes gefördert sind rund 1,96 Millionen Schutzplätze. Nicht in dieser Zahl sind diejenigen Schutzplätze enthalten, für die die Bauherren nur die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten in Anspruch genommen haben und deren Zahl nicht bekannt ist. Nicht bekannt sind auch sonstige Schutzmöglichkeiten in der vorhandenen Bausubstanz, z. B. in ausgebauten Kellern und in unterirdischen Lagerräumen, die wenigstens einen Teilschutz bieten könnten.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß der Schutzraumbau bei uns unzureichend ist und er das größte Problem, die schwache Stelle des Zivilschutzes darstellt. Dabei ist bedauernd anzumerken, daß gerade in der Zeit des Wiederaufbaues unserer Städte nach dem letzten Krieg die Möglichkeit bestanden hat, in großem Umfang Schutzplätze zu errichten. Dies ist aber nicht geschehen.

Wenn man den Gründen für den Stand des Schutzraumbaus nachgeht, so stößt man auf eine Vielzahl unterschiedlicher Gesichtspunkte. Ich kann hier nur einige wenige herausgreifen:

a) Bei vielen Bürgern bestand sicherlich eine psychologische Sperre, nach dem schrecklichen letzten Krieg wieder an Schutzräume denken zu sollen. Besonders erschwerend kam hinzu, daß Informationen über die Wirkungen von Kernwaffen vielen Menschen den Eindruck vermittelten, ein Schutz sei nicht möglich.

b) Es wurden Berechnungen über die Kosten eines Schutzraumbaus in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht, die eine Realisierung des Schutzraumbaus als finanziell ausgeschlossen erscheinen lassen mußten.

c) Um den sozialen Wohnungsbau nicht zu beeinträchtigen, erschien eine Pflicht zum Schutzraumbau nur vertretbar, wenn der Staat zugleich gesetzlich zur Übernahme wenigstens eines Teils der durch den Einbau von Schutzräumen entstehenden Mehrkosten verpflichtet wurde. Dieser Weg wurde auch im Schutzbaugesetz beschritten. Da sich aber schnell herausstellte, daß der Bund nicht über die finanziellen Mittel verfügte, wurden Schutzbaupflicht des Bürgers und Kostentragungspflicht des Bundes alsbald suspendiert.

Seit 1979 stellt der Bund in verstärktem Umfang Haushaltsmittel sowohl für den öffentlichen Schutzraumbau als auch für den Bau von Hausschutzräumen zur Verfügung. Zu den öffentlichen Schutzräumen gehören

- Instand gesetzte Luftschutzbunker und Luftschutzstollen aus dem letzten Weltkrieg
- Mehrzweckanlagen in Tiefgaragen
- Mehrzweckanlagen in U-Bahn-Haltestellen
- Mehrzweckanlagen in U-Bahn-Streckenabschnitten
- Mehrzweckanlagen in Straßentunneln.

Durch neue bautechnische Richtlinien konnte die technische Konzeption vereinfacht werden, so daß wesentliche Kostensenkungen möglich wurden. Über die Höhe der Zuschüsse für Hausschutzräume und über die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten gibt Ihnen die Schutzbaufibel des Bundesverbandes für den Selbstschutz Auskunft. Ich möchte hier auf Einzelheiten verzichten. Die Übernahme der Mehrkosten für öffentliche Schutzräume und die Zuschüsse zu den Hausschutzräumen gewährt der Bund auf freiwilliger Basis nach Maßgabe der vom Parlament jährlich zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel.

Ich brauche nicht zu betonen, daß die finanzielle Situation des Bundes es gegen-

wärtig auch nicht zuläßt, ihm gesetzliche Kostentragungspflichten aufzuerlegen. Wer daher fordert, es müsse dem Bürger durch Gesetz die Pflicht zum Bau von Schutzräumen auferlegt werden, muß sich darüber im klaren sein, daß diese Pflicht nicht mit einer Kostentragungspflicht des Staates verbunden werden kann.

Das Interesse der Bürger und der Gemeinden am Schutzraumbau hat jetzt wesentlich zugenommen. Eine schnelle, ins Gewicht fallende Vergrößerung der Zahl der Schutzplätze ist mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln des Bundes allerdings nicht möglich. Vielmehr müssen langfristige Entwicklungen die notwendigen Fortschritte bringen.

Der Bundesminister des Innern appelliert seit Jahren an die Eigenverantwortung des Bürgers, in seinem eigenen Interesse für sich und seine Angehörigen Vorsorge für Krisenfälle zu treffen. Dazu gehört auch der Schutzraumbau. Erst kürzlich hat Bundesminister Baum anläßlich der 30. Jahrestagung der Schutzkommission beim BMI nochmals eindringlich betont, daß die Finanzkraft des Staates nun einmal nicht ausreicht für eine prämienfreie Risikoversicherung für jedermann. Sie kann allenfalls Hilfe zur Selbsthilfe gewähren.

### **Erweiterter Katastrophenschutz**

Aufgabe des Katastrophenschutzes ist die Bekämpfung von Gefahren und Schäden, die Menschen und wertvolle Sachgüter bedrohen. Zu diesem Zweck finanziert der Bund gegenwärtig über 7200 Einheiten und Einrichtungen mit mehr als 135000 Helfern. Der Katastrophenschutz ist in verschiedene Fachdienste gegliedert, von denen ich hier nur die wichtigsten nennen möchte: Brandschutzdienst, ABC-Dienst, Bergungsdienst, Instandsetzungsdienst, Sanitätsdienst und Betreuungsdienst.

Die Einheiten des Katastrophenschutzes sind nicht Teil eines staatlichen Zivilschutzkorps. Vielmehr knüpft der Katastrophenschutz an die in unserem Lande bestehenden großen humanitären Organisationen mit ihren ehrenamtlich tätigen freiwilligen Helfern an. Diese Organisationen haben zum Teil eine bis ins vorige Jahrhundert zurückreichende Tradition und verfügen insgesamt über mehr als 1,3 Millionen freiwillige Helfer. Es sind dies der Arbeiter-Samariter-Bund, das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfall-Hilfe, der Malteser-Hilfsdienst, die Feuerwehren und das Technische Hilfswerk. Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft möchte ich ausklammern, weil sie bisher keine speziellen Einheiten für den Zivilschutz aufgestellt hat.

Die Einheiten dieser Organisationen, die im erweiterten Katastrophenschutz mitwirken, werden auf der Kreisebene zusammengefaßt. Der Hauptverwaltungsbeamte hat sie zu beaufsichtigen und zu überwachen, insbesondere die Ausbildung und Ausrüstung. Im Verteidigungsfall und bei Übungen und Ausbildungsveranstaltungen unterstehen sie seinen Weisungen. Ihm obliegt die Leitung der Katastrophenbekämpfung im Einsatzfall.

Es ist oft darüber diskutiert worden, ob nicht ein straffer organisiertes Zivilschutzkorps leistungsfähiger wäre. Der Deutsche Bundestag hat im Jahre 1965 ein Gesetz über das Zivilschutzkorps beschlossen, es aber aus Kostengründen nicht in Kraft gesetzt. Wenn wir heute Bilanz über den Aufbau des Katastrophenschutzes auf der Grundlage des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes aus dem Jahre 1968 ziehen, dann kann nicht zweifelhaft sein, daß nur dieser Weg mit Erfolg weiterführt. Nicht nur stehen auch heute Kostengründe einem Zivilschutzkorps entgegen. Vielmehr hat sich gezeigt, daß die Abstützung auf die humanitären Organisationen und ihre freiwilligen ehrenamtlichen Helfer für eine dauerhafte Verankerung des Zivilschutzes in unserer Gesellschaft unverzichtbar ist. In einer Zeit, in der oft nur von Ansprüchen an den Staat die Rede ist, stellt die freiwillige ehrenamtliche Mitwirkung im Zivilschutz einen staatsbürgerlichen Dienst an der Gemeinschaft dar, auf den nicht zugunsten eines anderen Systems verzichtet werden kann, auch wenn es in manchen Elementen technisch perfekter wäre.

Nach dem Grundgesetz ist der Bund nur für den Zivilschutz und damit auch nur für den Teil des Katastrophenschutzes zuständig, der für den Verteidigungsfall aufgestellt wird, den sogenannten erweiterten Katastrophenschutz. Für den Katastrophenschutz, das Rettungswesen und den Feuerschutz im Frieden sind dagegen allein die Länder zuständig. Bund und Länder haben jedoch jeweils in ihrem Verantwortungsbereich den Katastrophenschutz so übereinstimmend geregelt, daß praktisch ein einheitliches Hilfeleistungssystem geschaffen worden ist. Dadurch wird nicht nur für den Verteidigungsfall eine größere Kapazität erreicht. Vielmehr können auch die Länder im Frieden auf die vom Bund finanzierten Einheiten des Zivilschutzes zurückgreifen, wenn die Situation es erfordert. So sind bei allen größeren Katastrophen in den vergangenen Jahren auf Anforderung der Länder Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes mit eingesetzt worden.

In diesem Zusammenhang darf ich erwähnen, daß Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes auch zu Hilfeleistungen ins Ausland entsandt werden. So haben sie

im letzten Jahr wertvolle Hilfe in Sambia, in Somalia, in Algerien und in Italien geleistet.

Für die Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes ist von entscheidender Bedeutung, daß auf der Kreisebene diese Aufgabe ernsthaft mit qualifizierten Mitarbeitern ebenso wie andere wichtige Aufgaben, die vielleicht mehr im öffentlichen Blickpunkt stehen, voll wahrgenommen wird. In der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler sind bereits viele Katastrophenstäbe der Kreisebene intensiv geschult worden. Bund und Länder haben gemeinsam ein Führungsmodell erarbeitet, mit dem früher aufgetretene Führungsprobleme überwunden werden sollen. Ich hoffe und glaube, daß der Katastrophenschutz immer mehr einen festen Stammpflicht im Aufgabengefüge des Staates und der Gemeinden und Gemeindeverbände bekommen wird. Dazu trägt auch wesentlich bei, daß jetzt in allen Ländern der friedensmäßige Katastrophenschutz gesetzlich geregelt ist und dabei vor allem den Kreisen und kreisfreien Städten Planungs- und Vorsorgepflichten auferlegt worden sind.

Was den materiellen Aufbaustand der für den Verteidigungsfall aufgestellten Einheiten des Katastrophenschutzes betrifft, so ist zunächst einmal festzustellen, daß die Anfang der siebziger Jahre ins Auge gefaßte zahlenmäßige Stärke und der Umfang der Ausstattung finanziell nicht zu realisieren waren. Die Ziele waren erheblich zu weit gesteckt worden. Die Folge war, daß bei den Einheiten erhebliche Lücken bei der Ausstattung entstanden und veraltetes Material nicht genügend ersetzt werden konnte. Der Bundessicherheitsrat hat daher im Juni vorigen Jahres ein Konsolidierungsprogramm gebilligt, das die Schließung der Ausstattungslücken und die Ersatzbeschaffung für die Einheiten in Stärke von 142000 Helfern bis zum Jahre 1990 vorsieht. Dazu sind nach dem Preisstand von 1980 über 1,1 Mrd. DM erforderlich. Mehr als 10000 neue Fahrzeuge sollen beschafft werden. In den Jahren 1979 und 1980 sind bereits über 2100 neue Fahrzeuge ausgeliefert worden. In diesem Jahr werden über 1100 Fahrzeuge hinzukommen. Dieses Konsolidierungsprogramm ist ein entscheidender Schritt zur Herstellung der vollen Leistungsstärke des Katastrophenschutzes.

## Selbstschutz

Die Schneekatastrophe in Norddeutschland Anfang 1979 hat noch einmal beispielhaft mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß staatliche Maßnahmen in einem Ernstfall allein nicht ausreichen, um die Bevölkerung zu schützen und ihr zu helfen. Der Bürger muß vielmehr selbst Vorsorge treffen und

um Eigenhilfe bemüht sein. Dieser Bereich wird mit dem leider nicht ganz eingängigen und manchmal auch zu Verwechslungen führenden Begriff „Selbstschutz“ bezeichnet.

Der zum Bereich des Bundesministers des Innern gehörende Bundesverband für den Selbstschutz ist um eine Aufklärung der Bevölkerung bemüht und bietet Ausbildungslehrgänge an. Er unterstützt die Gemeinden bei den ihnen auf dem Gebiet des Selbstschutzes obliegenden Aufgaben.

Das Interesse der Bevölkerung am Selbstschutz nachhaltig zu wecken, erweist sich immer wieder als sehr schwierig. Bei Katastrophen und anderen gefährlichen Ereignissen nimmt das Interesse sehr deutlich zu, um danach wieder zu verflachen. Selbstverständlich kann es bei der Aufklärung und Information über den Selbstschutz nicht darum gehen, Angst zu schüren. Dem Bürger muß im Gegenteil durch sachorientierte Informationen die Angst genommen werden, daß es im Katastrophen- und insbesondere im Verteidigungsfall keine Möglichkeiten gibt, sich zu schützen.

Von dem Informationsmaterial, das Sie von den Dienststellen des Bundesverbandes für den Selbstschutz, aber auch vom Bundesminister des Innern bekommen können, möchte ich hier nur die Schrift „Zivilschutz heute“ und die Schutzbaufibel erwähnen. Demnächst wird eine weitere Schrift hinzutreten, in der Ratschläge und Hinweise für alle Bereiche des Selbstschutzes gegeben werden. Sie wird den Titel „Ihr Vorsorgepaket“ tragen, und ich hoffe sehr, daß möglichst viele Bürger sich dieser Aufforderung zur Vorsorge für Notfälle nicht verschließen werden. Ferner beabsichtigen wir, in Zukunft die wichtigsten Informationen in die Telefonbücher aufzunehmen.

Jeder Bürger hat also die Möglichkeit, sich über den Zivilschutz und insbesondere über den Selbstschutz zu unterrichten. Darüber hinaus bietet der Bundesverband für den Selbstschutz Lehrgänge in Selbsthilfemaßnahmen an, in denen nicht nur vertiefte Information geboten wird, sondern die auch mit praktischen Unterweisungen verbunden sind. Für den Selbstschutz in Betrieben und Behörden gibt es Speziallehrgänge. Mit diesem Angebot an Informationen und Ausbildungsveranstaltungen unterstützt der Bundesverband für den Selbstschutz die Gemeinden, die kraft Gesetzes für den Selbstschutz zuständig sind. Es ist kein Geheimnis, wenn ich sage, daß von sehr vielen Gemeinden dieser Aufgabenbereich bisher kaum wahrgenommen wird. Ich hoffe sehr, daß die aufgrund von Modellversuchen eingeleiteten Initiativen zur Verbesserung der Situation in allen Gemeinden aufgegriffen werden.

## Die finanzielle Entwicklung

Bevor ich zum Schluß komme, möchte ich noch einige Angaben zur finanziellen Entwicklung des Zivilschutzes machen und auf die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen hinweisen.

An Haushaltsmitteln standen zur Verfügung:

	Zivile Verteidigung	Zivilschutz
1977	552 Mio. DM	445,9 Mio. DM
1980	730 Mio. DM	615,9 Mio. DM

Im Jahre 1981 werden voraussichtlich 740,6 Mio. DM für die zivile Verteidigung insgesamt und 630,9 Mio. DM für den Zivilschutz zur Verfügung stehen.

Hiernach sind also in den vergangenen Jahren wichtige finanzielle Verbesserungen erreicht worden. In den kommenden Jahren werden die großen finanziellen Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte auch den Zivilschutz dazu zwingen, sich noch mehr als bisher auf Schwerpunkte zu konzentrieren.

Die weitere Entwicklung des Zivilschutzes wird aber nicht nur von der finanziellen Lage abhängen. Im Bereiche des Zivilschutzes obliegt dem Bund zwar die Gesamtplanung und die Gesetzgebung, für die Durchführung der Zivilschutzmaßnahmen sind aber ganz überwiegend die Länder einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände zuständig. Eine Schlüsselfunktion haben, wie schon erwähnt, insbesondere die Hauptverwaltungsbeamten der Kreise und kreisfreien Städte. Nur wenn auf allen Ebenen dem Zivilschutz die gleiche Aufmerksamkeit wie anderen wichtigen Aufgaben geschenkt wird, können wir weitere Fortschritte in der Krisenvorsorge erwarten. Dabei geht es nicht um große Worte, sondern um die kleinen wichtigen Schritte nach vorn. Nicht sensationelle Pläne, sondern Stetigkeit in der praktischen Verwirklichung realistischer Ziele führen weiter. Ich glaube, daß eine derartige überzeugende Arbeit staatlicher und kommunaler Stellen nicht nur die Hilfsorganisationen in ihrem Engagement bestärken wird. Vielmehr ist sie auch der beste Weg, den Bürger davon zu überzeugen, daß er selbst Verantwortung trägt und für sich und seine Angehörigen Vorsorge für Krisenfälle treffen muß.

Jeder in unserer Gesellschaft ist aufgerufen, seinen eigenen Beitrag zum Zivilschutz zu leisten und mitzuwirken, das Verständnis für den Zivilschutz zu verbreiten und zu vertiefen.

Wenn es gilt, den Zivilschutz kurz zu charakterisieren, so möchte ich auf den Untertitel der schon erwähnten Broschüre des Bundesministers des Innern über den Zivilschutz hinweisen. Der Untertitel lautet: „Für den Bürger – mit dem Bürger“.

Robert Vogel/Helmut Dietrich

Sprechfunker üben im Lehrsaal:

## Der Lehrer kann direkt „dazwischenfunken“

An der Katastrophenschutzschule Niedersachsen wurde modernste Ausbildungsanlage für Sprechfunker in Betrieb genommen

Mit der Inbetriebnahme einer neuartigen Sprechfunkausbildungsanlage verfügt die Katastrophenschutzschule Niedersachsen in Bad Nenndorf seit dem Frühjahr 1981 über ein modernes Lehr- und Lerninstrument zur praxisnahen fernmeldetechnischen Aus- und Weiterbildung der Sprechfunker des Fernmeldedienstes.

Die Installation dieser Anlage ist das Ergebnis der im Juli 1980 hierüber geführten Beratungen mit dem Bundesamt für Zivilschutz. Nach den Vorstellungen der Initiatoren sollte eine derartige Anlage dem Helfer ermöglichen, direkt von seinem Lehrsaalplatz aus nach Anweisungen der Lehrkraft einsatznah das Aufnehmen, Absetzen und Übermitteln von Nachrichten zu üben. Im Vordergrund stand dabei das, vereinfacht wiedergegebene, Motto: „Je praxisbezogener eine Ausbildung, desto größer der Lernerfolg“.

Nach der Konzeption konnte die Übungsanlage entweder

- nur als Simulationsanlage (verdrahtet) und wie bereits an anderen Schulen vorhanden,
- oder
- mit Funkgeräten des Typs FuG 8b-1

in Zusammenhang mit der seit Jahren in Niedersachsen erfolgreich angewendeten Überwachungstechnik erstellt werden.

Unter der Voraussetzung, daß die vom Bundesamt für Zivilschutz zu beschaffenden Funkgeräte – die gleichzeitig eine Reserve des Landes Niedersachsen für Katastropheneinsätze bilden sollen – sowohl im Lehrsaal wie auch bei Außenübungen in Einsatzfahrzeugen Verwendung finden sollten, konnte schließlich nur die Installation einer Übungsanlage mit handelsüblichen Funkgeräten Berücksichtigung finden. Die räumlichen Voraussetzungen waren mit dem Planspielraum genutzt, gegeben.

Zur Aufnahme der umfangreichen Technik wurden nach Entwürfen der Lehrgruppe Fernmeldedienst in der Zwischenzeit bei einer Firma in Isernhagen Spezialtische gefertigt, wobei es folgende Auflagen zu erfüllen gab:

Je Tisch zwei Arbeitsplätze, Aufnahme von Funkgerät, Stromversorgung für FuG, Feldfernsprecher 54 OB/ZB-W, Fern-

Teilansicht des neugestalteten Planspielraumes der KSL Niedersachsen. Bis zu 30 Lehrgangsteilnehmer können an den Fernmelde-Übungstischen ausgebildet werden.

Lehrertisch mit der Ausbildungs- und Überwachungseinrichtung (von links): Feldfernsprecher 54 OB/ZB, Fernsprechartegerät, Funkgerät 8b-1, Netzstromversorgung für FuG; im Vordergrund das Überwachungssystem mit Mikrofon und Tonbandgerät.

Die Gerätetische der Lehrgangsteilnehmer sind für jeweils zwei Arbeitsplätze konzipiert. Die Geräte können durch einfaches Umklappen der Tischaufklappe verschlossen werden.



sprechapparat, Antennenanschluß, Steckdose 220 Volt sowie vom Lehrertisch zentral gesteuerte Verriegelung (Diebstahlsicherung). Im Lehrertisch mußten zusätzlich für die Überwachung und Ausbildung der Helfer eine Überwachungstechnik und ein Tonbandgerät sowie der zentrale Verriegelungsmechanismus untergebracht werden.

Die nunmehr vorhandene und von der KatS-Zentralwerkstatt der Bezirksregierung Hannover installierte Anlage verfügt über diese Voraussetzungen und stellt damit eine nach dem neuesten Stand der Technik entwickelte Einrichtung dar.

### Einsatz und Arbeitsweise der Anlage

Die Übungsanlage ist so konzipiert, daß mit Hilfe der sogenannten Überwachungsmikrofonik der gesamte Sprechfunkverkehr (schulmäßig) auf Tonband aufgezeichnet und unmittelbar ausgewertet werden kann.

Die Technik erlaubt es dem Lehrer, mit jedem seiner Schüler in direkter Kommunikation zu stehen. Er kann dabei über die Überwachungstechnik und unter Benutzung der aufgezeichneten Nachricht korrigierend oder lobend eingreifen. Dieser Vorgang kann, wenn nötig, mehrmals wiederholt werden.

Neben der formalen Verkehrsabwicklung nach der Dv 810 – Übungsschwerpunkt liegt beim „richtigen Sprechen“, freien Formulieren und korrektem Aufnehmen und Absetzen von Nachrichten – ist der Wert dieser Anlage auch in der Möglichkeit, sämtliche in der Praxis vorkommenden Verkehrsarten nachzustellen, zu sehen. So kann wahlweise Wechselverkehr (Simplex), Gegenverkehr (Duplex), bedingter Gegenverkehr (Semiduplex) und Relaisverkehr „gefahren“ werden. Eine zu große Abstrahlung wird durch Verwendung von Absorbern (Glühlampen) vermieden.

Durch Hinzustellung einer Überleiteinrichtung können auch Draht/Funk- und Funk/Draht-Verbindungen hergestellt werden. Reine Fernsprechverbindungen werden in Kombination mit einer Nebenstellenanlage über Fernsprechapparate ermöglicht oder aber über Feldfernsprecher 54 OB/ZB-W unter Hinzunahme einer Feldvermittlung 30/150 hergestellt. Damit kann auch der Vermittlungsdienst schulmäßig geübt werden.

Abschließend kann festgestellt werden, daß die bisherigen Erprobungen und Übungen mit dieser Anlage gleichermaßen Lehrpersonal und Lehrgangsteilnehmer begeisterten.



Anläßlich seines Besuches an der KSL Niedersachsen informierte sich der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Kolb, über die neuartige Ausbildungsanlage (von links): Ministerialrat Thomas vom Niedersächsischen Innenministerium, Dr. Kolb, Lehrgruppenleiter FM-Dienst Vogel und Schulleiter Stanowski.

### STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Fachgebietsleiter/in in II 2 (Ausbildung) bei der BVS-Landesstelle Hessen**  
(Verg.-Gr. IVa BAT) – ab 1. 1. 1982 –
2. **Lehrer an der BVS-Schule Birkenfeld**  
(Verg.-Gr. IVb BAT) – demnächst –
3. **Fachbearbeiter/in bei der BVS-Landesstelle Saarland**  
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab 1. 1. 1982 –
4. **Fachbearbeiter/in bei der BVS-Dienststelle Saarlouis**  
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab sofort –
5. **Fachbearbeiter/in bei der BVS-Dienststelle Hannover**  
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab sofort –
6. **Fachbearbeiter/in bei der BVS-Dienststelle Trier**  
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab 1. 1. 1982 –
7. **Fachbearbeiter/in bei der BVS-Dienststelle Kassel**  
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab sofort –
8. **Fachbearbeiter/in in II 4 (Öffentlichkeitsarbeit) bei der BVS-Landesstelle Bayern**  
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab sofort –

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes verfügen.

Bewerber mit abgeschlossener BVS-Fachausbildung werden bevorzugt.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **31. August 1981** zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz**  
– Bundeshauptstelle –  
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

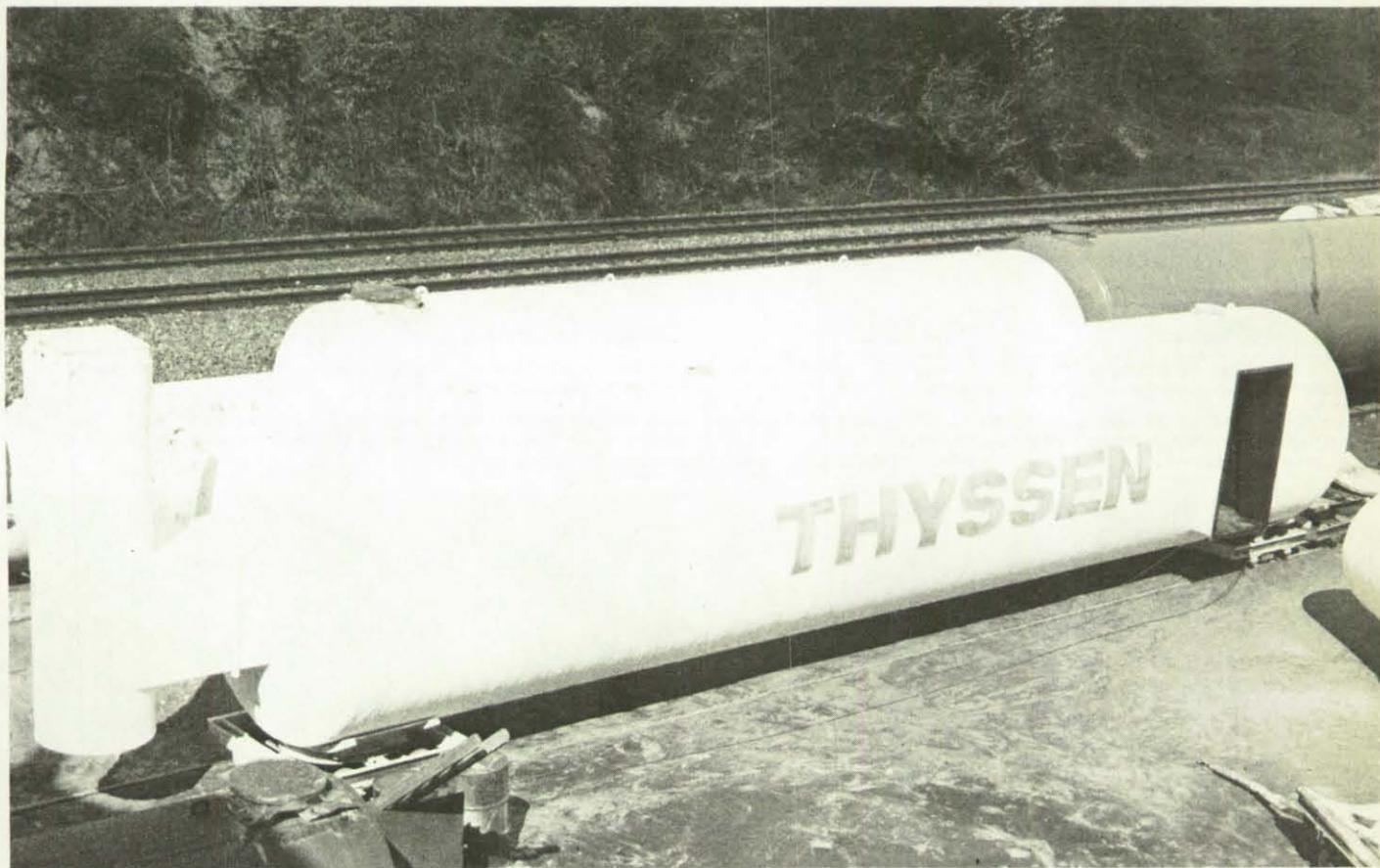
Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung (auf dem Dienstweg).

Friedrich Martin

Ein Fertigschutzraum für 50 Personen

## Schutz im Stahlzylinder

Der fast 16 Meter lange Stahlbehälter wird komplett zur Baustelle geliefert – Kleinerer Typ in Vorbereitung



Fertigschutzraum für 50 Personen. An der rechten Öffnung wird der Zugang, der zugleich die Schleuse ist, angebaut. Links ist der Notausstieg erkennbar. Der Weg zwischen dem zylindrischen Schutzraum und dem vertikalen Notausstieg kann beliebig verlängert werden. Die Höhendifferenz zwischen dem liegenden Zylinder und der oberen Kante des Notausstiegs zeigt das erforderliche Maß an Erdüberdeckung, wodurch Strahlen- und Wärmeschutz gewährleistet wird.

Dem deutlich gestiegenen und anhaltenden Interesse am Schutzraumbau entsprechend wird auch der Markt für Ausstattung und Einrichtung von Schutzbauten sowie für Fertigschutzräume immer größer. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, daß inzwischen zahlreiche Firmen die verschiedensten Arten von Fertigschutzräumen anbieten. Nun hat auch ein weltbekannter deutscher Stahlkonzern einen stählernen Fertigschutzraum entwickelt. Der Schutzraum mit 50 Schutzplätzen entspricht den „Bau-technischen Grundsätzen für Hausschutzräume des Grundsatzes“, d. h. er gewährt Schutz gegen herabfallende Trümmer, radioaktive Niederschläge, Brandeinwirkung sowie gegen biologische Kampfmittel und chemische Kampfstoffe.

Der tragende Baukörper des Schutzraums, der also alle anfallenden Lasten einschließlich Trümmerlasten aufzunehmen hat, besteht aus einem fast 16 Meter langen zylindrischen

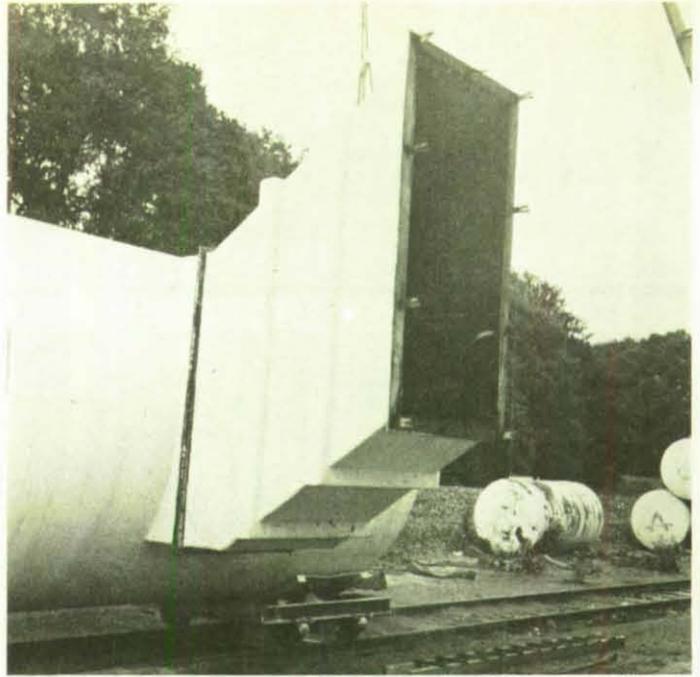
Stahlbehälter mit ca. 100 m<sup>3</sup> Rauminhalt. Der erforderliche Strahlen- und Wärmeschutz ist durch Erdüberdeckung zu erzielen. Die Erdüberdeckung beträgt ca. 0,8 m. Die Baugrube, in die der fertig angelieferte Schutzraum eingebracht wird, muß dabei etwa 4 m tief sein. Bei normal tragfähigem Baugrund sind keine weiteren Vorbereitungen erforderlich. Durch eine Außenisolierung des Stahlkörpers mit Heißbitumen wird eine Korrosion dauerhaft verhindert.

Der Schutzraum wird wie üblich durch eine Schleuse betreten. Da Stahl ein leicht formbarer Baustoff von hoher Tragfähigkeit ist, kann das Zugangsbauwerk zugleich Schleuse sein und den örtlichen Gegebenheiten ohne Schwierigkeiten angepaßt werden. Rechts von der Schleuse befindet sich der Filterraum. Die Wand zwischen Schleuse und Filterraum wird nach Einbringen des Schutzraumes auf 40 cm Stärke

mit Beton verfüllt. Ebenso werden die erforderlichen 3 m<sup>3</sup> Filtersand erst nach Einbau eingebracht.

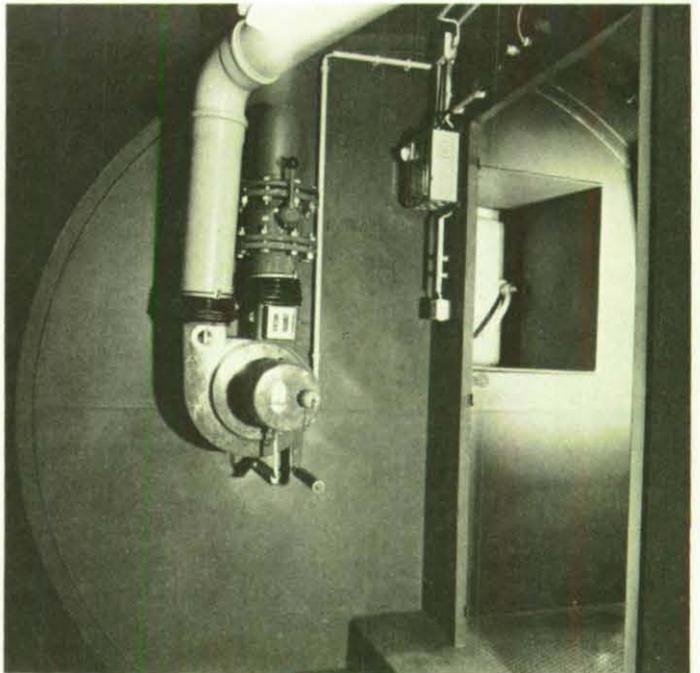
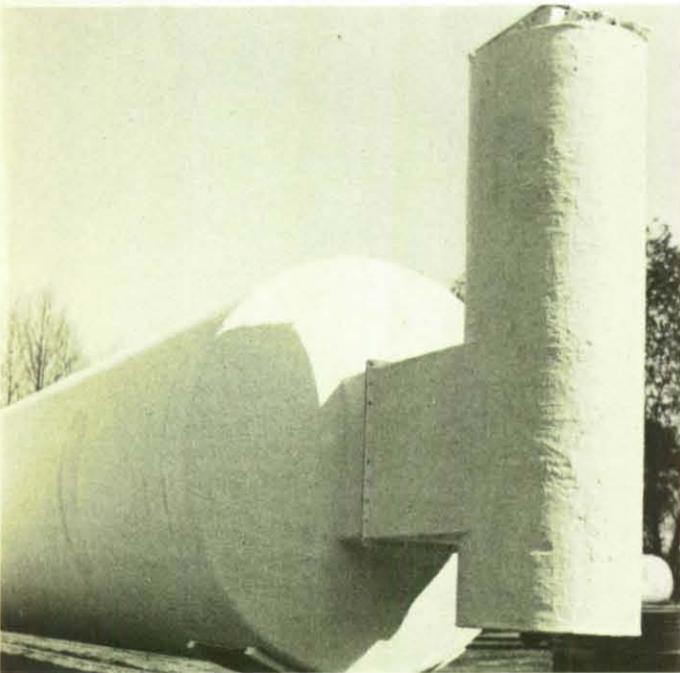
Hinter der Schleuse ist das kombinierte Normal- und Schutzlüftungsgerät LW 7,5/1,5 installiert. Links von Schleuse und Lüftungsbedienungsraum befindet sich der Sitzraum, in dem 33 Sitzplätze untergebracht werden können. Bei einem Gesamtdurchmesser des Stahlzylinders von 2,88 m beträgt die lichte Höhe über den Bewegungsflächen 2,30 m. An den Sitzraum schließen sich zwei je 0,8 m<sup>2</sup> große Räume für je einen Trockenabort an, die gleichzeitig die Trennung zum Liegeraum mit 17 Liegen bilden. Falls gewünscht, kann im Anschluß an den Liegeraum ein Notausstieg angebracht werden.

Zur Frischluftversorgung wird die Luft über den Filterraum angesaugt und durch eine stählerne Luftverteiler-Leitung an alle Stellen



**Bild links:** Blick auf die Schleuse. Die innere Schleusentür ist sichtbar. Auf den Rahmen im Vordergrund wird das Anschlußstück zum zugeordneten Gebäude oder zum separaten Eingangsbauwerk angeschraubt. Dieses Anschlußstück ist Teil der Schleuse.

**Bild rechts:** Anschlußstück zum zugeordneten Gebäude. An diesem Anschlußstück sind die besonderen Vorzüge der Verwendung von Stahl im Schutzraumbau erkennbar. Bei voller Gewährleistung der erforderlichen Belastbarkeit ist die Form beliebig variabel. Die Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten wird dadurch problemlos. Der Verschluß erfolgt durch eine gasdichte, feuerhemmende Tür.



**Bild links:** Der Notausstieg. Falls der Zugang zum Schutzraum im Bereich eines Gebäudes liegt, also trümmergefährdet ist, ist ein Fluchtweg außerhalb dieses Bereichs sehr nützlich. Der horizontale Verbindungsgang, als Kriechgang ausgebildet, kann beliebig verlängert und in jede Richtung geführt werden. Im Innern des senkrecht stehenden Zylinders, der an der Geländeoberkante endet, sind Steigeisen angebracht.

**Bild rechts:** Das Lüftungsgerät. Der Schutzraum ist gasdicht verschlossen. Eine Aufenthaltsdauer von vielen Tagen kann notwendig werden, deshalb muß der Schutzraum künstlich belüftet werden. Dies geschieht durch ein Lüftungsgerät, das elektrisch betrieben wird, bei Stromausfall aber auch von Hand bedient werden kann. An das Gerät ist eine Luftverteil-Leitung angeschlossen.

des Schutzraumes gebracht. Über Überdruckventile wird die verbrauchte Luft von den Toilettenräumen und von der Schleuse nach draußen befördert.

Sämtliche zum Betrieb des Schutzraums erforderlichen Einbau- und Funktionsteile werden mitgeliefert, zusätzliche Ausrüstungsgegenstände können bestellt werden. Für den Schutzraum ist eine Verwendungs-Bescheinigung des Bundesmini-

sters für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau erteilt.

Der Festpreis dieses Fertigschutzraums einschließlich der technischen Innenausstattung wird etwa 66000 DM betragen, also ca. 1320 DM je Schutzplatz. Hinzu kommen die Kosten für Transport zur Baustelle, Erdaushub, Einsandung und Kranstellung für den Einbau, des weiteren die Kosten für die Herstellung der Erdüberdek-

kung. Demgegenüber steht ein möglicher Bundeszuschuß von 16800 DM sowie zusätzliche steuerliche Abschreibungen in Höhe von 71300 DM.

Eine kleinere Variante dieses Schutzraumes mit 25 Plätzen ist in Vorbereitung. Da die Länge des Stahlzylinders unter 10 m liegen dürfte, besteht dann auch die Möglichkeit eines Einbaus im Zusammenhang mit der Errichtung von Einfamilienhäusern.

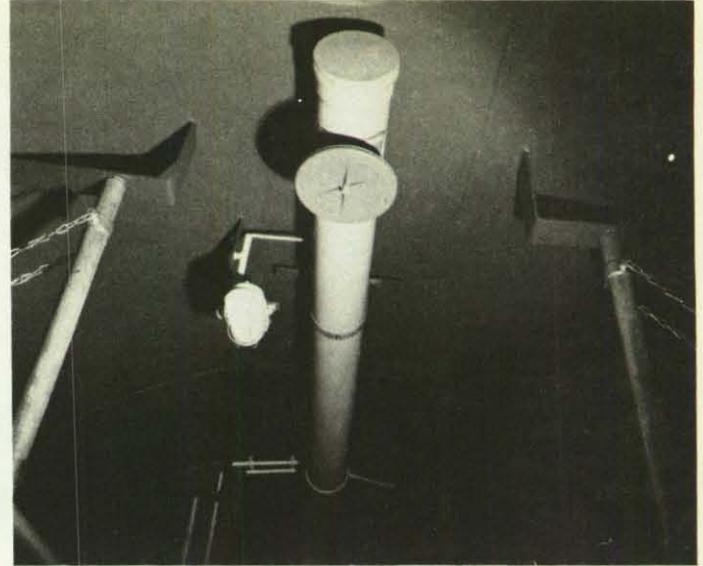
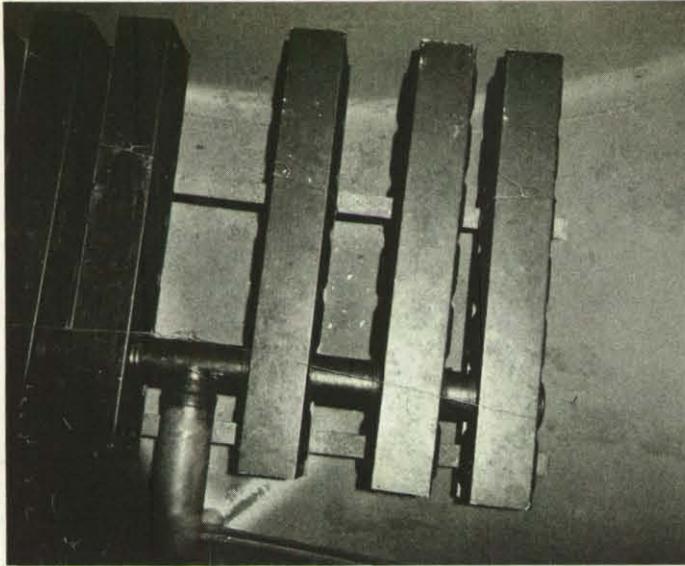
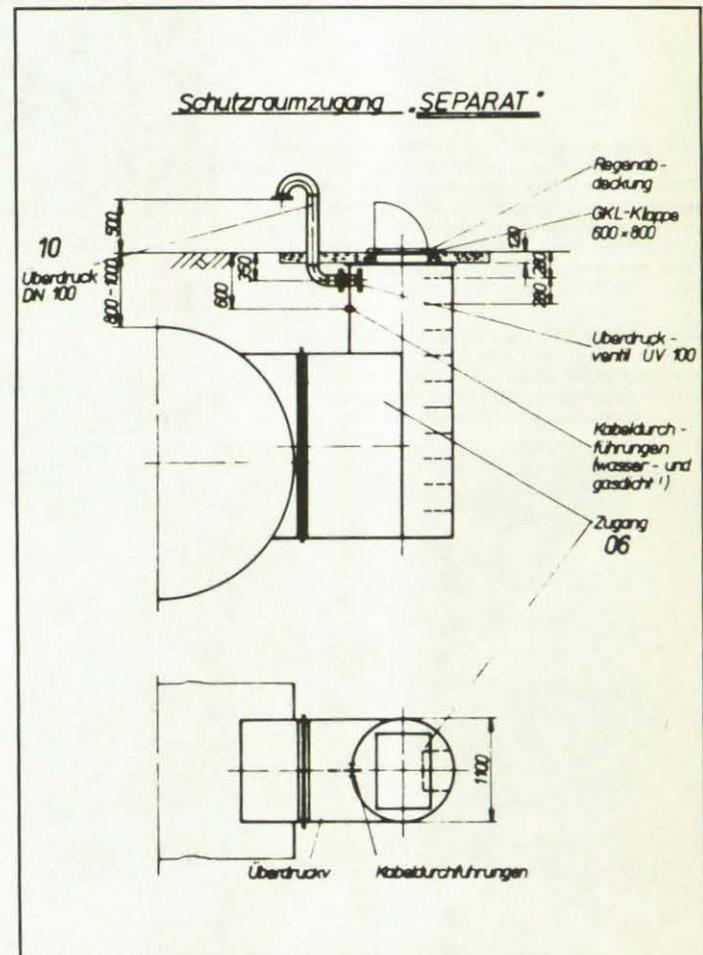
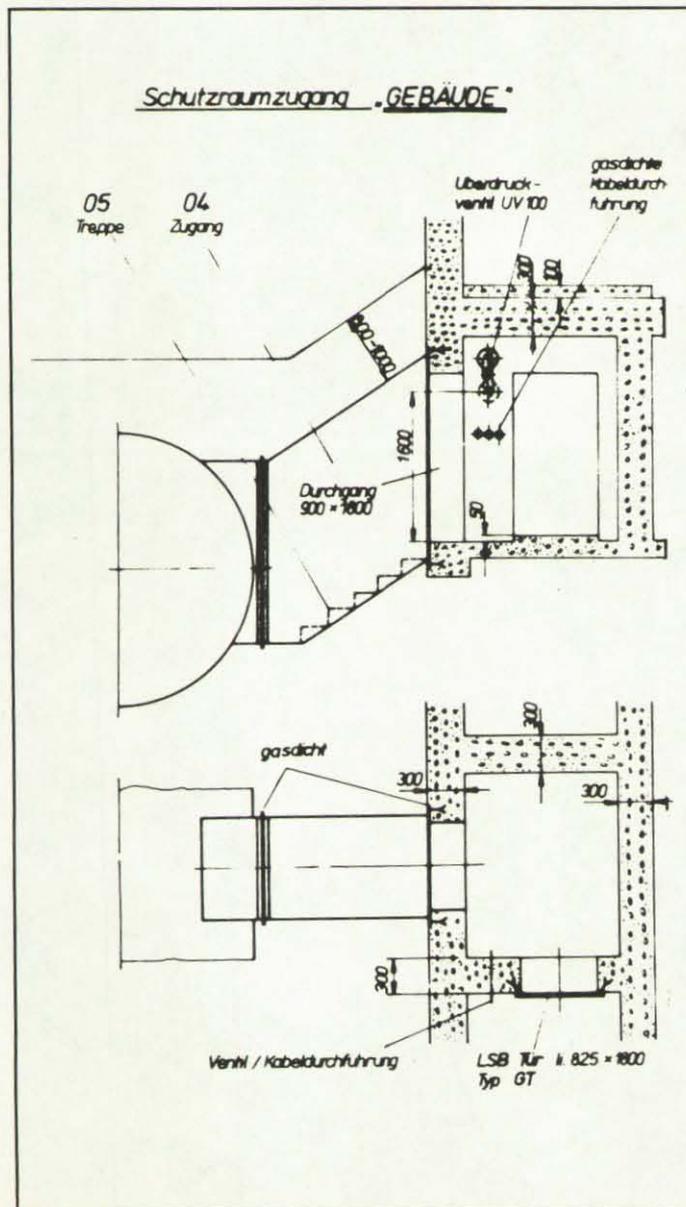


Bild links: Der Filterraum. Die angesaugte Außenluft, in der sowohl strahlende Teilchen (Rückstandsstrahlung) als auch biologische Kampfmittel und chemische Kampfstoffe enthalten sein können, muß von allen schädlichen Beimengungen gereinigt werden. Deshalb ist ein Sandfilter vorgeschaltet. Über den Filterrost, der zunächst mit grobem Splitt abgedeckt wird, kommt gebrochener Basalt (0,4–0,8 mm  $\varnothing$ ) bei einer Schütthöhe von einem Meter.

Bild rechts: Die Luftverteill-Leitung. Alle Insassen müssen gleichmäßig mit Frischluft versorgt werden. Da das Abführen der verbrauchten Luft durch Überdruckventile erfolgt, muß der ganze Schutzraum luftdurchflossen sein. Deshalb muß die Frischluft durch eine Luftverteill-Leitung, an der Zuluftventile angebracht sind, an die Stellen gebracht werden, die von den Fortluftöffnungen am weitesten entfernt sind.



Zeichnung links: Der Zugang zum Schutzraum erfolgt hier vom zugeordneten Gebäude aus. Bei einem Durchmesser des Schutzraumes von 2,88 m und einer erforderlichen Erdüberdeckung von ca. 0,8 m sind Zwischenstufen nötig. Diese Zwischenstufen liegen in dem stählernen Vorsatzstück, das Teil der Schleuse ist.

Zeichnung rechts: Eigenes Eingangsbauwerk. Wird der Schutzraum unabhängig von einem Gebäude geplant, ist ein eigenes Eingangsbauwerk erforderlich. Das Problem wird durch einen vertikalen Schacht gelöst, in dem sich Steigleisen befinden und der nach oben gasdicht abgedeckt ist.

Bild rechts: Der Liegeraum. Für ein Drittel der Insassen sind Liegen geplant. Der Liegeraum ist vom eigentlichen Aufenthaltsraum getrennt. Um Fläche zu sparen, werden jeweils drei Liegen übereinander angebracht. Im Hintergrund ist die Klappe zum Notausstieg sichtbar.

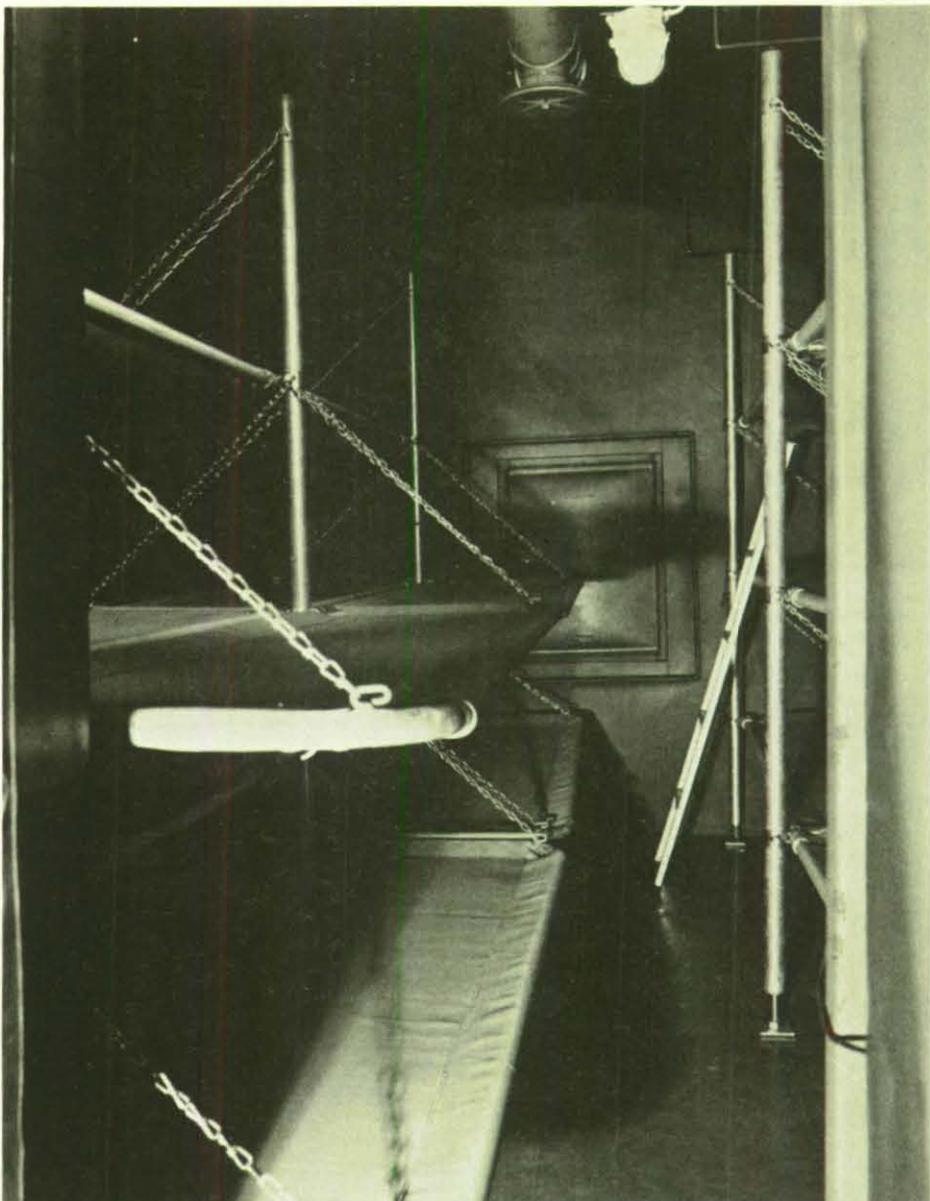
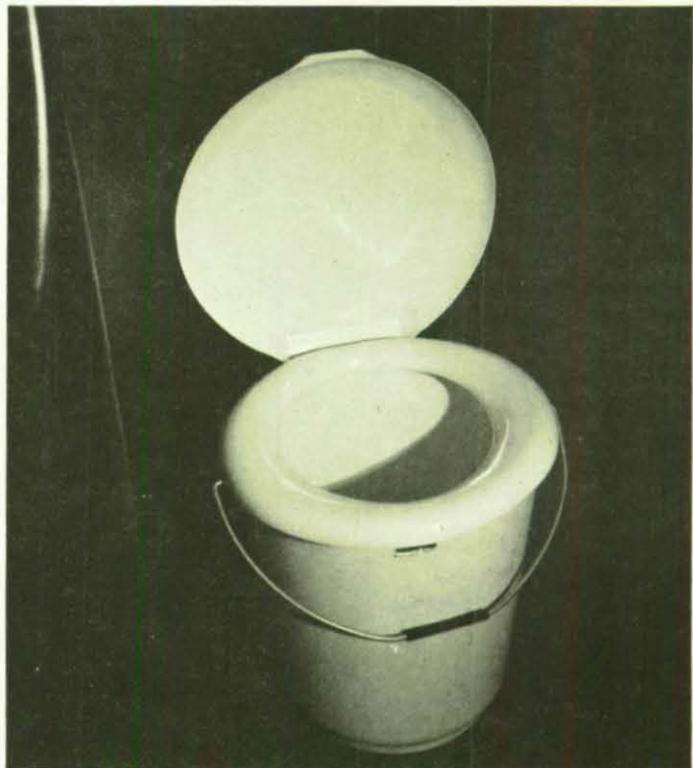
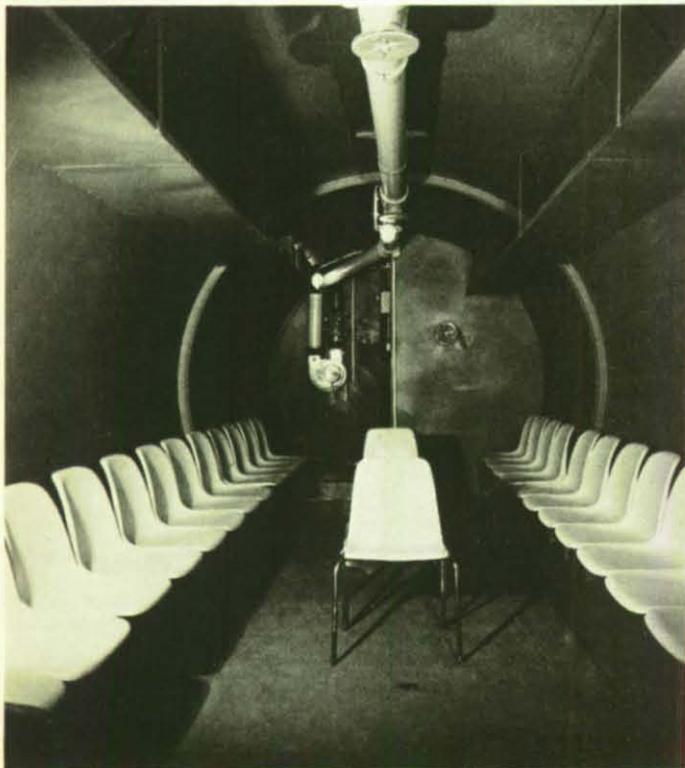


Bild unten links: Der Aufenthaltsraum. Für zwei Drittel der Insassen sind Sitze vorzusehen. Diese Sitze werden zweckmäßigerweise in einem abgeteilten Raum untergebracht. Hier befindet sich auch das Lüftungsgerät. Unter der Decke ist die Luftverteil-Leitung zu erkennen. Vorräte und Gepäck sind über den Sitzen sowie im Hohlraum unter dem Fußboden unterzubringen.

Bild unten rechts: Die Trockenaborte. Bei dem zu erwartenden langen Aufenthalt müssen Toiletten vorgesehen werden. Da Wasserzufluß und Abwasserbeseitigung nicht garantiert werden können, werden Trockenaborte erforderlich.



Neues Feuerlöschboot für die Bundeshauptstadt Bonn

## Feuerschutz auf dem Rhein wesentlich verbessert

Das erste einer Serie von sechs neuen Feuerlöschbooten wurde von NRW-Innenminister Dr. Schnoor in Dienst gestellt – Fast 20 Meter lang und 45 Stundenkilometer schnell

Als der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Herbert Schnoor die obligate Sektflasche am Rumpf des schmucken Bootes zerschellen ließ, heulten die Schiffssirenen der im Hafenbecken von Wesel liegenden Feuerlösch- und Wasserpolizei-Boote auf: Mit dem soeben getauften Feuerlöschboot „Bonn“ wurde das erste einer Serie von sechs neuen Löschbooten in Dienst gestellt und der Feuerwehr der Bundeshauptstadt übergeben. Zusammen mit den fünf Schwesterschiffen, die in den nächsten drei Jahren vom Stapel laufen werden – jedes Boot kostet rd. 1,7 Millionen DM –, wird die Landesregierung die teilweise veralteten Boote, die derzeit auf dem Rhein noch Dienst tun, ersetzen.

Der Feuerschutz auf den Wasserstraßen des Landes NRW wird von zehn Feuerlöschbooten, die zur Abwehr von Gefahren im Rahmen der Sicherstellung des Feuer- und Katastrophenschutzes durch das Land beschafft und den Trägern des Feuerschutzes zur Verfügung gestellt wurden, gewährleistet. Darüber hinaus haben verschiedene Gemeinden in Eigeninitiative Feuerlöschboote beschafft, an deren Finanzierung sich das Land im Rahmen der Förderungsmöglichkeiten des Feuerschutzes beteiligte. Insgesamt stehen unter Einbeziehung der von Werkfeuerwehren betriebenen Feuerlöschboote

8 Feuerlöschboote der 9,2-t-Klasse  
3 Feuerlöschboote der 98-t-Klasse  
(umgebaut und modernisiert 1978/1979)  
1 Feuerlöschboot der 14-t-Klasse  
1 Feuerlöschboot der 150-t-Klasse  
1 Feuerlöschboot der 162-t-Klasse,

also 14 Feuerlöschboote, auf der Wasserstraße Rhein und den westdeutschen Kanälen zur Verfügung.

In seiner Ansprache zur Taufe und In-dienststellung des neuen Feuerlöschbootes „Bonn“ wies Innenminister Dr. Schnoor auf das Problem der Sicherstellung des Feuerschutzes auf dem Rhein hin: „Als im Jahre 1960 das Fährschiff ‚Tina Scarlett‘ mit dem am Ufer vor Anker liegenden Tankschiff ‚Diamant‘ in Höhe Emmerich zusammenstieß und die Folgen dieses

Unglücks nahezu Katastrophengröße erreichten, zeigte sich erschreckend deutlich, daß die Gemeinden den Feuerschutz auf den Wasserstraßen ohne Feuerlöschboote nur unzureichend sicherstellen konnten.

Da das damalige Feuerschutzrecht eine bindende Regelung für den Feuerschutz auf den Wasserstraßen nicht hergab, sah sich die zuständige Abteilung im Innenministerium veranlaßt, eine Beschaffungsmaßnahme von insgesamt zehn Feuerlöschbooten, davon drei große und sieben kleine Boote, in die Wege zu leiten. Die Beschaffung erfolgte aus Landesmitteln zur Abwehr von Gefahren im Katastrophenschutz. Die technische Ausrüstung der Boote entsprach dem damaligen Stand der Technik und den gegebenen Anforderungen an den Feuerschutz. Blicken wir zurück, so erinnern wir uns, daß die Rheinschifffahrt zur damaligen Zeit überwiegend Frachtgüter wie Holz, Kohle, Bims und

ähnliche Stoffe transportierte. Gefährliche Güter, wie sie heute vorherrschen, traten kaum in Erscheinung. Erst die laufend fortschreitende Technisierung und Entwicklung unseres Landes zu einem von gefährlichen Stoffen abhängigen Industriestaat änderte nicht nur das Transportaufkommen auf den Transportwegen, sondern vor allem das Volumen an besonders brisanten oder – besser ausgedrückt – riskanten Stoffen wie brennbaren Flüssigkeiten, chemischen Stoffen wie Chlor und ähnliches und technischen Gasen.

Eine notwendige Folgerung war, daß der Gefahrenabwehr nunmehr ein größeres Augenmerk geschenkt werden mußte und die mit diesen Aufgaben betrauten Behörden dementsprechend ausgerüstet werden mußten. Diesem Erfordernis kommt nun die Beschaffung von sechs neuen Feuerlöschbooten der 25-t-Klasse nach, die bis zum Jahre 1983 die bisherigen 9,2-t-Boote ersetzen sollen ...“



Wendig und schnell – Spitzengeschwindigkeit 45 km/h – ist das erste der Serie von sechs neuen Feuerlöschbooten für den Brandschutz auf dem Rhein.

Dr. Schnoor meinte weiter bei der Übergabe des Bootes „Bonn“ an die Feuerwehr der Bundeshauptstadt: „Wenn dieses Boot und die nachfolgenden Boote dieser Serie ihren Dienst aufgenommen haben, wird der Brandschutz in unserem Land ein weiteres Stück Verbesserung erfahren haben. Einen

vollkommenen Schutz unserer Mitbürger vor allen ihnen drohenden Gefahren werden wir nie erreichen.“ Der nordrhein-westfälische Innenminister schloß einen Dank an die Wehrmänner an, als er betonte: „Da aber auch das beste Material nur soviel wert ist wie die Ausbildung und das

Engagement derer, die es bedienen, will ich auch an dieser Stelle nochmals allen Feuerwehrangehörigen dieses Landes meinen und der Landesregierung aufrichtigen Dank sagen für ihre aufopferungsvolle Bereitschaft, stets für den in Not geratenen Mitmenschen sich einzusetzen, notfalls unter Einsatz des eigenen Lebens.“



Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Schnoor betonte in Wesel: „Wenn dieses Boot und die nachfolgenden Boote dieser Serie ihren Dienst aufgenommen haben, wird der Brandschutz in unserem Land ein weiteres Stück Verbesserung erfahren haben.“

Ein Blick auf die imposante Technik des Bootes „Bonn“ und der noch folgenden Schwesterschiffe: Der Neubau hat eine Länge von 19,70 m, eine Breite von 4,80 m. Der Tiefgang beträgt 1,15 m. Die Wasserverdrängung wird mit 25 m<sup>3</sup> angegeben. Zwei Dieselmotoren von je 487 kW (650 PS) verleihen dem Boot eine Geschwindigkeit von 45 km/h.

Der Bootskörper besteht aus Aluminium. Aufgrund seiner explosionsgeschützten Ausführung ist das Feuerlöschboot in der Lage, in Gefahrenbereiche einzufahren, in denen sich explosive Gas-Luft-Gemische befinden. Warngeräte zeigen der Besatzung diese Gefahren an.



Auch ein Feuerlöschboot wird zünftig getauft – der Innenminister läßt die Sektflasche zerschellen.

Die feuerwehrtechnische Ausrüstung besteht aus:

- 2 Feuerlöschkreislumpen 4000 l/min
  - 1 Schaumanlage, bestehend aus 1000-l-Tank mit Schaumextrakt, Förderpumpe 6 m<sup>3</sup> Schaumextrakt/h
  - 2 Zumischern
  - 2 Kombi-Monitore 4000 l
- zusätzlich:
- 4 Handschaumrohre an festverlegter Leitung montiert – zur Flächenverschäumung vorgesehen.
- Die Monitore haben eine Mindestwurfweite von 45 m bei 2000 l/min.



Blick auf den Steuerstand des Feuerlöschbootes „Bonn“.



Die „Bewaffung“ des Löschbootes: einer der zwei Monitore, die eine Wurfweite von 45 Metern haben.

1 Schnellangriffseinrichtung

1 Selbstschutzanlage zur Bildung eines Wasserschleiers zum Schutz des Bootes bei auslaufenden brennenden Flüssigkeiten.

Weitere technische Ausrüstung des Bootes:

Radar-Navigationsanlage

BOS-Funkanlage (Feuerwehrfunk)

FuG 8 b 1, FuG 10 a

Rhein-Funk-Anlage

mit Schiffssicherheitsfunk (Schiff – Schiff), Schleusenfunk und internationalem Rhein-funk

Echolot, Wendeanzeiger für Radarbetrieb Elektronische Signalanlage für Schallzeichen und Bleib-Weg-Signal (automatisch sich wiederholendes Gefahren-Signal bei Freiwerden gefährlicher Güter zur Wahrung der übrigen Schifffahrt)

Radioanlage (Wasserstandsmeldungen)

220–380-V-Drehstromanlage zum Betrieb von Tauchpumpen, Lichtmast, Schneidgeräten u. v. a. mehr.

Löschboote dieser Art werden für zahlreiche Aufgaben eingesetzt, z. B.: Rettung von Menschen und Sachgütern bei Bränden, Löschwasserversorgung, Ausbreiten von Schaumteppichen bei ausgelaufenen brennbaren oder bereits brennenden Flüssigkeiten, Aufnehmen und Bekämpfen von Mineralöl und Chemikalien auf Wasserstraßen, Auspumpen von Schiffen bei Leckagen.

„Das erste der neuen Feuerlöschboote wird in der Bundeshauptstadt stationiert, weil von hier aus eine besonders große Einsatzstrecke auf dem Rhein – von der Landesgrenze bis zu den Raffinerien in Wesseling – zu bewältigen ist“, erklärte Dr. Herbert Schnoor. Außerdem mußte das

veraltete, zu langsame und kaum noch einsatzfähige Bonner Löschboot, das bisher für diesen großen Einsatzbereich zur Verfügung stand, durch ein modernes, schnelleres Boot ersetzt werden. Das alte Boot – Baujahr 1962 – war lediglich

18 km/h schnell im Vergleich zum neuen mit 45 km/h.

Die Stationierung der weiteren neuen Boote wird am Niederrhein (Wesel und Emmerich), in der Nähe der Raffinerien Wesseling und im Raum Duisburg/Krefeld erfolgen.

**Auch bei schlechtem Wetter einsatzbereit: die Radar-Navigationsanlage macht's möglich.**



**Nach der Taufe die technische Probe – die Ehrengäste überzeugten sich von den Einsatzmöglichkeiten des neuen Bootes.**



**Innenminister Dr. Schnoor und der zuständige Abteilungsleiter des Düsseldorfer Ministeriums, Ministerialdirigent Knop, nach dem offiziellen Festakt bei einem Gläschen Bier.**



**Modernste Technik auch bei der Ausstattung mit Funk und Radio.**

## Zwischen Nord- und Ostsee

**Pinneberg.** Die Stadt Pinneberg führte zusammen mit der BVS-Dienststelle Itzehoe eine Selbstschutzwoche durch. Höhepunkt war eine Reihe von Demonstrationen in der Fußgängerzone der Stadt am Samstagvormittag: Die Feuerwehr präsentierte ihre neue Drehleiter, das DRK informierte über seine Arbeit, das THW sorgte mit Erbsensuppe für das leibliche Wohl, der BVS hatte einen Filmwagen und einen Informationsstand mit Demonstrationen aus dem BVS-Ausbildungsangebot aufgebaut.

Während der folgenden Tage hatten die Bürger Gelegenheit, sich über den Selbstschutz zu informieren oder ihr Wissen auf diesem Gebiet zu überprüfen.



Wie überall bei Selbstschutzwochen war auch in Pinneberg das Ablöschen einer brennenden Puppe mit Hilfe einer Decke eine besondere Attraktion.

fen. Dazu gehörten unter anderem eine Schaufensterwerbung in zahlreichen Geschäften, die BVS-Ausstellung „Zivilschutz“ im Rathaus und Informationsstände in der Fußgängerzone. Abgerundet wurde das Programm durch einen Selbstschutz-Grundlehrgang für die Bevölkerung in der Johannes-Brahms-Schule und durch Vorträge aus dem Bereich des Selbst- und Katastrophenschutzes. So referierte die Fachgebietsleiterin für „Frauenarbeit im BVS“, Beatrix Thomson, über das Thema

„Selbstschutz – Deine Sicherheit“; BVS-Dienststellenleiter Hoberg hielt einen Vortrag über „Wirkung von Angriffswaffen und Schutzmöglichkeiten“.

Über „Aufgaben der betrieblichen Katastrophenschutz-Organisation“ sprach der leitende Sicherheitsingenieur der Lufthansa, Abteilung Technik, Karl Tschorz; der Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts für Katastrophen- und Unfallforschung in Kiel, Stephan Metreveli, informierte über „Menschliches Verhalten in Katastrophensituationen“.

Wie so oft erfreuten sich die Informationsstände, an denen die Bürger die Möglichkeit hatten, selber aktiv zu werden, besonderer Beliebtheit. Dies galt insbesondere für das Ablöschen einer brennenden Puppe mit Hilfe einer Decke.

Anlässlich der Eröffnung der Selbstschutzwoche erklärte Magistratsdirektor Peterson, Ziel der Selbstschutzwoche sei die Information des Bürgers über die Möglichkeiten des Selbstschutzes bei Unglücksfällen, in Katastrophensituationen und im Verteidigungsfall.

BVS-Dienststellenleiter Dieter Hoberg führte aus, Pinneberg sei auf dem Gebiet des Selbstschutzes sehr aktiv und zusammen mit anderen Städten an einem bundesweiten „Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes“ beteiligt.

**Barmstedt.** Eine BVS-Informationstagung „Schutzraumbau“ für die Mitarbeiter der unteren Bauaufsichtsbehörden in Schleswig-Holstein fand in Bokel bei Barmstedt statt. Ziel der Tagung war eine fachliche Unterweisung in dem Spezialgebiet „Schutzraumbau“, damit Architekten und Bauherren, die einen Schutzraum bauen wollen, bereits bei der ersten Kontaktaufnahme mit den

Bauaufsichtsbehörden die nötige Unterstützung finden. Dabei soll der Bauherr auch über die technischen Anforderungen und über die Möglichkeiten der finanziellen Förderung unterrichtet werden.

Die Tagung wurde zusammen mit dem Ld. Ministerialrat im schleswig-holsteinischen Innenministerium, Dipl.-Ing. Doming, vorbereitet. Zu den Referenten der zweitägigen Veranstaltung gehörten neben dem ehrenamtlichen BVS-Fachgebietsleiter „Schutzraumbau“, Giegling, und den BVS-Bauberatern, Grahling und Stapelfeldt auch BVS-Fachlehrer Walter, der über das Thema „Waffenwirkungen“ referierte, sowie BVS-Dienststellenleiter Hoberg.

**Lübeck.** Mit einer Sonderschau „Waffenwirkung und Schutzmöglichkeiten“ war der BVS auch in diesem Jahr wieder auf der Lübecker Messe „Internord“ vertreten. Dabei wurden Schautafeln, Modelle und Filme zum Thema „Zivilschutz“ gezeigt. Als besondere Attraktion erwies sich einmal mehr ein elektronisches Fragespiel mit Gewinnmöglichkeiten.

**Glückstadt.** Anlässlich der Mai-Zusammenkunft der Hausfrauen-Union in Glückstadt informierte BVS-Dienststellenleiter Hoberg die Mitglieder über Fragen des Selbstschutzes. An diesem Thema – so Hoberg – bestehe leider in weiten Kreisen der Bevölkerung Desinteresse, das es abzubauen gelte. Angesichts der vielen Gefahren, denen die Menschen ausgesetzt seien, sei es notwendig, sich über die Möglichkeiten des Selbstschutzes vorsorglich zu informieren.

Die über 80 Teilnehmerinnen vereinbarten abschließend eine Informationsfahrt zum Warnamt I.

# Bremen

## BVS-Sonderschau auf BHW-Ausstellung in Bremerhaven

Das eigene Haus steht bei den Bundesbürgern nach wie vor an oberster Stelle auf der Wunschliste. Daran haben auch die derzeit hohen Zinsen, wie Umfragen zeigen, kaum etwas geändert. Da das Bauen aber teurer geworden ist, holt man sich heute in zunehmendem Maße

den Rat von Experten, bevor man investiert.

Dieser Entwicklung, die überall zu beobachten ist, hat das Beamtenheimstättenwerk (BHW) Rechnung getragen und eine Ausstellung unter dem Motto „Bauen – Modernisieren – Finanzieren“ konzipiert, die bereits in mehreren bundesdeutschen Großstädten zu sehen war und jetzt auch in der Stadthalle von

Bremerhaven besichtigt werden konnte. An der Informationsschau beteiligte sich auch die BVS-Landesstelle Bremen. Auf einem eigenen Stand informierten die Mitarbeiter des BVS unter dem Motto „Der Schutzraum – Ihre Sicherheit“ die Besucher über die vielfältigen Möglichkeiten des privaten Schutzraumbaus.

Das große Interesse, das dieser Fachberatung entgegengebracht wurde, do-



BVS-Mitarbeiter Karl Golde (Mitte) informierte die SPD-Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft Karin Tuzcek und Wilfried Töpfer über den privaten Schutzraumbau.

kumentierte einmal mehr, daß in der Bevölkerung ein „Selbstschutz-Bewußtsein“ besteht. Vor allem die Möglichkeiten der Finanzierung und Nutzung des Schutzraums wurden nachgefragt. An drei Tagen übers Wochenende war die Ausstellung geöffnet. Und viele Bremerhavener nutzten diese Gelegenheit. Aber auch Besucher aus der näheren

und weiteren Umgebung der Seestadt an der Weser waren an diesem Informationsangebot interessiert.

Auf dem BVS-Stand in der Stadthalle konnte BVS-Landesstellenleiter Singer auch prominente Politiker begrüßen: die SPD-Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft Karin Tuzcek und Wilfried Töpfer. Sie zeigten sich von der Informationsarbeit des BVS sehr beeindruckt.

### BVS Bremen bildet Bergungshelfer der Bundespost aus

Vier Lehrgänge haben bereits stattgefunden, sechs weitere werden im Laufe dieses Jahres noch folgen: In Zusammenarbeit mit der Katastrophenschutzschule des Landes Bremen im Stadtteil

Lesum veranstaltet der BVS in der Hansestadt insgesamt zehn Selbstschutz-Fachlehrgänge „Bergungsgruppe“ für die Deutsche Bundespost. Die Kurse werden an der BVS-Schule Voldagsen durchgeführt.

Bisher haben rund 50 Mitarbeiter der Deutschen Bundespost aus den Bereichen der Oberpostdirektionen Hamburg, Bremen und Münster die Veranstaltungen der BVS-Landesstelle Bremen besucht. Die Teilnehmer kamen unter anderem aus Hamburg, Lüneburg, Lübeck, Bremen, Gelsenkirchen, Detmold, Bad Oeynhausen und Gladbeck.

Ausbildungsziel ist der Erwerb von Kenntnissen und Fähigkeiten in der Handhabung und Anwendung der Geräte sowie im Zusammenwirken der Bergungsgruppen.

## Niedersachsen



### BVS-Sicherheitswettbewerb in Cuxhaven

129 Teilnehmer und rund 4000 Zuschauer waren die stolze Bilanz des ersten BVS-Sicherheitswettbewerbs in Cuxhaven. Unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Kammann wirkten neben den BVS-Helfern der Dienststelle Cuxhaven auch 40 Angehörige der Polizei, des Technischen Hilfswerks, des Deutschen Roten Kreuzes, der Feuerwehr und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft mit.

Durch die großzügige Unterstützung der Stadt Cuxhaven und zweier Firmen konnten zehn Preise an die Sieger des Wettbewerbs verteilt werden. Bemerkenswert war die große Beteiligung von Kurgästen an der Veranstaltung. Viele



Oberbürgermeister Kammann (Zweiter von rechts) und BVS-Dienststellenleiter Hauser (links) im Kreise der Punktbesten des Sicherheitswettbewerbs.

Teilnehmer meldeten sich zu einem Selbstschutz-Grundlehrgang oder Ergänzungsllehrgängen an.

### Erfreuliche Resonanz

Eine erfreulich große Resonanz bei der Bevölkerung fand am 9. Mai 1981 ein Sicherheitswettbewerb in Freiburg/Elbe. Auf Einladung des BVS und unter Mitwirkung der Katastrophenschutz-Organisationen hatten sich 97 meist jugendliche Bürger unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ zur Teilnahme gemeldet. Auch Samtgemeindedirektor Hagedorn war bestrebt, Punkte zu sammeln. Die Schirmherrschaft hatte Bürgermeister Schildt übernommen. An zehn Stationen, betreut durch Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser-Hilfsdienst, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Polizei und BVS, hatten die Teilnehmer „gefährliche Situationen“ zu meistern.

Die Siegerehrung durch Bürgermeister Schildt und BVS-Dienststellenleiter Hauser, Cuxhaven, wurde von musikalischen Darbietungen des Musikzugs so-



Auch Gemeindedirektor Hagedorn versuchte, einen Kfz-Brand zu löschen; im Hintergrund rechts der Schirmherr, Bürgermeister Schildt.

wie des Trommler- und Pfeiferkorps der Freiburger Schützengilde begleitet.

### Ernstfall geprobt

Vierzehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Post- und Fernmeldeamtes in Oldenburg nahmen als Helfer des Katastrophenschutzes der Deutschen Bundespost an einem dreitägigen Fachlehrgang „Sanitätsdienst“ teil. Gisela Henn, Ausbilderin im DRK-Kreisverband Oldenburg, und zwei BVS-Mitarbeiter vermittelten den Teilnehmern Kenntnisse in der Bergung und Versorgung von Verletzten.

Den Abschluß des Lehrgangs bildete eine sehr realistische Übung, in der mehrere „Verletzte“, dargestellt von Helfern des Jugend-Rotkreuzes Oldenburg, fachgerecht versorgt werden mußten.

### Oberbürgermeister „ging in die Luft“

Für die Eröffnung der Selbstschutzwoche vom 16. bis 23. Mai 1981 in Osnabrück hatte sich Schirmherr Oberbürger-



Helfer des THW beurteilten die Bergung eines liegenden Verletzten.

meister Ernst Weber etwas Besonderes einfallen lassen: Gemeinsam mit Oberstadtdirektor Dr. Reimund Wimmer und Fachdezernent Dr. Bolko Schubert ließ er sich auf dem Osnabrücker Marktplatz mit der großen Drehleiter der Berufsfeuerwehr in die Luft heben, um so von erhöhter Plattform aus eine Eröffnungsansprache an die Bürger der Stadt und die Vertreter der beteiligten Organisationen zu halten.

Der Oberbürgermeister führte aus, daß bei den zahlreichen Aktivitäten im Rahmen der Selbstschutzwoche den Bürgern der Gedanke des Selbst- und Katastrophenschutzes nähergebracht und möglichst vielen der Entschluß, als Selbstschutz-Berater oder aber bei den einzelnen Organisationen mitzumachen, erleichtert werden sollte.

In einer Pressekonferenz erläuterte der für den Selbstschutz zuständige Dezernent Dr. Bolko Schubert, daß der Selbst- und Katastrophenschutz für die große Mehrheit der Bürger ein Buch mit sieben Siegeln sei. Deshalb müsse mehr noch als bisher die Bevölkerung über Selbstschutzmaßnahmen aufgeklärt werden, um der Sorge vieler Bürger entgegenzuwirken, daß der ihnen durch die Organisationen gewährte Schutz ungenügend sei.

Im Laufe der Selbstschutzwoche informierten sich etwa 2000 Osnabrücker Bürger an zehn Informationsständen, die vor allem in der Osnabrücker Innenstadt von den Katastrophenschutz-Organisationen betreut wurden.

Am abschließenden Sicherheitswettbewerb beteiligten sich 24 Personen. Die drei ersten Sieger konnten auf Einladung der Stadt ebenfalls – aber diesmal mit dem Flugzeug – in die Luft gehen.

### **Prominenter Besuch auf der „AGIVA“**

In Garbsen fand vom 25. April bis 3. Mai 1981 die 2. „AGIVA“ (Allgemeine Garbsener Informations- und Verbraucher-Ausstellung) statt. Die BVS-Dienststelle Hannover beteiligte sich daran mit der Ausstellung „Waffenwirkung und Schutzmöglichkeiten“. Der Stand wurde



Bundesminister Franke (links) im Gespräch mit BVS-Dienststellenleiter Koy.

mit Schutzraummodellen ergänzt, die reges Interesse bei zahlreichen Besuchern fanden. Die BVS-Mitarbeiter führten viele Fachgespräche mit interessierten Bürgern, insbesondere über das Thema „Schutzraumbau“.

Als prominente Gäste konnte BVS-Dienststellenleiter Koy am Eröffnungstag Bundesminister Egon Franke, Bundestagsabgeordneten Kansy, Stadtdirektor Höötman sowie andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auf dem BVS-Stand begrüßen.

Minister Franke, der als Schirmherr der „AGIVA“ auch die Eröffnungsansprache hielt, würdigte im Gespräch mit Dienststellenleiter Koy die Arbeit des BVS und wünschte weiterhin erfolgreiches Wirken des BVS zum Wohle der Bürger.

### **BVS-Informationseminare für Polizeischüler**

130 junge Polizeischüler nahmen an BVS-Informationseminaren „Zivile Verteidigung“ in ihrer Ausbildungsstelle in Liebenau teil.

Nach Abschluß der Veranstaltungen, die auch die Führungskräfte besuchten, wurden für die nachfolgenden Ausbildungsjahrgänge Informationseminare geplant.

### **BVS-Ausbildung für ASB-Helfer**

An einem Wochenende nahmen ASB-Helfer aus Hannover an den BVS-Fachlehrgängen „Bergung“ und „Brandschutz“ auf dem Übungsgelände in Hildesheim teil. Die ASB-Helfer hatten ihren Küchenwagen und Unterkunftszelte mitgebracht.

Die praktische Ausbildung an den Bergungs- und Brandschutzgeräten machte allen Teilnehmern viel Spaß. Der Sonntag endete mit einer Einsatzübung unter erschwerten Bedingungen.

### **Selbstschutz in der Landwirtschaft**

Zu einer Arbeitstagung trafen sich die Vorsitzenden der Landfrauenvereine des Landkreises Cuxhaven. Auf Anregung der Landwirtschaftskammer Bremerhaven wurde die BVS-Dienststelle Cuxhaven zu einem Vortrag über häusliche Sicherheit und Selbstschutz in landwirtschaftlichen Betrieben eingeladen.

Mit sehr großem Interesse wurden die Ausführungen der BVS-Mitarbeiter aufgenommen, und in der anschließenden Aussprache konnten weitere Informations- und Ausbildungstermine festgelegt werden.

### **40jähriges Dienstjubiläum**

In einer kleinen Feierstunde ehrte BVS-Landesstellenleiter Edgar Sohl den Leiter der BVS-Schule Voldagsen, Hans-Peter Kaufner, aus Anlaß seines 40jährigen Dienstjubiläums und überreichte ihm die Dankurkunde des BVS.



Sein 40jähriges Dienstjubiläum konnte Hans-Peter Kaufner vor kurzem begehen.

Kaufner gehörte schon 1934 dem damaligen Reichsluftschutzbund an. Er war 1951 an der Gründung des Bundesluftschutzverbandes (BLSV) mit beteiligt und hatte seither viele Funktionen inne.

Der Jubilar bedankte sich für das ihm in der zurückliegenden Zeit entgegengebrachte Vertrauen und die gute Zusammenarbeit.

### **Kenntnisse aufgefrischt**

Im Herbst 1980 führte der BVS zusammen mit dem DRK und der Freiwilligen Feuerwehr einen Sicherheitswettbewerb durch, der unter dem Motto stand: „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“.

Bei diesem Sicherheitswettbewerb hatten die Teilnehmer Gelegenheit, ihre Fähigkeiten zur Selbst- und Nächstenhilfe zu testen. Nach Abschluß der Veranstaltung waren alle Teilnehmer der Auffassung, daß sie ihre Kenntnisse so schnell wie möglich in einem Selbstschutz-Grundlehrgang auffrischen müßten.

Der BVS-Kreisbeauftragte für den Landkreis Celle, Joachim Kultermann, führte jetzt diesen Lehrgang im Auftrag der Gemeindeverwaltung durch. An drei Abenden vermittelte er 18 Teilnehmern Grundsätzliches über die drohenden Gefahren und über Schutzmöglichkeiten, die der einzelne in seinem persönlichen Bereich ohne großen Aufwand treffen kann. Kultermann zeigte z. B. auf, welche Gerätschaften zur Brandbekämpfung im Hause vorhanden sein sollten und welches Gerät für Selbstbefreiung und Bergung geeignet ist.

## BVS-Ausbilder als „Frühaufsteher“

**Gelsenkirchen.** Auch zu ungewöhnlichen Zeiten wird die BVS-Ausbildung in Betrieben durchgeführt: Einen Monat lang führten die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Gelsenkirchen jeweils von 6.00 bis 14.00 Uhr BKO-Fachlehrgänge „Sanitätsdienst“ auf der Schachanlage „Hugo“ in Gelsenkirchen-Horst durch. Die 244 Teilnehmer kamen aus den verschiedensten Bereichen der Zeche. Teilweise konnten sie während ihrer normalen Arbeitszeit an dem Lehrgang teilnehmen, es gab aber auch Belegschaftsmitglieder, die sich nach einer Nachtschicht an der Ausbildung beteiligten.

Nach Abschluß der Lehrgänge dankte die Zechenleitung den beiden BVS-Lehrern Adick und Trunk. Gleichzeitig wurden weitere Lehrgänge für mehrere hundert Bergleute eingeplant.

## BVS-Informationsstand auf der „LÜDEVA '81“

**Lüdenscheid.** Die BVS-Dienststelle Hagen beteiligte sich an der diesjährigen Verkaufsausstellung „LÜDEVA '81“ in Lüdenscheid mit einem Informationsstand. Außerdem informierten die BVS-Mitarbeiter am Eröffnungstag in der Fußgängerzone der Stadt die Bürger über die Möglichkeiten einer Selbstschutzausbildung. Ein Filmwagen, der verschiedene BVS-Filme zeigte, und praktische Vorführungen aus der BVS-Ausbildung ergänzten die Straßenaktion.

Eine besondere Attraktion am Informationsstand auf dem Ausstellungsgelände war ein Computer mit den Programmen „Schutzraumbau“ und „Lebensmittelbevorratung“, den die Besucher selbst bedienen konnten.

## BVS-Lehrgang für Gehörlose

**Bielefeld.** Im Verkehrsinstitut der Stadt Bielefeld führte die BVS-Dienststelle Herford einen Selbstschutz-Grundlehrgang ungewöhnlicher Art durch: Die Teilnehmer waren Gehörlose. Der Erwerb des Führerscheins ist für diesen Personenkreis sehr problematisch und war Anlaß für speziell eingerichtete Kurse am Verkehrsinstitut der Stadt Bielefeld, an denen Gehörlose aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen.

Mit Geschick und Einfühlungsvermögen vermittelte BVS-Mitarbeiter Alfred Hild

über eine Gehörlosendolmetscherin den Lehrstoff des Selbstschutz-Grundlehrgangs. Günther Homburg, Leiter der BVS-Dienststelle Herford, dankte der Initiatorin und Gehörlosendolmetscherin, Magdalene Wendt, für ihr Engagement und begrüßte den Entschluß, das BVS-Ausbildungsangebot als festen Bestandteil in die Kurse des Bielefelder Verkehrsinstituts einzubeziehen.

## Computer informierte

**Hagen.** Ein großer Erfolg war für die BVS-Dienststelle Hagen die Ausstellung „Schützen – Retten – Helfen“ in der Burg Holtzbrinck in Altena. Erstmals wurde ein Computer mit den Programmen „Schutzraumbau“ und „Lebensmittelbevorratung“ eingesetzt, der sofort Mittelpunkt der Ausstellung war. Etwa 900 Altenaer Bürger besuchten die BVS-Ausstellung und ließen sich informieren.

## Ehrenbrief für den BVS

**Essen.** In einer Feierstunde wurde dem BVS, vertreten durch BVS-Dienststellenleiter Schillo, der Ehrenbrief der Deutschen Verkehrswacht verliehen. Seit zehn Jahren hat der BVS als Mitglied die Bestrebungen um die Sicherheit im Straßenverkehr nachhaltig unterstützt. Die Treuenadel war sichtbarer Ausdruck der Anerkennung durch die Landesstraßenverkehrswacht Nordrhein-Westfalen.

## Aktivitäten in der Frauenarbeit

**Münster.** In den ersten Monaten des Jahres verzeichnete die BVS-Dienststel-

le Münster eine erfreuliche Zunahme von Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Frauenverbänden. So haben zehn Vorstandsmitglieder verschiedener Frauenverbände der Gemeinde Everswinkel, Kreis Warendorf, an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilgenommen. Der Club junger Hausfrauen, Münster, hatte das Thema: „Selbstschutz – eine Aufgabe für die Frau? – Selbstschutz im häuslichen Bereich“ für eine Informationsveranstaltung gewählt.

Als die Vorsitzenden und Vorstandsmitglieder der Landfrauenvereine des Kreises Warendorf ihre Frühjahrsversammlung in Ennigerloh durchführten, hatte die BVS-Dienststelle Gelegenheit, vor 64 Landfrauen den Selbstschutzgedanken zu erläutern. Bei einer ähnlichen Veranstaltung des Landfrauenvereins im Altkreis Rheda-Wiedenbrück waren 34 Frauen zu Gast.

Als Ergebnis dieser Aktivitäten konnte die BVS-Dienststelle für den Club junger Hausfrauen einen Selbstschutz-Grundlehrgang und sechs Informationsveranstaltungen in den einzelnen Ortsvereinen der Landfrauenvereine einplanen.

## BVS-Mitarbeiter erhielt Ehrenring

**Soest.** Nun gehört auch Friedrich Redmer, ehrenamtlicher BVS-Beauftragter für Stadt und Kreis Soest, dem Kreis der Ehrenring-Träger an: Zu Beginn der Ratssitzung im Morgnerhaus würdigte Bürgermeisterin Ingrid Kipper das SPD-Fraktionsmitglied Redmer als eine Persönlichkeit, in der sich kommunalpolitische Berufung und Leidenschaft zugleich verkörpern. Bis 1970 war Friedrich Redmer Amtsdirektor des Amtes Borgeln-Schwefe. Im April 1971 rückte

BVS-Landesstellenleiter Peter Eykman (rechts) überreichte anlässlich eines Besuchs der Dienststelle Olpe BVS-Fachbearbeiter Rolf Stern die Urkunde für 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst. Stern ist seit 17 Jahren Mitarbeiter beim BVS.



er in den Rat ein und erwarb sich seitdem besondere Verdienste u. a. auch als sachkundiger Vorsitzender des Ausschusses für zivile Verteidigung.

### Lehrkräfte informierten sich

**Dortmund.** Zu einem dreitägigen Informationsseminar „Zivilschutz“ für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens waren 23 Lehrkräfte von weiterführenden Schulen nach Rütthen-Kallenhardt gekommen. Die Lehrkräfte, die aus 13 Gemeinden kamen, wurden von den BVS-Mitarbeitern der Fahrbaren Zivil-

schutzausstellung über alle Fragen des Zivilschutzes informiert.

Praktische Vorführungen auf dem Übungsgelände der BVS-Schule Körtlinghausen fanden bei den Beteiligten eine gute Resonanz. Studiendirektor Weneke, als Sprecher der Lehrkräfte, lobte in seinem Schlußwort die Arbeit des BVS.

### 250. Selbstschutz-Grundlehrgang

**Essen.** Dank und Anerkennung für seine engagierte Mitarbeit sprach BVS-

Dienststellenleiter Schillo dem langjährigen ehrenamtlichen Mitarbeiter der Dienststelle Essen, Hans-Friedrich Stafast, aus. „Seit 1972 brachte er in 250 Selbstschutz-Grundlehrgängen in beispielhafter Weise den Selbstschutzgedanken der Bevölkerung nahe“, betonte Schillo. Diese Leistung sei besonders hoch zu schätzen, da sie samstags und sonntags erbracht wurde.

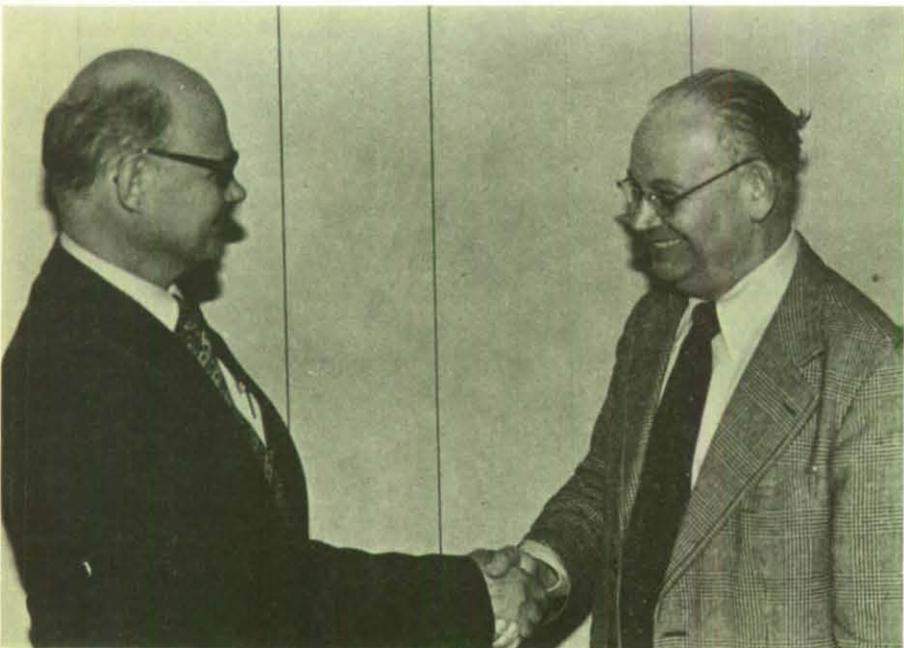
### 100. Veranstaltung für die Post

**Oberhausen.** Die für Duisburg zuständige BVS-Dienststelle Oberhausen hat die 100. Veranstaltung für die Deutsche Bundespost durchgeführt. Eigentlich ein Anlaß zu einer kleinen Feier, stellten Heinz Zapatka, Leiter des Katastrophenschutzes der Bundespost Duisburg, und Hans-Joachim Ender, BVS-Fachbearbeiter, fest. Die vom BVS angebotenen Fachlehrgänge für Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätskräfte wurden seit 1973 von 250 Postbediensteten besucht.

Zur Zeit stehen 166 voll ausgebildete Katastrophenschutz Helfer mit den erforderlichen Geräten zur Verfügung. Dieses erfreuliche Ergebnis konnte nur erreicht werden, weil seit vielen Jahren eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem verantwortlichen Katastrophenschutzleiter der Post, Zapatka, und der BVS-Dienststelle besteht.



Seit 1973 wurden im Bereich der Bundespost Duisburg 250 Mitarbeiter in verschiedenen Fachlehrgängen ausgebildet.



Manfred Junker, ehrenamtlicher BVS-Redner, wurde zum BVS-Beauftragten für den Kreis Siegen bestellt. Lt. Kreisrechtsdirektor Elleringmann (rechts) gratulierte Junker und wünschte eine gute Zusammenarbeit.

### Nachruf

Mit großer Anteilnahme nehmen wir Abschied von

#### Helmut Grotheer

BVS-Beauftragter in Pulheim.

Grotheer war als langjähriger BVS-Helfer besonders bei den Mitarbeitern im Bereich des ehemaligen Landkreises Köln beliebt. Bereits 1964 kam er als ehrenamtlicher Mitarbeiter zum BVS und war in der Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes tätig. 1970 übernahm er die Aufgaben des BVS-Beauftragten in Pulheim.

1974 wurde dem Verstorbenen die BVS-Ehrenurkunde für langjährige Mitarbeit verliehen.

Wir trauern um einen guten Kameraden und werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Düren.

## Hessen-Rundschau

**Brandau.** In Zusammenarbeit mit dem CB-Funk-Club Modautal führte die BVS-Dienststelle Darmstadt eine zweitägige Informationsschau im Bürgerhaus in Brandau durch. Beteiligt waren außerdem Polizei, Feuerwehr, DRK, ESOC (Europäische Raumfahrt-Organisation) sowie eine Reihe ortsansässiger Firmen. Anziehungspunkt war der Informationsstand des BVS, und hier vor allem das elektronische Spielgerät, an dem jeder Bürger sein Wissen über den Selbstschutz testen konnte. Auch Bürgermeister Peter Wendel nahm die Gelegenheit wahr, um sich über den Selbstschutz zu informieren. Insgesamt haben 900 Bürger die Informationsschau besucht.

Der Vorsitzende des CB-Funk-Clubs, Harald Müller, war mit dem Ergebnis der Veranstaltung sehr zufrieden und übergab dem BVS als Dank eine Erinnerungsurkunde.

**Alsbach-Hähnlein.** Die BVS-Dienststelle Darmstadt beteiligte sich mit einem Informationsstand am „Tag der offenen Tür“ der Freiwilligen Feuerwehr Alsbach-Hähnlein. Über 300 Besucher ließen sich von den BVS-Mitarbeitern über Fragen des Selbstschutzes informieren und über die Möglichkeiten des privaten Schutzraumbaus beraten.

In Schreiben an die BVS-Dienststelle bedankte sich der Bürgermeister und die Feuerwehr für die gute Zusammenarbeit.

**Egelsbach.** BVS-Mitarbeiter Spohn hielt vor 68 Beschäftigten der Stadtverwal-

tung Egelsbach anlässlich einer Personalversammlung ein Referat über die Aufgaben und Ziele der zivilen Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland.

Dem Vortrag schloß sich eine rege Diskussion an. Viele Mitarbeiter der Verwaltung zeigten Interesse an einem Selbstschutz-Grundlehrgang.

**Dreieichen.** Die BVS-Dienststelle Frankfurt führte auf Anregung der Leiterin des Altenclubs Dreieichen für die Mitglieder der Vereinigung eine Informationsveranstaltung durch. Die BVS-Mitarbeiter erläuterten den Senioren das selbstschutzmäßige Verhalten bei einer plötzlich eintretenden Gefahr.

**Frankfurt.** Zu einem Informationsseminar „Zivile Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland“ hatte die BVS-Dienststelle Frankfurt in Zusammenarbeit mit dem Leiter der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e. V. (DWT), Sektion Rhein-Main, Oberstleutnant a. D. Hans-Joachim Jung, und dem Sektionsleiter der Gesellschaft für Wehrkunde e. V. (GfW), Sektion Frankfurt/M., Major a. D. Walter Ruppert, die Mitglieder der Gesellschaften in das Große Auditorium des Battelle-Instituts e. V., Frankfurt, eingeladen.

BVS-Mitarbeiter Michael Spohn erläuterte den rd. 50 Teilnehmern die Aufgaben der zivilen Verteidigung, insbesondere des Zivilschutzes. An das Referat schloß sich eine lebhafte Diskussion an. Alle Zuhörer waren sich einig, daß im Bereich des Zivilschutzes noch vieles zu tun bleibt.

## Fortbildung für Behördenselbstschutzkräfte

Dreiunddreißig Mitarbeiter der Deutschen Bundesbank nahmen an einem Fortbildungslehrgang für Einsatzkräfte des Behördenselbstschutzes an der BVS-Schule Birkenfeld teil. Die Helfer wurden mit der Handhabung von Feuerlöschern vertraut gemacht, wobei neben den Angehörigen der Brandschutzstaffel auch die Helfer der Bergungs- und Sanitätsstaffel an der Ausbildung teilnahmen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Ausbildung im Gebrauch der ABC-Schutzmaske und das Testen der Dichtigkeit im Maskenprüfraum. Im Anschluß daran vertieften die Bergungshelfer ihre Kenntnisse und Fertigkeiten in der Anwendung der mitgebrachten Selbstschutzgeräte.

Der richtige Ablauf eines Löschangriffs stand im Mittelpunkt der Brandschutzausbildung, wobei u. a. auch das Fördern von Löschwasser über längere Strecken geübt wurde.

Die Helfer der Sanitätsstaffel erweiterten ihre Kenntnisse in lebensrettenden Sofortmaßnahmen. Erkennen von Verletzungen, Schockbekämpfung, Wiederbelebung durch Atemspende standen hier im Vordergrund.

Der Fortbildungslehrgang der Einsatzkräfte des Behördenselbstschutzes war in diesem Jahr der erste Ausbildungstermin der Deutschen Bundesbank an der BVS-Schule in Birkenfeld. Zwei weitere Lehrgänge sind für den Herbst geplant.

# Rheinland-Pfalz

## Polizeibeamte diskutierten über Zivilschutz

Auf Einladung des BVS nahmen 25 Polizeibeamte an einem zweitägigen Seminar über Fragen des Zivilschutzes im Forellenhof in Bescheid teil. BVS-Dienststellenleiter von Leoprechting leitete die Veranstaltung und referierte über Themen, die offensichtlich das ungeteilte Interesse der Teilnehmer fanden. So wurde bereits über die zivile Verteidigung als einem unabdingbaren Teil der Gesamtverteidigung lebhaft diskutiert.

Die Darstellung der Wirkung moderner Angriffswaffen löste Betroffenheit und eine gewisse Skepsis gegenüber den Schutzmöglichkeiten, insbesondere bezogen auf den heutigen Stand der baulichen Schutzvorkehrungen, aus.

Uneingeschränkte Befürwortung fand die Forderung nach einem effektiven Selbstschutz der Bevölkerung in Wohn- und Arbeitsstätten, auf dem die staatlichen Schutzbemühungen aufbauen. Kritisiert wurde von den Polizeibeamten die „Ohne-mich-Haltung“ der Bürger, wenn es darum geht, selbst aktiv zu werden. Über die Aufgaben der Polizei bei Kata-

strophen, innerem Notstand und im Verteidigungsfall referierte Erster Polizeihauptkommissar Liebig, Bezirksregierung Trier.

## BVS-Beteiligung bei Feuerwehrschaу

Die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Sornheim erhielt zur Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben eine moderne Drehleiter; ein Grund, um in einer großangelegten Geräteschau mit anschließender Einsatzübung der Bevölkerung

die Leistung der Wehr zu zeigen. Darüber hinaus sollte sich auf Wunsch des Bürgermeisters auch der BVS an der Veranstaltung beteiligen.

Die BVS-Dienststelle Mainz stellte auf dem großen Platz vor der Feuerwache einen Stand auf und informierte die Bevölkerung über Fragen des Selbstschutzes. Besonderes Interesse zeigten die Bürger an den Schutzraum-Modellen. BVS-Bauberater Schäfer gab dabei Auskünfte über die Möglichkeiten des privaten Schutzraumbaus.

### Woche des Selbstschutzes in Hachenburg

Die BVS-Dienststelle Koblenz führte in Zusammenarbeit mit der Stadt Hachenburg eine Selbstschutzwoche durch. Neben dem Deutschen Roten Kreuz, Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, Polizei und Deutsche Lebens-Rettungsgesellschaft beteiligten sich auch die Katastrophenschutz-Betreuungszüge, der Katastrophenschutz der Deutschen Bundespost des Postamtes Hachenburg, der Behördenselbstschutz des Finanzamtes und die Forstämter an der Veranstaltung.

Mehrere Einzelhandelsgeschäfte und Apotheken erklärten sich bereit, Selbstschutzgeräte und Hausapotheken in ihren Schaufenstern auszustellen.

Bereits vor Eröffnung der Selbstschutzwoche zeigte der BVS die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ in den Räumen der Sparkasse Hachenburg.

In der Eröffnungsveranstaltung brachte Bürgermeister Dr. Blume zum Ausdruck, daß er sich sehr freue, daß eine solche Veranstaltung in den Mauern seiner Stadt stattfindet. Anschließend sprach BVS-Landesstellenleiter Awiszus zum Thema „Selbstschutz, Katastrophenschutz, Zivilschutz“. An der Veranstaltung nahmen rund 250 Gäste teil, darunter namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Den Bürgern der Stadt bot sich über eine Woche lang ein buntes Bild: Fahrzeuge aller Organisationen, Informationsstände und Vorführungen belebten den Platz am „Alten Markt“. Zwischen-



Besondere Aufmerksamkeit bei der Bevölkerung fand immer wieder das Ablöschen einer brennenden Person mit Hilfe einer Decke.

durch fanden verschiedene Veranstaltungen statt. Es erfolgte u. a. die Bestellung von 14 ausgebildeten Selbstschutz-Beratern durch den Bürgermeister. BVS-Dienststellenleiter Hübner erläuterte der Bevölkerung und den anwesenden Ortsbürgermeistern aus dem Bereich der Verbandsgemeinde Hachenburg noch einmal die Aufgaben des Selbstschutz-Beraters.

Die Forstämter informierten die Bevölkerung unter dem Motto „Verhütet Waldbrände“ und zeigten Geräte zur Waldbrandbekämpfung. Ferner stellte das Postamt Hachenburg den Katastrophenschutz der Deutschen Bundespost und das Finanzamt den Behördenselbstschutz vor.

Den Abschluß der Selbstschutzwoche bildeten Vorführungen unter Mitwirkung der Bevölkerung in der Brandbekämpfung, Menschenrettung und lebensrettenden Sofortmaßnahmen.

### Informationen über Selbstschutz in Bad Dürkheim

Zu einer Vortragsveranstaltung hatte die Staatsbad GmbH in die Brunnenhalle in Bad Dürkheim eingeladen.

Nach umfangreicher Renovierung des Staatsbades wollte sich die Verwaltung mit einer Reihe von Vorträgen sowohl an die Gäste des Bades als auch an die Bevölkerung wenden. Als Auftakt gestaltete der BVS eine Abendveranstaltung. Unter dem Thema „Allein gegen Gefahren“ referierte BVS-Mitarbeiter Erwin Feldle.

Wegen der Aktualität des Themas „Selbstschutz“ und „Zivilschutz“ sind vier weitere Veranstaltungen in das Programm aufgenommen worden.

### Der BVS auf der Moselland-Ausstellung

Die „Moselland-Ausstellung“ in Trier findet alle zwei Jahre statt. Zum siebten Male war der BVS mit einem Stand vertreten, der bei den Besuchern reges Interesse fand. Mit Tafeln, Broschüren und Geräten wurde für den Selbstschutz ge-



Viele Besucher der BVS-Ausstellung ließen sich die Handhabung von Feuerlöschern erklären.

worben. Das größte Interesse galt dem Bau von Schutzräumen. Viele Bürger ließen sich darüber informieren, was der Staat auf diesem Gebiet tut und was man selbst tun kann.

Ein Fragebogen-Test am BVS-Stand ergab ebenfalls ein erfreuliches Ergebnis. Etwa 70% der Teilnehmer beantworteten alle Fragen richtig. Es zeigte sich bei der Auswertung, daß diese Besucher einen Selbstschutz-Grundlehrgang oder einen Erste-Hilfe-Lehrgang bereits absolviert hatten.

### Neuer BVS-Kreisbeauftragter für den Landkreis Alzey-Worms

In einer kleinen Feierstunde wurde Ralph Hoffmann durch BVS-Landesstellenleiter Awiszus in Anwesenheit von Landrat Rein zum BVS-Kreisbeauftragten für den Landkreis Alzey-Worms ernannt. Die Ernennung wurde von der BVS-Dienststelle Mainz sehr begrüßt, insbesondere weil Hoffmann bei der Kreisverwaltung Alzey-Worms – Abteilung Zivilschutz – beschäftigt ist. Dies erleichtert die Wahrnehmung seiner ehrenamtlichen Aufgaben wesentlich.

Als BVS-Beauftragter vertritt Hoffmann den Verband im Kreisgebiet und stellt die Verbindung zwischen dem Landkreis und der BVS-Dienststelle her. Für die Bevölkerung sowie für Behörden, Betriebe und Vereine ist er in allen Fragen des Selbst- und Zivilschutzes der Ansprechpartner, ebenso für die Planung von Informationsveranstaltungen und die Ausbildung im Selbstschutz.

### BVS-Informationsstand im Kaufhaus

Die BVS-Dienststelle Ludwigshafen hatte vom 4. bis 9. Mai 1981 im Erdgeschoß eines großen Kaufhauses in Speyer einen Informationsstand aufgebaut. Die BVS-Mitarbeiter berieten die Kunden über Selbstschutz, Schutzraumbau und Lebensmittelbevorratung. Viele Standbesucher nahmen Informationsmaterial mit und meldeten sich zu einem Selbstschutz-Grundlehrgang an.



In einem großen Kaufhaus in Speyer hatte die BVS-Dienststelle Ludwigshafen einen Informationsstand aufgebaut.

## Vortrag vor CDU-Landesfach-ausschuß

Der für Fragen der Verteidigungspolitik eingesetzte saarländische Landesfach-ausschuß der CDU, der im Rahmen seiner Bemühungen, die Notwendigkeit einer wirksamen Gesamtverteidigung der Öffentlichkeit deutlich zu machen, auch den Zivilschutz in den Vordergrund rücken will, hatte BVS-Landesstellenleiter Koch eingeladen, um sich über die Aufgaben des Selbstschutzes zu informieren. Koch sprach in seinem Referat auch den umfangreichen Aufgabenbereich der zivilen Verteidigung an.

Die Ausschußmitglieder zeigten für ein angebotenes BVS-Informationseminar großes Interesse; es soll in Kürze anberaumt werden.

## BVS-Ausstellung in Ludweiler

Anläßlich der Eröffnung der BVS-Ausstellung „Selbstschutz – ein Bekenntnis zum Leben“ in der Realschule des Völklinger Stadtteils Ludweiler konnte Oberbürgermeister Raimund Durand zahlreiche Gäste des öffentlichen Lebens begrüßen, u. a. für die SPD-Stadtratsfraktion Erich Schröder, für die CDU-Fraktion ihren Vorsitzenden Gerhard Schwarz und für die F.D.P.-Fraktion Vorsitzenden Erich Kinzer. Darüber hinaus war der gesamte Ortsrat von Ludweiler sowie Vertreter von Polizei, Feuerwehr, DRK, die Leiterin der Realschule, Petry, die zuständigen Amtsleiter der Stadtverwaltung und eine Anzahl von Gewerbetreibenden, die zur Ausstellungszeit ihre Schaufenster werbewirksam mit Selbstschutzgerät ausstatteten, anwesend.



Zahlreiche Gäste waren zur Ausstellungseröffnung erschienen (von links): Oberbürgermeister Durand, BVS-Dienststellenleiter Manstein, BVS-Landesstellenleiter Koch und Mitglieder des Stadt- und Ortsrates.

In seiner Begrüßung dankte der Oberbürgermeister auch den Leitern der Schulen, die sich spontan dazu bereit erklärt hatten, einen Mal- bzw. Aufsatzwettbewerb mit dem Thema: „Das richtige Handeln bei Unfällen und im Katastrophenfall“ durchzuführen. „Bereits bei der Jugend ist es wichtig, die Notwendigkeit des Selbstschutzes deutlich zu machen, um drohenden Gefahren wirksam entgegenzutreten zu können“, führte Durand aus.

Der Leiter der BVS-Dienststelle Saarlouis, Günther Manstein, gab anschließend in einem Kurzreferat einen Überblick über die Aufgaben des Selbstschutzes im Wohn- und Arbeitsbereich. Die Ausstellung soll dem Bürger nicht nur die Gefahren aufzeigen, sondern auch Denkanstöße vermitteln, wie für den Ernstfall im häuslichen Bereich und am Arbeitsplatz vorgesorgt werden kann. Dabei sei auch die Schaffung von Schutzräumen für den Verteidigungsfall von ausschlaggebender Bedeutung, zumal der Staat dem Bauherrn erhebliche Zuschüsse gewähre, meinte Manstein.

## Zusammenarbeit mit der Feuerwehr

Fragen der Zusammenarbeit mit dem BVS standen im Vordergrund einer Besprechung, zu der Brandinspekteur Bühler die Wehrführer aus dem Kreisgebiet Merzig-Wadern und den Leiter der BVS-Landesstelle Saarland, Christian Koch, eingeladen hatte. Nach eingehender Erörterung wurde für die Führungskräfte der Wehren ein BVS-Informationseminar „Zivile Verteidigung“ geplant, dem sich auch Aufklärungsveranstaltungen für die Feuerwehrangehörigen anschließen sollen. Ein sehr großes Interesse wurde für eine ABC-Schulung Ausbildung deutlich, mit der im 2. Halbjahr begonnen werden soll.

## BVS-Beteiligung bei 125-Jahr-Feier

Die Bevölkerung des Saarbrücker Stadtteils Herrensohr feierte vom 29. Mai bis 1. Juni 1981 mit einer großen Festfolge die Gründung des Ortes im Jahre 1856. Der BVS beteiligte sich an den Veranstaltungen und zeigte im Schaufenster eines Geschäfts einen Lebensmittelvorrat für 14 Tage. Am „Tage der Katastrophenschutz-Organisationen“ berieten BVS-Mitarbeiter an einem Informationsstand viele Bürger in Fragen des Selbstschutzes und Schutzraumbaus. Große Aufmerksamkeit fand ein von BVS-Helfer Edmund Gerwert gefertigtes Schutzraummodell mit allen Ausrüstungsgegenständen.

## Wiederholungslehrgänge für den betrieblichen Katastrophenschutz

Auf dem Übungsgelände der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes in Mannheim-Sandhofen, das dem BVS für Ausbildungszwecke zur Verfügung steht, übten in Wiederholungslehrgängen Einsatzkräfte des betrieblichen Katastrophenschutzes. Die Lehrgänge dauern zwei Tage. Auch diesmal betonten die Teilnehmer die Notwendigkeit, mindestens einmal im Jahr praktisch zu üben.



In Wiederholungslehrgängen übten Einsatzkräfte des betrieblichen Katastrophenschutzes die Handhabung von Feuerlöschern.

## Selbstschutz-Woche in Ehingen

Die Stadt Ehingen/Donau führte in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Ulm vom 9. bis 16. Mai 1981 eine Selbstschutzwoche mit dem Ziel durch, den Gedanken des Selbstschutzes intensiver der Bevölkerung zu vermitteln. Eröffnet wurde die Woche durch 1. Bürgermeister Karl Raizner. Er begrüßte stv. Regierungspräsidenten Dr. Andrioff, Bundestagsabgeordneten Werner (CDU), Landtagsabgeordneten Lorenz



1. Bürgermeister Raizner (links) eröffnete die Selbstschutzwoche, neben ihm stv. Regierungspräsident Dr. Andrioff, Bundestagsabgeordneter Werner, Landtagsabgeordneter Lorenz und BVS-Landesstellenleiter Raach.

(SPD), den Kreisvorsitzenden der F.D.P., Buchholz, BVS-Landesstellenleiter Raach, BVS-Dienststellenleiter Falk, BVS-Beauftragten Leidl sowie die Vertreter von DRK, Feuerwehr und THW.

BVS-Landesstellenleiter Raach würdigte in seiner Rede die bisherige Leistung

der Stadt Ehingen beim Aufbau des Selbstschutzes und betonte, daß nur eine gut informierte und engagierte Bevölkerung in der Lage sei, im Augenblick der Gefahr richtig zu handeln.

Mittelpunkt der Selbstschutzwoche war der Marktplatz der Stadt Ehingen. Durch Ausstellungen, Straßenaktionen, Schau-fensterwerbung und Informationsveranstaltungen wurden zahlreiche Bürger auf die Notwendigkeit des Selbstschutzes hingewiesen. Seminare über Schutz-raumbau, Veranstaltungen für Selbstschutz-Berater und Selbstschutz-Grundlehrgänge für Hausfrauen rundeten das Angebot ab.

In seinem Schlußwort dankte Oberbürgermeister Henger allen, die an der Selbstschutzwoche mitgewirkt hatten, insbesondere den Mitarbeitern und Helfern der BVS-Dienststelle Ulm, für die Unterstützung.

daß man sehr viel üben müsse, um allen gestellten Aufgaben gerecht zu werden.

„Sorge = Vorsorge“ – „Vorgesorgt ist gut beraten“ – „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“, dies waren einige Schlagworte aus dem Bereich des Selbstschutzes, mit denen der Bürger angesprochen wurde. Die Schwerpunkte lagen bei der ausführlichen Darlegung der Sirensignale und ihrer Bedeutung, dem Schutzraum und der Vorratshaltung von Lebensmitteln.

Die Tatsache, daß viele Informationsbroschüren des BVS mitgenommen wurden, zeigte, daß die Mühen nicht umsonst waren. Auch künftig wird das Landratsamt großen Wert auf eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit legen, um den Bürgern die Bedeutung und den hohen Stellenwert des Katastrophen- und Selbstschutzes darzulegen.

## Landkreis informiert über Katastrophen- und Selbstschutz

In Rastatt wird in Abständen von zwei bis drei Jahren eine Ausstellung für Handwerk und Gewerbe veranstaltet, bei welcher der Landkreis Rastatt neben der Stadt Rastatt einer der ideellen Träger ist. Dem Landkreis wird hier die Möglichkeit geboten, sich in der sogenannten Repräsentationshalle der Ausstellung vorzustellen.

Neben der allgemeinen Darstellung des Landkreises, seiner politischen Gliederung, seiner Aufgabenstellung sowie der Wappen des Kreises und der 23 Städte und Gemeinden hat die Pressestelle des Landratsamtes immer wieder versucht, besondere Schwerpunkte hineinzubringen, die die Besucher (in diesem Jahr 83000) auch ansprechen.

Waren es in den vergangenen Jahren das Berufsschul- bzw. Sonderschulwesen, so wählte man für die 11. Badische Ausstellung im Mai 1981 einmal ein völlig anderes Thema: Katastrophen- und Selbstschutz. Mit der Unterstützung der

BVS-Dienststelle Offenburg wurde auf insgesamt acht Stellwänden versucht, dem Ausstellungsbesucher klarzumachen, was es auf sich hat mit den Begriffen „Katastrophenschutz“ und „Selbstschutz“. Durch größere Fotoaufnahmen, die bei früheren Katastrophenschutzübungen oder anderen Einsätzen verschiedener Organisationen gemacht wurden, konnte man die Besucher „anlocken“, auch das geschriebene Wort aufzunehmen und sich später mit den Problemen mit Hilfe von ausgelegten Informationsmaterialien intensiver zu beschäftigen.

So wurde den Betrachtern u. a. aufgezeigt, welche Funktionen und Aufgaben der Landkreis bzw. der Landrat als Hauptverwaltungsbeamter im Katastrophenschutz hat und wie die Organisation des Katastrophenschutzes geregelt ist. Es wurde dabei dargelegt, daß das ehrenamtliche Engagement der freiwilligen Helfer ein wichtiger Faktor ist und

## BVS-Ehrenzeichen für Dr. Herter

Der Präsident des BVS hat den Leiter des Referates 3 der Abteilung „Katastrophenschutz und Feuerwehrwesen, zivile Verteidigung“ im Innenministerium Baden-Württemberg, Ministerialrat Dr. Herter, mit dem Ehrenzeichen des Verbandes ausgezeichnet. Dr. Herter hat in enger Zusammenarbeit mit dem BVS wesentlich zur Förderung des Aufbaus des Selbstschutzes in Baden-Württemberg beigetragen.

## BVS-Sicherheitswettbewerb in Aalen

Anläßlich des „Tages der offenen Tür“ im Rettungszentrum der Stadt Aalen veranstaltete der BVS gemeinsam mit den Katastrophenschutz-Organisationen, der Stadtverwaltung und dem Ostalbkreis einen „Sicherheitswettbewerb“ unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“.

Es war erfreulich, daß sich viele Besucher an einer Fragebogenaktion beteiligten, bei der u. a. Fragen über die Bedeutung der Sirensignale und aus dem Bereich der lebensrettenden Sofortmaßnahmen zu beantworten waren. Außerdem waren informative Filme am BVS-Filmwagen zu sehen.



Auf acht Stellwänden informierte das Landratsamt Rastatt die Bürger über den Katastrophen- und Selbstschutz.

## Anerkennung für langjährige Mitarbeit

In einer kleinen Feierstunde zeichnete der Leiter der BVS-Dienststelle Karlsruhe, Zunker, die ehrenamtlichen BVS-

Helfer Karl Armbruster, Georg Schmitt, Alfred Humpert, Helmut Langendörfer und Heinz Siebler für 25- und 20jährige Mitarbeit mit der goldenen BVS-Ehrennadel aus. Zunker führte aus, diese Mitarbeiter seien dem Verband in einer Zeit beigetreten, als dieser noch den Namen Bundesluftschutzverband führte. Damals habe ihre Arbeit nicht das Verständnis gefunden, welches heute dem Selbstschutz entgegengebracht wird. Durch sachliche Argumentation, Fachwissen und persönlichen Einsatz hätten die Helfer dazu beigetragen, dem BVS zu seinem heutigen Ansehen zu verhelfen.

### Gemeinsames Ausstellungsprogramm

Die Fahnen der Katastrophenschutz-Organisationen wehten gut sichtbar an der hochausgefahrenen Feuerwehrleiter über der Lohtorstraße in Heilbronn. Autos, die sonst die Parkplätze füllten, waren verbannt, denn die Hilfsorganisationen stellten ihre Fahrzeuge, Zelte und Geräte zur Schau. Anlaß war die 700-Jahr-Feier und das 5. Heilbronner Stadtfest mit rund einer Viertelmillion Besucher.

Gemeinsam hatten die Organisationen ein Programm arrangiert. Information, Filmvorführungen, historische Löscheinätze, Kinderolympiade und Geschicklichkeitsaufgaben mit dem Wasserstrahl der Einstellspritze lockten Tausende auf den Ausstellungsplatz. Wer den

Besuch aller Organisationen in seinem Programmheft nachweisen konnte, wurde mit einem Erinnerungsgeschenk bedacht.

### 42 BVS-Mitarbeiter auf Wanderschaft

Pünktlich um 15.00 Uhr gingen 42 BVS-Mitarbeiter und deren Angehörige an einem Freitag im Mai auf die Straße: Der Grund war nicht etwa eine Demonstration, sondern der Start zur ersten „BVS-Wanderung“. Über Ruhenstein, Wildseeblick und Darmstädter Hütte erreichten alle nach dreieinhalb Stunden und elf zurückgelegten Kilometern den sagenumwobenen Mummelsee – Endstation und Übernachtungsort des ersten Wandertages.

Der Mummelseegeist erschien in dieser Nacht nur wenigen, dafür erlebten ihn andere am zweiten Wandertag; denn wer geglaubt hatte, daß die ruhige Wandergangart des ersten Tages beibehalten würde, sah sich getäuscht. Vom Mummelsee zur Hornisgrinde ging alles noch einfach. Die Mittagspause in Hinterlangenbach war ein reines Vergnügen, nicht nur auf kulinarische Art. Doch von nun an ging's bergauf. Wildsee, Seekopf, Ruhenstein, Schliffkopf, bei einem Höhenunterschied von ca. 600 Metern auf sechs Kilometer Wanderstrecke.

Am Ziel überreichte der Organisator der Wanderung, BVS-Dienststellenleiter Rolf

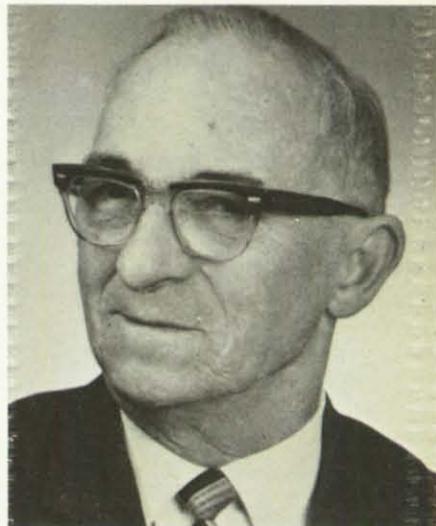
Holder, stellvertretend für alle Mitwanderer BVS-Landesstellenleiter Raach eine Urkunde für „45 Wanderkilometer“.

### Nachruf

Am 9. Mai 1981 verstarb nach schwerer Krankheit der ehemalige ehrenamtliche BVS-Helfer der BVS-Dienststelle Ulm

#### Karl Denk

Trotz seines Alters setzte er sich stets für die Belange der BVS-Dienststelle ein. So konnte der Übungsplatz der Dienststelle erst durch sein Mitwirken voll genutzt werden. Mit gutem Beispiel ging er den jüngeren Helfern voran.



Die ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Ulm werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

## Bayern



### Informationsstand wirbt für Lebensmittelvorrat

Eine vierzehntägige Informationsschau über Lebensmittelbevorratung führte die BVS-Dienststelle Starnberg gemeinsam mit einer namhaften Lebensmittel-Firma in deren Tutzing Markt durch. Der Informationsstand wurde so gestaltet,



Sie begutachten den Inhalt des vom BVS zusammengestellten Vorratspakets (von links): Bürgermeister Leclaire, Marktleiter Kurt Thelen, Rainer Schramm und Margot Funk (BVS-Dienststelle Starnberg).

daß er in Zukunft auch in weiteren Großmärkten im Raum München zum Einsatz kommen kann.

In einer kleinen Eröffnungsfeier erläuterte BVS-Dienststellenleiter Rainer Schramm den Gästen den Sinn und Zweck dieser Ausstellung. Schramm vertrat dabei die Meinung, daß zwar in den meisten Haushaltungen Vorräte vorhanden, aber oft nicht nach den Gesichtspunkten für eine Notversorgung der Familie zusammengestellt seien. Der BVS bezwecke mit dieser Ausstellung, den Bürger an seiner Einkaufsquelle über einen zweckmäßigen Lebensmittelvorrat zu beraten, sagte Schramm.

Bürgermeister Dr. Alfred Leclaire, Tutzing, begrüßte, daß „hier dem Bürger die Möglichkeit gegeben wird, darüber nachzudenken, mit welchen Produkten er sich für die Versorgung in Krisenzeiten eindecken soll“. Besonders praktisch, „vor allem auch für Junggesellen

und Strohwitwer“, fand der Bürgermeister das fertig zusammengestellte Vorratspaket, mit dem sich eine Person vierzehn Tage versorgen kann.

Die Ausstellung, die im Rahmen des „Modellversuchs zur Intensivierung des Selbstschutzes“ in Tutzing durchgeführt wurde, war sowohl für den BVS als auch für die beteiligte Firma von so großem Erfolg, daß sie im Herbst an gleicher Stelle wiederholt wird.

### Sicherheitsschau in Starnberg

Eine Sicherheitsschau unter dem Motto „Sicher in den Urlaub – sicher nach Hause“ veranstaltete in Starnberg die Raiffeisenbank und der Land- und Seebote gemeinsam mit dem BVS, BRK, der Freiwilligen Feuerwehr und dem Deutschen Touring-Automobil-Club (DTC).



Petra Schürmann, die bekannte Fernsehmoderatorin, läßt sich die Handhabung eines Feuerlöschers erklären.

Durch diese Aktion wurde dem Bürger die Möglichkeit geboten, sich nicht nur über die angenehmen Seiten eines Urlaubs Gedanken zu machen, sondern auch über die Gefahren, die bei den meist damit verbundenen Autofahrten auftreten können. Die beteiligten Organisationen informierten deshalb über die Maßnahmen zur Bergung und Versorgung von Verletzten. Der DTC stellte einen sogenannten Gurtschlitten auf, auf dem der Besucher selbst die Wirkung eines angelegten Sicherheitsgurtes testen konnte. Die BVS-Dienststelle Starnberg demonstrierte das Ablöschen einer brennenden Person mit Hilfe einer Decke sowie die Handhabung von Feuerlöschern.

Gerade diese Aktionen haben immer wieder sehr viele Schaulustige angezogen. Prominenteste Übungsteilnehmerin war die bekannte Fernsehmoderatorin Petra Schürmann. Nachdem sie kurz vorher, wie sie selbst sagte, „laienhaft“ einen Fahrzeugbrand löschte, war sie für die fachmännische Erläuterung der Handhabung eines Feuerlöschers durch einen BVS-Mitarbeiter sehr dankbar.

Der Informationsstand des BVS war vor allem zu dem Zeitpunkt dicht umlagert, als der Bayerische Rundfunk eine Direktreportage für eine Autofahrer-Sendung machte. Durch die Reportage angelockt, besuchten mehrere tausend Menschen die gelungene Veranstaltung in Starnberg.

### Selbstschutzwoche in Freilassing

Vom 6. bis 16. Mai 1981 veranstaltete die Stadt Freilassing in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Rosenheim eine Selbstschutzwoche. Bürgermeister Breuninger führte anlässlich der Eröffnung aus, daß nur derjenige Hoffnung haben kann, in einem Ernstfall zu überleben, der sich selbst zu schützen vermag. Er betonte, „Selbstschutzmaßnahmen sind in erster Linie für den Verteidigungsfall gedacht, aber auch bei Notfäl-

len und Katastrophen im Frieden von großem Nutzen“.

Die Geschäftswelt Freilassings griff den Gedanken des Selbstschutzes auf und zeigte u. a. in ihren Schaufenstern einen Lebensmittelvorrat für 14 Tage sowie Brandschutz- und Bergungsgeräte. Banken und Bausparkassen warben für den Bau von Hausschutzräumen. Sechs Straßenaktionen weckten das Interesse der Bevölkerung am Selbstschutz. Auch in zwei gut besuchten Plenumsdiskussionen wurde die Notwendigkeit des Selbstschutzes herausgestellt.

### „Schutz und Wehr“ in Deggendorf

„Schutz und Wehr – Selbsthilfe durch die Jahrhunderte im Spiegel zeitgenössischer Illustrationen“ lautete das Thema einer Ausstellung des BVS, die vom 8. bis 15. Mai 1981 im Foyer des Landratsamtes in Deggendorf zu sehen war. Schirmherr war Landrat Dr. Georg Karl, der zur Eröffnung Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kirche und Schulen begrüßen konnte. Er wies darauf hin, daß die Ausstellung auch sichtbar mache, daß der einzelne selbst aufgefordert sei, sich und anderen zu helfen, bevor er nach dem Staat rufe. Hier sei der Ausdruck „Jeder ist sich selbst der Nächste“ positiv zu sehen. Anhand der Schneeburck-Katastrophen in den vergangenen Jahren mit längerem Stromausfall in einigen Gebieten und deren völlige Abschneidung von der Umwelt habe sich gezeigt, wie wichtig auch in Friedenszeiten Selbst- und Nachbarschaftshilfe seien.

Erläuterungen zur Thematik der Ausstellung gaben die BVS-Mitarbeiter Rudolf Hackl und Willibald Schmalzl. Hackl dankte Landrat Dr. Karl und Amtmann Wilfried Süß für die Unterstützung bei den Vorbereitungen zur Ausstellung, in der auch alte Ausrüstungsgegenstände der Feuerwehren Deggendorf und Plattling zu sehen waren.



Viele Gäste erschienen zur Ausstellungseröffnung (von links): BVS-Fachbearbeiter Hackl und Schmalzl, Kreishandwerksmeister Schraufstetter, stv. Landrat Höger, Landrat Dr. Karl, MdL Görlietz, MdL Kalb und Bürgermeister Stangl.



Die BVS-Mitarbeiter der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle Bayreuth bildeten in einem Selbstschutz-Fachlehrgang „Bergungstrupp und -staffel“ Behördenbedienstete aus. Unser Bild zeigt den Abtransport eines „Verletzten“ mit dem Bergetuch.

### Frauenunion informierte sich über Selbstschutz

Der Kreisverband der Frauenunion des Landkreises Tirschenreuth hatte zu einer Veranstaltung zum Thema „Selbstschutz“ eingeladen. Neben zahlreichen Mitgliedern konnte Kreisvorsitzende Ursula Faulhaber die Markträtin und Vorsitzende der Frauenunion Wiesau, Hedwig Schraml, Bürgermeister Hubert Seidl, Marktrat August Kellner, den Kreisvorsitzenden der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft, Walter Gabel, den Vorsitzenden der Jungen Union, Toni Dutz, sowie die Referentinnen des Abends, Annemarie Uschold und Siegrun Scherer von der BVS-Dienststelle Weiden, begrüßen.

Annemarie Uschold informierte u. a. über die Aufgaben des BVS und den privaten Schutzraumbau. Danach gab Siegrun Scherer einen Überblick über die Bevorratung und Lagerung von Lebensmitteln.

### CSU-Frauen besuchten Selbstschutz-Grundlehrgang

Die Frauenunion der CSU veranstaltete in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Regensburg einen Selbstschutz-Grundlehrgang, an dem sich 25 Frauen beteiligten. BVS-Fachlehrer Stromberger und die Fachbearbeiterin für Frauenarbeit im BVS, Hartmann, informierten die Teilnehmerinnen über Selbstschutzmaßnahmen. Besonderes Interesse fand die Lebensmittel- und Trinkwasserbevorratung, die für Hausfrauen eine besondere Rolle spielt.

Die Vorsitzende der Frauenunion, Irmela Bründl, dankte den BVS-Helfern für die Durchführung des Lehrgangs und dem örtlichen BVS-Beauftragten Horst Burrock für seine vermittelnde Tätigkeit.

## Aus dem Tätigkeitsbericht der GZS zum 1. Halbjahr 1981

Im 1. Halbjahr dieses Jahres konnte die Leistung in der Informations- und Ausbildungstätigkeit, verglichen mit dem Vorjahreszeitraum, erneut deutlich gesteigert werden. Mitte Mai 1981 wurden bereits mehr Teilnehmer in den Veranstaltungen der Gesellschaft registriert als im gesamten Jahr 1980.

Es ist festzustellen, daß es praktisch kaum noch einen Bereich gibt, in dem die Gesellschaft nicht schon tätig wurde. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen z. Z. in folgenden vier Bereichen:

1. Schulen aller Art, Schulklassen und Lehrerkollegien

2. Kindertagesstätten

3. Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft

4. Behörden.

Fachlicher Schwerpunkt der Tätigkeit ist der „Vorbeugende und Abwehrende Brandschutz“, der ca. 75% aller Veranstaltungen ausmacht. Eine vorzügliche Zusammenarbeit besteht mit der Berliner Feuerwehr, die die Arbeit der GZS wesentlich erleichtert, manchmal sogar erst ermöglicht.

Die Flut von Veranstaltungswünschen, die seit Oktober 1980 über die Gesellschaft hereingebrochen ist, wirkte sich, ständig verstärkend, ab etwa März dieses Jahres aus. Für die Monate Mai und Juni mußten nicht wenige Veranstaltungswünsche abschlägig beschieden oder auf das 2. Halbjahr 1981 verlegt werden. Mitverantwortlich für die zahlreichen Veranstaltungswünsche ist offensichtlich u. a. der fachlich gute Ruf der Gesellschaft, die von einer Veranstaltung zur nächsten weiterempfohlen wird. Hier kann bereits vom „Schneeballprinzip“ gesprochen werden.

Der Bestand und Zustand der Lehrmittel konnte weiter verbessert werden, so daß von daher kaum noch Engpässe aufgetreten sind. In der Praxis können vom Gerätebestand her z. Z. bis zu fünf Veranstaltungen gleichzeitig oder zeitlich überdeckend durchgeführt werden.

Aufgrund der hohen Leistung im 1. Halbjahr und den Veranstaltungsabsprachen für den Zeitraum bis zum Jahresende ist davon auszugehen, daß

das Jahr 1981 für die Gesellschaft mit dem besten Ergebnis seit Bestehen abgeschlossen werden kann. Das Jahresziel von ca. 300 Veranstaltungen aller Art wird voraussichtlich deutlich überschritten.

Im 2. Halbjahr gilt es, durch verstärkte Zusammenarbeit mit den Medien, die Berliner Bevölkerung über die Notwendigkeit von Zivilschutzmaßnahmen verstärkt zu informieren und auszubilden. Vorstand und Geschäftsführung werden geeignete Schritte ergreifen, um dem sich ständig verstärkenden Informations- und Ausbildungsbedürfnis auch künftig Rechnung zu tragen.

## Präsident Dr. Kolb sprach über Zivil- und Katastrophenschutz

Am 18. Mai 1981 hielt der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul-Wilhelm Kolb, auf Einladung der Industrie- und Handelskammer und der Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin e.V. einen Vortrag zum Thema „Zivil- und Katastrophenschutz in Berlin“. Dr. Kolb erläuterte vor den Sicherheitsbeauftragten großer Berliner Unternehmen vornehmlich den humanitären Charakter des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Nach einer Darstellung der derzeitigen Situation ging der Referent auf die Notwendigkeiten der innerbetrieblichen Vorsorge ein. Er verwies darauf, daß Kernpunkt aller zu treffenden Maßnahmen die Erhaltung von Menschenleben sei. Erforderlich sei vor allem die Information und Ausbildung der Mitarbeiter in den Unternehmen, eine Aufgabe, der sich die Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin ständig stärker annehme. Die GZS sei damit ein wichtiger und kompetenter Ansprechpartner für die Unternehmen in Berlin.

## Ehrung für verdienten Mitarbeiter

In einer kleinen Feierstunde wurde das Gründungsmitglied der Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin, Fritz Kronemann, anlässlich seines 75. Geburtstages in den Geschäftsräumen der Gesellschaft geehrt. Fritz Kronemann gehört zu den Männern der „ersten Stunde“ im

Zivilschutz Berlins. Schon vor Gründung der Gesellschaft besuchte er die Schulen des Bundesverbandes für den Selbstschutz und erwarb die Ausbildungsberechtigung. In der Zeit nach der Gründung führte er zahlreiche Veranstaltungen durch. Seit einigen Jahren widmet er sich der Geräteverwaltung und Pflege und ist damit ein unentbehrlicher Helfer der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der GZS.

Dies kam auch in den kurzen Ansprachen, die der Vorsitzende der Gesellschaft, Rechtsanwalt Peter Erkelenz, und der Geschäftsführer der GZS, Helmut Nitschke, hielten, deutlich zum Ausdruck.

Dem Jubilar, dem auch durch den Senator für Inneres Glückwünsche zuzugingen und der bereits vor Jahren mit der Sonderstufe zum Katastrophenschutz-Ehrenzeichen ausgezeichnet wurde, versprach, der Gesellschaft auch künftig mit Rat und Tat beizustehen.

## GZS erhielt Pkw als Sachspende

In einer kleinen Feierstunde am Nachmittag des 26. Mai 1981 übergab der Sicherheitsbeauftragte eines großen Berliner Elektronikkonzerns einen VW-Kombi als Sachspende an die Gesellschaft für den Zivilschutz. In herzlichen Worten drückte er seinen Dank für die seit langem bestehende vertrauensvolle und für beide Seiten erfolgreiche Zusammenarbeit aus. Als Ausdruck dieser Zusammenarbeit wertete er die Tatsache, daß, wie auch in der Vergangenheit, auch in diesem Jahr wieder leitende Mitarbeiter des Unternehmens im „Vorbeugenden und Abwehrenden Brandschutz“ durch Ausbildungskräfte der Gesellschaft unterwiesen werden.

Der Geschäftsführer der Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin, Helmut Nitschke, bedankte sich im Namen des Vorstandes für die Übergabe des Fahrzeuges und versicherte, daß dieses Fahrzeug eine erhebliche materielle Unterstützung bei der Bewältigung des Informations- und Ausbildungsauftrages der Gesellschaft gegenüber der Berliner Bevölkerung darstellt.

Das Fahrzeug, Baujahr 1973, wird – mit Ausbildungs- und Lehrgerät ausgestattet – künftig zur Durchführung von Veranstaltungen aller Art eingesetzt.

## Abschlußprüfung zur THW-Grundausbildung ein Erfolg

Der Einsatz der vom THW gestellten Einheiten für den Katastrophenschutz setzt eine besonders gründliche Ausbildung voraus. Diese wird in allen THW-Ortsverbänden nach bundeseinheitlichen Richtlinien in drei Abschnitten durchgeführt: Grund-, Fach- und Gemeinschaftsausbildung.

Der Ortsbeauftragte und die Führungskräfte des THW-OV Mölln waren erstmals Gastgeber und Ausrichter für eine Abschlußprüfung, die 30 THW-Helfer aus den Ortsverbänden Lauenburg, Mölln, Ratzeburg, Neustadt i. H. sowie Preetz nach Beendigung ihrer Grundausbildung ablegen mußten. Die Prüfung, die in den Unterkunftsräumen des Ortsverbandes Mölln abgenommen wurde, bestand aus einem theoretischen und einem praktischen Teil.

Die theoretischen Fragen beantworteten alle Helfer gut. Schon etwas selbstbewußter ging es danach an die praktischen Aufgaben. Überall waren die jungen Helfer mit Eifer bei der Sache, ob es sich um Holzbearbeitung, den Einsatz des Gesteinsbohrhammers oder die Handhabung der Motorsäge handelte. Weiter stellten sie den fachgerechten Umgang mit der Hydropresse beim Heben schwerer Lasten unter Beweis und zeigten z. B. auch, wie man mit einem Notstromaggregat und einigen Scheinwerfern eine Beleuchtungsanlage aufbauen und in Betrieb nehmen kann. Prüfungsleiter Kähler, Elmshorn, seine Prüfer und der Beobachter vom THW-Landesverband Kiel, Hauptsachgebietsleiter Willutzki, waren mit den gezeigten Leistungen zufrieden.

Auch THW-Landesbeauftragter Dipl.-Volkswirt Meier war erschienen und begutachtete zusammen mit dem THW-Kreisbeauftragten Wilhelm Schulz und Ortsbeauftragten Skeries die einzelnen Arbeiten. Meier lobte das von den Helfern bei der Prüfung gezeigte Engagement und dankte dem THW-OV Mölln für die gute Vorbereitung. S. T.

## „Flugzeugabsturz“ im Stadforst

Der THW-OV Bad Oldesloe führte vor kurzem eine Nachtübung durch. Angenommen wurde der Absturz eines Passagierflugzeugs im Stadforst (Kneeden) bei Bad Oldesloe. Der dritte Bergungszug des Ortsverbandes, der sich auf ei-

ner Orientierungsfahrt durch den Kreis befand, wurde alarmiert und zum Einsatzort geschickt.

Vor der „Absturzstelle“ befand sich eine Schlucht. THW-Zugführer Kalks ließ sofort eine Behelfs-Fußgängerbrücke erstellen, außerdem wurde die Unglücksstelle ausgeleuchtet. Danach begannen die Bergungs- und Rettungsarbeiten. Als „Verletzte“ fungierten Mitglieder des Arbeiter-Samariter-Bundes Neustadt (Holstein), die von Rettungssanitäter Bernd Salewski wirklichkeitsnah geschminkt worden waren. Die fachgerechte Durchführung der Rettungsarbeiten überwachte Dr. Bob vom Krankenhaus Lübeck-Süd.

Die THW-Helfer übergaben die „Verletzten“ den Kameraden vom ASB zur weiteren Versorgung. Obwohl die Übung deutlich machte, wie effizient die Zusammenarbeit zwischen den Hilfsorganisationen – selbst bei einem Minimum eingesetzter Helfer und Gerätschaften – sein kann, waren alle Beteiligten froh, daß es sich nur um eine Übung handelte.

H.-J. G.

## Informationsfahrt zum Kernkraftwerk Brunsbüttel

Information stand im Mittelpunkt einer Fahrt von Führungskräften aus den THW-OV Niebüll, Husum, Friedrichstadt, der Freiwilligen Feuerwehr Wyk/Föhr, Husum und Friedrichstadt sowie des Leiters der Zivil- und Katastrophensch-

schutzabteilung des Kreises Nordfriesland, Petersen, und zwei seiner Mitarbeiter zum Kernkraftwerk Brunsbüttel, die THW-Kreisbeauftragter Hans Heydtmann organisiert hatte. Vom Kreis Dithmarschen beteiligten sich Amtsleiter Steinke mit zwei Mitarbeitern und von der Freiwilligen Feuerwehr ABC-Zugführer Rhode an der Besichtigung. Der Bundesgrenzschutz Bredstedt hatte für diese Fahrt einen Omnibus zur Verfügung gestellt.

Im Informationszentrum des Kernkraftwerks wurden nach einem einführenden Vortrag über die Arbeitsweise des Reaktors an Modellen weitere Einzelheiten erläutert. Das Kernkraftwerk Brunsbüttel ist mit einem Siedewasserreaktor ausgerüstet und dient der Stromerzeugung.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen für die Teilnehmer der Informationsfahrt die Fragen der Sicherheitstechnik. Es wurde betont, daß durch die Auslegung des Reaktorkerns mit geringer Uran-235-Anreicherung eine nukleare Explosion in derartigen Kernkraftwerken technisch und physikalisch unmöglich sei.

Im Anschluß erläuterte der Leiter des Zivil- und Katastrophenschutzes des Kreises Dithmarschen, Steinke, den für den Raum Brunsbüttel gültigen Katastrophenschutzplan und hob hervor, daß die Zusammenarbeit des THW und der Freiwilligen Feuerwehr im Kreis Nordfriesland gut sei und er sich eine solche Partnerschaft auch für den Kreis Dithmarschen wünsche. G. B.

## THW baute Trümmersteg

Anläßlich einer Festwoche zum 30jährigen Bestehen der Böckler-Siedlung Neumünster baute der THW-OV Neumünster eine Brücke vom Festplatz zum Kirchplatz.

Um bei dieser Aktion gleichzeitig einen Ausbildungseffekt zu erzielen, entschloß sich Zugführer Heinz Krieg, einen Trüm-

mersteg zu bauen. Viele hundert Zuschauer konnten erleben, wie das „Werk“ entstand. Nach der Fertigstellung wurde die Brücke zuerst von den ganz Mutigen überschritten; bald faßten sich aber auch die noch skeptischen Festbesucher ein Herz und wagten den Gang über den Behelfssteg. J. D.

Die Kinder waren die eifrigsten Benutzer des Steges.



## Feierlicher Ausklang des Bundeswettkampfes

Über 700 Helfer aus allen sieben THW-Bezirksverbänden und hauptamtliche Mitarbeiter des THW-Landesverbandes Hamburg waren der Aufforderung der Bezirksbeauftragten gefolgt, im Rahmen einer Abschlusfeier den THW-Bundeswettkampftag 1981 ausklingen zu lassen. Da am Wettkampftag die Hamburger Helfer keine Zeit zum Feiern hatten, sondern sich in vielfältiger Art um ihre Gäste kümmern mußten, sollten sie jetzt, nachdem die Schlacht geschlagen war, auch einmal Gelegenheit haben, mit ihren Frauen und Freundinnen einen schönen Abend zu erleben.

Aber nicht nur THW-Helfer waren erschienen, auch Männer der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg feierten mit, denn sie hatten ja die Wettkampfbahnen aufgebaut bzw. Schiedsrichterdienste geleistet und für warmes Wasser zum Duschen gesorgt.

THW-Landesbeauftragter Günter Trautvetter zeichnete an diesem Abend verschiedene Helfer und Helferinnen mit THW-Helfer- sowie Ehrenzeichen aus. Die Auszeichnungen waren aber nicht nur für Leistungen beim Bundeswettkampf gedacht, sondern für jahrelange überdurchschnittliche und tatkräftige Mitarbeit im THW.

So wurden u. a. der Direktionsbereichsführer Süd der Freiwilligen Feuerwehr, Wilhelm Seemann, mit dem THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz und der stellv. THW-Bezirksbeauftragte von Hamburg-Altona, Dieter Buch, mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber ausge-



Direktionsbereichsführer Wilhelm Seemann von der Freiwilligen Feuerwehr (rechts) und stv. THW-Bezirksbeauftragter Dieter Buch wurden für ihren Einsatz beim THW-Bundeswettkampf ausgezeichnet.

zeichnet. Seemann hatte für den THW-Bundeswettkampf den Einsatz von fünf Freiwilligen Feuerwehren aus seinem Bereich organisiert, während Buch als Leiter des Stabes für einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltung sorgte.

Oberregierungsrat Guntram Müllenbach vom Bundesamt für Zivilschutz überreichte anschließend dem Obmann der Schiedsrichter eine THW-Helferfibel als Dank und Anerkennung. A. K.

## THW-Ehrenzeichen für Erwin Siebert

THW-Landesbeauftragter Trautvetter zeichnete in einer kleinen Feierstunde den THW-Bezirksbeauftragten für Hamburg-Mitte, Erwin Siebert, mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber aus. Siebert gibt in diesem Jahr die Führung des Bezirksverbandes an einen jüngeren Nachfolger ab. Er hat es sich aber nicht nehmen lassen, den diesjährigen THW-



Erwin Siebert (Mitte) nahm aus der Hand von THW-Landesbeauftragtem Trautvetter die Ehrung entgegen; rechts Ortsamtsleiter Peter Reichel.

Bundeswettkampf in Hamburg-Finkenwerder mit auszurichten und vorzubereiten.

Landesbeauftragter Trautvetter würdigte die ständige Bereitschaft von Siebert, der nach seinem Ausscheiden als hauptamtlicher Mitarbeiter auch als Pensionär die ehrenamtliche Arbeit eines Bezirksbeauftragten gewissenhaft und engagiert wahrgenommen hat und damit auf eine 30jährige ehren- und hauptberufliche Tätigkeit im THW zurückblicken kann.

Gleichzeitig wurde auch der Ortsamtsleiter von Finkenwerder, Peter Reichel, ohne dessen tatkräftige Unterstützung der Bundeswettkampf 1981 nicht hätte stattfinden können, mit einem Präsent des Landesverbandes geehrt.

Trautvetter unterstrich in diesem Zusammenhang besonders die gute Zusammenarbeit mit allen Hamburger Behörden, die letztlich zu dem allgemeinen guten Erfolg dieser Großveranstaltung geführt hat. A. K.

# Bremen

## Gemeinsame Wochenendübung in Hoya

Am zweiten Maiwochenende veranstalteten der 1. und 2. Zug der 2. Bergungsbereitschaft des THW-OV Bremen auf dem Wasserübungsplatz in Hoya eine Wochenendübung. Zur Sicherung des Ablaufs nahmen an der Veranstaltung auch drei weitere Organisationen teil: für das Fahren auf dem Wasser ein Katastrophenschutzzug der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (Rettungsstation Achterdieksee) und für den Sanitätsbereich je eine Gruppe des Malteser-Hilfsdienstes sowie der Johanner-Unfall-Hilfe.



Am Wasserübungsplatz der Katastrophenschutzschule Hoya übten die Helfer des THW-OV Bremen den Umgang mit verschiedenen Booten.

Zweck der Übung war es, die THW-Bergungshelfer mit dem Fahren auf dem Wasser mit verschiedenen Booten vertraut zu machen. Auch wurden mehrere Antriebsmöglichkeiten geübt, mit Paddel, Ruder und Motor. Zur Auflockerung veranstalteten die Helfer ein kleines Wett-paddeln mit Schlauchbooten quer über die Weser und zurück.

Ein gemeinsames Fußballspiel am Abend sowie ein Grillessen gaben allen Teilnehmern die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen und sich über die Arbeit und Aufgaben der jeweils anderen Organisation zu informieren. G. B.

## THW-LV Niedersachsen beim Bundeswettkampf 1981 in Hamburg

Bei Temperaturen bis zu 28 Grad Celsius war es selbst für die besten Mannschaften des THW aus dem Bundesgebiet eine harte Arbeit, die Aufgaben des THW-Bundeswettkampfes in Hamburg-Finkenwerder zu meistern. Im Feld der Teilnehmer befand sich auch die Wettkampfgruppe des THW-OV Lüchow-Dannenberg, die sich als Landessieger für diesen Wettkampf qualifiziert hatte.

Viele Vorbereitungen waren dem großen Tag vorangegangen und so fuhr die Lüchower Gruppe mit Gruppenführer Hans-Joachim Ragotzky und THW-Kreisbeauftragtem Gerhard Warnke guten Mutes am Freitagnachmittag in Richtung Hamburg-Finkenwerder. Dort war von den Hamburger THW-Helfern ein großes Zeltorf aufgebaut worden, in dem die Wettkampfteilnehmer untergebracht wurden.

Das Wecken am Veranstaltungstag erübrigte sich, denn die Spannung war bei allen schon soweit angestiegen, daß um 5.00 Uhr morgens bereits geschäftiges Treiben in den Zelten herrschte. Nach dem Frühstück traten die Gruppen vor den Wettkampfbahnen an, und THW-Direktor Dipl.-Ing. Hermann Ahrens eröffnete nach seiner Begrüßungsansprache die THW-Bundeswettkämpfe 1981.

Die Gruppen begaben sich nun zu den vorher durch Los ermittelten Wettkampfbahnen, wo ihnen vom Bahnschiedsrichter die angenommene Katastrophenlage mitgeteilt wurde, nach der sich in Finkenwerder ein Erdbeben ereignet haben sollte. Die Aufgabe bestand darin, eine verletzte Person nach Überwindung mehrerer Hindernisse aus einem höher gelegenen Gebäudeteil zu bergen. Die benötigten Geräte mußten aus den mitgeführten Fahrzeugen geholt und zusammengestellt werden.

Als erstes Hindernis war ein Betonbalken von 0,50 x 0,50 Meter Umfang und 3,00 Meter Länge, der die Zufahrt blockierte, mit Rollen, Brechstangen und Hebezeugen zur Seite zu schaffen. Dann wurden mit Notstromaggregaten die Scheinwerfer zum Ausleuchten der Schadenstellen in Betrieb genommen. Die Wettkampfgruppe teilte sich in zwei Arbeitstrupps. Ein Trupp erstellte in einer 20 Zentimeter starken, doppelt armierten Betonplatte mit Bohrhämmern einen Deckendurchbruch von 80 Zentimetern Durchmesser; der zweite Trupp zimmerte an einer einsturzfähigen

THW-Helfer sägen eine Strebstütze für ein Stützgerüst zurecht.



Wand ein fachgerechtes Stützgerüst aus zwei Stützböcken.

Eine Bohlenwand bildete das nächste Hindernis, in die mit der Motorsäge eine 0,80 x 0,80 Meter große Öffnung maßgenau gesägt werden mußte. Nach Überwindung einer 1,60 Meter hohen Mauer zeigte sich ein Kriechgang, der mit Eisenrohren, Kanthölzern und Eisenbahnschienen versperrt war. Diese Hindernisse mußten mit der zum Trennschleifer umgebauten Motorsäge und im Tragesatz „C“ befindlichen Räumwerkzeugen sowie Brennschneidgerät beseitigt werden.

Auf einem dahinter befindlichen sechs Meter hohen Turm lag der „Verletzte“. Mit dem „Rollgliss“-Bergungsgerät, mit dem Personen aus bis zu 60 Meter hohen Gebäuden abgelassen werden können, wurde der „Verletzte“ vom Turm geborgen und durch sowie über sämtliche Hindernisse zurück zur Verletzten-sammelstelle getragen. Das mit vorgebrachte Gerät mußte schließlich zu den Fahrzeugen zurücktransportiert werden. Erst dann wurde die Zeit gestoppt.

Gleichzeitig mußten zwei Helfer der Wettkampfgruppe auf dem nahegelegenen Steendieckkanal – einem Stichkanal zur Elbe – mit dem THW-Boot ihr Kön-

nen beweisen. Im Paddelbetrieb wurde durch eine mit Bojen markierte Strecke eine Schute angefahren, von der Geräte auf das Boot zu verlasten waren. Weiter ging es nun mit Motorkraft zu einem Anleger, auf dem sich ein „Verletzter“ befand. Dieser mußte versorgt und ins Boot geholt werden. In einer Schnelfahrt wurde er dann zum Endpunkt gefahren und abgesetzt.

Wie bei den Bergungsarbeiten auf der Wettkampfbahn wurden auch hier das sichere Beherrschen der Geräte, die präzise Durchführung der Arbeiten und die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften hoch bewertet.

Mit nur wenigen Fehlerpunkten und einer guten Zeit wurde die Wettkampfgruppe des THW-OV Lüchow-Dannenberg 3. Sieger im Bereich „Bergung“.

Eine Geräteschau des THW, die parallel zu den Wettkämpfen lief, zeigte den zahlreichen Besuchern, was das THW zu bieten hat. Der hervorragende Leistungsstand des THW wurde vom anwesenden Bundesminister des Innern, Gerhart Rudolf Baum, sowie den Repräsentanten aus Politik und Verwaltung in den Abschlußreden nachdrücklich bestätigt. H. K.

## 25 Jahre THW-OV Lehrte

Mit einer festlichen Abendveranstaltung im städtischen Ratskeller feierte der THW-OV Lehrte am 9. Mai 1981 sein 25jähriges Bestehen. Ortsbeauftragter Dipl.-Ing. Heinrich Schaper konnte dazu viele Gäste und Helfer begrüßen. Unter anderem waren stv. Landrat Dr. Mürkner, Bürgermeister Schmezzo und THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Leiser erschienen. Ein besonderer Dank des Ortsbeauftragten galt der Gattin des

1976 verstorbenen langjährigen THW-Geschäftsführers Erwin Gebauer sowie seinen beiden Kameraden Karl-Heinz Schaper und Manfred Jahns, die als einzige THW-Helfer des Gründungsjahres 1956 noch aktiv dabei sind. Rückblickend skizzierte er die Entwicklung des Ortsverbandes, dessen Ausbildungsbetrieb in den ersten Jahren im Haus von Erwin Gebauer durchgeführt werden mußte.



THW-Landesbeauftragter Leiser überreichte Ortsbeauftragtem Schaper die THW-Plakette.

Erst mit dem Aufbau des überörtlichen Luftschutzhilfsdienstes (LSHD) im Jahre 1961 und der Zuweisung von drei MKW und einem GWK besserte sich die Anfangssituation, die mit der Grundsteinlegung für einen Unterkunftsneubau am 4. September 1965 einen positiven Abschluß erfuhr.

Mit besonderem Stolz erwähnte Schaper die aktive und starke Jugendgruppe des Ortsverbandes, die seit 1964 besteht und aus der eine Reihe guter Führungskräfte hervorgegangen ist. Schaper schloß seine Ansprache mit der Bitte an den Bund um zukünftige verstärkte Ersatzbeschaffungen und dem Wunsch nach weniger Bürokratie im täglichen Ortsverbands-Leben.

Landesbeauftragter Eckhard Leiser betonte in seinem Grußwort den hohen Stellenwert, den der Ortsverband Lehrte aufgrund seiner Leistung im Landesverband innehat. Als Gründe für die gute Entwicklung nannte er u. a. das 20jährige Wirken von Ortsbeauftragtem Scha-

per, das besondere Verständnis der Bevölkerung für die Selbsthilfe, die hervorragende Jugendarbeit und die Tätigkeit des in den Ortsverband integrierten Fernmeldezugs Niedersachsen mit überregionaler Bedeutung.

Im Rahmen eines kurzen Ausblicks wies Leiser u. a. auf das Unterkunftsproblem des aus allen Nöhten platzenden Ortsverbandes mit derzeit 130 Helfern und 21 Fahrzeugen hin, das sich jedoch mit Unterstützung der Stadt eventuell lösen läßt.

Anschließend zeichnete Leiser im Namen des Direktors des THW verdiente Helfer aus.

Den Kauf eines Grundstücks für den Neubau einer THW-Unterkunft führte abschließend Bürgermeister Schmezzo als Leistung der Stadt Lehrte an. Dafür, daß der Name der Stadt durch den THW-Ortsverband in gutem Sinne weitergetragen wurde und wird, sagte er allen THW-Helfern herzlichen Dank. R. B.

## Wacker geschlagen

Wacker hat sich die Wettkampfgruppe des THW-OV Uelzen beim Bundeswettkampf 1981 in Hamburg-Finkenwerder geschlagen, den erhofften Bundessieg – sie hatte ihn schon einmal 1973 in Mül-

heim/Ruhr erreicht – konnten die Helfer allerdings nicht mit an die Ilmenau bringen.

Im THW-LV Niedersachsen hatten sich die Uelzener für den Bundeswettkampf



Schnell waren die THW-Helfer aus Uelzen beim Bundeswettkampf in Hamburg. Es reichte aber nicht zu einem der ersten Plätze.

qualifiziert, und fuhr die Instandsetzungsgruppe unter Gruppenführer Georg Mengele voller Zuversicht nach Hamburg: Rohre schneiden, Gewinde drehen, Wasserpumpen installieren und eine Zapfstelle mit Zwischenbehälter bauen – das waren die wesentlichsten Aufgaben. 120 Minuten Zeit waren vorgegeben: Die Uelzener schafften es zwar schnell, doch sie kamen nicht unter die ersten drei.

Einen guten 4. Platz jedoch errang die Uelzener Jugendgruppe unter der Leitung von Uwe Freudenthal. Die fixen Jungs absolvierten eine Aufgabenmischung aus Ernst und Spiel mit viel Bravour – und freuen sich über den Erfolg. R. B.

## 200 THW-Helfer im Hochwassereinsatz

Mit seinem kompletten Bergungszug und allem verfügbaren Pumpenmaterial sowie mehreren Mehrzweck- und Schlauchbooten wurde der THW-OV Northeim am Donnerstagmorgen, 4. Juni 1981, nach verheerenden nächtlichen Regenfällen zum zweiten Male innerhalb eines Vierteljahres in seiner Heimatstadt zu einem Hochwassereinsatz alarmiert. Den THW-Helfern wurde, wie bereits im März, u. a. wieder die Brückensicherung an der Rhume übertragen, d. h. Freihalten der Brücken von Treibgut und Sicherung mit Greifzügen gegen Abtrieb.

In einer dramatischen Rettungsaktion brachten die Helfer am ersten Einsatztag auch 16 Kühe bei Elvershausen mit Booten von einer überfluteten Weide in Sicherheit.

In der Nacht zum Freitag zogen die THW-Einsatzkräfte zehn Flugzeuge des Northeimer Sportflughafens in einer von der Presse als „technische Meisterleistung“ bezeichneten Aktion mit ihren Booten auf das Trockene.

Ebenfalls seit Donnerstag im Einsatz befanden sich über 100 THW-Helfer aus Göttingen und Gieboldehausen, unterstützt von hauptamtlichen Kraftfahrern, die die Lichtgiraffe und mehrere 3000-Liter-Tauchpumpen mit sich führten: Sie stützten einsturzgefährdete Häuser ab, bauten Behelfsbrücken, führten mit ihren Booten Evakuierungs- und Transportfahrten durch, lieferten Strom und pumpen, pumpen, pumpen...

Am Sonntag entspannte sich die Lage in Göttingen und Northeim. Die befürchtete Hochwasserwelle auf Weser und Leine brachte zwar erhebliche Überschwemmungen, blieb in ihrem Ausmaß allerdings etwas unter der Marke des Frühjahres. Fazit für das THW in Niedersachsen: Zwölf Ortsverbände mit 200 Helfern waren im Einsatz. R. B.

## THW und DLRG bergen Pappel

Anfang Mai wurde der THW-Bezirksverband Zehlendorf von der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten gebeten, eine umgeknickte Pappel zu bergen, die im Naturschutzgebiet „Pfaueninsel“ in Berlin-Wannsee stand. Der mächtige Baum von 20 Metern Höhe, einem Stammumfang von 5,25 Metern und einem Alter von ca. 120 Jahren war in die Havel gestürzt.

Die Taucher der DLRG Zehlendorf stellten vor der Bergung fest, daß die gewaltige kugelförmige Krone zum Teil bei einer Wassertiefe von sechs Metern ihre Äste in den Schlamm gebohrt hatte. Um die Arbeiten durchführen zu können, mußten Fahrzeuge und Geräte mit einer Fähre vom Festland zur Insel übergesetzt werden.

In zweimal fünfständigen Einsätzen entfernten unter Leitung des THW-Bezirksbeauftragten fünf Helfer erst die herausragenden Äste und schnitten dann den Stamm oberhalb der Wasserlinie durch. Mit Hilfe eines fünfsträngig eingeschrirren Greifzugs und der Fähre wurde der Stamm mit der Krone aus dem Morast gezogen. Als der Baum schwimmfähig war, wurde er mit der Fähre an Land gedrückt und auf Grund gesetzt. Er soll dort als Nist- und Brutplatz für seltene Wasservögel liegen bleiben. P.-F. H.



Der symbolische Schlüssel für die neue Großgarage wird THW-Bezirksbeauftragtem Erich Hennicke (links) übergeben.



Der Preisträger Wilhelm Rehbaum (mit Frau) fühlt sich sichtlich wohl im Kreis der Gäste; links THW-Landesbeauftragter Brühl.

ventionell einige Probleme schnell zu lösen. Nicht zuletzt hat aber auch das hauptamtliche Personal des THW-Landes- und Bezirksverbandes mit Schaufellader und Kran und verstärktem Einsatz der Kipperfahrzeuge dazu beigetragen, daß die Baukosten nicht ausgeufert sind.

So gab es dann auch am 8. Mai für alle Beteiligten Anlaß, die Übergabe der Halle gebührend zu feiern. Die Bezirksbürgermeister von Reinickendorf und Wedding sowie zahlreiche Stadtratsmitglieder, die Oberfinanzdirektion, das Vermögensamt und das zuständige Bauamt waren vertreten, von der Polizei kamen neben dem Leiter der Technischen Einsatzabteilungen auch fast alle Beamte, die aktiv am Bau mitgeholfen hatten. Die Feuerwehr war durch den Landesbranddirektor, einige Wachleiter und alle Bezirks-Wachführer der Freiwilligen Wehren vertreten. Nachdem die Zollkapelle Berlin mit flotten Melodien die Veranstaltung eröffnet hatte, konnte THW-Landesbeauftragter Brühl neben den vielen Ehrengästen aus Politik und Verwaltung auch einen besonderen Gast begrüßen: Es war der Gewinner des 5. Preises des letztjährigen Preisausschreibens des Katastrophenhilfsdienstes in Berlin, Wilhelm Rehbaum, der eine Einladung zum THW gewonnen hatte. Aus privaten Gründen konnte der Preisträger dieser Einladung erst jetzt nachkommen.

Brühl ging in seiner Rede auch auf die besondere Unterkunftssituation des

THW in Berlin ein. Der Leiter des Bauamtes Nord, Ltd. Baudirektor Schröter, schilderte die schwierige Baugeschichte dieser Garage und überreichte die Schlüssel. Anschließend sprach der Bezirksbürgermeister von Reinickendorf, Grigers; er dankte dem THW in seinem Bezirk für die stete Einsatzbereitschaft und richtete einen eindringlichen Appell an die Bürger, das THW durch aktive Mitarbeit zu unterstützen. J. W.

## Alles Theater?

Der besondere Reiz des Berliner Theaterlebens ist nicht zuletzt auf die kleinen, privaten Boulevard-Theater zurückzuführen, die ohne öffentliche Unterstützung einem breiten Publikum leichte Unterhaltung und herzhaftes Vergnügen bieten. Eines dieser Häuser ist die „Tribühne“, wo allabendlich Edith Hanke auftritt.

Was hat nun das THW mit dem Theater zu tun? Am Nachmittag des 25. Mai 1981 rief der Geschäftsführer der „Tribühne“ beim THW-Landesverband an und bat dringend um Hilfe: Bei Dachdeckerarbeiten waren versehentlich Schrauben gelöst worden, an denen die gesamte Beleuchtungsbrücke im Theaterraum befestigt war. Die Brücke hing nur noch an den seitlichen Auflagern und drohte abzustürzen. Mit Alu-Leitern hatte man sie provisorisch abgestützt.

Nach einer sofort durchgeführten Besichtigung unter Hinzuziehung von THW-Zugführer Sommermeier wurden Helfer des THW-BV Steglitz über Funkalarmempfänger alarmiert. Schon um 17.00 Uhr rückten die Helfer mit einem GWK und einem Kipper, beladen mit diverser Abstützmaterial, an.

Über das Vorgehen war man sich schnell einig. Die bereits verwendeten Alu-Leitern wurden verstärkt und verschwert und dann mit den 20-Tonnen-Hydropressen angehoben. Nachdem die Beleuchtungsbrücke langsam, aber sicher wieder in ihre ursprüngliche Lage zurückgedrückt worden war, wurden die gelösten Schrauben auf dem Dach neu befestigt und gesichert. Nach zweieinhalb Stunden war der Einsatz zur Zufriedenheit aller Beteiligten beendet.

Die Dachdeckerfirma war froh, daß alles noch recht glimpflich verlaufen war, die Theaterleitung brauchte eine bereits ausverkaufte Vorstellung nicht absagen, und die THW-Helfer hatten einen nicht alltäglichen Einsatz und freuten sich über die zugesagten Freikarten.

## Neue Großgarage für den THW-BV Reinickendorf

Der erste Garagenbau für das THW Berlin wurde am 8. Mai 1981 feierlich eingeweiht. Der Bezirksverband Reinickendorf, dessen Fahrzeuge bisher fast ungeschützt nur unter einem Schleppdach standen, kann nun endlich seine wertvollen Einsatzfahrzeuge ordentlich unterbringen und auch pflegen. Eine Großgarage in Stahlbaukonstruktion – sechs Tore und zwölf Stellplätze für die Fahrzeuge je eines Bergungszuges, Instandsetzungszuges sowie Versorgungstrupps – wurde mit Mitteln des Bundes erstellt.

Bei der Baumaßnahme haben nicht nur die Helfer des THW-BV Reinickendorf erhebliche Eigenleistungen erbracht, auch die 1. und 2. Technische Einsatzbereitschaft der Berliner Polizei haben die Arbeit mit Erdbaugeräten und Personal tatkräftig unterstützt. Ebenfalls halfen Mitarbeiter der Senatsdienststelle für das Bau- und Wohnungswesen, unkon-

## THW-Helfer an der Feuerwehrscheule

An zwei Wochenenden nahmen sieben Helfer der Gerätegruppe des THW-OV Brühl an einem Lehrgang für Atemschutzträger (Preßluftatmer) an der Feuerwehrscheule des Erftkreises in Bedburg teil. Zum ersten Male konnten die Atemschutzausbilder Helfer des THW an ihrer Scheule begrüßen.



Kritisch beurteilt der Prüfer der Feuerwehr die Leistung des THW-Helfers anlässlich eines Lehrgangs „Atemschutzträger“.

Leicht hatten es die THW-Helfer nicht, mußten sie doch den theoretischen Teil innerhalb des ersten Wochenendes aufnehmen. Die Lehrgangsteilnehmer der Feuerwehr waren aufgrund ihrer vorherigen Ausbildung schon vorbereitet. Um diesen Vorteil aufzuholen, trafen sich die THW-Helfer zwischen den zwei Ausbildungswochenenden in der Unterkunft und paukten Atemschutz-Theorie.

Am zweiten Wochenende wurde dann der praktische Teil des Lehrgangs durchgeführt. Jetzt fehlte nur noch die Prüfung: Mit etwas gemischten Gefühlen gingen die THW-Helfer in den theoretischen Teil – unbefangen dagegen in die praktische Prüfung. Alle Helfer bestanden mit Bravour und ernteten ein besonderes Lob der Feuerwehr-Ausbilder.

H. M.

## THW-Jugendgruppe im Pfingstlager

Zum zweiten Male veranstaltete die THW-Jugendgruppe des Ortsverbandes Köln-Nord eine verlagerte Standortausbildung: Am Freitag, dem 5. Juni 1981, um 17.30 Uhr, setzte sich die Kolonne – sechs Erwachsene, 20 Junghelfer, ein VW-Bus, zwei MKW, ein Lkw und ein Ford-Transit – in Richtung Duppach (bei Gerolstein in der Eifel) in Bewegung. Kurz nach der Ankunft wurden die Fahrzeuge entladen und die Zelte aufgebaut. Nachdem Ruhe ins Lager gekehrt war, war nur noch die Nachtwache auf dem Posten.

Unter dem Motto „Stationsausbildung“ wurde am Samstag in folgenden Disziplinen ausgebildet: Notstromaggregat, Schmutzwasserpumpe, Erste Hilfe, Stiche und Bunde, Holzbearbeitung und Dreiboock.

Am Sonntag standen u. a. ein Orientierungsmarsch und eine Nachtwanderung auf dem Programm. Leider hieß es am Montag: Abbau aller installierten Einrichtungen, wie Zelte, Waschstelle, Stromkabel usw. Um 18.30 Uhr erreichte die Kolonne wieder den Ausgangspunkt der Fahrt: das Katastrophenschutzzentrum in Köln-Weidenpesch.

B. A.

## THW-OV Straelen beim „Tag der Hilfe“

Anlässlich des 100jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr Straelen führte die Stadt Straelen unter der Schirmherrschaft von Innenminister Dr. Schnoor am 10. Mai 1981 einen „Tag der Hilfe“ durch.

Zahlreiche Hilfsorganisationen, Verbände, Polizei, Bundeswehr sowie ADAC stellten an diesem Tag ihre Geräte zur Schau, bauten Stände und Basare auf. Die gesamte Innenstadt vom Marktplatz bis zum Rathausplatz zeigte ein farbiges und vielfältiges Bild. Verschiedene Musikzüge sorgten mit ihrem Spiel für Abwechslung.



Anlässlich eines „Tag der Hilfe“ baut der THW-OV Straelen eine 12-Tonnen-Fähre auf dem Trocken.

Der THW-OV Straelen hatte für diesen Tag eine 12-Tonnen-Fähre aufgebaut, die als Fußgängerübergang regen Zuspruch fand. An einem Übungsturm wurde von den THW-Helfern das Ablassen von „Verletzten“ demonstriert. Außerdem zeigte der Ortsverband Einsatzfahrzeuge alter und neuester Bauart. Eine Ton-Dia-Schau, aufgebaut in einem Zelt, informierte die Besucher über die Arbeit des THW.

Die Ausstellung fand großes Interesse und Lob bei Fachleuten und Bürgern.

P. F.

## Siegburger THW-Helfer geehrt

In Anwesenheit von THW-Direktor Hermann Ahrens, THW-Landesbeauftragtem Siegfried Drogies sowie Repräsentanten aus Politik, Verwaltung und den Katastrophenschutz-Organisationen wurden am 22. Mai 1981 im großen Sitzungssaal des Rathauses der Kreisstadt Siegburg verdiente THW-Helfer aus dem Rhein-Sieg-Kreis geehrt.



THW-Direktor Ahrens (rechts) verleiht Hugo Bieda (Mitte) und Walter Schwickert das THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz.

Allen voran erhielt Dipl.-Ing. Wolfram Such, Ortsbeauftragter des THW-OV Siegburg, aus der Hand des THW-Direktors das THW-Ehrenzeichen in Gold, die höchste Auszeichnung, die das THW vergibt.

Wolfram Such, Baudirektor des Wahnachtalsperrenverbandes, der seit 1967 den Ortsverband Siegburg führt, wurde damit nicht zuletzt auch für seine Verdienste bei der Entwicklung der von ihm konzipierten Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen geehrt. Die Anlagen wurden im Spätsommer des vergangenen Jahres im Rahmen der humanitären Hilfe der Bundesrepublik Deutschland für Somalia an Ort und Stelle installiert und trugen dazu bei, Tausenden von Flüchtlingen das Leben zu retten.

Auch der Bereitschaftsführer des THW Siegburg, Hugo Bieda, und Zugführer Walter Schwickert wurden durch die Verleihung des THW-Helferzeichens in Gold mit Kranz geehrt. Bieda und Schwickert, die zu den dienstältesten und aktivsten Helfern des THW-OV Siegburg gehören, wirkten ebenfalls maßgeblich beim Aufbau der Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen für Somalia mit. Zudem organisiert Bieda die Ausbildung und den Einsatz der Bergungs- und Instandsetzungszüge in Siegburg. Schwickert, der Zugführer und stellv. Bereitschaftsführer ist, trägt einen erheblichen Teil der Verantwortung für die Einsatzbereitschaft der Siegburger THW-Einheiten.

Gleich viermal wurde das THW-Helferzeichen in Gold verliehen. Aus der Hand von THW-Landesbeauftragtem Siegfried Drogies erhielten Philipp Schlösser, einer der jüngsten Zugführer im THW überhaupt, Sicherheitsbeauftragter Günther Giertz sowie die Gruppenführer Matthias Weiser und Hans Ulrich Esser die Auszeichnung.



Auch die THW-Helfervereinigung gratuliert Wolfram Such (rechts). Vorsitzender Hans Hüschen überreicht ihm einen Bildband über Afrika.

In seiner Laudatio für Wolfram Such unterstrich THW-Direktor Ahrens dessen vorbildliche Leistungen bei der Vorbereitung und Durchführung des Somalia-Einsatzes. Als „den Mann, der seine Befähigung für seine Aufgaben beispielhaft bewiesen hat“, würdigte der Vorsit-

zende der Siegburger THW-Helfervereinigung, Hans Hüsken, Wolfram Such. Die THW-Helfervereinigung, die damit ihren ersten öffentlichen Auftritt verband, überreichte Such einen Bildband über Afrika. H. H.

### Nachrufe

Unverhofft und für uns alle unfaßbar verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit kurz vor Vollendung seines 65. Lebensjahres unser Kamerad

#### Paul Biese-meier

Er trat dem THW 1956 bei. Seine Kameradschaftlichkeit, Einsatzbereitschaft und sein Können verschafften ihm bei alt und jung Achtung und Wertschätzung.

Für seine Verdienste um den Ortsverband Münster wurde er mit den Helferzeichen in Gold und Gold mit Kranz ausgezeichnet.

Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Josef Vertgewall  
Kreis- und Ortsbeauftragter  
Werner Appels  
Helfersprecher

Am 18. Mai 1981 verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Kamerad

#### Heinz Strickling

im Alter von 43 Jahren.

Er leitete den THW-OV Gronau von 1973 bis Ende 1980.

Seine THW-Kameraden werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Gronau

Der THW-OV Paderborn trauert um seinen allseits verehrten Zugführer

#### Gerhard Hellner

der am 28. Februar 1981 plötzlich und unerwartet verstarb.

Er gehörte dem Ortsverband seit 1959 an und widmete sich mit großem persönlichen Einsatz und hoher Pflichtauf-fassung als freiwilliger Helfer den huma-nitären, technischen Aufgaben unserer Organisation. Der Verstorbene wirkte maßgebend beim Aufbau des Ortsver-bandes mit.

Wir werden ihn nicht vergessen.

# Hessen



## THW bei Selbstschutzwoche

Anläßlich der Selbstschutzwoche der Stadt Fulda, die vom 29. April bis 9. Mai 1981 in Zusammenarbeit mit dem BVS veranstaltet wurde, stellte sich der Katastrophenschutz der Stadt am Samstag, dem 9. Mai 1981, in einer Veranstaltung auf dem Universitätsplatz der Bevölkerung vor. An der Informationsschau waren BVS, THW, DRK, DLRG, MHD und die Feuerwehr der Stadt Fulda beteiligt. Der THW-OV präsentierte eine Multivisionsschau mit integrierter Filmvorführung und eine Fahrzeug- und Geräteausstellung. An über 6000 Bürger der Stadt und des Landkreises wurde Informationsmaterial ausgegeben.

An einem nahegelegenen Schulgebäude in Sichtweite der Ausstellung führten zwei Bergungsgruppen des THW-Bergungszugs Fulda aus 15 Metern Höhe Menschenrettung mit dem „Rollgliss“-Gerät vor. Mit doppelter Seilführung und ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen seilten sich THW-Helfer aus schwindelnder Höhe ab.

Mit der gelungenen Informationsveranstaltung wurde dem Bürger der Stadt eine aufschlußreiche Darstellung des Katastrophenschutzes gegeben. H.-J. B.

## 21. Hessentag in Bürstadt

Im 1200 Jahre alten Städtchen Bürstadt/Ried fand vom 6. bis 14. Juni 1981 der 21. Hessentag statt. Wie bereits in den vergangenen Jahren beteiligte sich das THW Hessen mit verschiedenen Aktivitäten an diesem Ereignis.

Kennenlernen und das Wecken von Verständnis der Bevölkerung für die Arbeit der Hilfsorganisationen war der Grund, warum diesmal auf Vorschlag des THW-Landesbeauftragten ein gemeinsamer Ausstellungsbeitrag der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen geleistet wurde.

Unter der Überschrift „Die Hilfsorganisationen – Feuerwehr, DRK, JUH, MHD, THW – informieren“ stellten sich die einzelnen Verbände auf einem über 50 qm großen Ausstellungsstand in Wort und Bild dar. Darüber hinaus gaben Vertreter der Organisationen während der neun Tage dauernden Ausstellung Auskünfte über Ausbildung, Mitarbeit, Aufgaben der Organisationen in den verschiedenen Bereichen. Parallel fand vor dem Ausstellungsgelände eine Fahrzeug- und Geräteschau statt.

Die Helfer der südhessischen THW-Ortsverbände hatten zusätzlich folgende Aufgaben übernommen:

- Auf- und Abbau eines Großzeltes des THW-LV Rheinland-Pfalz für das Behindertensportfest (THW-OV Heppenheim)
- Demonstrationsvorführung des Fachdienstes Bergung am „Tag der Polizei“ im Rahmen einer Schauvorführung (THW-OV Bad Homburg und Viernheim)
- Auf- und Abbau sowie Betrieb einer Notbeleuchtungsanlage mit 16 Flutlichtscheinwerfern im Sportstadion zum Ausleuchten der internationalen Sport- und Musikschau (THW-OV Darmstadt)
- Ordnungsdienst im Bereich der Ehrentribüne und des Stadions (THW-OV Lampertheim und Bensheim)



Mit einem gemeinsamen Informationsstand beteiligten sich die Hilfsorganisationen am 21. Hessentag.

● Überwachung und Lenkung bei der Aufstellung des über 300 Gruppen umfassenden Festzuges und Führung des Festzugablaufs über Fernmeldeverbindungen am Abschlußsonntag (THW-OV Darmstadt, Viernheim, Lampertheim und Bensheim)

● Ordnungsdienst bei der Ehren- und Behindertentribüne vor dem neuen Bürger-Rathaus in Bürstadt (THW-OV Lampertheim und Bensheim)

● Versorgung der Spezialeinsatzkräfte der Polizei und der eigenen Einheiten (THW-OV Heppenheim)

Mitglieder des Landtags, der Landtagspräsident, Innenminister Gries und der Landesvorsitzende der CDU, Dr. Dregger, sowie weitere prominente Besucher informierten sich am Stand der Katastrophenschutz-Organisationen und zeigten sich sehr erfreut über die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit.

In die Fahrzeug- und Geräteschau waren die Rettungswache des DRK-Kreisverbandes Heppenheim und die Brandschutzfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr Bürstadt sowie ein Informationszelt der Bundeswehr integriert.

Für die Dauer des Hessentages waren die Sanitätsorganisationen, die Feuerwehren sowie die Polizei in ständiger Einsatzbereitschaft.

Dem THW-Landesverband Hessen und seinen in Bürstadt eingesetzten Kräften sprach Ministerpräsident Holger Börner Dank und Anerkennung aus.

## Besuch aus Somalia

Am 9. und 10. Mai 1981 besuchte Inspektor Farah Mohamed Farah von der somalischen Polizei den THW-OV Frankfurt und reiste anschließend zu einem Treffen mit Teilnehmern an den THW-Auslandseinsätzen in Somalia nach Niedersachsen weiter.

Inspektor Farah war während der beiden Auslandseinsätze des THW in Somalia als Verbindungsmann zur Einsatzleitung von der somalischen Polizei abgestellt worden und hatte erheblich zum Gelingen der Einsätze beigetragen. Zur Zeit befindet sich Farah zur weiteren Ausbildung in der Bundesrepublik, u. a. erlernt er die deutsche Sprache.

Deprimierend waren seine Ausführungen über die Hochwasserkatastrophe, die Somalia Anfang Mai heimsuchte. Bei dem schlimmsten Hochwasser seit über 100 Jahren wurden in dem normalerweise von Dürre bedrohten Land erhebliche Schäden angerichtet. Vor allem die Flüchtlingslager leiden besonders unter Versorgungsschwierigkeiten durch blockierte Zufahrtsstraßen und sich ständig

verknappendes Trinkwasser. Die vom THW errichteten Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen sind zum Teil stillgelegt oder aber vom MHD rechtzeitig vor dem Hochwasser abgebaut worden. R. v. H.

## THW-OV Friedberg unter neuer Leitung

Am 19. Mai 1981 übergab THW-Ortsbeauftragter Dr. Arno Kuhn das Amt an seinen Stellvertreter Hans Luh. In den zurückliegenden Jahren hat sich Kuhn viele Verdienste um den Aufbau und die Entwicklung des THW-OV Friedberg erworben. Für diese Leistung und sein Engagement wurde er jetzt mit der Ehrenplakette des THW ausgezeichnet.

Sein Nachfolger Hans Luh trat am 11. Mai 1970 in das THW ein und wurde 1973 Gruppenführer, 1976 Zugführer und 1980 stv. Ortsbeauftragter.

Anlässlich der Verabschiedung Dr. Kuhns würdigten Vertreter des Kreises, der Stadt und der befreundeten Organisationen die Leistungen und die gute Zusammenarbeit mit dem THW-OV Friedberg. F. A.

## In der Nacht kam das Hochwasser

In den Morgenstunden des 4. Juni 1981 gingen im westlichen Rhein-Main-Gebiet wolkenbruchartige Regenschauer nieder. Innerhalb weniger Stunden stieg der Wasserspiegel der Flüsse und Bäche so hoch, daß vielerorts Keller, Straßen, Campingplätze und Erholungsgebiete überschwemmt wurden. Die Berufsfeuerwehr Frankfurt gab Großalarm für alle Wehren und für den THW-OV Frankfurt.

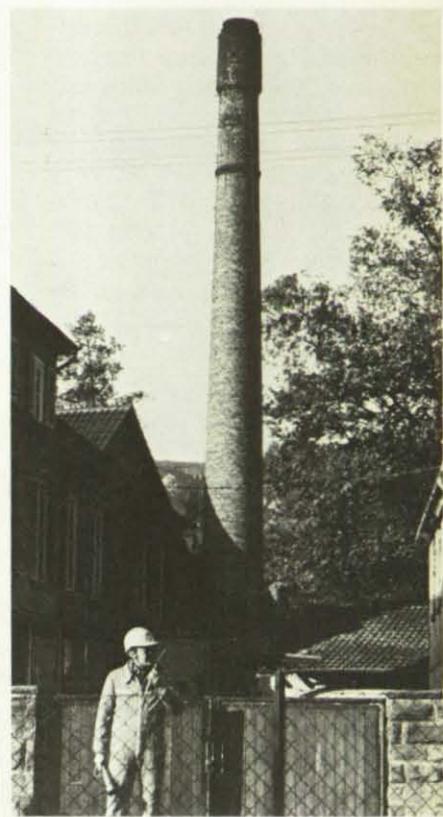
Die THW-Einheiten wurden zusammen mit den örtlichen Feuerwehren zum Auspumpen von Kellern, zur Sicherstellung von Sachwerten sowie zum Bau von Sandsacksperrereinrichtungen in verschiedenen Stadtteilen Frankfurts eingesetzt. Am Einsatz waren 40 THW-Helfer beteiligt. J. S.



Mit Sandsackdämmen wurden die Wassermassen aufgehalten.

## Zentimetergenaue Sprengung

Eine „Bilderbuch-Sprengung“ vollbrachte der THW-OV Hofheim bei der Sprengung des alten Fabriksschlots einer ehemaligen Lederfabrik in Lorsbach.



Noch steht er – kurz darauf fiel der alte Fabriksschlot millimetergenau.

Sprengberechtigter Franz-Josef Knobling und der Vertreter des Gewerbeaufsichtsamts, Hader, zeigten sich dann auch vollauf zufrieden, nachdem sich der Schornstein pünktlich um 8.29 Uhr mit nur zehn Sekunden Sprengverzögerung zur Seite geneigt hatte und zentimetergenau gestürzt war.

Vom Kesselhaus blieben sämtliche Außenmauern unbeschädigt, kein Stein flog weiter als vorgesehen, und selbst in fünf Metern Entfernung waren noch nicht einmal Fensterscheiben zu Bruch gegangen.



## Hohe Auszeichnung für Dr.-Ing. Dölbör

Im Rahmen einer größeren Veranstaltung wurde dem THW-Landesbeauftragten für Rheinland-Pfalz, Dr.-Ing. Friedrich C. Dölbör, vom Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz, Kurt Schwaderlapp, im Beisein von Innenminister Kurt Böckmann und THW-Direktor Dipl.-Ing. Hermann Ahrens das Ehrenkreuz des Deutschen Feuerwehrverbandes in Silber überreicht.

In seiner Laudatio würdigte Schwaderlapp unter anderem die Verdienste Dr. Dölbors um die enge kameradschaftliche und freundschaftliche Verbundenheit zwischen Feuerwehren und Technischem Hilfswerk in Rheinland-Pfalz.



Der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes, Schwaderlapp, überreicht dem Landesbeauftragten des THW, Dr.-Ing. Dölbör, das DFV-Ehrenkreuz in Silber.

## Nachruf

Am 27. Juni 1981 verstarb der frühere Zugführer des THW-OV Sinzig

### Karl Stern

Träger des THW-Ehrenzeichens in Gold mit Kranz, völlig unerwartet an den Folgen eines Herzleidens.

Er war seit 1972 Helfer im THW. Mit großer Erfahrung und besonderem Engagement hat er die Interessen des THW nach außen und innen vertreten. Sein Tod hat uns alle sehr betroffen.

Er wird uns stets in guter Erinnerung bleiben.

Die Helferschaft des THW-OV Sinzig  
Der Ortsbeauftragte Hoffmann  
Der Zugführer Ludwig

# Saarland



## THW-Jugendgruppe Heusweiler wurde Bundessieger in Hamburg

Gleich zweimal gingen THW-Siegerpokale ins Saarland:

Die Jugendgruppe des THW-OV Heusweiler sowie die Instandsetzungsgruppe des THW-OV Theley erhielten je einen Pokal als 1. Bundessieger bei den am 16. Mai 1981 in Hamburg durchgeführten Bundeswettkämpfen.

An den diesjährigen THW-Bundeswettkämpfen waren die elf Landesverbände mit je einer Bergungs-, einer Instandsetzungs- sowie einer Jugendgruppe vertreten. Den Bundeswettkämpfen voraus gingen die Landesausscheidungen. Hierbei hatten sich drei saarländische THW-Gruppen in ihren Fachbereichen als Landessieger qualifiziert.

In der Ausschreibung zu den Wettkämpfen war vom THW-OV Heusweiler gefordert, eine Gruppe aus zwölf Jung Helfern im Alter von zwölf bis 17 Jahren, einem Gruppenleiter, einem Kraftfahrer sowie einem Betreuer zu bilden. Unter der bewährten Leitung von Gerd Möller und der fachkundigen Unterstützung durch Kraftfahrer Dieter Altmeyer bewältigte die Jugendgruppe die gestellten Aufgaben. Wochenlang hatten sich die Jung Helfer auf dem heimischen Übungsge-



THW-Direktor Ahrens (links) überreichte Jung Helfer Altmeyer den Siegerpokal. Jugendgruppenleiter Möller (Mitte) freute sich ebenfalls.

lände in Heusweiler auf die Veranstaltung vorbereitet.

Der Wettkampf der THW-Jugend war in drei Abschnitte unterteilt. Der erste Teil bestand im Herrichten der Stellplätze für Fahrzeug, Aggregate und Geräte.

Der zweite Abschnitt der Prüfung war in ein angenommenes Trümmergrundstück, das besondere Gefahren beinhaltete, gelegt. Hier galt es, einen „Verletzten“ zu bergen.

Vorher mußte eine geschlossene Bretterwand durchsägt, eine Trümmerstrecke durchkrochen, ein Baustahlgitter durchtrennt und Balken und Steine, die den Weg versperrten, beseitigt werden. Nach Überwindung all dieser Hindernisse – was schon eine erhebliche Schwie-

rigkeit für die jungen Helfer darstellte – erreichte die „Rettungsmannschaft“ den „Verletzten“, dem sie zunächst Erste Hilfe leisten mußte und dann erst mit einer Trage durch einen Kriechgang bergen konnte. Wegen der angenommenen Dunkelheit mußte die Schadensstelle noch mit Beleuchtungsgeräten ausgeleuchtet werden. Als weitere Schwierigkeit kam hinzu, daß der Strom nicht aus der Steckdose, sondern aus eigens aufgestellten Stromaggregaten bezogen werden mußte.

Im dritten Abschnitt war ein abgegrenztes Sumpfgelände zu überqueren. Hierzu erstellte die Jugendgruppe einen vier Meter hohen Dreibeck und einen Leitersteg mit Bohlenbelag und Sicherung durch Handlauf. Sodann mußten drei vollgefüllte Wassereimer über das Trümmergelände, den Kriechgang, den Notsteg und zurück transportiert werden. Dies stellte hohe Anforderungen an die Geschicklichkeit der Helfer, denn anschließend sollte das Wasser in einen Behälter mit geringer Öffnung ohne Trichter abgefüllt werden. Das transportierte Wasservolumen wurde ebenfalls mit Punkten bewertet.

Auf der als Gastgeschenk mitgebrachten Parkbank aus massivem Eichenholz sollte in einer eigens angefertigten Aussparung ein Schild des THW-OV Heuswei-

ler angebracht werden; dies stellte für die Jugendgruppe kein besonderes Problem dar.

Bei dem Wettkampf in Hamburg wurden die Heusweiler vom THW-Landesbeauftragten für das Saarland, Günter Faß, von dessen Mitarbeitern Ballnus und Gerber, von THW-Geschäftsführer Diehl sowie einer 45köpfigen Abordnung des THW-OV Heusweiler – an der Spitze THW-Ortsbeauftragter und Landessprecher Sander, Betreuer Lambrich und Helfersprecher Blaß – moralisch unterstützt.

G. L.

### Teamarbeit war Trumpf

An einem Sonntag veranstaltete der THW-Landesverband Saarland seinen diesjährigen Landeswettkampf der Gas-Wasser-Gruppen des Instandsetzungsdienstes auf dem Burgplatz in Illingen. Aufgabe des Wettkampfes war, für den Katastrophenfall eine Trinkwasser-Versorgungseinrichtung zu installieren.

Dazu war von einer vorhandenen Leitung (Stahlrohr NW 100) ein Rohr zur

Befüllung eines Zwischenbehälters (Rohwasserbehälter der Trinkwasser-Aufbereitungsanlage) zu verlegen und über eine zwischengeschaltete Pumpe (TS 2/5) sowie eine zu erstellende Druckleitung eine Notzapfstelle (zwei Zapfanlagen) einzurichten und zu betreiben. Die Aufgabe mußte in 60 Minuten mit neun Instandsetzungs-Helfern und einem Gruppenführer gelöst werden. Dabei wurde besonderer Wert auf exakte Ausführung der Arbeiten gelegt, da



Nur 45 Minuten brauchten die Helfer des THW-OV Theley, um eine behelfsmäßige Wasserversorgungseinrichtung zu erstellen. Das brachte den Sieg.

bei Nichteinhaltung der vorgegebenen Maße Strafpunkte vergeben wurden. Weiteres Bewertungskriterium war die Schnelligkeit der Ausführung der Arbeiten.

Vor zahlreichen Zuschauern standen sich im ersten Durchgang die THW-OV Sulzbach und St. Ingbert gegenüber. Dann folgten die Ortsverbände Heusweiler und Illingen. Gegen Mittag traten als letzte Teilnehmer die Gruppen aus Saarlouis und Theley zum Vergleichskampf an. Dieser war zugleich auch der spannendste der gesamten Veranstaltung. Die Helfer des THW-OV Theley absolvierten die gestellte Aufgabe in der kürzesten Zeit und in qualitativ bester Ausführung. Damit erkämpfte sich die Mannschaft den Landessieg und die Teilnahme am Bundeswettkampf in Hamburg.

Die Siegerehrung nahm in Vertretung des THW-Landesbeauftragten Hauptsachgebietsleiter Jochum vor, der allen beteiligten Helfern sowie dem THW-OV Illingen als Ausrichter für die Vorbereitung und Durchführung dankte.

J. H.

## Baden-Württemberg



### Kampf um den Wanderpokal der THW-Jugendgruppe Müllheim

An einem Freitagabend trafen sich die Jugendgruppen und Helfer der verschiedenen Hilfsorganisationen des Raumes Müllheim zur großen Nachtorientierungsübung der THW-Jugendgruppe Müllheim.

Insgesamt sieben Marschgruppen streben in dieser kühlen Nacht dem Ziel in Grißheim zu. 50 Helferinnen und Helfer sowie einige Hunde der Rettungshundestaffel hatten eine Strecke von ca. 15 Kilometern sowie Sonderaufgaben an acht Stationen zu bewältigen.

Teilgenommen haben – wie schon seit Jahren – die Bergwacht Schwarzwald (Ortsgruppe Sulzbach), die Jungfeuerwehrmänner und ihre Ausbilder von der Freiwilligen Feuerwehr Müllheim mit zwei Gruppen, zum zweiten Male die Rettungshundestaffel Oberrhein mit einigen Vierbeinern als Begleitung, als „Debütanten“ die Jugendrotkreuzgruppe aus Müllheim und vom Veranstalter eine Gruppe des THW-Bergungszuges sowie die THW-Jugendgruppe.

Auf den Postenfahrzeugen an den Kon-

trollpunkten wachten Vertreter dieser Organisationen, die den beiden Jugendgruppenleitern Georg Baumann und Hanno Häberle sowie Ausbilder Jürgen Wiedemann bei der Zeitkontrolle und der Vergabe von Sonderpunkten für die Aufgaben in Kompaß- und Kartenkunde, Erster Hilfe und beim Skizzenzeichnen assistierten.

Der Weg führte von der THW-Unterkunft in der Werderstraße zum Dragonerhäusle auf dem Zielberg, von dort zu den Aussiedlerhöfen, dann zur Gasdruck-Erhöhungsanlage bei Zienken und über einen Punkt in der Nähe des Bremgartener Flugplatzes in Richtung Rhein nach Grißheim, wo am Rheinwärterhaus das Ziel wartete. Pünktlich gegen 24 Uhr wurden die Jugendlichen mit den Einsatzfahrzeugen des THW und der Feuerwehr nach Hause gebracht. Anschließend erfolgte die Auswertung des Marsches.

Sieger wurde die Bergwacht Sulzbach mit zwei Stunden und elf Minuten reiner Laufzeit; 2. Platz: Jungfeuerwehr Müllheim I, dicht gefolgt vom Pokalverteidiger, der Bergungsgruppe des THW. Auf die weiteren Ränge kamen Rettungshundestaffel Oberrhein, THW-Jugendgruppe, JRK Müllheim mit den jüngsten

Teilnehmern und Jungfeuerwehr Müllheim II.

Trotz der Strapazen schworen die geschlagenen Gruppen, sich beim nächsten Mal den Pokal zu erkämpfen.

Am darauffolgenden Tag ging die Fahrt in Richtung Süden. Die Jungfeuerwehrmänner und die THW-Jugendgruppe waren von der Werkfeuerwehr einer namhaften Firma zu einem Besuch eingeladen worden. Zahlreiche Feuerwehroleute aus Müllheim und Feldberg sowie einige THW-Helfer begleiteten die Jugendlichen zu dieser interessanten Besichtigung. Nach der Ankunft in Basel und der Begrüßung erläuterte der Kommandant der Werkfeuerwehr Aufbau, Alarmierung und Aufgaben der Feuerwehr, die sich aus Freiwilligen zusammensetzt, die neben ihrer Arbeit im Betrieb auch noch den Brandschutz ausüben.

Anschließend konnten die interessierten Jugendlichen und ihre Begleiter die Fahrzeuge und Geräte besichtigen und die hochtechnisierten Einsatzwagen besteigen und bestaunen. Nach einem Blick vom Hochhaus aus der Vogelperspektive auf Basel, Hünningen und das Badische Ländle gab es zum Abschluß eine Vesper.

Zum Abschied überreichten die Jugendgruppenleiter der Feuerwehr Müllheim und des THW kleine Freundschaftsgeschenke an die Gastgeber. G. B.

### Fahrzeugwrack geborgen

Beim Überqueren eines unbeschränkten Bahnübergangs zwischen Biberach und Zell a. H. wurde ein Pkw vom Triebwagen eines Zuges erfaßt, unter den Zug gedrückt und ca. 80 Meter mitgeschleift. Der Fahrer konnte nur noch tot geborgen werden.



Mit Öldruckhebern hoben die THW-Helfer den Triebwagen an, um das Fahrzeugwrack zu bergen.

Um das Fahrzeug zu bergen, wurde der 30 Tonnen schwere Triebwagen von den Helfern des THW-OV Biberach mit Hilfe der 20-Tonnen-Öldruckheber angehoben, das Wrack mit der GWK-Seilwinde herausgezogen und vom Gleiskörper entfernt. K. P.

### Fernmelderahmenübung im Ortenaukreis

Aus dem Lagebild – ein Erdbeben hat im Bereich Harmersbach und Nordrachtal starke Verwüstungen angerichtet – entstand eine Fernmelderahmenübung der THW-Einheiten des Ortenaukreises mit dem Fernmeldezug Offenburg und der Fernmeldezentrale des Landkreises. Durch den Leiter der Fernmeldezentrale wurde für die THW-Einheiten Katastrophalarm gegeben. Die Einheiten wurden durch Zugführer und Zugtrupp dargestellt.

Die einzelnen Gruppen setzten sich in Richtung einer nach dem UTM-Gitter angegebenen Technischen Einsatzleitung (TEL) in Marsch. Die TEL, besetzt mit THW-Zugführer Messerschmidt (Achern) und THW-Zugtruppführer Singler (Lahr), gab hier anhand der Karten die Einsatzorte der Züge an. Von dort mußten die Zugführer die Einsätze fiktiv einleiten und über die TEL der Fernmeldezentrale des Kreises und damit der Katastrophenschutzleitung über die durchgeführten Maßnahmen berichten.

Durch die TEL wurden im Laufe der Übung den THW-Einheiten – nach Erledigung der Aufträge – immer wieder neue Einsatzorte nach den UTM-Koordinaten angegeben, die nach der Karte auszumachen und anzufahren waren, um dort die notwendigen Einsätze durchzuführen. In der TEL wurden die Einsatzorte und -kräfte erfaßt und in die Lagekarte eingezeichnet.

Die durch die Topographie des Schwarzwaldes schwierige Fernmeldeübermittlung wurde durch den Fernmeldezug und die Fernmeldezentrale mit Relais überwunden, so daß alle Einheiten von der TEL erreicht wurden und somit die Fernmeldeführung von der Katastrophenschutzleitung über die TEL zu den Einheiten erprobt werden konnte.

THW-Kreisbeauftragter Reinke bezeichnete bei der Schlußbesprechung die Übungsziele als erreicht. R. M.

### THW-Grundausbildung abgeschlossen

Nach einjähriger Ausbildung legten zehn Helfer des THW-OV Waghäusel die Grundausbildungsprüfung ab. THW-Gruppenführer Kurt Haag hatte seine Helfer so gut ausgebildet, daß alle Prüflinge die Aufgaben mit „gut“ bestanden. Am Vormittag wurden die THW-Helfer über die Organisation und den Aufbau des THW sowie über die Ausstattung mit Gerät und die Handhabung der im

### Nachruf

Der langjährige THW-Ortsbeauftragte von Schwenningen

#### Wilhelm Zondler

ist am 22. Mai 1981 verstorben. Das THW verlor einen aufrechten und vorbildlichen Freund, einen tatkräftigen Idealisten, der sich große Verdienste um den Aufbau des THW erworben hat. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Hirt  
THW-Ortsbeauftragter  
für Villingen-Schwenningen

Schneider  
THW-Landesbeauftragter  
für Baden-Württemberg



Zu den Prüfungsaufgaben der THW-Helfer gehörte das Zusammenbinden von Rundhölzern ...



... und der Umgang mit dem Gesteinsbohrhammer.

## THW-Hilfe für Erdbebenopfer in Süditalien

Durch Initiative des Round Table- und Lions-Clubs bildete sich in der oberpfälzischen Stadt Weiden eine Bürgeraktion zur Erdbebenhilfe für Süditalien. Jost Hess – einer der Organisatoren – bat den THW-OV Weiden um technische und organisatorische Unterstützung, die gerne gewährt wurde. Die Hilfe bestand anfangs aus der Sammlung und dem Transport von Öfen zur Weiterleitung in das Erdbebengebiet.

Am Samstag, dem 16. Mai 1981, um 5.00 Uhr fuhren nun 15 Helfer aus Weiden, darunter neun THW-Helfer, mit drei vollbeladenen Lkw in das italienische Bergdorf Lavanghe bei San Gregorio Magno, um für die Opfer der Erdbebenkatastrophe eine Schule mit Kindergarten zu errichten. In Tag- und Nachtschichten wurde in harter Arbeit das Bauwerk vom Fundament bis zum Fußbodenbelag fertiggestellt.

„Es war unser härtester Einsatz, den wir bisher erlebt haben“, meinte ein THW-Helfer nicht ohne Stolz, als alle in der Nacht vor der Notunterkunft der Gruppe in Lavanghe zusammensaßen. Sie hatten die Dreißig-Stunden-Fahrt (von Weiden nach San Gregorio sind es rund 1500 Kilometer) auf sich genommen, um ihr handwerkliches Können in den Dienst der Menschen zu stellen, die in diesen zehn Tagen häufig das wenige mit ihnen teilten, was ihnen nach dem Erdbeben vom November 1980 noch verblieben war.

Daß hier überaus sachkundige THW-Helfer am Werk waren, davon konnten sich bei der Übergabe auch der Bürgermeister von San Gregorio, Dr. Antonio Frunzi, und Pfarrer Don Antonio Maria Tozzi überzeugen. In ihren Ansprachen



Schnell und fachgerecht erstellten die Helfer ein Schul- und Kindergartengebäude aus Fertigteilen im Erdbebengebiet.

war mehr zu spüren als nur Dankbarkeit. Sie nahmen das Solidaritätsangebot auf, und Don Antonio reagierte sehr spontan, als er anbot, mit seiner Sing- und Tanzgruppe einmal Weiden zu besuchen: Verbundenheit über die zehn Tage von Lavanghe hinaus.

Der Bau der Schule war im übrigen ein Musterbeispiel für eine gute deutsch-italienische Kooperation. Zwar hatte die Gemeinde aus Witterungsgründen das Fundament bis zum Eintreffen der Helfer aus Deutschland noch nicht fertigstellen können, in der Folge bewiesen aber die mitarbeitenden Italiener, wie man selbst unter schwierigsten Bedingungen termingerechte Arbeit leisten kann. Eine Anerkennung nicht nur für die spendenden Oberpfälzer, die tief in den Geldbeutel griffen, um den Bau der Schule zu ermöglichen, sondern auch eine beinahe selbstverständliche, geradezu demonstrative Eigenleistung an dem Projekt.

Die technische Ausstattung des Baus, der in einer der reizvollsten Landstriche auf einem Grundstück steht, das eine Italienerin der Gemeinde schenkte, ist kaum geringer als in der Bundesrepublik. Die THW-Spezialisten leisteten ganze Arbeit. Von der Wasserpumpe

neben dem Tiefbrunnen bis zur Steckdose entspricht alles modernstem Standard.

Zur Bewältigung der Abwasserfrage war eigens ein deutscher Ingenieur aus dem Lager Grafenwöhr mitgekommen. Seine Vorstellungen und Entwürfe fanden nicht nur Gefallen bei den Italienern, sie wurden auch mit großer Gewissenhaftigkeit ausgeführt. Die Schule verfügt über eine eigene Wasser- und Stromversorgung und über einen perfekten Sanitärbereich mit einer mustergültigen Kläranlage.

Die Bilanz, die die Weidener Erdbebenhilfe, vertreten durch den Round Table-, den Lions-Club, die Emmausgemeinschaft, das Deutsche Rote Kreuz und das Technische Hilfswerk, bei einer Pressekonferenz vorlegen konnte, war überwältigend: Noch nie hat ein einzelner Spendenauftrag in der Oberpfalz und weit darüber hinaus ein solches Echo gefunden.

Der Aufwand in Weiden und in Italien läßt sich kaum messen: Die Verantwortlichen gaben alles, opferten Freizeit, Feierabend und Urlaub, um den Menschen in Süditalien zu helfen. Bei der Fertigstellung der Schule kam ihnen zugute, daß sie gelernt hatten, Provisorien, wie sie bei einem solchen Hilfstransfer ins Ausland unvermeidbar sind, in ihre Planungen mit einzubeziehen. „Teilen heißt Hoffnung schaffen und Freude schenken.“ Dieser Grundsatz der Weidener Emmausgemeinschaft kann für die ganze Erdbebenhilfe gelten.

Für die Weidener Initiative kann gesagt werden, daß die materielle Hilfe menschliche Zuneigung und dauernde Verbindungen zwischen Deutschen und Italienern geschaffen hat. B.W.



Herzlich winkten die italienischen Schulkinder den abfahrenden Helfern aus der Bundesrepublik nach.

## Übung in luftiger Höhe

Die Helfer des THW-OV Ingolstadt folgten zum zweiten Male einer Einladung der Isar-Amper-Werke, die angeboten hatten, speziell die Elektro-Gruppe des Instandsetzungszuges auszubilden. Ausgangspunkt dieser Zusammenarbeit mit dem Energieversorgungsunternehmen war die Schneekatastrophe 1980. Der THW-OV Ingolstadt nahm danach mit der Bezirksleitung der Isar-Amper-Werke Kontakt auf. Dabei stellte sich heraus, daß auf diesem Gebiet eine gute Zusammenarbeit möglich ist, um in Zukunft bei Katastrophen besser helfen zu können.



Teilweise war es für die Helfer gar nicht so einfach, in luftiger Höhe zu arbeiten.

Am Ortsende von Ingolstadt wurde nun der Bau von Freileitungen geübt. Diesmal mußte eine nicht mehr in Betrieb befindliche Niederspannungsfreileitung demontiert werden. Die Elektro-Gruppe des Instandsetzungszuges war unter der Leitung von THW-Zugführer Neumann mit zwei MKW sowie einem Führungsfahrzeug ausgerückt. Die Isar-Amper-Werke stellten Schwalbenstangen, Mastwinden und sonstiges Gerät zur Verfügung.

Für die ungeübten THW-Helfer war es teilweise gar nicht so einfach, zehn Meter über der Erde zu arbeiten, nur gehalten von einem Sicherheitsgurt und den Steigeisen. Doch mit jeder Minute wurden die Helfer sicherer. Schließlich wurde jeder Mast – es mußten sieben abgebaut werden – mit einer Winde zwei Meter aus der Erde gehoben. Nach fünf Stunden war die Übung abgeschlossen.

Die praktische Ausbildung fand bei den Helfern großen Anklang. Deshalb wurde vereinbart, in Zukunft weitere derartige Übungen in Zusammenarbeit mit dem Energieversorgungsunternehmen durchzuführen. J. O.

### Technische Hilfeleistung auf der Autobahn

Neun Stunden lang waren acht Helfer des THW-OV Erlangen mit vier Lkw, einem GKW und einem Kombi auf der Autobahn Nürnberg-Würzburg zwischen den Anschlußstellen Frauenaarach und

Erlangen West im Einsatz. Es galt, bei zwei voneinander unabhängigen Verkehrsunfällen Verletzte zu bergen, die Unglücksstellen abzusichern und zu räumen.

Kurz nach Mitternacht war ein Altöttinger Lastzug auf ein vorausfahrendes Gespann geprallt. Die Wucht ließ den Maschinenwagen gegen die Mittelleitplanke schleudern, während der Hänger auf der rechten Fahrspur zum Stehen kam. Der schwerverletzte Fahrer und sein etwas glimpflich davongekommener Beifahrer wurden von der Feuerwehr aus dem zertrümmerten Führerhaus geborgen. Das THW wurde von der Einsatzzentrale der Polizei über Funkwecker alarmiert. Die Helfer räumten die Unfallstelle und sicherten sie ab.

Die Arbeiten an dieser Unfallstelle waren noch nicht beendet, als gegen 3.35 Uhr die Hilfsmannschaften zu einem weiteren Einsatz gerufen wurden. Nur zwei Kilometer entfernt waren wiederum zwei Lastzüge kollidiert. Der Fahrer des aufgefahrenen Gefährts wurde dabei erheblich verletzt und in seinem Führerhaus eingeklemmt. Er wurde von den THW-Helfern jedoch schnell aus seiner mißlichen Lage befreit. Der Beifahrer hatte großes Glück, er schlief gerade in der Koje. Den Aufprall hätte er mit Sicherheit nicht überlebt, denn von der Beifahrerseite des Führerhauses blieb so gut wie nichts mehr übrig.

Da die Ladung des Lastzugs bei dem heftigen Aufprall verrutscht und ein Abschleppen somit nicht mehr möglich war, wurde sie auf THW-Fahrzeuge umgeladen. Morgens um 11.00 Uhr war die Fahrbahn dann wieder frei. K. D. Sch.

### „Heißer Monat“ für THW-OV Nabburg

In der langjährigen Einsatzchronik des THW-OV Nabburg war so etwas noch nie zu verzeichnen gewesen. Innerhalb von knapp drei Wochen mußten die Helfer fünfmal zu einer technischen Hilfeleistung ausrücken, dabei wurde dreimal die Rettungsschere benötigt und in zwei Fällen der Rettungshubschrauber eingesetzt.

#### 7. Mai: Einsatz bei Wernberg

Der Ortsverband befand sich zur allwöchentlichen Ausbildung in seiner Unterkunft, als plötzlich gegen 21.00 Uhr Polizei und Rettungswagen mit Blaulicht und Martinshorn durch die Stadt jagten. THW-Zugführer Hans Raab fragte daraufhin sofort bei der Polizei an, ob man helfen könne. Der diensthabende Beamte teilte ihm mit, daß sich ein schwerer

Verkehrsunfall am berühmten „Wenzel“ ereignet habe und eine Rettungsschere benötigt würde. Obwohl die Feuerwehr schon alarmiert sei, solle auch das THW ausrücken.

Feuerwehr und THW trafen gleichzeitig am Unfallort ein. Ein mit vier Personen besetzter Pkw war infolge überhöhter Geschwindigkeit mit der Leitplanke kollidiert und dann zwischen die Achsen eines vorbeifahrenden Lkw geprallt. In Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Nabburg trennten die THW-Helfer die Holme des Autodachs ab, um so an die Verletzten heranzukommen und sie zu bergen. Ein Insasse konnte jedoch nur noch tot geborgen werden, zwei weitere starben später in den Krankenhäusern.

Bei diesem Einsatz bauten die THW-Helfer noch eine Umleitung auf; da die Staatsstraße gesperrt werden mußte, leuchteten sie die Unfallstelle aus und unterstützten die Aufräumarbeiten.

#### 17. Mai: Einsatz bei „Kadernmühle“

Bei der Polizeiinspektion lief gegen 15.00 Uhr die Meldung von einem schweren Verkehrsunfall am „Einödhof Kadernmühle“ ein. Ein mit vier Personen besetzter Pkw war infolge überhöhter Geschwindigkeit und nasser Fahrbahn von der Straße abgekommen, gegen ein Brückengeländer geprallt und dann seitlich an einem Hang zum Liegen gekommen. Die zwei Mitfahrer auf dem Rücksitz waren eingeklemmt: Die Rettungsschere der Feuerwehr wurde angefordert. Außerdem verständigten die Polizeibeamten den THW-OV Nabburg. Die Feuerwehr trennte die Dachholme ab; das THW sicherte das Fahrzeug, weil es umzukippen drohte. Anschließend wurden die vier Insassen geborgen. Der alarmierte Rettungshubschrauber wurde vom THW eingewiesen. Dabei zeigte das THW eine einfache, aber, so wurde vom Piloten versichert, wirkungsvolle Methode, die empfehlenswert erscheint: In dem unübersichtlichen Bereich des Unfalls bildeten vier mit orangefarbenen Overalls bekleidete THW-Helfer ein Viereck auf einer angrenzenden Wiese, das aus der Luft sehr gut erkennbar war. Der Hubschrauberpilot konnte dadurch die Landestelle hervorragend sehen und setzte in diesem gekennzeichneten Feld auf.

An der Unfallstelle verstarb trotz langandauernder Wiederbelebungsversuche die Mutter des Fahrzeugführers, sein 14jähriger Bruder wurde schwerverletzt vom Rettungshubschrauber abtransportiert. Die anschließende Fahrzeugbergung beendete den Einsatz.

## 21. Mai: Bergung eines umgestürzten Silolastzugs

Am frühen Morgen wurde der THW-OV Nabburg über Draht alarmiert, um einen Silolastzug zu bergen. Der Hänger des Lastzugs war beim Abladen auf einem Privatgrundstück nach vorne weggesackt und umgestürzt. Die THW-Helfer rückten sofort aus und alarmierten über Funk den THW-OV Oberviechtach, der über ein Kraftfahrzeug mit Seilwinde verfügt. Die Bergung gestaltete sich sehr schwierig, da der Hänger in dem engen Hof sehr nahe an angrenzenden Gebäuden lag. Mit dem zusätzlich angeforderten GWK des THW-OV Schwandorf gelang es, den Silolastzug problemlos und sicher zu bergen.

## 24. Mai: THW-Einsatz bei Pfreimd

Als sich die THW-Helfer noch an einer Einsatzstelle befanden, wurde über Funkalarmempfänger Alarm für „Heros Nabburg“ ausgelöst: Auf der Staatsstraße zwischen Pfreimd und Wernberg war ein 18jähriger Pkw-Fahrer frontal gegen einen Baum geprallt. Der beim Aufprall sofort getötete Fahrer war in seinem Fahrzeugwrack eingeklemmt. Vier weitere Insassen waren herausgeschleudert und zum Teil schwer verletzt worden. In Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Oberköblitz wurde der Fahrzeugführer mit Hilfe eines Rettungsspreizers aus dem Pkw geborgen. Andere THW-Helfer wiesen in gleicher Weise, wie schon beim Verkehrsunfall bei Kademühle, den angeforderten Rettungshubschrauber ein, der die erheblich verletzte Beifahrerin in die Uni-Klinik nach Erlangen brachte. Anschließend übernahm das THW auch die Aufräumarbeiten an der Unfallstelle. M. R.

## THW-OV Bamberg sprengte 28 Meter hohen Kamin

Auf dem alten Betriebsgelände einer Firma in Bamberg, das dem THW schon oft als Übungsobjekt gedient hat, war nach dem Abbruch der Betriebsgebäude der alte 28 Meter hohe Kamin stehengeblieben. Das THW erhielt nun die Möglichkeit, den Kamin im Rahmen einer Übung zu sprengen. Der Bergungszug und die ausgebildeten Sprenghelfer erhielten den Auftrag, die Sprengvorbereitungen zu treffen.

THW-Sprengmeister Brustmann und Zugführer Jacobi leiteten die Arbeiten. Der vorgesehene Zeitplan wurde genau eingehalten. Beinahe gab es jedoch trotzdem noch einen Zeitverzug, als zum Verdämmen der Bohrlöcher der nötige Lehm fehlte. Der wurde dann aber noch rechtzeitig aus einem fünf Kilometer entfernten Ort herbeigeschafft.



Zentimetergenau fiel der Kamin in die vorgesehene Richtung.

Um 11.30 Uhr wurde der Sicherheitsbereich durch die THW-Helfer abgesperrt. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich schon viele Zuschauer eingefunden. Auch benachbarte Ortsverbände, die sich auf „Bewegungsfahrt“ befanden, waren erschienen. Punkt 12.00 Uhr löste Sprengmeister Brustmann die Sprengung aus: Zentimetergenau fiel der Kamin in die vorgesehene Richtung. H. J.

## Nachruf

An den Folgen eines Verkehrsunfalls verstarb THW-Helfer

### Reinhard Prax

Gruppenführer im THW-OV Krumbach.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Krumbach

## 20-kV-Kabel durch den Schliersee verlegt

Für die THW-Helfer war es eine interessante technische Übung – die Taucher der Schlierseer Wasserwacht aber froren ganz erbärmlich: Sie alle halfen mit bei der ersten Verlegung eines Elektrokabels durch den Schliersee. Das 20-kV-Kabel wurde zwischen Fischhausen und dem gegenüberliegenden Ufer ins Wasser versenkt. Es soll die Stromversorgung der Gebiete Schliersee, Neuhaus und Spitzingsee sichern.

Früh um sieben Uhr begannen die THW-Helfer mit dem Bau eines 17 Meter langen Pontons mit 20 Tonnen Tragkraft, auf den drei Kabeltrommeln verladen wurden. Schwierigster Teil des Un-

ternehmens war die gebündelte Einführung der drei Kabel in den Einführungsschacht bei der Gruppenschule in Fischhausen. Danach setzte sich der Ponton langsam in Bewegung – oben wurde das Kabelbündel vorsichtig Stück für Stück abgerollt, am Seegrund kontrollierten die Wasserwacht-Taucher die richtige Lage. Bei vier Grad Wassertemperatur wurde es ihnen bald zu kalt: Blaugefroren tauchten sie nach einer Stunde auf und baten darum, ausgetauscht zu werden.

Von der Ausführungsstelle am Schliersee-Nordufer wird das Kabel jetzt zum Haushammer Umspannungswerk weiterverlegt. A. A.



Auf einen 17 m langen Ponton wurden die drei Kabeltrommeln verladen.

## Neuer Leiter im Warnamt IX

Am 1. April 1981 wurde Regierungsrat z. A. Carré durch den Vertreter des Bundesamtes für Zivilschutz, Regierungsdirektor Heinz Albert, als Warnamtsleiter im Warnamt IX eingeführt. Unter den Gästen befanden sich Ministerialrat Dr. Mölter (Bayerisches Staatsministerium des Innern), Vizepräsident Dr. Schuegraf (Regierung von Mittelfranken), Ltd. Regierungsdirektor Wagenblast (Regierung von Unterfranken), Ltd. Regierungsdirektor Wirner (Regierung der Oberpfalz), Bürgermeister Breitschwert (Ansbach) sowie Kommandeur Oberstleutnant Klose (Verteidigungskreiskommando 631).

Anwesend waren auch Vertreter der Katastrophenschutzbehörden, der Oberpostdirektionen und der Hilfsorganisationen, das hauptamtliche Personal des Warnamts IX, die Leiter der Nachbarwarnämter VIII und X sowie Vertreter der Helferschaft und der WD-Leitmeßstellen.

In den Begrüßungsansprachen wurde die Bedeutung des Warndienstes und die Bevölkerung herausgestellt und eine Zusammenarbeit der einzelnen Dienststellen mit dem Warnamt zugesichert.

Der in den letzten Monaten mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Warnamtsleiters beauftragte Mitarbeiter Frank gab einen Rückblick auf die Geschichte des Warnamts.

Unter der Leitung von Warnamtsleiter Blei nahm 1960 das Warnamt IX den Dienstbetrieb in Ansbach auf. Historisch betrachtet kann man für das Warnamt IX die Ära Blei als die Gründerzeit bezeichnen. Mit nur wenigen Mitarbeitern mußte in zwei voneinander getrennten Dienstgebäuden gearbeitet werden. So war die Verwaltung im Zollamt in der Feuerbachstraße untergebracht und der technische und taktische Betrieb wurde in den Schutzräumen des Postamts am Bahnhofplatz abgewickelt. Diese Trennung erwies sich als sehr erschwerend für den Dienstbetrieb.

Im Benehmen mit dem Bundesvermögensamt wurden in dieser Zeit auch die Grundstücksverhandlungen zum Erwerb der Liegenschaften für das künftige Warnamt und die damals zu errichtende Richtfunkstelle geführt. Es wurden die ersten Helfer und Mitarbeiter geworben und vom damaligen Ausbildungsleiter Warnamt die eingewiesenen bzw. eingearbeitet.

Mit der Versetzung von Warnamtsleiter Blei zum Warnamt X begann 1962 unter der Leitung von Warnamtsleiter Stendel der 2. Abschnitt in der Geschichte des Warnamts. Dieser Abschnitt kann als die Aufbauzeit angesehen werden, in der die umfangreichen Vorarbeiten für den Bau des Warnamtes 1963 in Claffheim begonnen wurden. Mit einem Mitarbeiterstab von nur sechs bis acht hauptamtlichen Bediensteten mußte das Bauprojekt von damals ca. zwölf Millionen DM verwaltungsmäßig abgewickelt werden. Nach einer Bauzeit von ca. drei Jahren erfolgte im September 1966 die Übernahme der Gebäude. Nach der baulichen Fertigstellung war der Aufbau jedoch nicht beendet, denn erst danach konnte mit der Heranziehung der Helferschaft für den taktischen Bereich begonnen werden. Es waren mehr als 100 Helfer für das geforderte Soll zu werben und zu verpflichten. Dieses Ziel wurde erst nach Jahren erreicht.

Der letzte Abschnitt begann im Juli 1970, unter der Leitung von Warnamtsleiter Danapel, als die Zeit der Konsolidierung. Das hauptamtliche Personal wie auch die Helfer und Mitarbeiter in besonderen Funktionen mußten mit den umfangreicher werdenden taktischen Aufgaben vertraut gemacht werden. 1973 erfolgte eine Erweiterung des Aufgabenbereichs, nämlich der Aufbau der WD-Meßstellen. Es mußten Standorterkundungen für nahezu 150 Meßstellen durchgeführt werden, von denen inzwischen ca. 120 betriebsbereit sind.

Die Zusammenarbeit mit Einrichtungen des Katastrophenschutzes wurde eingeleitet. So wurden Lehrgänge für Helfer der BAMSt und AMASSt unter Mitwirkung der Katastrophenschutzschule Bayern durchgeführt und diese Einrichtungen des Katastrophenschutzes in das Geschehen bei Warndienst-Übungen mit einbezogen.

Weitere Aufgaben für die Bereiche des Umweltbundesamts sowie des Deutschen Wetterdienstes kamen dann noch im Rahmen der friedensmäßigen Nutzung des Warnamts hinzu.

Das gute Verhältnis zu den Kommandeuren des Verteidigungsbezirks als auch zu den Verteidigungskreisen ist gefestigt und die Verbindung zur militärischen Seite vertieft worden; leider jedoch hat dieses Verhältnis in den letzten ca. drei Jahren aus personellen Gründen etwas gelitten. Es wird eine der vielen Aufgaben des neuen Warnamtsleiters sein, diese Verbindungen wieder zu beleben.

Dem neuen Warnamtsleiter wurde von allen Rednern ein erfolgreiches Wirken im Warnamt IX gewünscht. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie auch die Helfer des Warnamts und der WD-Leitmeßstellen sicherten ihm die volle Unterstützung für die nicht immer leichte Aufgabe zu.

## Ehrung für 20jährige ehrenamtliche Mitarbeit

Edeltraud Wax aus Rodenberg konnte auf eine 20jährige ehrenamtliche Mitarbeit im Warnamt III zurückblicken. Während einer Ausbildungsveranstaltung für ehrenamtliche Helfer des Warnamts III würdigte Einsatzleiter Holz die langjährige Mitarbeit von Edeltraud Wax. „Besonders freue ich mich darüber, daß eine Dame als erste aus der Helferschaft für eine 20jährige Mitarbeit geehrt werden kann“, führte Holz aus und überreichte ein Geschenk sowie ein Dankschreiben des Leiters der Abteilung Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, Ltd. Baudirektor Dr. August Jürgen Maske.

Holz betonte, daß die Tätigkeit der Helfer des Warndienstes selten im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehe. Gerade darum müsse es um so höher eingeschätzt werden, daß Edeltraud Wax stets für den Warndienst da war. „Frau Wax hat sich aufgrund ihrer Kenntnisse hohe Achtung sowohl bei den Helfern als auch beim hauptamtlichen Personal des Warnamts verschafft“, meinte Einsatzleiter Holz.

Als Sprecher der Helfer dankte Wilhelm Kölling Edeltraud Wax für ihr Bemühen um den Zusammenhalt der Helferschaft.

## Langjähriger Mitarbeiter verabschiedet

Am 30. April 1981 wurde Verwaltungshilfssachbearbeiter Weid vom Warnamt IX wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand verabschiedet. Weid begann 1966 als technischer Mitarbeiter und wurde später Verwaltungshilfssachbearbeiter beim Warnamt IX.

Er war nicht nur ein beliebter Kollege, sondern auch ein guter Küchenmeister. So sorgte er bei Lehrgängen und größeren Übungen für das leibliche Wohl der Teilnehmer.

Warnamtsleiter Carré überreichte Weid zum Abschied die Dankurkunde des Bundesamtes für Zivilschutz.



Hans-Peter Paulenz

## Die Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes

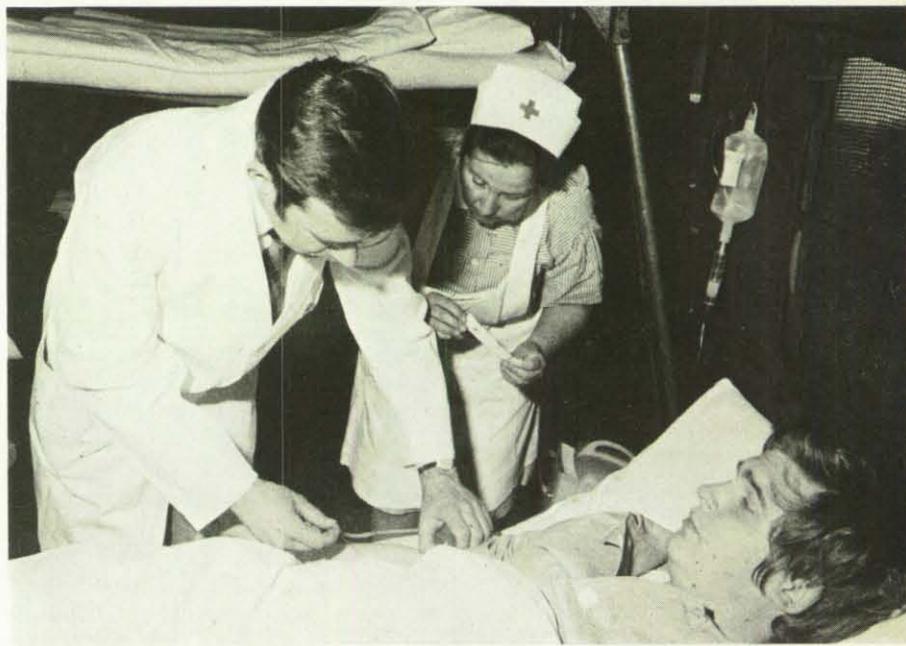
Eine Darstellung des Standortes des DRK

Das Deutsche Rote Kreuz hat sich zur regelmäßigen Mitarbeit im Zivilschutz-Magazin entschlossen. Damit nutzt es eine weitere Form der Mitsprache in einem Kreis von fachkundigen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen. Vor allem begrüßt es die Möglichkeit, ein gleichermaßen fachkundiges Publikum anzusprechen. Der erste Beitrag dieser Art ist deshalb Anlaß, eine Darstellung des Standortes des DRK im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes vorzunehmen. Dies soll in mehreren Abschnitten erfolgen und wird in thematische Schwerpunkte gegliedert sein.

Eine Standortbeschreibung wäre unvollständig, sollte sie sich auf die Darstellung augenblicklich bestehender Zustände beschränken. Sie wird vielmehr um so verständlicher und plastischer, je mehr sie sich als Resultat und Resümee abgeschlossener Entwicklungen auf der einen Seite und als Ausgangspunkt zukunftsorientierter Planungen und Vorstellungen auf der anderen Seite versteht.

Im wesentlichen soll heute daher eine kurze Beschreibung des Weges gegeben werden, den das DRK im Zivil- und Katastrophenschutz zurückgelegt hat. Dieser Weg ist, viele wissen es, vergleichsweise lang und geht zurück bis in die Anfänge des Wiederaufbaus der Bundesrepublik Deutschland. Er muß gesehen werden als eine lange Folge von teilweise tastenden und den Bedingungen der Nachkriegszeit angepaßten Schritten und als Entwicklung zur konsolidierten, anerkannten Mitarbeit auf einem zum Teil dornigen Gebiet staatlicher und privater Verpflichtungen.

Mit dem Stichwort „Verpflichtungen“ ist sowohl der wesentliche Grund für die Mitwirkung des DRK im Zivil- und Katastrophenschutz benannt wie mit deren Charakterisierung auch die besondere Stellung umrissen, die es in diesem Bereich zwangsläufig einnehmen muß. Denn diese Mitwirkung ist eine seiner satzungsmäßigen Aufgaben als der vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz anerkannten Rotkreuzgesellschaft und als einer von der Bundesregierung anerkannten Hilfsgesellschaft. Damit ob-



1951, als es in der Bundesrepublik weder eine Katastrophen- noch eine Zivilschutzgesetzgebung gab, formulierte das DRK einen Aufgabenkatalog; dazu gehörte u. a. die intensive Schulung und Fortbildung der Rotkreuzkräfte durch Lehrgänge und Einsatzübungen . . .

liegt es dem DRK, seinem besonderen nationalen und internationalen Status entsprechend, die in den Genfer Abkommen völkerrechtlich verbindlich festgelegten Aufgaben zu erfüllen und die Resolutionen der Internationalen Rotkreuzkonferenzen zu beachten und zu verwirklichen.

Gleichzeitig genießt es einen besonderen völkerrechtlich abgesicherten Schutz bei damit einhergehender Verpflichtung, seine Selbständigkeit und Neutralität zu wahren. Gerade diese Pflicht ist nicht immer einfach zu erfüllen. Sie ist jedoch allein in der Sache und in seinem besonderen Status begründet.

Es soll hinzugefügt werden, daß dem DRK von anderen in dieser Hinsicht in der Regel Rücksicht, sogar Ansporn und Bestätigung in seiner Haltung, zuteil wurde und wird. Dies gilt auch für den Staat. Dafür ein gutes Beispiel aus der Vergangenheit, das sich durch besondere Offenheit und Klarheit auszeichnet und geradezu leitmotivischen Charakter haben könnte. Der damalige Bundesinnenminister Höcherl führte anläßlich einer Rede in Pforzheim im September 1962 u. a. aus:

„ . . . Das Verhältnis zwischen dem Staat und dem Roten Kreuz – nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern – war immer beherrscht von der Unabhängigkeit, der Selbständigkeit des Roten Kreuzes. Der Staat hat eine einzige Verpflichtung gegenüber dem Roten Kreuz: Raum zu schaffen und Möglichkeiten zu geben zur Entfaltung dieser samaritanischen, dieser nächstenliebenden Tätigkeit . . . “

Zum Zeichen dafür, daß ein so definiertes Verhältnis auch Konsequenzen haben muß, soll gleich das folgende Zitat aus der gleichen Rede nachgefügt werden:

„ . . . In allen Staaten hat sich eine weitgehende finanzielle Verbundenheit zwischen dem Staat und dem Roten Kreuz entwickelt. Und hier ist nun ein entscheidender Punkt. Wir erleben es oft, daß vom Staat zusammen mit dem Geld Wünsche und Befehle gegeben werden. Hier, in diesem Bereiche, und in unserem Verhältnis zum Roten Kreuz, darf das unter gar keinen Umständen der Fall sein . . . “

So zwingend wie eine solche Haltung für den Staat nur unter Wahrung seiner eigenen Verpflichtungen und Zuständig-

keiten verwirklicht werden kann, so notwendig war und ist für das DRK das Bewußtsein und das Vertrauen darauf, daß die Wahrung seines Anspruches auf Achtung seiner Selbständigkeit eine essentielle Voraussetzung zur Zusammenarbeit ist.

Ausgehend von den im Artikel 63 des 4. Genfer Abkommens zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. 8. 1949 festgelegten Pflichten und Befugnissen finden sich schon zu Beginn der 50er Jahre – insbesondere unter dem Eindruck des Koreakriegs – erste Initiativen des DRK, durch aktive Maßnahmen den Schutz der Zivilbevölkerung im Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung sicherzustellen. Konkrete Maßnahmen wurden in einer Denkschrift gefordert und ausführlich begründet, die bereits im Dezember 1951 vom damaligen Präsidenten des DRK und Reichsminister a. D. Dr. Otto Gebler der Bundesregierung vorgelegt wurde.

Es ist nicht nur historisch interessant, sondern auch von der Sache her heute noch eine vergleichende Betrachtung wert, wenn man einmal den 1951 vom DRK zu einer Zeit formulierten Katalog von Maßnahmen ins Gedächtnis zurückruft, als es in der Bundesrepublik weder eine Katastrophen- noch eine Zivilschutzgesetzgebung gab. Da hieß es, daß folgende Aufgaben in Angriff zu nehmen seien:

- intensive Schulung und Fortbildung der ausgebildeten Rotkreuzkräfte durch Lehrgänge und Einsatzübungen
- Ausbildung breiter Bevölkerungskreise in Erster Hilfe und in häuslicher Krankenpflege
- Schulung und Ausbildung eines erfahrenen Krankenpflegepersonals durch die Deutschen Rotkreuz-Schwesternschaften
- Verstärkter Ausbau eines Netzes von Unfallhilfs-Stellen
- Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen und Bekleidung der Einsatzkräfte sowie Errichtung dezentralisierter Sanitätsdepots
- Wiederaufbau und Verbesserung des Krankentransportes durch Schaffung neuer Fahrzeuge
- Mitwirkung bei dem Aufbau eines Erkennungsdienstes für die Zivilbevölkerung
- Aufbau des Blutspendedienstes, der in die Lage versetzt werden muß, allen zivilen Anforderungen zu genügen . . .

Es wird ersichtlich, daß die beiden Hauptgebiete der Ausbildung und Aus-

rüstung, die auch heute noch den Schwerpunkt der Tätigkeit im Zivilschutz bilden, von den ersten Planungen an im Mittelpunkt der Aktivitäten standen. Auf beiden Gebieten wurden nach dem Erhalt erster öffentlicher Gelder bereits in den frühen 50er Jahren wichtige Grundkonzeptionen durch das DRK entwickelt, wurden die ersten praktischen Schritte unternommen, so zum Beispiel

- bei der Schaffung von Materialreserven bei den Landes- und Kreisverbänden
- bei der Erarbeitung einheitlicher Vorschriften und Ausbildungsordnungen.

Schon bevor das „1. Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung“ (ZBG) im Jahre 1957 in Kraft trat, war das DRK seit 1954 von der Bundesregierung „vorläufig“ beauftragt worden, die Aufstellung und die Aus- und Fortbildung eines Luftschutzsanitätsdienstes zu übernehmen, der Teil des Luftschutzhilfsdienstes (LSHD) wurde.

Das war oft eine undankbare, weil politisch wenig populäre und unbequeme Aufgabe, der sich das DRK im übrigen nur unter der Maßgabe verschrieb, daß der aufzustellende LSHD nur in einem Verteidigungsfall eingesetzt werden sollte. Damit blieb der Einsatz des DRK z. B. bei Naturkatastrophen als eigene Aufgabe bestehen, für die auch die auf freiwilliger Basis verpflichteten Helfer des LSHD im DRK zur Verfügung stehen mußten.

Es kann und soll hier nicht im einzelnen ausgeführt werden, welche inneren Bewegungen und Entwicklungen das DRK in diesen Jahren dadurch mitmachte, daß es plötzlich zwei Gruppen von Helfern unter einem Zeichen vereinte, die dennoch unterschiedlich verpflichtet und weisungsgebunden waren. Auch die Beschränkung auf den Begriff und den Bereich des Luftschutzes, der nur einen Teilaspekt des Zivilschutzes berücksichtigte, war geeignet, eine Reihe von inneren und äußeren Spannungen zu erzeugen, die historisch bedingt und nur von dort her erklärbar sind. Sie müssen überdies im Zusammenhang mit internationalen Entwicklungen und Bemühungen gesehen werden, ein klares Konzept der „zivilen Verteidigung“ bzw. des – vom DRK schon 1953 so genannten – „zivilen Bevölkerungsschutzes“ zu gewinnen.

Eine wichtige Rolle in diesen Bemühungen spielten die Arbeiten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und der Liga der Rotkreuzgesellschaften in Genf in den 50er Jahren, die von seiten des DRK aktiv unterstützt wurden.

Gerade die Frage des Spannungsverhältnisses zwischen dem Prinzip der Freiwilligkeit der aktiven Helfer in den

Organisationen und der staatlichen Forderung nach Verpflichtung der Helfer auf einen öffentlich-rechtlich definierten Dienst an der Gemeinschaft berührte immer wieder das Grundverständnis der Rotkreuzgesellschaften bei ihrer Mitwirkung im Zivil- und Katastrophenschutz. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß hier viele Einzelfragen auch heute noch offen sind. Jedenfalls hat es die Arbeit und das Selbstverständnis des DRK entscheidend erleichtert und geklärt, als nach umfangreichen Vorarbeiten im Rahmen internationaler Beratungen und Analysen im Jahre 1961 der Delegiertenrat des IKRK eine Resolution verabschiedete, in der er unter anderem

1. bekräftigt, „daß die Zusammenarbeit der nationalen Rotkreuzgesellschaften mit ihren Regierungen bei den Bemühungen von ihnen für den Schutz der Zivilbevölkerung im Falle eines bewaffneten Konfliktes unternommen werden, eine natürliche Pflicht dieser Gesellschaften ist und im Einklang mit den Rotkreuz-Prinzipien steht“
2. empfiehlt, „daß die nationalen Rotkreuzgesellschaften in den Vereinbarungen, die sie mit ihren Behörden schließen, um den Umfang und die Form ihrer Teilnahme am zivilen Bevölkerungsschutz abzugrenzen, sich bemühen, solche Bedingungen festzulegen, die es ihrem Personal, das am zivilen Bevölkerungsschutz teilnimmt, gestattet, als Rotkreuz-Personal deutlich erkennbar zu bleiben und die notwendigen Bindungen zu ihrer nationalen Rotkreuzgesellschaft aufrechtzuerhalten“.

War damit eine klare Grundlage gefunden, auf der die satzungsmäßige Mitwirkung des DRK im Bereich staatlicher Bemühungen aufbauen konnte, so bedurfte es gleichwohl geordneter staatlicher Vorgaben auf der gesetzgeberischen und konzeptionellen Ebene, damit das DRK sein Potential wirkungsvoll einsetzen konnte. Als Beispiel hierfür sei der Aufbau des Schwesternhelferinnen-Programms genannt, in dem das DRK seit 1950 Schrittmacherdienste geleistet hatte und ab 1960 im Auftrag der Bundesregierung zur systematischen Ausbildung von Hunderttausenden von Menschen beitrug.

Im übrigen ging das DRK – neben der Erfüllung vieler sogenannter „eigenständiger“ Arbeiten – neue Wege mit und beteiligte sich an einer Reihe von Programmen und bei der Aufstellung von länderbezogenen K-Einheiten. Dies kann hier nur kurz erwähnt und daher in seiner Komplexität nur angedeutet werden, namentlich die Bereiche:

- Entwicklung des „Ausbildungsprogramms für Strahlenschutzärzte“ seit 1954 und Ausbildung von 156 Ärzten

in viermonatigen Kursen bis im Jahre 1963

- Ausbildung von Tausenden von Strahlenschutz Helfern seit 1956
- Lehrgänge für den Einsatz von Strahlenmeßfahrzeugen in Zusammenarbeit mit dem Institut für Strahlenschutzkunde in Neuherberg; Entwicklung und Erprobung von Individualdosimetern, Erkennungsmarken und Strahlenschutzfahrzeugen.

Weitere Arbeitsgebiete mit Bezug zum Zivil- und Katastrophenschutz, in denen sich das DRK schon sehr früh betätigte, waren Konzipierung und Aufstellung eigener Einsatzeinheiten aus den Reihen der Rotkreuzbereitschaften, Aufbau des Rettungsdienstes einschließlich des Krankentransports und des Blutspendedienstes, sowie erste Überlegungen und Planungen zur Schaffung einer nationalen Auskunftsstelle im Sinne der Artikel 122ff. des 3. und 136ff. des 4. Genfer Abkommens für den Fall der Auftragserteilung hierzu durch die Bundesregierung.

Vor allem fallen in die frühen Jahre des Aufbaus die ersten Bemühungen, den Hilfszug des DRK als überörtliche mobile Einsatzeinheit ins Leben zu rufen. Im Rahmen der landesweiten Katastrophenschutzplanung durch Schaffung von personellen und materiellen Reserven bei den Landes- und Kreisverbänden entstand der Plan, beim Präsidium des DRK eine sogenannte „Zentralreserve“ vorzuhalten, dessen Kern das System der Bildung von Hilfszugabteilungen (damals noch „Staffeln“ genannt) bildete.

Was die Zahl, die Aufgabe und die Ausrüstung dieser Abteilungen angeht, so wurden im Laufe der Zeit da und dort Änderungen notwendig. Die Grundidee ist geblieben und hat sich seit den ersten Einsätzen, z. B. bei der Flutkatastrophe in Norddeutschland 1962, beim Ungarnaufstand 1956 und bei anderen Gelegenheiten bewährt. Sie besteht in der organisatorischen Zusammenfassung eines dezentralisierten, schlagkräftigen Instruments auf der Basis einheitlicher Stärke- und Ausrüstungsnachweisungen (STAN), das im Bereich betreuungsdienstlicher und damit verbundener Sanitätsaufgaben bei größeren Katastrophen als selbständig operierende Einheit ganz oder mit Teileinheiten jeweils Tausenden von Obdachlosen, Hilfsbedürftigen, Verletzten und sonst Betroffenen oder unversorgten Personen gezielte Hilfe leisten kann.

Die für diese Zwecke notwendige technische Ausrüstung umfaßt sowohl ein komplettes Feldlazarett mit 210 Betten und einen OP-Wagen in der sogenannten Zentralabteilung wie weitere Pflegeeinheiten, Spezialfahrzeuge und Geräte



... Ausbildung breiter Kreise der Bevölkerung in Erster Hilfe und häuslicher Krankenpflege ...



... Wiederaufbau und Verbesserung des Krankentransports durch Schaffung neuer Fahrzeuge (Bild: KTW Opel-Blitz mit vier Tragen, Baujahr 1952) ...



... verstärkter Ausbau eines Netzes von Unfallhilfsstellen (Bild: mobile Unfallhilfsstelle des Bayerischen Roten Kreuzes an der Autobahn) ...



... Aufbau des Blutspendedienstes (Bild: Blutgruppenuntersuchung durch automatisches Blutgruppen-Bestimmungsgerät).

(Wasserfilter, Instandsetzungswagen, Küchenwagen, Funkleitstellen, um nur einige zu nennen) und Grundausstattungen für die Helfer wie Hilfsmaterial für die Betroffenen. Einzelheiten zur Entwicklung seit den ersten konkreten Schritten 1954 und zum gegenwärtigen Stand des Hilfszugs sollen einer besonderen Darstellung vorbehalten bleiben.

Seit der Ausarbeitung der ersten STAN für die technischen, Sanitäts- und Betreuungsdienste des LSHD begann das DRK auch mit der Aufstellung örtlicher Einheiten in den sogenannten Luftschutzorten erster Ordnung gem. § 9 1. ZBG.

Die vor und im Zusammenhang mit der sogenannten Notstandsgesetzgebung unternommenen Versuche einer Neuorganisation des gesamten zivilen Bevölkerungsschutzes sollen hier nur gestreift werden. Die schließlich gefundenen gesetzlichen Regelungen neben dem neuen Zivildienstgesetz z. B. zum Aufbau eines Zivilschutzkorps, über den Selbstschutz, zum Schutzraumbau, die Aufenthaltsregelung usw. wurden dann durch – finanziell begründete – Suspendierungen der Gesetze z. T. wieder aufgehoben.

Eine wirkliche Neuorientierung brachten dann erst die Bemühungen, die zum Erlass des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. 7. 1968 führten und zunächst die sogenannte Überleitung des LSHD auf die Städte und Landkreise zur Folge hatte. Damit verbunden waren auch Veränderungen für das DRK.

Vor allem wurde durch die Statuierung des neuen Grundsatzes des „erweiterten Katastrophenschutzes“ festgelegt, daß zum einen die Einheiten und Einrichtungen des vorhandenen friedensmäßigen Katastrophenschutzes auch die Hilfeleistung und Rettung im Verteidigungsfall übernehmen und zum anderen in das neue System eingeordnet werden mußten. Damit war der Zweigleisigkeit von friedensmäßigem Katastrophenschutz und Zivilschutz ebenso ein Ende gesetzt wie der teilweise dadurch verursachten Doppelmitgliedschaft von Helfern in verschiedenen Organisationen.

Welche weiteren Konsequenzen sich aus der neuen Festlegung der Kompetenzen und Trägerschaften der staatlichen Organe in Bund und Ländern sowie aus dem Prinzip der Erweiterung, d. h. der Ergänzung und Verstärkung der vorhandenen Einheiten, insbesondere für das DRK ergaben, mit welchen neuen Aufgaben und Anforderungen es sich konfrontiert sah, und zu welchen Ergebnissen man im Laufe der sich anschließenden Verhandlungen gelangte, wird Gegenstand einer weiteren Betrachtung sein.

Alfred-Joachim Hermanni

120000 Besucher  
auf dem Evangelischen  
Kirchentag in Hamburg

## **Deutsches Rotes Kreuz sorgte für das leibliche Wohl**

580000 Portionen  
Warm- und Kaltverpflegung  
an drei Tagen bereitgestellt

Das große Fest der evangelischen Christen, der 19. Evangelische Kirchentag, wurde am 17. Juni 1981 mit 50 Gottesdiensten in der Hansestadt Hamburg eröffnet. Annähernd 120000 Menschen – meist Jugendliche – beteten, tanzten und diskutierten rund um die Binnentaler mit den Hamburgern, die weit „ihre Arme für die Gäste geöffnet hatten“. Hier wurden keine Unterschiede zwischen heller und dunkler Hautfarbe gemacht, Gäste aus 47 Nationen, sogar aus China, Georgien und Jamaika waren überall dabei, wo das Evangelium gepredigt wurde.

Das Motto des Kirchentages „Fürchte Dich nicht“ wurde von der Kirchenleitung weitfassend interpretiert: Glaube ist Widerstand, Glaube ermächtigt, Glaube beschützt vor dem Absturz in die Resignation. Kirchentage waren schon immer dazu da, dem „wandernden Gottesvolk“ Gehör zu verschaffen und damit die Möglichkeit, mit Reden Andersdenkende zu überzeugen. Die Bandbreite der Themen reichte diesmal von den traditionellen Ansätzen des Stammvaters der Reformation, Martin Luther, bis hin zu den erwartenden Fragen um Krieg und Frieden, Rüstung und Abrüstung.

Die Organisatoren des Kirchentages hatten natürlich alle Hände voll zu tun, um Unterkünfte, Verpflegung, Transportraum u. v. m. zur Verfügung zu stellen. Eine der Hauptfragen war natürlich, wie man 120000 Menschen, die in 28 Sonderzügen, 1000 Bussen und vielen Autos anreisen, unterbringt. Aber hier hatte man Platz in 280 Hamburger Schulen, in 26000 Einzelquartieren und in Hotels geschaffen. Da spielte es auch keine Rolle, ob man die Nächte bis zum letzten Tag der Veranstaltung, dem 20. Juni, auf Luftmatratzen, Decken oder einfach in Schlafsäcken in den öffentlichen Grünanlagen zubrachte.

Eine organisatorische Aufgabe ähnlicher Größenordnung richtete der Veranstalter an das Deutsche Rote Kreuz. Für die Zeit vom 17. bis 21. Juni wurde das



DRK gebeten, insgesamt rund 580000 Portionen Warm- und Kaltverpflegung zuzubereiten und an die hungrigen Besucher auszugeben. Das bedeutete an drei Tagen die Bereitstellung von je 60000 Portionen in kürzester Zeit, die im DRK-eigenen und mobilen Küchenzentrum gekocht werden mußten. Das Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes, das bereits einschlägige Erfahrungen auf dem Gebiet der Massenverpflegung bei vielen Veranstaltungen, u. a. beim Katholikentag in Berlin, gesammelt hatte, übernahm die Federführung bei diesem Unternehmen. Rund 900 Einsatzkräfte – hauptsächlich aus den DRK-Landesverbänden Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein, Saarland, Schleswig-Holstein und Südbaden – sowie einzelne Mitarbeiter aus den Landesverbänden Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Westfalen-Lippe wurden am Verpflegungseinsatz beteiligt.

Auf dem Heiligengeistfeld in Hamburg bauten die Helferinnen und Helfer die Großküche für die Kirchentagsbesucher auf: Ein Küchenzentrum, ein Spülzentrum und eine Ausgabe wurden ebenso eingerichtet wie ein Lager und eine Transportstelle. In dieser Großküche mußte natürlich strengstens darauf geachtet werden, daß die hygienischen Anforderungen befolgt wurden. Selbstverständlich mußte das fließende Wasser Trinkqualität haben, gegen Witterungseinflüsse wie Regen mußten Schutzvorrichtungen angebracht werden, das Warmessen durfte nicht unter + 65 Grad Celsius ausgegeben werden. Die obersten Gebote zur Sauberhaltung der Lebensmittel wurden letztlich auch peinlichst eingehalten.

Eine stolze Leistung war das schon, an 56 Feldkochherden gleichzeitig zu bruzeln und dann Mahlzeiten wie Gemüseintopf mit Fleischeinlage, Brötchen und Joghurt anzurichten. Besucher und DRK-Führungskräfte waren auf jeden Fall mit dem Resultat sehr zufrieden.

Worte des Lobes machten schnell die Runde, und die Gesichter spiegelten wider, wie ausgezeichnet das Essen den Hungrigen mundete.

Für das Rote Kreuz war es wieder einmal mehr Gelegenheit, an Aufgaben für die Gemeinschaft mitzuwirken. Natürlich dienen derartige Einsätze auch dem Zweck, die Leistungsfähigkeit der Kräfte zu prüfen. Fachliche Kenntnisse und menschliches „Gespür“ spielen bei der Bewältigung derartiger Aufgaben ebenso eine entscheidende Rolle. Und ohne „Teamgeist“ wird ein solcher Einsatz mißlingen, denn Aufgaben in dieser Größenordnung sind nur zu bewältigen, wenn die Mannschaft „an einem Strang zieht“.

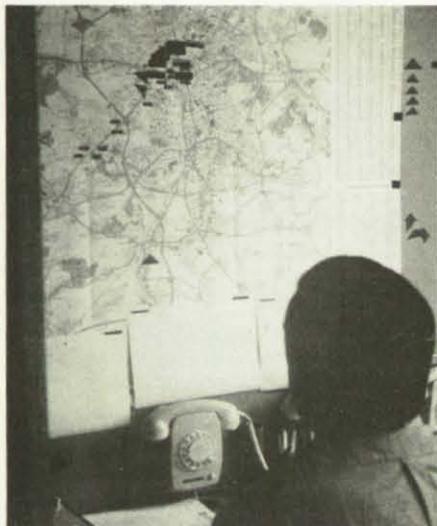


## ASB-Großeinsatz in Mönchengladbach

Ende April erhielt der ASB-OV Mönchengladbach den Auftrag zur Sicherstellung der Sanitätsbetreuung anlässlich der Demonstration „Frieden, Zusammenarbeit und Abrüstung in der Welt“, die am 16. Mai 1981 in Mönchengladbach stattfinden sollte. Erwartet wurden 25000 bis 30000 Teilnehmer. In einer Einsatzstabsbesprechung wurden zunächst die 13 Rettungsstellen entlang des geplanten Zugwegs bestimmt und Überlegungen angestellt, wie viele Fahrzeuge und Helfer benötigt werden. Es folgten koordinierende Gespräche mit dem Veranstalter, der Polizei und dem Dezernat 22 beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf. Danach wurde der Einsatzbefehl erstellt, aus dem

- der Standort der Rettungsstellen,
- die Anzahl der Fahrzeuge,
- der Standort der Zelte und der Kindersammelstelle,
- die Funkeinsatzskizzen und
- die Kommunikationswege zur Polizei und Feuerwehr

hervorgingen.



Im Funkraum der Einsatzzentrale waren auf einer Übersichtskarte die Standorte der einzelnen Fahrzeuge eingetragen.



Rund 100 ASB-Helfer aus drei Ortsverbänden stellten die Sanitätsbetreuung sicher. 28 Rettungsfahrzeuge waren im Einsatz.

Der Deutsche Hilfsdienst (Kreisverband Mönchengladbach) und die Polizei wurden an der Einsatzplanung beteiligt, da der Deutsche Hilfsdienst zu den Rettungsstellen Fahrzeuge mit 70-cm-Funk als zweiten Kommunikationsweg zuordnen sowie im Auftrag der Polizei Verkehrslenkungs- und Lotsenaufgaben übernehmen sollte.

Am Veranstaltungstag trafen bis 10.00 Uhr die auswärtigen ASB-Einsatzkräfte in Mönchengladbach ein. Die Einsatzstärke setzte sich wie folgt zusammen:

- ASB-OV Bonn 1 RTW, 2 KTW, 1 NEF (10 Helfer),
- ASB-OV Düsseldorf 1 RTW, 1 KTW (7 Helfer),
- ASB-OV Köln 4 Großraum-KTW, 1 KTW,
- ASB-OV Mönchengladbach 1 reg. KSan-Zug, 1 Betreuungszug, 3 KTW, 1 RTW, 1 NEF, 2 Pkw (71 Helfer),
- Deutscher Hilfsdienst 17 Funkwagen (30 Helfer).

Die Einsatzleitung befand sich in einem städtischen Gebäude nahe des Zugwegs, besetzt mit ASB-Dienststellenleiter Stegner, Polizeihauptkommissar Geldmacher, dem Geschäftsführer des ASB-OV Düsseldorf, dem Leiter des Deutschen Hilfsdienstes, einem Funker und zwei weiteren Führungskräften des ASB-OV Mönchengladbach. Von hier wurden Funkverbindungen zu Polizei, Feuerwehr, den im Einsatz befindlichen Fahrzeugen sowie den Rettungsstellen und Fußgruppen hergestellt. Insgesamt wurden drei Funkverkehrskreise im 4-m-Band, einer im 2-m-Band und einer im 70-cm-Band eingerichtet. Am Endpunkt der Demonstration wurde neben einem Zelt zur Sanitätsbetreuung auch eine Kindersammelstelle eingerichtet. Der Betreuungszug des ASB-OV Mönchengladbach übernahm die Verpflegung der eingesetzten Helfer.

Um 12.30 Uhr setzte sich der Demonstrationzug in Richtung Innenstadt in Bewegung: Viele Teilnehmer wanderten



In der Einsatzzentrale liefen ständig Meldungen über Ablauf, Standort und Stärke des Demonstrationzugs ein.

allerdings ab, als es stark an zu regnen begann. In der Kindersammelstelle und im Sanitätszelt mußte eine große Anzahl völlig durchnässter Kinder und Erwachsener betreut werden. Sie wurden mit Wolldecken und heißen Getränken versorgt. Auch Hilfeleistungen bei kleineren Verletzungen wurden erforderlich. Gegen 17.00 Uhr mußte der erste Krankentransport durchgeführt werden. Ein Notfalltransport ins Franziskus-Krankenhaus schloß sich an. Gegen 19.00 Uhr konnten die Einheiten aus Bonn und Düsseldorf in ihre Standorte zurückkehren. Das abendliche „Friedensfest“ der Demonstrationsteilnehmer wurde bis 23.00 Uhr von den Helfern des ASB-OV Mönchengladbach betreut.

Insgesamt gesehen war der Einsatz sehr erfolgreich. Die Zusammenarbeit der ASB-Einheiten aus verschiedenen Städten, der Polizei und des Deutschen Hilfsdienstes war vorbildlich.

Manfred Stegner

## Fortschritte erzielt

Der ASB Karlsruhe erzielte im Bereich des Katastrophenschutzes in den letzten zwei Jahren große Fortschritte. Höhepunkt war am 4. April 1981 die Übergabe von neuen Garagen und Lagerräumen durch den Katastrophenschutz-Dezernenten der Stadt, Dr. Rehberger.

Anlässlich der Einweihung veranstaltete der ASB einen „Tag der offenen Tür“, an dem sich auch das Technische Hilfswerk, die Bergwacht, die Freiwillige Feuerwehr Durlach, das Deutsche Rote Kreuz, die Deutsche Lebens-Rettungsgesellschaft und die Regie-Einheiten der Stadt mit einer Ausstellung ihrer Geräte und Fahrzeuge beteiligten.

An die Übergabe des Lagers schloß sich eine Übung des ASB und der Freiwilligen Feuerwehr Durlach an. Ausgangslage war ein schwerer Verkehrsunfall: Mehrere Personen waren verletzt und mußten geborgen werden. Abseilübun-



Neue Garagen und Lagerräume erhielt der ASB Karlsruhe.



Befreundete Hilfsorganisationen beteiligten sich am „Tag der offenen Tür“.



Interessiert beobachten die Zuschauer die gemeinsame Rettungsübung von ASB und Feuerwehr. Fotos: ASB Karlsruhe

gen der Bergwacht, an denen sich auch viele Besucher beteiligten, rundeten das Programm ab.

### Schneller Einsatz der Sozialen Dienste gefährdet

Die Hilfsorganisationen dürfen den Sprechfunkverkehr für die Sozialen Dienste nicht mehr auf den BOS-Frequenzen abwickeln, das heißt der Sprechfunkverkehr auf BOS-Frequenzen darf nicht mehr für organisationseigene Zwecke, die nicht dem Sicherheitsbereich zuzuordnen sind, wie „Essen auf Rädern“, Altenbetreuung, Krankenbetreuung, Behindertenfahrdienst, Altkleidersammlung, sitzender Krankentransport nach dem Personenbeförderungsgesetz, benutzt werden.

Gemäß Beschluß der Fernmeldereferententagung vom 7. Oktober sollen die Hilfsorganisationen nun die Zuweisung von Frequenzen des beweglichen Betriebsfunks für organisationseigene Zwecke beantragen. Für den ASB bedeutet das: Rund 1500 Kraftfahrzeuge müssen mit entsprechenden Funkgeräten ausgerüstet werden, denn die neu zu beantragenden Frequenzen arbeiten auf einer anderen Frequenzebene als die BOS-Frequenzen. Der ASB muß also neben dem BOS-Bereich für Katastrophenschutz und Rettungsdienst jetzt ein neues Funknetz für die Sozialen Dienste aufbauen, wenn weiterhin ein schneller Einsatz in diesem Bereich möglich bleiben soll.

Diese Änderung bedeutet nicht nur einen gewaltigen Papierkrieg, sondern auch einen immensen Kostenaufwand; neue Funkgeräte, Antennen und Feststationen müssen angeschafft und ein-

gerichtet werden. Stehen die finanziellen Mittel nicht zur Verfügung, ist die Flexibilität und der schnelle Einsatz der Sozialen Dienste nicht mehr gewährleistet. In diesem Fall werden die sozial Bedürftigen in unserer Gesellschaft, für die die Mobilien Ambulanten und Sozialen Dienste eine Lebenserleichterung und eine Verbesserung ihrer Lebensqualität darstellen, diese Verordnung auf ihrem Rücken austragen müssen.

Deshalb stellen sich nun folgende Fragen: Ist ein solcher Beschluß überhaupt sinnvoll? Ist dieser immense Kostenaufwand gegenüber den Sozialträgern überhaupt zu vertreten? Und: Werden die Behörden, die das alles beschlossen haben, nun auch die Konsequenzen ziehen und eine finanzielle Hilfe für diese Änderung anbieten? Oder sind es nur die Hilfsorganisationen oder die Sozialträger, die diese Zeche allein zu zahlen haben?

### Hilfe für ASB-Partnerorganisation

Der ASB-Bundesverband hilft zur Zeit dem schwedischen Arbeiter-Samariter-Bund bei einer Reaktivierung. Der schwedische ASB hatte in den vierziger Jahren seinen Höhepunkt, in den fünfziger Jahren ergaben sich jedoch Bestrebungen, ihn mit dem Schwedischen Roten Kreuz zusammenzuführen. Ein entsprechender Beschluß wurde 1951 gefaßt.

Teile des schwedischen ASB haben den Zusammenschluß jedoch nicht vollzogen und sich unter dem Namen „Schwedischer Arbeitsschutz- und Samariter-Bund“ neu formiert. Der schwedische Partnerorganisation wurde nun eine Unterstützung beim Aufbau eigener Mobiler Sozialer Dienste angeboten. Auch besteht ein reger Austausch von Informationen. Darüber hinaus haben Bemühungen stattgefunden, den schwedischen ASB auch ins Internationale Arbeiterhilfswerk (IAH) aufzunehmen.

### Kostenausgleich für höhere Benzinpreise gefordert

Am 1. April 1981 wurde auf Beschluß des Bundestages die Mineralölsteuer drastisch erhöht. Aus Regierungskreisen wird als Grund das stark angestiegene Leistungsbilanzdefizit angegeben. Die Ölrechnung der Bundesrepublik Deutschland betrug 1980 rund 60 Milliarden DM. Damit ist das Leistungsbilanzdefizit in der bundesdeutschen Kasse auf 28 Milliarden DM angewachsen. Der Bürger muß nun tiefer in die Tasche greifen, will er sein Auto mit Benzin versorgen. Das ist hart, aber er hat auch

die Möglichkeit, sein Auto in der Garage stehen zu lassen und weniger zu fahren.

Anders sieht die Situation der Hilfsorganisationen aus. Sie können ihre Autos nicht in der Garage lassen; würden sie das aus Sparsamkeit tun, würde der gesamte humanitäre Fahrdienst, der Rettungs- und Sanitätsdienst zusammenbrechen. Und was das für die Bevölkerung bedeuten würde, kann sich wohl jeder ausmalen.

Der Arbeiter-Samariter-Bund verfügt über rund 1500 Kraftfahrzeuge. Im Jahr werden damit 18 Millionen Kilometer gefahren. Schwerpunkte sind dabei die 400000 Krankentransporte, die Fahrdienste für Behinderte – hier wird jährlich eine Million Menschen befördert – sowie die vielfältigen Mobilen Sozialen Dienste.

Für den ASB ist es nicht möglich, die erneute Verteuerung der Treibstoffkosten voll auf die Benutzer zu verlagern, denn das sind zum großen Teil die Sozialhilfeträger der Kommunen sowie die Krankenkassen. Auch dort bestehen finanzielle Engpässe, die es immer schwieriger werden lassen, zukünftig überhaupt noch kostendeckende Tarife zu erzielen.

Die übrigen Einnahmequellen des ASB, z.B. Spenden, sind erschöpft. Um die Fahrdienste nicht zu gefährden, stellte der ASB den Antrag an die Bundesregierung, daß er nicht in die Treibstoffverteuerungen mit einbezogen wird bzw. daß dem ASB für die erhöhten Kosten ein Ausgleich gewährt wird.

### Einführungslehrgänge für Zivildienstleistende

Zivildienstleistende, die im Krankentransport und Rettungswesen eingesetzt werden sollen, müssen künftig vor ihrer praktischen Verwendung einen speziellen Einführungslehrgang mit Erfolg absolviert haben. Die Einführung muß mindestens sechs Wochen, sie soll sieben Wochen umfassen. Der Zivildienstleistende soll den Lehrgang im allgemeinen innerhalb der ersten zwei Monate seines Dienstes beginnen. Er muß ihn spätestens im dritten Monat beginnen. Der Bund bezuschußt diese Lehrgänge nach § 25a Abs. 2 ZDG zur Zeit mit 40 DM pro Teilnehmertag für die Dauer von sechs Wochen. Erfolgt der Einführungslehrgang erst im vierten Monat oder später nach dem Dienstantritt, zahlt das Bundesamt für den Zivildienst keinen Zuschuß mehr.

Es wird künftig verschärft vom Bundesamt für den Zivildienst darauf geachtet, daß die Zivildienstleistenden in dem obengenannten Zeitraum an einem Einführungslehrgang teilnehmen.

## Deutsche Ärzteschaft lindert Not in Süditalien

50000 DM für die Einrichtung eines ärztlichen Versorgungszentrums gespendet

Der Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, Dr. med. Karsten Vilmar, überreichte in Köln dem Präsidenten der Johanniter-Unfall-Hilfe, Wilh. Graf v. Schwerin, einen Scheck über 50000 DM aus Spenden deutscher Ärzte. Dieser Betrag wird in St. Gregorio Magno, im süditalienischen Erdbebengebiet, zur Errichtung eines ärztlichen Versorgungszentrums dienen.

Dr. Vilmar betonte dabei den Willen der deutschen Ärzteschaft, die Spende unmittelbar der italienischen Bevölkerung zukommen zu lassen. Die Johanniter seien seit November 1980 im Erdbebengebiet tätig, ihr Einsatz beim Bau von über 100 Fertighäusern, Kindergärten und Sozialstationen garantiere die optimale Verwendung dieser Spendenmittel. Das Versorgungszentrum wird, als Teil eines durch die evangelischen Kirchen Italiens unterhaltenen Altersheims, der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung dienen.

Graf v. Schwerin verband mit seinem Dank an Dr. Vilmar auch den Dank der italienischen Bevölkerung. Nach monatelangen Einsätzen der Johanniter-Unfall-Hilfe werde mit diesem Geschenk

Dr. med. Karsten Vilmar (links), Präsident der Bundesärztekammer, überreicht dem Präsidenten der JUH, Wilhelm Graf v. Schwerin, den Scheck für die Erdbebenhilfe in Süditalien.



deutscher Ärzte eine dringend notwendige Hilfsmaßnahme für die Bevölkerung den vorläufigen Abschluß der Arbeiten der JUH in Süditalien einleiten.

Neue Hilfe für Unfallopfer:

## Der UFD widmet sich der Betreuung

JUH und MHD stellen der Presse den gemeinsamen „Unfallfolgedienst“ vor

Mit einem neuen Hilfsangebot wollen Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst menschliche Notlagen entschärfen, die im Zusammenhang mit Unfällen auftauchen. Zielgruppe des Dienstes, der in einer gemeinsamen Pressekonferenz der beiden Hilfsorganisationen als „Unfallfolgedienst“ (UFD) vorgestellt wurde, sind insbesondere Fernreisende und Urlauber, die am Unfallort keine Hilfe von Freunden und Bekannten in Anspruch nehmen können.

Die Vertreter von JUH und MHD wiesen darauf hin, daß sie in ihrer Rettungsdienstarbeit die Erfahrung gewonnen ha-

ben, daß die Unfallabwicklung mit der medizinischen Betreuung der Unfallopfer, mit der Unfallaufnahme der Polizei und der schnellstmöglichen Räumung der Unfallstelle auf den Autobahnen nicht vollständig sei. Menschliche Not entstehe, wenn, wie in einem Fall erläutert, eine holländische Familie verunglückte, die Ehefrau und ein Kind ums Leben kommen, der Ehemann und ein Säugling inmitten von Schrott und verstreutem Gepäck am späten Abend wortwörtlich „auf der Straße“ stehen.

Besorgung einer Unterkunft, Betreuung des Kindes, menschlicher Zuspruch und



Trost für den Vater, Erledigung von Behördengängen und Kontaktaufnahme mit den Angehörigen seien Notwendigkeiten, für die es bisher – wenn überhaupt – systematische Hilfe nicht gegeben habe.

JUH und MHD hätten sich entschlossen, so die Vertreter der Organisationen weiter, sich der Aufgabe zu stellen. Tausende von Helfern mit ihren Familien stünden bereit, um im Bedarfsfalle freiwillig und unentgeltlich „Mensch zu sein“ und die Unfallbetroffenen zu entlasten. Ein Netz von 73 ganztägig besetzten Rettungswachen von JUH und MHD im Bundesgebiet werde für die Polizei und die Krankenhäuser Ansprechstellen für die Inanspruchnahme des Unfallfolgedienstes sein. Aufgrund von Vereinbarungen mit Ausländerorganisationen und der Registrierung der fremdsprachlichen Fähigkeiten der Helfer in der UFD-Kartei der Rettungswachen sei sichergestellt, daß auch Reisenden aus anderen Ländern eine bestmögliche Betreuung zuteil wird.

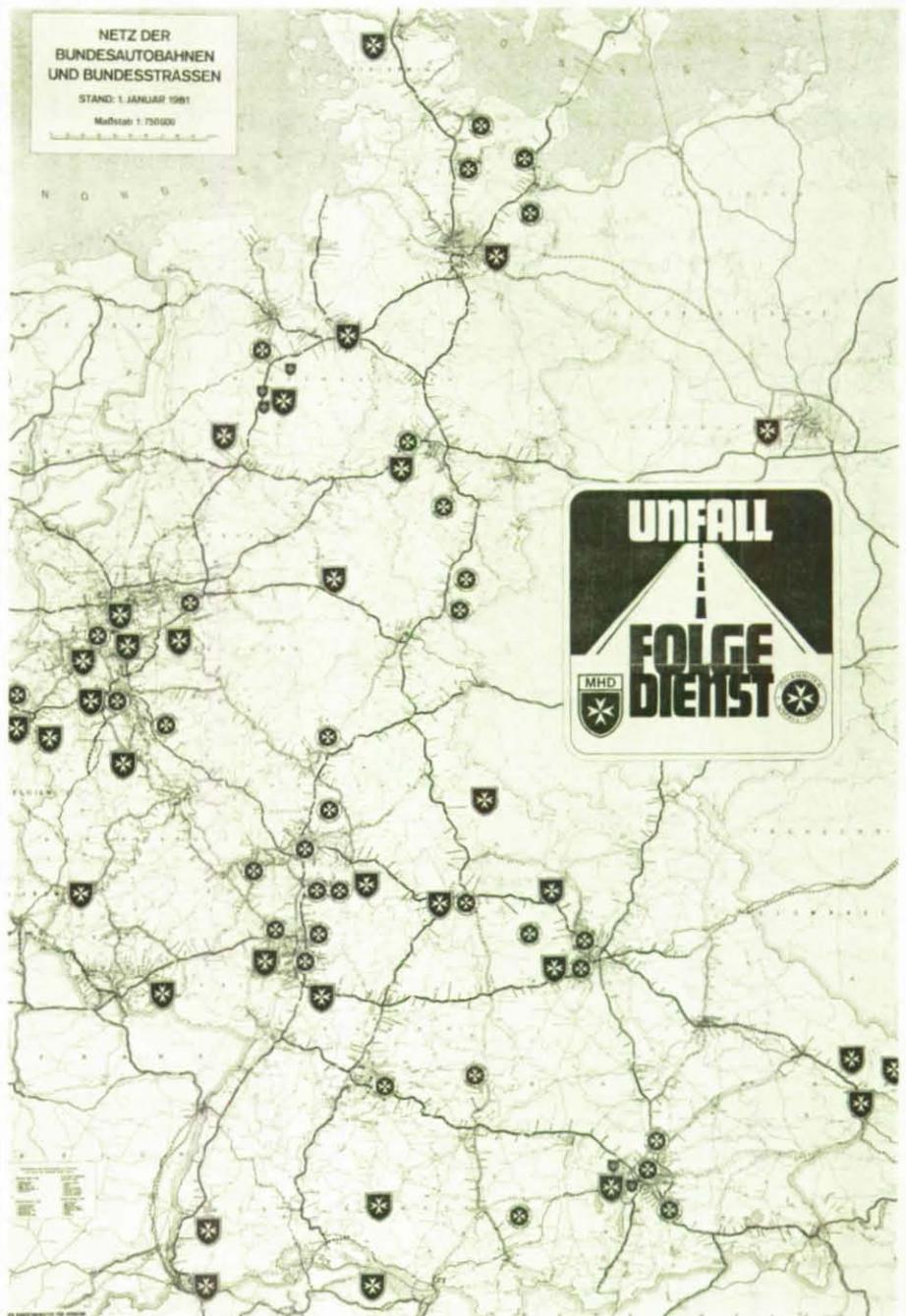
An der Pressekonferenz nahmen auf Einladung der Hilfsorganisationen Schutzpolizeidirektor Zopf, Köln, und Walter Teuber vom Bundesministerium für Verkehr teil. Teuber erklärte, Bundesminister Hauff begrüße die Initiative, die mehr Menschlichkeit auf die Straße bringe. Aus seiner Erfahrung mit Unfallereignissen auf den Autobahnen berichtete Polizeidirektor Zopf. Angesichts der Not, die häufig anzutreffen sei, verspreche er sich vom Unfallfolgedienst hohe Effektivität.

Der Bundesgeschäftsführer der JUH, Paul-Georg Kleffel, ging in seiner Einführung auf die Kooperation zwischen den beiden Hilfsorganisationen beim UFD ein. Man habe sich nicht nur aufgrund des gleichen christlichen Ursprungs im Orden des hl. Johannes vom Spital zu Jerusalem zur Zusammenarbeit entschlossen. Auch die in den letzten Jahren in den einzelnen Rettungswachen der beiden Organisationen gewonnenen gleichen Erkenntnisse hätten dazu bewogen.

Auf die vereinzelt bestehenden lokalen Betreuungsimpulse angesprochen, antwortete der stellv. MHD-Generalsekretär Heinz Himmels, die Schwierigkeit dieser Projekte bestehe darin, daß ihnen eine Koordinationsstelle fehle. Dieser Mangel sei in der UFD-Organisation durch die ständig besetzten Rettungswachen behoben. Erfolgreiche Anfragen bei dem UFD seien in der Regel ausgeschlossen. Himmels wies in einer grundsätzlichen Betrachtung auf die Chance hin, im UFD das hohe Friedensengagement, das die Jugend zur Zeit aufbringe, praktisch einzusetzen.



Eine große Anzahl von Journalisten und ein Aufnahmeteam der ARD-Tagesschau verfolgten die Vorstellung des Unfallfolgedienstes, der von JUH und MHD ins Leben gerufen wurde.



Übersichtskarte der UFD-Meldestellen im Bundesgebiet. Die Streckenabschnitte der Bundesautobahnen und Fernstraßen sind eingeteilt und werden jeweils von einer der beiden Organisationen „betreut“.

Dr. med. Karl-Wilhelm Wedel, Bundesarzt des MHD

## Die Bedeutung der Notfallmedizin für den Katastrophenfall

Die Notfallmedizin muß heute, das wird immer wieder deutlich, höchsten Ansprüchen gerecht werden

Wenn Notfallsituationen (nach Sefrin) plötzlich eintretende, meist mit einer Lebensbedrohung oder dem Gefühl einer solchen einhergehende Zustände sind, dann sieht sich die Notfallmedizin in ein Verbundsystem der vorklinischen und klinischen Versorgung gestellt.

Denn im Gegensatz zu Streicher, der 1977 meinte, Notfall hieße, den Patienten rasch in die Klinik zu bringen, hieße sofortige, nicht vorgeplante Behandlung, in vielen Fällen sofortige Operation, damit Leben oder wichtige Funktionen erhalten bleiben, sind wir mit Gorgass, Ahnefeld u. a. der Meinung, daß bei Notfallpatienten entscheidende, oft lebensrettende medizinische Maßnahmen bereits am Notfallort, also außerhalb der Klinik durchgeführt werden müssen. Sie gliedern sich in die Sofortmaßnahmen durch den Laien, die Erste Hilfe durch Sanitätspersonal und die erste ärztliche Hilfe, unterstützt durch qualifizierte notärztliche Maßnahmen; erst wenn die Transportfähigkeit hergestellt ist, erfolgt nach Ankunft im Krankenhaus die Fortsetzung der Behandlung unter klinischen Aspekten.

Das bedeutet, daß in der Notfallmedizin erfahrene Ärzte oder mindestens doch gut ausgebildetes und qualifiziertes Sanitätspersonal – wir hörten davon – den Notfallpatienten betreuen müssen. Das bedeutet aber auch, daß zur Durchführung notfallmedizinischer Maßnahmen ausreichend materielle Mittel zur Verfügung stehen müssen.

Nachdem 1967 die deutsche Norm für Krankenkraftwagen erarbeitet werden konnte, waren mit der Standardisierung der Rettungswagen und der Krankentransportwagen wesentliche Voraussetzungen für die materielle Ausstattung erfüllt.

Selbst wenn man zugeben muß, daß noch ein Ungleichgewicht der Verteilung von RTW und KTW besteht, muß man zugleich doch feststellen, daß heute ein Status erreicht ist, der allen Forderungen weitgehend gerecht wird. Dabei kann man Lücken selbstverständlich nicht übersehen, wie sie bei einer Bestandsaufnahme vor zwei Jahren in Wiesbaden auch festgestellt wurden.

Es kann nicht übersehen werden, daß zu der Entwicklung bis zum heutigen IST die Hilfsorganisationen den bedeutendsten Beitrag geleistet haben.

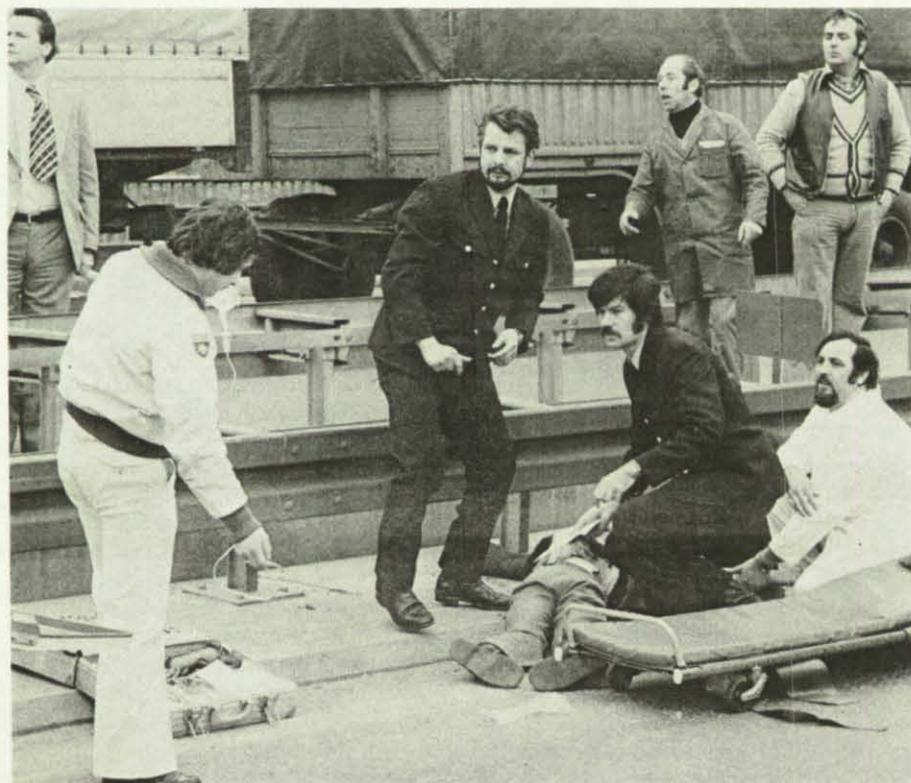
Wenn ich einmal außer acht lasse, daß Notärzte leichter bei ausreichender Bezahlung zu gewinnen sind, Gorgass dem Rettungssanitäter mehr Verantwortung übertragen und auch zumuten will als Sefrin, wenn ich die Diskussion um den Rettungssanitäter nicht wieder aufgreife, bleibt doch festzustellen, daß die im ganzen so befriedigende Funktion des Rettungsdienstes nicht möglich wäre, ohne den vielfach selbstlosen Einsatz der ehrenamtlichen Helfer in den Organisationen. Ihr kaum einmal gewürdigtes Engagement, zu dem wir mit einer den Erfordernissen weitgehend Rechnung tragenden Aus- und Fortbildung beitragen, zeigt, daß es immer noch möglich ist, Leistungen für die Gemeinschaft zu erbringen, ohne immer gleich nach dem Staat und Subventionen zu rufen.

Wenn der Notfall meist nur eine kleine, begrenzte Anzahl von Menschen betrifft, so bedeutet die Katastrophe das Außergewöhnliche. Denn die gewohnte Individualmedizin, die Medizin nach Maß, muß um so mehr zurücktreten, je mehr Verletzte eine Katastrophe mit sich bringt und je größer das Mißverhältnis der benötigten zu den vorhandenen Hilfsmöglichkeiten wird (Lanz).

Vorhersehbarkeit, Ausmaß und Umfang einer Katastrophe bestimmen Erfolg, Teilerfolg oder ungenügenden Erfolg sanitätsdienstlicher Maßnahmen.

Sind Katastrophen auf lange Zeit vorherzusehen, können die sanitätsdienstlichen Maßnahmen dann erfolgreicher sein, wenn eine genügende Vorbereitung vorgenommen wurde.

Dazu gehören die Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe, Impfungen, die Feststellung der Blutgruppen, die Vorbereitung von Notkrankenhäusern, Verbandplätzen und Erste-Hilfe-Stationen, die Anlage von Sanitätsmateriallagern und auch die Bevorratung von Lebensmitteln und Trinkwasser sowie die Bereitstellung von technischer Hilfe im weitesten Sinne.



Dazu gehört ferner die theoretische und praktische Schulung des qualifizierten Sanitätspersonals, die Einweisung von Spezialisten, Schwestern und Allgemeinärzten in ihre Aufgabe im Katastrophenfall und in besonderem Maße die Schulung von Chirurgen, Anaesthesisten und Hygienikern im Hinblick auf eine den chaotischen Situationen angepaßte Vereinfachung der Technik und der angewandten Mittel, um beim Massenansturm von Verwundeten, Verletzten wie Seuchengefährdeten und -kranken nicht zu resignieren.

Auch bei kurzfristiger Vorhersehbarkeit lassen sich noch einige der genannten Vorbereitungen treffen, jedoch ungleich schwieriger und unvollkommener.

Ohne Vorbereitung und ohne Warnung auftretende Großkatastrophen beschränken zunächst ärztliche Betreuung und pflegerische Maßnahmen auf ein Minimum. Obdachlosigkeit, Hunger und Durst treffen jeden schwer, denn Großkatastrophen bevorzugen nicht wahlweise und ausschließlich Menschen und Material, die nicht zum Sanitätsdienst gehören. Auch dieser ist mehr oder weniger stark betroffen: Erinnern wir uns daran, daß 1945 in Hiroshima 75% des Sanitätspersonals, der Ärzte und Hilfskräfte getötet, verwundet oder strahlengeschädigt, 80% der Krankenhäuser zerstört oder schwer beschädigt wurden und Material- und Arzneimittellager zum großen Teil zerstört, unzugänglich oder unbrauchbar waren.

Daraus ergeben sich die Grundsätze für die medizinische Versorgung. Allerdings ist ihr Gelingen gleichzeitig abhängig vom Einsatz der Mittel zur Bergung, zur logistischen und technischen Hilfe. Zunächst muß die sanitätsdienstliche Hilfeleistung mit den Mitteln erfolgen, die im Katastrophengebiet verblieben sind, die sogenannte „interne Hilfeleistung“. Sie besteht bevorzugt darin, lebensrettende Maßnahmen durchzuführen, weitere Erste Hilfe zu leisten, Verwundete und Verletzte zu bergen und zu sammeln, damit die Zeit überbrückt werden kann, bis weitere Hilfe eintrifft. Diese Zeitspanne kann sich länger ausdehnen wegen der Entfernungen, wegen der durch die Katastrophe verursachten Hindernisse.

Die „Hilfeleistungen von außen“ bestehen neben Entseuchungs- und anderen, je nach Lage unterschiedlichen, hygienischen Maßnahmen aus denen, die unter ungünstigen Verhältnissen eine, wie PIROGOW sagte, „traumatische Epidemie“ schwerster Verletzungen bewältigen müssen. Denn zwischen Notwendigem und Möglichem besteht ein Mißverhältnis, und regelmäßig sind Großkatastrophensituationen zunächst nicht beherrschbar. Nicht nur multiple schwere

Verletzungen stellen ein Problem dar, das sich unter normalen Verhältnissen in dieser Häufung nicht ergibt, hinzu können Verbrennungen und Kälteschäden treten, die Resistenz der Betroffenen kann durch Erschöpfung, Schlafmangel, Unterernährung, Durst, Vergiftungen und psychische Alterationen geschwächt sein.

Häufig können noch alle Grundsätze der Chirurgie, der Hygiene, der Asepsis und Antisepsis, der Ernährung und Anästhesie beachtet werden, vielfach aber müssen sie den Umständen angepaßt oder gar vernachlässigt werden, stehen die Chirurgen bei einem Massenansturm von Verwundeten vor oft schier unlöslichen Aufgaben, zwingen Schwierigkeiten der Unterbringung oder des Transports zu Maßnahmen, die normalerweise nicht zu verantworten sind, müssen Behelfe organisiert werden, ist zu improvisieren, müssen Schwerverwundete vernachlässigt werden, um möglichst viele Verwundete noch relativ optimal ärztlich zu betreiben.

Hier werden die bedeutenden Unterschiede der Unfallchirurgie zur Katastrophenchirurgie sichtbar, die – in Anlehnung an FÖLSCH – eine „Chirurgie mit Hindernissen mannigfaltiger Art“ ist.

Trotzdem vermittelt die Notfallmedizin bedeutende Erkenntnisse und Erfahrungen für die am Notfallort zu treffenden Maßnahmen wie Blutstillung, Wiederbelebung und Schockbekämpfung, erlaubt Erprobung und Perfektionierung aller nur möglichen Hilfs-, Transport- und sonstiger technischer Geräte. Der Weg zur weiteren Behandlung der Notfallpatienten führt in Verfolg der Rettungskette aber direkt in das nächste geeignete Krankenhaus, in dem mit allen Mitteln des qualifizierten Personaleinsatzes und einer optimalen Ausstattung dem Verletzten konzentrierte Hilfe zuteil wird bis zur endgültigen Wiederherstellung.

Für die Katastrophenmedizin, bei einem Massenansturm von Verletzten, erfordert die Notwendigkeit zur stufenweisen Versorgung von den lebensrettenden Maßnahmen über die Herstellung der Transportfähigkeit bis zur Reparatur und schließlich der Rekonstruktion ein anderes Denken als das sonst gewohnte und geübte.

Selbst wenn man Katastrophensituationen nicht herbeiwünscht, muß man sich gedanklich und praktisch darauf vorbereiten, nicht nur, weil stets durch kluge Planung und durch eine auf die Bedürfnisse des Ernstfalls abgestimmte Ausbildung beneidenswerte Erfolge erzielt werden konnten, sondern weil die ärztliche Verantwortung dies gebietet!

Dabei ist, wie ich in der vorhergehenden Gegenüberstellung darzulegen versuchte, die Notfallmedizin von erheblicher Bedeutung, oder lassen Sie es mich so ausdrücken, stellt eine unter normalen Verhältnissen allein mögliche praktische Vorbedingung dar für die Katastrophenmedizin. Zugleich muß aber noch einiges mehr getan werden, wie SCHULTZE unlängst vorgeschlagen hat. Dabei müssen viele zusammenwirken, müssen viele Mittel bereitgestellt werden, denn bisher ist auf diesem, lange Zeit sogar tabuisierten Gebiet zu wenig geschehen.

Die Behandlung des Themas „Katastrophenmedizin und medizinische Versorgung im Zivilschutz einschließlich Kernkraftkatastrophen“ auf dem IV. Interdisziplinären Forum der Bundesärztekammer lenkte mehr Aufmerksamkeit auf dieses für uns so wichtige Gebiet; aber die Bundesärztekammer hat sich eben dieses Themas erst angenommen, als es – entgegen den von FREY und anderen sowie von den in nationalen und internationalen Katastropheneinsätzen längst erfahrenen Hilfsorganisationen schon seit Jahren erhobenen, aber ungeliebten Forderungen – modern und unverfänglich wurde, darüber zu sprechen!

Notfallmedizin, lassen wir es damit beenden, hat ihre Bedeutung für die Katastrophenmedizin, für die Bewältigung von Katastrophen aus sanitätsdienstlicher Sicht; und: Immer wieder neue Katastrophen beweisen, wie wichtig es ist, darauf eingestellt zu sein, daß jeder Verletzte rechtzeitig, richtig und unter Ausnutzung aller gebotenen Mittel und Möglichkeiten die ärztliche Betreuung erfahren soll, die geeignet ist, sein Leben zu erhalten und seine Gesundheit so weit wie möglich wiederherzustellen.

Verfolgen wir nicht nur Tendenzen, erfüllen wir Forderungen, dem Auftrag gemäß, den wir als Ärzte, als Helfer, als Hilfs- und Rettungsorganisation übernommen haben.

### **Direktor Maier ausgezeichnet**

Für langjährige, verdienstvolle Zusammenarbeit und hervorragende Unterstützung verlieh der Leiter des Malteser-Hilfsdienstes in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Johannes Graf von Schönburg-Glauchau, im Auftrage des MHD-Präsidenten dem Leiter des Amtes für Zivilschutz der Stadt Stuttgart, Direktor Gerhard Maier, die MHD-Verdienstplakette in Silber. Die Ehrung fand im Rahmen der Diözesanversammlung am 27. Juni 1981 statt.

## Der Deutsche Feuerwehrverband e. V. nach der Änderung seiner Satzung

Seit der Deutsche Feuerwehrverband im Jahre 1853 gegründet wurde, hat er eine Vielzahl bedeutsamer struktureller Veränderungen vollzogen und wird auch in Zukunft wiederkehrend seine Verbands- und Organisationsstrukturen einer Überprüfung unterziehen müssen, will er sich den stets verändernden Gegebenheiten laufend mit anpassen.

Wer ist der Deutsche Feuerwehrverband? Die Satzung des Verbandes (Stand 28. 3. 1981) legt hierzu in § 1 fest:

### § 1 Name, Rechtsform, Sitz

1. Die Feuerwehren in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) bilden eine Vereinigung mit dem Namen „Deutscher Feuerwehrverband“.
2. Der Verband hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins.
3. Der Sitz des Deutschen Feuerwehrverbandes ist Bonn.
4. Der Deutsche Feuerwehrverband betrachtet sich als Rechtsnachfolger des im Jahre 1938 aufgelösten Deutschen Feuerwehrverbandes.
5. Das Abzeichen des Deutschen Feuerwehrverbandes ist der stilisierte Feuerwehrhelm mit Nackenleder in den Farben Blau, Rot und Gold; in dem roten Feld befinden sich die Abkürzungsbuchstaben DFV in goldener Schrift. Das Abzeichen ist gesetzlich geschützt.
6. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Der Deutsche Feuerwehrverband hat in den letzten zwei Jahren einige wichtige Maßnahmen zur Strukturverbesserung des Verbandes vorgenommen, die insgesamt seine satzungsmäßigen Aufgaben und Arbeiten positiv beeinflussen sollen. Eine umfangreiche Überarbeitung der Satzung per 17. 10. 1980, mit nochmaligen Korrekturen per 28. 3. 1981, haben dem Deutschen Feuerwehrverband eine neue und gleichfalls moderne Satzung gegeben. Hiernach gibt es im DFV als Beschlußgremien die Delegiertenversammlung, das Präsidium und den Vorstand (gem. § 26 BGB).

Als ordentliche Mitglieder gehören dem Verband die elf Landesfeuerwehrverbände/Landesgruppen und die Bundesgruppen „Berufsfeuerwehr“ und „Werkfeuerwehr“ an.

Die Grafik verdeutlicht den Gesamtaufbau des Deutschen Feuerwehrverbandes, von den Gemeinden/Städten über die Kreisfeuerwehrverbände und Landesfeuerwehrverbände bis hin zum DFV. Ferner ist ersichtlich, wie die satzungsmäßigen Organe und sonstigen Gremien im Verband eingeordnet und vertreten sind. Mitglieder des Deutschen Feuerwehrverbandes sind gem. § 3 der Satzung des DFV:

1. Ordentliche Mitglieder können werden
  - 1.1 die Landes-Feuerwehrverbände oder Landesgruppen als Gesamtvertretung der Feuerwehren eines jeden Bundeslandes einschließlich Berlin (West) (eine Landesgruppe kann als Gesamtvertretung eines Bundeslandes nur Mitglied werden, wenn kein Landes-Feuerwehrverband besteht),
  - 1.2 die auf Bundesebene zur „Bundesgruppe Berufsfeuerwehr“ zusammengeschlossenen Berufsfeuerwehren einschließlich der berufsfeuerwehrahähnlichen Feuerwehren der Bundeswehr und der Stationierungsstreitkräfte,
  - 1.3 die auf Bundesebene zur „Bundesgruppe Werkfeuerwehr“ zusammengeschlossenen Werkfeuerwehren.
2. Die unter § 3 Abs. 1.2 und Abs. 1.3 genannten Berufs- und Werkfeuerwehren können nur der jeweiligen Bundesgruppe beitreten, wenn eine Mitgliedschaft bei den Mitgliedern gem. § 3 Abs. 1.1 nach deren Satzung nicht möglich ist oder es einen solchen Zusammenschluß auf der Ebene des Bundeslandes nicht gibt.
3. Fördernde Mitglieder können Körperschaften des öffentlichen Rechts, natürliche und juristische Personen und Gesellschaften werden.
4. Zu Ehrenmitgliedern können verdienstvolle Persönlichkeiten ernannt werden.

Entsprechend dieser satzungsmäßigen Festlegung sind ordentliche Mitglieder:

- Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg
- Feuerwehr-Landesgruppe Bayern
- Landesverband der Freiwilligen Feuerwehren Berlins
- Landesfeuerwehrverband Bremen
- Vereinigung der Freiwilligen Feuerwehren der Freien und Hansestadt Hamburg
- Landesfeuerwehrverband Hessen
- Landesfeuerwehrverband Niedersachsen
- Landesfeuerwehrverband Nordrhein-Westfalen

- Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz
- Feuerwehr-Landesgruppe Saarland
- Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein
- Bundesgruppe „Berufsfeuerwehr“
- Bundesgruppe „Werkfeuerwehr“.

Mitglieder der „Bundesgruppe Berufsfeuerwehr“ sind: die Berufsfeuerwehren Augsburg, Berlin, Bremen, Bremerhaven, Hamburg, München, Nürnberg und Oldenburg sowie der Bundeszusammenschluß der Feuerwehren der US-Army.

Mitglieder der „Bundesgruppe Werkfeuerwehr“ sind: die Landesorganisationen der Werkfeuerwehren Bayern, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Die Mitgliedschaft in den Bundesgruppen „Berufsfeuerwehr“ und „Werkfeuerwehr“ ist nach § 3 Abs. 2 der Satzung dann möglich, wenn eine Aufnahme im zuständigen Landesfeuerwehrverband nicht möglich ist. Dort, wo ein Landesfeuerwehrverband besteht und die Satzung dieses Verbandes einen Beitritt zuläßt, kann eine Berufsfeuerwehr oder Werkfeuerwehr nicht Mitglied in der betreffenden Bundesgruppe innerhalb des DFV werden. Grundprinzip der Mitgliedsregelung im DFV ist, daß die deutschen Feuerwehren aller Sparten vorrangig Mitglied im zuständigen Landesfeuerwehrverband sind, wodurch dann automatisch die Mitgliedschaft im Deutschen Feuerwehrverband verbunden ist.

Vorstand im Sinne des § 26 BGB ist der Präsident mit seinen vier gleichberechtigten Vizepräsidenten. Der Vorstand ist nach Satzung Mitglied im Präsidium des DFV und damit stimmberechtigtes Mitglied in der Delegiertenversammlung. Die Satzung des DFV legt in § 11 hinsichtlich des Vorstandes fest:

1. Der Vorstand besteht aus
  - 1.1 dem Präsidenten,
  - 1.2 den vier Vizepräsidenten.
2. Von den Vizepräsidenten ist je einer von den Berufsfeuerwehren und den Werkfeuerwehren (sofern Mitglieder gem. § 3 Abs. 1) zu stellen, die auch das Vorschlagsrecht haben.
3. Der Präsident und die vier Vizepräsidenten sind Vorstand im Sinne des § 26 BGB. Der Präsident allein, bei seiner Verhinderung zwei Vizepräsidenten gemeinsam, vertreten den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Im Innenverhältnis dürfen die Vizepräsidenten von der Vertreterbefugnis nur Gebrauch machen, wenn der Präsident verhindert ist.

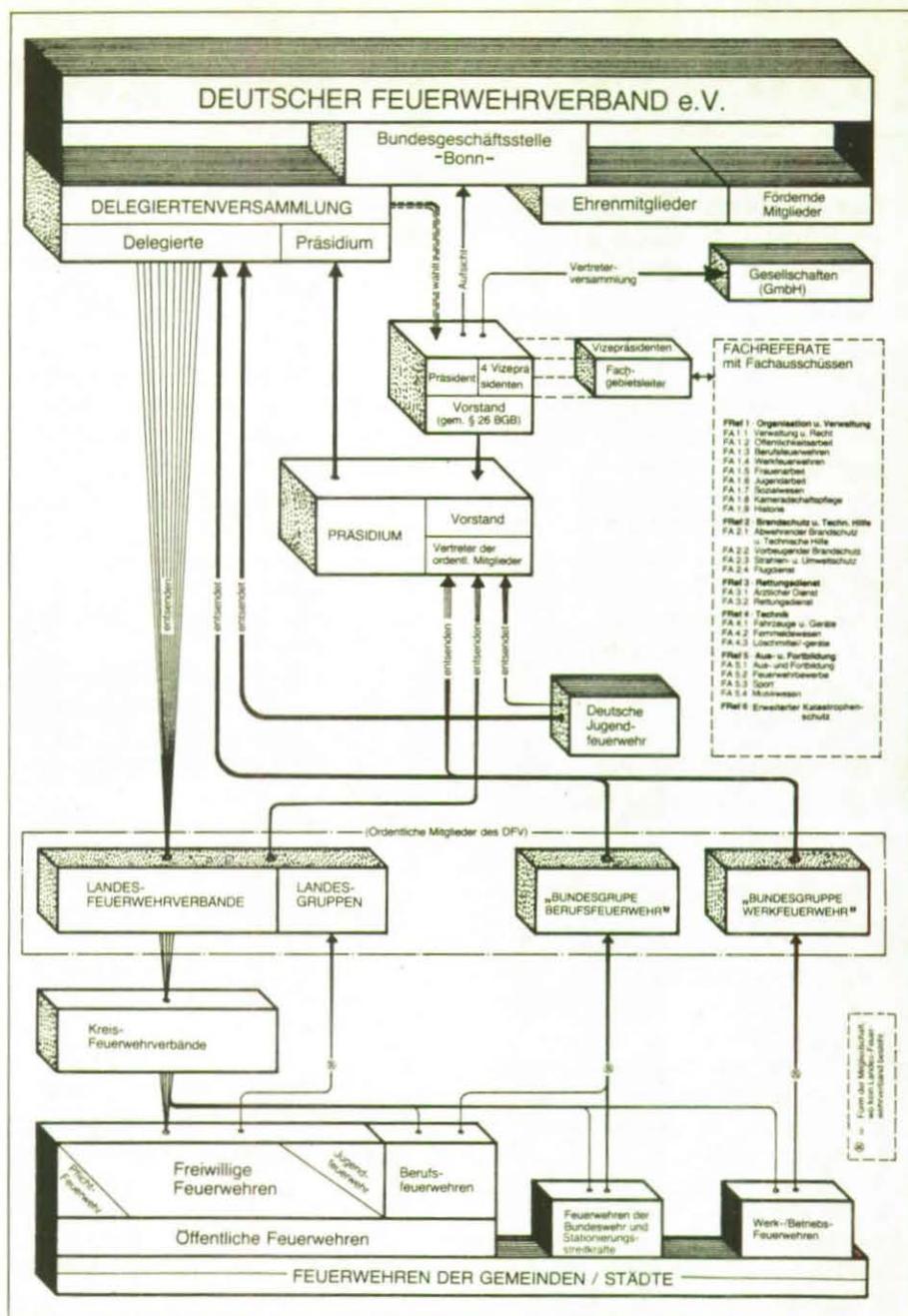
4. Der Präsident und die vier Vizepräsidenten werden auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Sie bleiben bis zur Neuwahl im Amt.

Die Geschäftsordnung des Vorstandes legt hierzu ergänzend u. a. fest:

1. Die Vertretung gem. § 11 Abs. 3 der Satzung wird wie folgt geregelt:
  - 1.1 Die beiden Vertreter der Freiwilligen Feuerwehren gemeinsam, wenn es sich vorrangig um Belange der Freiwilligen Feuerwehren handelt. Bei Verhinderung eines Vertreters übernimmt der Vertreter der Berufsfeuerwehren diese Vertretung.
  - 1.2 Der Vertreter der Berufsfeuerwehren gemeinsam mit dem dienstältesten Vertreter der Freiwilligen Feuerwehren, wenn es sich vorrangig um Belange der Berufsfeuerwehren handelt.
  - 1.3 Der Vertreter der Werkfeuerwehren gemeinsam mit dem dienstältesten Vertreter der Freiwilligen Feuerwehren, wenn es sich vorrangig um Belange der Werkfeuerwehren handelt.
  - 1.4 Bei Verhinderung des dienstältesten Vertreters der Freiwilligen Feuerwehren in den Fällen Pos. 1.2 und 1.3 übernimmt der weitere Vertreter der Freiwilligen Feuerwehren die Vertretung. Bei Verhinderung eines Vertreters der Berufs- oder Werkfeuerwehren vertreten sie sich gegenseitig . . .
4. Zur Vorstandsstagung kann auf Antrag eines Vorstandsmitgliedes durch den Präsidenten der zuständige Fachreferent und ggf. der Vorsitzende des Fachausschusses zu dem ihn betreffenden Tagesordnungspunkt hinzugezogen werden.

Das Präsidium des Deutschen Feuerwehrverbandes ist das höchste Beschlußorgan des Verbandes zwischen den Delegiertenversammlungen. Im Präsidium sind neben dem Vorstand die 13 ordentlichen Mitglieder analog ihrer eigenen Mitgliederstärke durch Vertreter vertreten. Das Präsidium ist nach Satzung stimmberechtigtes Mitglied in der Delegiertenversammlung des DFV. Die Satzung des DFV legt in § 9 hinsichtlich des Präsidiums u. a. fest:

1. Das Präsidium besteht aus
  - 1.1 dem Vorstand (§ 11),
  - 1.2 den Vorsitzenden und den Vertretern der Mitglieder gem. § 3 Abs. 1. Sie entsenden insgesamt für je angefangene 40000 aktive Feuerwehrangehörige, für die im abgelaufenen Geschäftsjahr Beiträge (gem. § 16) entrichtet worden sind, ein Präsidiumsmitglied, jedoch nicht mehr als drei, wobei



der Vorsitzende eingeschlossen ist, 1.3 dem Bundesjugendleiter und einem weiteren Vertreter der Deutschen Jugendfeuerwehr (gem. § 4).

Die Geschäftsordnung des Präsidiums legt hierzu ergänzend u. a. fest:

1. Die Vertretungen im Präsidium werden wie folgt geregelt:
  - 1.1 Die Vorsitzenden der Landesfeuerwehrverbände/Landesgruppen sind kraft Amtes Mitglied des Präsidiums. Bei ihrer Verhinderung werden sie gem. den Festlegungen der Satzung/Ordnung des betreffenden Landesfeuerwehrverbandes/Landesgruppe vertreten.
  - 1.2 Die weiteren Vertreter der ordentlichen Mitglieder (gem. § 9 Abs. 1.2) können bei Verhinderung durch einen vom Mitglied benannten Vertreter vertreten werden.

Dem Deutschen Feuerwehrverband ist diese Vertretung rechtzeitig mitzuteilen.

- 1.3 Der Bundesjugendleiter ist kraft Amtes Mitglied des Präsidiums. Bei seiner Verhinderung wird er gem. den Festlegungen der Jugendordnung der Deutschen Jugendfeuerwehr vertreten.
2. Zur Präsidiumstagung soll auf Antrag des zuständigen Fachgebietsleiters durch den Präsidenten der zuständige Fachreferent und ggf. der Vorsitzende des Fachausschusses zu dem ihn betreffenden Tagesordnungspunkt hinzugezogen werden . . .
6. Die Teilnahmeregelung ist:
  - 6.1 Die Tagungen des Präsidiums sind nicht öffentlich. Jedoch können durch den Präsidenten zu Tagesordnungspunkten fachkundige Personen geladen werden. Ihnen kann vom Versammlungsleiter das Wort erteilt werden.

6.2 Als ständiger Gast ist der Vorsitzende des Unterausschusses „Feuerwehrangelegenheiten“ des AK V der AGdI einzuladen.

Nach gegenwärtigem Stand gehören von den ordentlichen Mitgliedern dem Präsidium an (Stand 28. 3. 1981):

Ordentliche Mitglieder	Vertreter der Mitglieder im Vorstand	
	LFV/LGr/BGr	im Präsidium
Baden-Württemberg	1	3
Bayern	1	2
Berlin	–	1
Bremen	–	1
Hamburg	–	1
Hessen	–	3
Niedersachsen	–	3
Nordrhein-Westfalen	–	3
Rheinland-Pfalz	–	1
Saarland	–	1
Schleswig-Holstein	1	2
Berufsfeuerwehr	1	1
Werkfeuerwehr	1	1
Deutsche Jugendfeuerwehr	–	2
<b>Gesamt</b>	<b>5</b>	<b>25</b>

Die Delegiertenversammlung ist das höchste Beschlößorgan des Deutschen Feuerwehrverbandes und tagt jährlich einmal. Außer den Mitgliedern des Präsidiums sind die ordentlichen Mitglieder des DFV nach der Anzahl ihrer eigenen Mitglieder mit Delegierten in diesem Beschlößorgan vertreten. Der § 7 der Satzung des DFV legt hierzu u. a. folgendes fest:

- Die Delegiertenversammlung besteht aus
  - dem Präsidium (§ 9)
  - den Landes-Jugendfeuerwehrwarten der Mitglieder (gem. § 3 Abs. 1.1),
  - den Delegierten.
- ist der Bundesjugendleiter gleichzeitig Landes-Jugendfeuerwehrwart in einem ordentlichen Mitglied (gem. § 3 Abs. 1.1), so tritt der nach der Jugendordnung des Mitgliedes bestimmte Stellvertreter an seine Stelle.
- Die Mitglieder (gem. § 3 Abs. 1) stellen je angefangene 7500 aktive Feuerwehrangehörige, für die im abgelaufenen Geschäftsjahr Beiträge (gem. § 16) entrichtet worden sind, einen Delegierten.

Die Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung legt hierin ergänzend u. a. fest:

- Die Vertretungen in der Delegiertenversammlung werden wie folgt geregelt:
  - Die Vorsitzenden der Landesfeuerwehrverbände/Landesgruppen sind als Präsidiumsmitglied Mit-

glied der Delegiertenversammlung. Bei ihrer Verhinderung werden sie gem. den Festlegungen der Satzung/Ordnung des betreffenden Landesfeuerwehrverbandes/Landesgruppe vertreten.

- Die weiteren Vertreter der ordentlichen Mitglieder im Präsidium können bei Verhinderung durch einen vom Mitglied benannten Vertreter vertreten werden. Dem Deutschen Feuerwehrverband ist diese Vertretung rechtzeitig mitzuteilen.
- Die Landes-Jugendfeuerwehrwarten der Landesfeuerwehrverbände/Landesgruppen sind kraft Amtes Mitglied der Delegiertenversammlung. Bei ihrer Verhinderung werden sie gem. den Festlegungen der Jugendordnung des betreffenden Landesfeuerwehrverbandes/Landesgruppe vertreten.
- Die Delegierten gem. § 7 Abs. 1.3 der Satzung des DFV werden von den ordentlichen Mitgliedern gem. den Festlegungen ihrer Satzung/Ordnung bestimmt.

2. Zur Delegiertenversammlung soll auf Antrag des zuständigen Fachgebietsleiters durch den Präsidenten der zuständige Fachreferent und ggf. der Vorsitzende des Fachausschusses zu dem ihn betreffenden Tagesordnungspunkt hinzugezogen werden.

3. Die Landesgruppe (gem. § 3 Abs. 1.1) ist ein Zusammenschluß innerhalb eines Bundeslandes ohne Struktur eines Landesfeuerwehrverbandes. Die Landesgruppe benennt dem Deutschen Feuerwehrverband aus dem Kreis ihrer Feuerwehren einen Vorsitzenden.

4. Die Bundesgruppen „Berufsfeuerwehr“ (gem. § 3 Abs. 1.2) und „Werkfeuerwehr“ (gem. § 3 Abs. 1.3) sind ein Zusammenschluß auf Bundesebene gem. § 3 Abs. 2 und benennen dem Deutschen Feuerwehrverband aus dem Kreis der angeschlossenen Feuerwehren einen Vorsitzenden.

Die zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses (17. 10.1980) in den beiden Bundesgruppen erfaßten Feuerwehren bleiben hier Mitglied, bis hierfür die Voraussetzungen gem. § 3 Abs. 2 entfallen und aufgrund einer eigenen Entscheidung ein Wechsel in den zuständigen Landesfeuerwehrverband erfolgt. Sofern die Mitglieder der Bundesgruppen den Beitrag (gem. § 16) direkt an den Deutschen Feuerwehrverband entrichten, sind diesem die Mitgliedschaften in den beiden Bundesgruppen bekannt und eine spezielle Mitgliederbenennung entfällt . . .

8. Die Delegiertenversammlung kann je nach den zu behandelnden Themen in einen

- nichtöffentlichen Teil und einen
- öffentlichen Teil

gegliedert werden. Angelegenheiten des Haushalts, Grundstücks- und Personalangelegenheiten sind im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

8.1 Zur Delegiertenversammlung können durch den Präsidenten fachkundige Personen und Gäste geladen werden.

8.2 Als ständige Gäste sind der Vorsitzende des Unterausschusses „Feuerwehrangelegenheiten“ des AK V der AGdI, der Vorsitzende der AGBF-Bund und die Ehrenmitglieder des Deutschen Feuerwehrverbandes einzuladen.

8.3 Zum nichtöffentlichen Teil können durch den Präsidenten zu Tagesordnungspunkten fachkundige Personen zugelassen werden.

Die Aufgaben des Deutschen Feuerwehrverbandes und die Facharbeit ergeben sich richtungweisend aus den Festlegungen in der Satzung des Verbandes u. a. in den §§ 2, 12 und 13:

## § 2 Zweck und Aufgabe

Der Deutsche Feuerwehrverband

- ist der Fachverband der Feuerwehren,
- nimmt zu gesetzlichen und anderen Regelungen, die den Aufgabenbereich der Feuerwehren betreffen, Stellung,
- nimmt die gesellschaftspolitischen Interessen seiner Mitglieder wahr,
- vertritt die sozialen Belange der Angehörigen der Feuerwehren, soweit nicht andere vorrangig dafür zuständig sind,
- betreut und fördert die Jugendarbeit der Feuerwehren,
- betreut und fördert die Pflege kameradschaftlicher Verbundenheit unter den in Ehren aus dem aktiven Feuerwehrdienst ausgeschiedenen Feuerwehrangehörigen der Alters-/Ehrenabteilungen der Feuerwehren,
- betreut und fördert das Musikwesen in den Feuerwehren,
- betätigt sich in der Öffentlichkeitsarbeit für die Feuerwehren,
- pfl egt die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Einrichtungen und kann zur Erfüllung dieser Aufgaben Mitgliedschaften erwerben,
- betätigt sich weder politisch noch religiös,
- erkennt besondere Leistungen auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens an und zeichnet verdiente Personen aus,
- verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Vorschriften der Abgabenord-

nung in der jeweils gültigen Fassung, ist selbstlos tätig, verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke, verwendet Mittel des Verbandes nur für die satzungsmäßigen Zwecke und gibt seinen Mitgliedern keine Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes,

13. darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Verbandes fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.

#### § 12 Aufgaben des Vorstandes (u. a.)

2. Die vier Vizepräsidenten übernehmen die Verantwortung für die Fachgebiete.

#### § 13 Fachgebiete

1. Das Aufgabengebiet des Deutschen Feuerwehrverbandes wird in Fachgebiete aufgeteilt.
2. Innerhalb der Fachgebiete können zur Erfüllung der Aufgaben Fachreferate und innerhalb dieser Fachausschüsse und ad hoc-Ausschüsse gebildet werden.
3. Die Aufgaben und die personelle Besetzung werden vom Präsidium festgelegt.
4. Die Besetzung soll ausschließlich nach fachlichen Gesichtspunkten erfolgen.
5. Die Organe bedienen sich zur Erfüllung der Aufgaben der fachlichen Beratung der Fachreferenten. Sie haben nur beratende Stimme.

Die Ausführung der Facharbeit im DFV richtet sich nach den ergänzenden Festlegungen in den „Richtlinien für die Fachgebiete und Facharbeit im DFV“. Im Rahmen der strukturellen Veränderungen innerhalb des Deutschen Feuerwehrverbandes wurde insbesondere auch die Facharbeit und die Organisation der Fachgebiete mit ihren Fachreferaten und Fachausschüssen neu geordnet. Ziel dieser Maßnahmen sollte es sein, unter Berücksichtigung der in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen die Facharbeit des Verbandes als Fachvertretung aller deutschen Feuerwehren zu intensivieren. Hieraus folgend wurden die Fachreferate und Fachausschüsse grundlegend verändert und diesen neue Tätigkeitsmerkmale zugewiesen. Das Aufgabengebiet des DFV ist künftig in vier Fachgebiete aufgeteilt, die je von einem Vizepräsidenten verantwortlich geleitet werden. Innerhalb der Fachgebiete sind zur Erfüllung der Aufgaben sechs Fachreferate mit insgesamt 22 Fachausschüssen gebildet. Jedes Fachreferat wird von einem Fachreferenten geleitet. Die personelle Besetzung der einzelnen Fachausschüsse erfolgt gemäß Satzung nach fachlichen Gesichtspunkten. Um eine möglichst rationelle und effektive Facharbeit zu gewährleisten, wurde die Mitgliederstärke

der Fachausschüsse auf ein Minimum begrenzt; im Durchschnitt fünf Mitglieder. Die einzelnen Fachausschüsse wählen aus ihrer Mitte jeweils einen Vorsitzenden, der u. a. Berichterstatter für den Fachausschuß ist. Die Gliederung der Fachgebiete mit den Fachreferaten und Fachausschüssen ist aus der Grafik ersichtlich. Der Deutsche Feuerwehrverband hofft, durch diese strukturellen Veränderungen in seinen Fachgebieten künftig die fachlichen Interessen der deutschen Feuerwehren besser bearbeiten und vertreten zu können.

Die „Deutsche Jugendfeuerwehr“ ist der Zusammenschluß der Jugendorganisationen der einzelnen Landesfeuerwehrverbände/Landesgruppen und die Jugendorganisation des Deutschen Feuerwehrverbandes. Die „Deutsche Jugendfeuerwehr“ hat analog den Grundsätzen des Deutschen Feuerwehrverbandes gemäß ihrer Jugendordnung ihren eigenen Verbandsaufbau festgelegt. Durch stimmberechtigte Vertreter im Präsidium und in der Delegiertenversammlung des DFV wirkt die „Deutsche Jugendfeuerwehr“ im Gesamtverband mit.

Der § 4 der Satzung des Deutschen Feuerwehrverbandes bildet die Basis für die „Deutsche Jugendfeuerwehr“:

1. Die Jugendfeuerwehren innerhalb der ordentlichen Mitglieder des Deutschen Feuerwehrverbandes (gem. § 3 Abs. 1) bilden die „Deutsche Jugendfeuerwehr“.
2. Die Deutsche Jugendfeuerwehr gibt sich eine Jugendordnung. Sie ist durch die Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes zu bestätigen.
3. Über Haushaltsplan und Jahresrechnung der Deutschen Jugendfeuerwehr beschließt die Delegiertenversammlung der Deutschen Jugendfeuerwehr. Die Beschlüsse sind durch die Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes zu bestätigen.
4. Der Bundesjugendleiter und seine Stellvertreter sind von der Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes zu bestätigen.
5. Die Vertreter der Deutschen Jugendfeuerwehr in den Organen des Deutschen Feuerwehrverbandes müssen geschäftsfähig sein.

Im Gegensatz zu manchen anderen vergleichbaren Bundesorganisationen finanziert sich der Deutsche Feuerwehrverband ausschließlich aus dem Beitragsaufkommen seitens der aktiven Mitglieder der deutschen Feuerwehren. Da der Verband aus den öffentlichen Haushalten von Bund und Ländern für seinen Haushalt keinerlei Zuschüsse bekommt, ist auch von hier seine bekannte Unabhängigkeit gewahrt. Der § 16 der Satzung des DFV regelt seine Finanzierung:

1. Die für die Durchführung der Aufgaben des Deutschen Feuerwehrverbandes erforderlichen Mittel werden von den Mitgliedern (gem. § 3 Abs. 1) durch Beiträge, abgestellt auf die Anzahl der Feuerwehrangehörigen, aufgebracht.
2. Zu den beitragspflichtigen Feuerwehrangehörigen gehören alle Aktiven im Sinne der Ländergesetze (vom Eintrittsalter bis zum Höchstalter). Die Mitglieder der Jugendfeuerwehren und der Alters-/Ehrenabteilungen (Aktive, die das gesetzliche Höchstalter überschritten haben oder vorzeitig aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind) sind nicht beitragspflichtig.
3. Die fördernden Mitglieder zahlen einen Jahresbeitrag nach eigenem Ermessen.
4. Die Einnahmen dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden.

In der Bundeshauptstadt Bonn, dem satzungsmäßigen Sitz des Deutschen Feuerwehrverbandes, hat der Verband seine 1979 eingeweihte neue Bundesgeschäftsstelle. In § 15 der Satzung des DFV wird die Geschäftsführung des Verbandes geregelt:

1. Bundesgeschäftsstelle
  - 1.1 Die Geschäftsführung des Deutschen Feuerwehrverbandes obliegt der Bundesgeschäftsstelle, die vom Bundesgeschäftsführer geleitet wird.
  - 1.2 Der Bundesgeschäftsführer ist dem Vorstand für eine ordnungsgemäße Abwicklung der laufenden Verwaltungsgeschäfte verantwortlich.
  - 1.3 Der Bundesgeschäftsführer nimmt mit beratender Stimme an den Tagungen der Organe teil. An den Tagungen sonstiger Gremien kann er mit beratender Stimme teilnehmen.
  - 1.4 Der Bundesgeschäftsführer hat das Vorschlagsrecht für die Einstellung hauptberuflicher Kräfte.
2. Kassenverwaltung  
Die Aufgaben der Kassenverwaltung werden in der Bundesgeschäftsstelle unter Verantwortung des Bundesgeschäftsführers abgewickelt.
3. Bekanntmachungen  
Die Bekanntmachungen des Deutschen Feuerwehrverbandes werden in der „Deutschen Feuerwehr-Zeitung“ und den „DFV-Nachrichten“ veröffentlicht.

Die Anschrift des Deutschen Feuerwehrverbandes ist:

Deutscher Feuerwehrverband  
Bundesgeschäftsstelle  
Koblenzer Straße 133  
Postfach 200269  
5300 Bonn 2  
Telefon (0228) 331093



## Soldatenwettkampf um DLRG-Trophäen

Siegerehrung für erfolgreiche Soldaten-Teams in Münster

Diese Seiten  
erscheinen in  
Verantwortung der  
Deutschen  
Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.

Nur vier Jahre waren die Wanderpreise im Bundeswehr-Wettbewerb „Schwimmen und Retten“ umkämpft. Im jetzt mit der Siegerehrung im Offiziersheim des Pionier-Bataillons 2 in Münden zu Ende gegangenen Wettkampf 1980 haben alle siegreichen Einheiten des Vorjahres zum drittenmal den für ihren Bereich vom Deutschen Bundeswehrverband und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft ausgeschriebenen Wanderpreis erneut gewonnen. Damit gehen alle drei Preise in den endgültigen Besitz der Gewinner über.

Wenngleich die Zahl der 1980 am Wettbewerb teilgenommenen Einheiten auch hätte höher sein können – so der DLRG-Vizepräsident und Leitende Polizeidirektor Hans-Joachim Barthold –, sei aus den Meldungen der Teilnehmer erneut eine Steigerung der Anzahl an abgenommenen beziehungsweise vorhandenen Schwimmfähigkeitszeugnissen und Rettungsschwimmurkunden festzustellen.

Auf die gute Zusammenarbeit zwischen der DLRG-Ortsgruppe Münden und seinem Bataillon wies der Kommandeur des Pionierbataillons 2, Oberstleutnant Franz von Luckwald, hin. Nachdem erst kürzlich ein Lehrgang für Lehrscheininhaber in seiner Einheit abgeschlossen worden sei, wäre es denkbar, so betonte er, daß sich sein Bataillon vielleicht schon im kommenden Jahr an dem Wettbewerb beteiligen werde.

Einen Appell an die Einheitsführer in der Bundeswehr richtete der Präsident der DLRG, Prof. Dr. J. N. Schmitz. Nach seinen Worten muß der Bundeswehropokal-Wettbewerb weiter intensiviert werden. Er überreichte den siegreichen Mannschaften, die jeweils einen Vertreter nach Münden entsandt hatten, die Trophäen und verband damit den Wunsch, auch in Zukunft mit ihrer Beteiligung rechnen zu können.

Bei den Einsatzeinheiten beteiligten sich 26 Kompanien und Batterien. In diesen Einheiten waren Ende 1980 5889 Schwimmfähigkeits- und Rettungsschwimmurkunden vorhanden. In 10 Ausbildungseinheiten wurden 2831 Soldaten 2459 Schwimmfähigkeitszeugnisse und 1253 Rettungsschwimmurkunden ausgehändigt.

Kapitänleutnant Bierwirth (am Rednerpult) als Vertreter des Deutschen Bundeswehrverbandes bei der Begrüßung anlässlich der Siegerehrung.



DLRG-Präsident Prof. Dr. J. N. Schmitz bei der Überreichung der Urkunden an die Siegereinheiten.



Die Vertreter aller Siegereinheiten mit den Repräsentanten der DLRG und des Deutschen Bundeswehrverbandes.



## Organisatorische Probleme beim Einsatz von Rettungstauchern

Wasserunfälle aller Art, zum Beispiel Badeunfälle oder Boots- und Schiffsunfälle, aber auch Straßenverkehrsunfälle, bei denen ein Fahrzeug ins Wasser stürzt, erfordern häufig den Einsatz von Tauchern zur Rettung und Bergung von Personen, die untergegangen, unter Wasser eingeklemmt oder in gesunkenen Fahrzeugen eingeschlossen sind. Dieser Einsatz von Tauchern ist gekennzeichnet durch eine Diskrepanz zwischen der zur Verfügung stehenden kurzen Wiederbelebungszeit und der relativ langen Zeitspanne, die verstreicht, bis ein Taucher mit seiner Ausrüstung am Notfallort einsatzbereit ist.

Grundsätzlich stellen sich für den Einsatz von Rettungstauchern zwei Möglichkeiten dar:

1. Die ständige Patrouille eines Taucherteams in einem schnellen Motorboot. Diese Einsatzmöglichkeit beschränkt sich jedoch auf stärker frequentierte,

aber abgrenzbare Badestrände und Segelreviere. Die Taucher haben hierbei bereits ihre volle Ausrüstung angelegt und sind damit sofort einsatzbereit. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß die Taucher, die in ihrem Kälteschutzanzug unter Umständen der vollen Sonneneinstrahlung ausgesetzt sind und zusätzlich noch durch das Gewicht der mehr als 20 kg schweren Ausrüstung stark belastet werden, recht bald an ihre physische Leistungsgrenze geraten. Muß der Taucher in einem Zustand der Überhitzung und der Wärmestauung unter Wasser gehen, wird er für sich selbst zum Risiko.

2. Der Einsatz im Rahmen des allgemeinen Rettungsdienstes, wobei der Taucher erst nach Bekanntwerden eines Wasserunfalles alarmiert wird. Die Bergung sollte heute zwar im allgemeinen, wie auch im gesamten Rettungsdienst, durch spezialisierte Einheiten der Feuer-

wehr erfolgen. Da aber vielerorts, insbesondere im Binnenland, die Rettungsdienste noch keine eigenen Taucherguppen unterhalten, muß dann, wie bei uns in Ulm, auf Taucher der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft oder von Sporttaucherguppen zurückgegriffen werden. Als äußerst nachteilig zu Lasten des verunfallten Patienten erweist sich hierbei die lange Zeitspanne, die verstreicht, bis ein einsatzbereiter Taucher gefunden und alarmiert wird.

Weitere Zeit geht verloren, bis der Taucher seine Ausrüstung von zu Hause abgeholt hat, dann mit seinem Privat-PKW, der nicht oder nur ungenügend als Notfalleinsatzfahrzeug gekennzeichnet werden kann, die Notfallstelle erreicht, dort erst den Kälteschutzanzug anlegen kann und dann noch das Tauchgerät aufnehmen muß. Als Möglichkeit zur Verkürzung dieser Zeitspanne bietet sich an, die Ausrüstung von speziell ausgewählten Tauchern zentral bei Dienststellen von Rettungsorganisationen, wie zum Beispiel Rotes Kreuz oder Feuerwehr, zu deponieren und im Alarmfall den Taucher mit seiner Ausrüstung in Fahrzeugen des Rettungsdienstes an die Notfallstelle zu fahren. So ist zum Beispiel in Ulm geplant, einen ehemaligen Schnellrettungswagen der Feuerwehr mit drei oder vier kompletten Tauchausrüstungen einschließlich der Kälteschutzanzüge zu bestücken, um so ein schnelles und sofort einsetzbares Tauchereinsatzfahrzeug zu erhalten.

Gerade diese letzte Möglichkeit bietet vor allem zwei Vorteile:

1. Im Gegensatz zu einem Privatwagen kann mit einem Rettungsfahrzeug durch die Verwendung der Sondersignale bereits auf der Anfahrt zum Notfallort wertvolle Zeit eingespart werden, und

2. ist der Taucher in entsprechend groß dimensionierten Fahrzeugen (Kleinbus oder ähnliches) unter Umständen in der Lage, bereits während der Anfahrt den Kälteschutzanzug und das Tauchgerät anzulegen, so daß er voll einsatzklar am Notfallort ankommt.

Im engeren Einsatzbereich von SAR-Hubschraubern bietet sich darüber hinaus noch die Möglichkeit, Taucher auf dem Luftwege an den Einsatzort zu transportieren. Auch durch den Lufttransport kann wertvolle Zeit eingespart werden, und auch im Hubschrauber hat der Taucher die Möglichkeit, bereits während des Fluges seine Ausrüstung anzulegen. Darüber hinaus kann gerade bei flachen Gewässern mit auch nur einigermaßen klarem Wasser die Suche nach vermißten Personen aus der Luft wesentlich schneller als folgt durch eine systematische, aber zeitraubende Suche unter Wasser.



Zusätzliche Probleme ergeben sich bei der Auswahl der für einen Rettungseinsatz in Frage kommenden Taucher. So ist es oftmals in der Kürze der Zeit äußerst schwierig, einen einsatzbereiten Taucher überhaupt zu finden. Eine erste Grundforderung besteht daher darin, daß der Taucher ständig telefonisch erreichbar sein muß und im Alarmierungsfall jederzeit sofort abgerufen werden kann.

Zum zweiten finden Rettungseinsätze meistens unter äußerst ungünstigen äußeren Bedingungen statt: Kälte, Strömung und eine nicht abschätzbare Einsatzdauer verlangen eine überdurchschnittliche körperliche Belastbarkeit, die nur durch ein regelmäßiges und hartes Konditionstraining erreicht werden kann.

Unbekannte Gewässer mit schlechten Sichtverhältnissen und das Wissen, daß nur ein schneller Sucherfolg dem Patienten noch eine Überlebenschance sichern kann, setzen eine besonders starke psychische Robustheit voraus. Für Einsätze bei Nacht oder unter geschlossenen Eisdecken muß der Ausbildungsstand des Tauchers besonders strengen



Anforderungen gerecht werden, dies setzt häufige Tauchübungen unter einsatzähnlichen Bedingungen voraus. Gerade bei Rettungseinsätzen muß sich der Taucher bedingungslos auf seinen Tauchkameraden und dessen diszipliniertes Verhalten verlassen können.

So stellen sich für den Einsatz von Rettungstauchern bei Wasserunfällen nicht

nur einsatztaktische, sondern auch personelle Organisationsprobleme, deren Lösung individuell und den gegebenen örtlichen Verhältnissen angepaßt gefunden werden muß.

**G. Frey, W. Siegler und B. Gorgass, Department für Anästhesiologie, Universität Ulm und Rettungszentrum am Bundeswehrkrankenhaus Ulm**

## DLRG-Arbeit beim Bundesgrenzschutz in Lübeck

Dieser Tage fand in der Sportschule des Bundesgrenzschutzes (BGS) in Lübeck-St. Hubertus im Rahmen des Bundesausbildungszentrums Bundesgrenzschutz der DLRG (auf sprechbare Länge gebracht: BAZ BGS der DLRG) ein Pilotlehrgang für Ausbilder im Rettungsschwimmen statt. Teilnehmer waren Lehrscheinhaber – meist „alter Art“ –, die sich unter Leitung von Herrn Ludwig (BGS) und Dr. Klaus Wilkens (Technischer Leiter des DLRG-Präsidiums) eine Woche lang einer harten Prüfung ihrer körperlichen und fachlichen Leistungsfähigkeit unterzogen. Sie bestanden alle die Prüfung und erhielten für drei Jahre die Prüfberechtigung. Diese Lehrgänge sollen regelmäßig fortgesetzt werden.

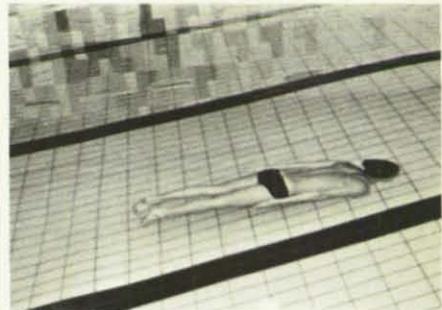
Umfangreich war das Ausbildungsprogramm, das die Teilnehmer des Lehrgangs zu absolvieren hatten. Den Prüfungstag, für die Absolventen sicherlich Höhepunkt der Ausbildung, schildert ein Beobachter wie folgt:

Die Prüfung beginnt mit dem Streckentauchen. Jeder schwimmt seine 30 Meter unter Wasser mit Wende in gutem, sauberem Stil und ohne Anstrengung. Das Tieftauchen in Kleidern ist schon ein wenig schwieriger. Doch alle Prüflin-

ge holen ihre 5-Kilogramm-Tauchringe in der vorgeschriebenen Zeit an die Oberfläche. Dann folgt das, was als das Härteste angesehen wird: Befreiungsgriffe. Prüfer Bodenstein – seit 1972 beim BGS als Schwimmeister angestellt und seit dieser Zeit für die DLRG Lübeck in unermüdlicher und vorbildlicher Weise tätig – geht als „Opfer“ selbst ins Wasser. Er faßt zu, und wer den Armhebel nicht beherrscht, der ist schon „arm dran“. Doch das muß so sein; im Ernstfall geht es um Leben und Tod.

Auch das wird geschafft. An diesem Tag muß der Prüfling auch seine Geschicklichkeit beim Wurf mit dem Rettungsball beweisen. Es ist nicht so leicht, den Ball aus 12 Metern Entfernung bei sechs Versuchen viermal ins Ziel zu bringen; aber es geht gut. Zwischendurch Frage- und Antwortspiel. Manches trocken, vieles auch mit Humor gewürzt. Als Abschluß dieses Prüfungstages muß jeder an der Recording-Resusci-Anne (Wiederbelebungs-Puppe mit Computer-Streifen-Auswertung) beweisen, daß er auch die Atemspende und die Herzmassage beherrscht. Sie wollen noch mehr zeigen, aber der Prüfer läßt es nicht zu. Morgen ist auch noch ein Tag.

Bodo Dirschauer



Streckentauchen



Werfen mit dem Rettungsball



Befreiungsgriffe

# 60 Jahre DLRG in Regensburg

Leistungen der Aktiven gewürdigt

Zu einer gelungenen und erfolgreichen Präsentation der DLRG und ihrer Arbeit in der Öffentlichkeit wurden die Festveranstaltungen des Ortsverbandes Regensburg aus Anlaß seines 60jährigen Bestehens. Die Donaumetropole war denn auch Ziel und Treffpunkt zahlreicher Aktiver der DLRG und ihrer befreundeten Verbände sowie vieler Ehrengäste des öffentlichen Lebens, aus Kirche, Sport, Politik, Schule, Hilfsorganisationen und der Wirtschaft, die sich beim 10. Internationalen Saison-Anschwimmen in der Donau, bei „Strudelschwimmen“, Festabend und Geräteausstellung von der Einsatzbereitschaft des DLRG-Ortsverbandes Regensburg und der DLRG allgemein überzeugen konnten.

Die Festveranstaltung „60 Jahre DLRG in Regensburg und 10. Internationales Saison-Anschwimmen“ nahm mit einem Heimatabend ihren Auftakt. Nach musikalischen Willkommensgrüßen eröffnete Vorsitzender Ludwig Geßner die Jubiläumsveranstaltung. Am Samstagvormittag fand dann im DLRG-Heim im Beisein des DLRG-Präsidenten, Prof. Dr.

J. N. Schmitz, sowie zahlreicher anderer Teilnehmer eine Pressekonferenz statt, auf der über die Ziele, Aufgaben und Leistungen der DLRG im örtlichen und überörtlichen Bereich informiert wurde.

Beim Festabend gab Ludwig Geßner seiner Überraschung über die rege Teilnahme an der Jubiläumsveranstaltung Ausdruck. So waren neben den Vertretern der DLRG auch Mitglieder des THW Regensburg, der Berufsfeuerwehr, der Hilfs-, Rettungs- und Katastrophenschutzverbände sowie Repräsentanten von Kirche, Politik, Sport und öffentlichen Institutionen in das Festzelt gekommen. Geßner verwies auf die Arbeit der DLRG, auf ihre Ziele und Bedeutung innerhalb der Gesellschaft und gab der Hoffnung Ausdruck, die Jugend möge wie bisher auch in der Zukunft Aufgaben übernehmen. Zur Zeit besteht der DLRG-Ortsverband Regensburg aus 1200 Mitgliedern. Im letzten Jahr wurden 8 781 Wachstunden geleistet.

Für den Landesverband Bayern der DLRG übermittelte Landesverbands-Vizepräsident Richard Rosipal der DLRG in der Oberpfalz sowie in Regensburg

Grußworte und Glückwünsche. Rosipal schilderte die Entwicklung der DLRG in Regensburg und klagte über die mangelnde finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand: „Im Gegensatz zum Land- und Luftrettungsdienst ist noch keine befriedigende Lösung gefunden worden, die Kosten für den Erhalt und Betrieb der Einrichtungen des Wasserrettungsdienstes ganz oder teilweise aufzufangen.“ Die Mitglieder der DLRG hätten genug Belastungen während ihres Einsatzes zu tragen und könnten nicht auch noch zu finanziellen Opfern herangezogen werden. Es müsse eine Möglichkeit gefunden werden, ein Betriebskapital zu sichern.

Der Präsident der DLRG, Prof. Dr. J. N. Schmitz, unterstrich in seiner Ansprache, daß die DLRG an der Basis lebe und mit fast 500 000 Mitgliedern die größte Wasserrettungs-Organisation der Welt darstelle. Ferner betonte er, daß Humanität und Sport jene Ideale seien, denen sich auch die DLRG verpflichtet fühle. Er überreichte dem Ortsverband einen Oxygen-Koffer und würdigte das Saisonschwimmen über 7,5 Kilometer als eine sportliche Leistung.

Als weitere Redner würdigten der gleichfalls nach Regensburg gekommene griechische Vizekonsul Thanos Bourlos aus Nürnberg und der stv. Referent für Öffentlichkeitsarbeit im DLRG-Landesverband Bayern, Nikolaus Peter Oikonomides, den Einsatz der Aktiven und das Bemühen, der Jugend in der DLRG eine alternative Freizeitbeschäftigung zu bieten. Das Gründungsmitglied des OV Regensburg, Otto Schleyer, gab in seiner Festrede einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung des Ortsverbandes in den vergangenen Jahrzehnten und stellte fest: „Trotz Inflation wurde das Werk vollendet!“ Schleyer erinnerte an die Kameradinnen und Kameraden aus der Gründerzeit und stellte fest, daß allein der Idealismus damals den Ausschlag zur Gründung der DLRG in Regensburg gegeben habe.

Die Schirmherrschaft des sportlichen Teils der Veranstaltung lag bei Oberbürgermeister Friedrich Viehbacher und Landrat Rupert Schmid. Am 10. Internationalen Saison-Anschwimmen beteiligten sich 26 DLRG-Gliederungen, 10 uniformierte Verbände, Wasserwacht, Berufsfeuerwehr und der Unterwasserclub Regensburg. Die jüngste Schwimmerin war 13 Jahre, der älteste Schwimmer 56 Jahre alt. Insgesamt wurden 369 Teilnehmer und 36 teilnehmende Verbände gezählt.

Eine Fahrzeug- und Geräteschau und ein „Tag der offenen Tür“ mit Filmvorträgen des Bundesverbandes für den Selbstschutz rundeten das Jubiläumsprogramm ab.

Hartmut Tresselt



**DLRG-Präsident Prof. Dr. Schmitz war der prominenteste Ehrengast der Jubiläumsveranstaltungen zum 60jährigen Bestehen der DLRG in Regensburg. Unser Foto zeigt den DLRG-Präsidenten bei seiner Festansprache.**



**Für die Teilnehmer am 10. Internationalen Saisonanschwimmen und am Strudelschwimmen der DLRG Regensburg gab es Urkunden und Pokale. Auch Gründungsmitglied des OV und Ehrenmitglied der DLRG Otto Schleyer (rechts) hatte einen Wanderpokal (unser Bild) gestiftet. Links OV-Vorsitzender Ludwig Geßner.**  
Fotos: Ehl

## Presseschau des Inlands

### „Bequemlichkeit und Mißtrauen verringern die Überlebenschancen“

Zivilschutz – für viele Deutsche ein Fremdwort, unverständlich, unheimlich. Die Bundesrepublik ist in die Verteidigungsplanung der NATO einbezogen, besitzt aber nur für knapp zwei Millionen Menschen Schutzräume. Wir sind nur bedingt überlebensfähig – was sich im Ernstfall als der schwerste Fehler der deutschen Nachkriegs-Regierungen erweisen kann. Abhilfe kann nur durch eine entsprechende Gesetzgebung in Neubauten geschaffen werden. Diese Gesetzgebung ist unausweichlich . . .

„Es ist unbestritten, daß Schutzräume für nur drei Prozent der Bevölkerung zu wenig sind“, erklärte Bundesinnenminister Gerhart Baum vor der zu seinem Ministerium gehörenden Schutzkommission. Die 61 Millionen Menschen im Lande verfügen über ganze 1961208 Unterstände für den Kriegsfall.

Bundesinnenminister Baum, zuständig für die zivile Komponente der Verteidigung, appellierte in seinem Vortrag vor der Schutzkommission an die Eigenverantwortung des Bürgers. „Unerläßliche Voraussetzung für den Zivilschutz ist die Bereitschaft der Bevölkerung, selbst einen aktiven Beitrag zur eigenen Sicherheit zu leisten“, mahnte Baum. Die engen finanziellen Spielräume gestatten dem Staat allenfalls Hilfe zur Selbsthilfe.

Die sieht zur Zeit folgendermaßen aus: Wer einen Schutzraum für mindestens sieben Personen in sein Haus einbaut, kann einen Bundeszuschuß von 4900 Mark in Anspruch nehmen. Bei Schutzräumen für zehn Personen steigt schließlich der Zuschuß auf 6650 Mark. Für einen Schutzraum, der 50 Personen faßt, werden 16800 Mark bereitgestellt. Hinzu kommt die Möglichkeit steuerlicher Abschreibung.

Dennoch tut sich nicht viel. „Der Bürger ist zu unbequemen Leistungen offenbar nur dann bereit, wenn man ihn dazu zwingt“, stellt der Präsident des Bun-

desamtes für Zivilschutz, Paul Wilhelm Kolb, in jeder seiner Äußerungen zum Thema Schutzraum fest. Die Kosten für den Schutzraumbau hält er für vertretbar.

Das Für und Wider des Schutzraumbaus, der Zivilverteidigung überhaupt, wird seit Jahren erwogen. Die entscheidenden politischen Versäumnisse datieren aus der Wiederaufbau-Phase nach dem Weltkrieg. Während des Baubooms jener Jahre hätte man Schutzräume kostengünstig umbauen können. Die „Nachrüstung“ in den bereits bewohnten Häusern ist entweder kostspielig oder technisch unmöglich. Rund ein Prozent der Baukosten berechnet Zivilschutzpräsident Kolb heute für die Einrichtung eines vollwertigen Schutzraumes . . .

Nicht nur Kostengründe werden gegen Zivilschutzmaßnahmen geltend gemacht. So betrachtet beispielsweise der Schöpfer des Begriffs vom Bürger in Uniform, General a. D. Wolf Graf Baudissin, einen umfassenden Bevölkerungsschutz als „Kriegsführungselement“. Von ihm stammt folgende Einschätzung: „Ein entschiedener Ausbau des Bevölkerungsschutzes in der Bundesrepublik unter dem Aspekt eines möglichen Krieges

- führte über die Schadenbegrenzung zu einem – tatsächlichen oder angeblichen – Kriegspotential;
- verschlänge viele Milliarden, ginge mit Sicherheit zu Lasten des Verteidigungshaushalts und würde damit die Kriegsverhütungs-kapazität der Streitkräfte empfindlich mindern;
- konzentrierte das öffentliche Interesse auf Krieg und erregte entsprechende Hysterien, die das politische Klima radikalisierten;
- gäbe der in Osteuropa und in der UdSSR latenten Sorge vor erneuter Aggression aus der Bundesrepublik Auftrieb und Argumente.“

Dagegen führen die Befürworter von Schutzmaßnahmen ins Feld, daß Bevölkerungsschutz einen rein passiven Charakter habe und im übrigen erst zum Tragen komme, wenn Angreifer zu Lande oder aus der Luft auf das eigene Territorium vorgedrungen sind.

Der Friedensforscher Carl Friedrich von Weizsäcker rät zur Nachdenklichkeit. „Die Meinung, der Friede sei schon gesichert, war immer ein Irrtum. Die Meinung, jeder mögliche Krieg sei so über groß, daß es keinen Schutz gegen ihn gebe, ist ebenfalls irrig. Es macht einen Unterschied, ob wir für den Schutz etwas tun oder nicht.“

Weizsäcker befaßt sich in seinem „Plädoyer für mehr Bevölkerungsschutz“ mit möglichen Kriegsbildern. Ewigen Frieden und Kapitulation im Falle eines Angriffs schließt er ebenso aus wie das Argument, Schutzmaßnahmen seien nicht notwendig, weil in einem Krieg unser Land ohnehin durch nukleare Waffen total zerstört werde. Zwischen diesen beiden Extremen sieht von Weizsäcker „ein weites Spektrum möglicher Kriegshandlungen, in welchem das Überleben vieler Menschen, ja des Volkes davon abhängen kann, daß Schutzmaßnahmen vorbereitet werden“.

Im Ernstfall wird die Bundesrepublik Kriegsschauplatz sein. Die Vorneverteidigung der NATO soll an den östlichen Grenzen einsetzen. Aber auch ohne Einbindung ins atlantische Bündnis würde uns der Krieg auf eigenem Territorium nicht erspart bleiben: „Selbst wenn wir die NATO verließen und uns neutral erklärten, wäre unser Land im Fall eines Krieges alsbald Kriegsschauplatz“, warnt von Weizsäcker.

Seine Schlußfolgerungen münden in die Forderungen:

- das Existenzminimum an Versorgung sichern,
- die Binnenwirtschaft partiell autark zu halten und
- die Schutzräume für die Bevölkerung um das Zehnfache auszubauen . . .

(Die Welt, Bonn)

### Zivilschutz-Ausschuß der NATO tagte in Köln

Drei Tage lang hielt der Zivilschutz-Ausschuß der NATO in und um Köln ein Seminar ab, um sich vor Ort über die verschiedensten Einrichtungen des Zivilschutzes zu informieren. Daß es da einiges zu schützen gebe, hob Bürgermeister Heribert Blens bei einem Empfang der Ausschußmitglieder im Rathaus hervor. Doch zeigten sich die Zivilschutzexperten aus allen NATO-Staaten erstaunt darüber, wie weit der Zivilschutz hierzulande schon vorangetrieben worden ist . . .

Thema war auch die Luftrettung, wie sie auch mit dem in Köln stationierten Hubschrauber praktiziert wird. Am dritten Tag schließlich beschäftigte sich der Ausschuß, der normalerweise in Brüssel tagt und nur alle zwei Jahre in einem Mitgliedsland der NATO sein Seminar abhält, mit der Koordination humanitärer, technischer und organisatorischer Hilfe für Katastrophengebiete.

(Kölner Stadt-Anzeiger)

## Presseschau des Auslands

### Österreich: Zivilschutz ist eine große staatliche Aufgabe

Der österreichische Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger sagte anlässlich seiner Rede bei der 20-Jahr-Feier des Österreichischen Zivilschutzverbandes am 11. Mai 1981, Zivilschutz ist der Ausdruck des Selbsterhaltungstriebes eines Volkes. Weiter sprach Dr. Kirchschläger vom Ausdruck einer tiefen Menschlichkeit, die in der Zivilschutzarbeit liegt, daher ist diese Zivilschutzarbeit eine sehr zeitgemäße Aufgabe. „Es wird schon nichts geschehen“ ist keine brauchbare Maxime, wenn es um Menschenleben geht: „Als im Sommer 1955 sich das österreichische Volk durch seine Regierung und durch die frei gewählten Vertreter zum Österreichischen Nationalrat zur immerwährenden Neutralität als neuer Staatsmaxime bekannten, da war jedem politisch Einsichtigen klar, daß wir damit nicht die bequemste aller möglichen Staatsmaximen erwählt haben, sondern jene, die aufgrund der Geschichte und aufgrund der geographischen Situation die für uns angemessenste sei. Wir haben damals und in all den Jahrzehnten seither die immerwährende Neutralität Österreichs nie als eine Gelegenheit dafür verstanden, uns aus dem politischen Geschehen Europas oder der Welt zurückzuziehen, sondern wir haben gewußt und wir wissen es heute, daß immerwährende Neutralität auch immer verlangt, zu den Ereignissen in der Welt in einer klaren, sachlichen Weise Stellung zu beziehen und eine selbständige, vorausschaubare Politik zu machen.

Wir waren uns daher auch von Anfang an dessen bewußt, daß die immerwährende Neutralität für uns Österreicher zwar das geeignetste Mittel ist, um für unsere Republik Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit zu bewahren, daß aber mit der immerwährenden Neutralität allein noch keinerlei Garantie für einen ewigen Frieden für unsere Republik und für unser Volk verbunden sei: Gerade das Beispiel der Schweiz, das wir bei unseren Überlegungen immer wieder herangezogen haben, beweist uns, daß

auch ein immerwährend neutraler Staat neben dem rechtlichen Status der Neutralität und einer klugen weitschauenden Neutralitätspolitik auch umfassende Vorkehrungen im Rahmen eines Gesamtverteidigungskonzeptes für den ‚Krisenfall‘, für den ‚Neutralitätsfall‘ und letzten Endes auch für den ‚Verteidigungsfall‘ zu treffen hat. Diese Vorkehrungen dürfen sich nicht allein auf militärische Maßnahmen beschränken. Schon allein der letzte Krieg hat in einer ganz erschreckenden Weise gezeigt – auch in neutralen Ländern –, wieviel Leid die Zivilbevölkerung durch Waffeneinwirkungen erdulden mußte. Die Entwicklung neuer Waffen seit dem Ende des letzten furchtbaren Krieges hat noch beängstigendere Formen angenommen. Die Zivilbevölkerung würde in Zukunft in einem unvergleichlich höheren Maße von einem allfälligen Kriegsgeschehen heimgesucht werden, und dies weit über die Grenzen kriegerischer Handlungen hinaus.

Der Zivilschutz ist daher – mehr als je in der Vergangenheit – zu einer echten, großen staatlichen Aufgabe geworden; zu einer Aufgabe, die Hand in Hand mit der Verteidigungsbereitschaft erfüllt werden muß und die auch die Verteidigungsbereitschaft erst wirklich glaubwürdig macht. Der Zivilschutz ist aber auch eine Aufgabe einer ehrlich gemeinten Mitmenschlichkeit; und er ist schließlich der Ausdruck des Selbsterhaltungswillens eines Volkes.

Die hochtechnisierte Welt hat neben gar manchem Angenehmen, das die Technik mit sich gebracht hat, auch die Gefahren für die Menschen verstärkt. An unseren Grenzen stehen Atomkraftwerke, für die nicht jene Sicherheitsbestimmungen gelten, die wir uns für unser durch Volksabstimmung nicht zugelassenes Atomkraftwerk selbst auferlegt haben. Wir kennen die Gefahren, die aus großen Speicherwerken drohen, und wir wissen, daß der Himmel heute nicht mehr voller Geigen hängt; auch der Himmel über Wien ist voll von einer uns allen unbekanntem Anzahl von künstlichen Himmelskörpern – mit uns zum Teil unbekanntem Aufgaben, aber, wie Beispiele zeigen, wiederholt atomar verseucht –, welche im Weltraum über uns kreisen.

Das Wort ‚Zivilschutz‘ ist daher heute und wird auch in der Zukunft ein sehr aktuelles Wort sein. Die Aufgabe, die damit verbunden ist, ist daher sehr zeitgemäß für den Staat und gleichzeitig für den Einzelmenschen. Trotz dieser Notwendigkeit scheint es mir bei einer nüchternen Betrachtung wohl geboten, festzustellen, daß der Zivilschutzgedanke in Österreich trotz der stolzen Leistungsbilanz, die der Zivilschutzverband

in den 20er Jahren seines Bestandes aufzuweisen vermag, nur zögernd Fuß faßt . . .

Wir sind, weder was Katastrophen noch internationale Krisen betrifft, eine glückliche Insel, und das so leicht hingesagte Wort ‚es wird schon nicht's geschehen‘ ist dann, wenn es um Menschenleben geht, keine brauchbare Maxime . . .“

(Mitteilungsblatt des Österreichischen Zivilschutzverbandes, Landesverband Oberösterreich)

### UdSSR: Ein bis zwei Milliarden Dollar pro Jahr für die ZV

Die Zivilverteidigung der Sowjetunion gilt als die älteste Einrichtung dieser Art; sie wurde 1932 gegründet. Seit 1967 gibt es in der Sowjetunion eine Zivilschutzpflicht; vom obligatorischen Unterricht über Schutzmaßnahmen werden alle Bürger – vom zehnjährigen Schulkind bis zum 60jährigen – erfaßt.

Bei der Weite des Landes bietet sich zum Schutz der Bevölkerung neben dem Schutzraum auch eine Evakuierungsplanung an. Schutzräume sind in der Sowjetunion vor allem in der Nähe kriegswichtiger Produktionsanlagen gebaut worden. Dort stehen Bunker für 24 Prozent der Arbeitskräfte bereit. In der „Österreichischen Militärzeitschrift“ vom Jahresbeginn heißt es, die Angaben über den Schutz der übrigen Bevölkerung schwanken zwischen 20 und 70 Prozent. In Studien aus NATO-Ländern wird vermutet, daß in den Ballungsgebieten Schutzräume für etwa die Hälfte der Bevölkerung existieren. Dabei handelt es sich meist um Kollektiv-Schutzräume mit Kapazitäten zwischen 500 und tausend Personen.

Die Zivilverteidigung der Sowjetunion ist eine eigene Teilstreitkraft; sie wird von einem Armeegeneral geführt. Neben rund 20 bis 30 Millionen Bürger, die im Rahmen der Zivilschutzpflicht mit speziellen Aufgaben betraut sind, tritt noch die eigentliche Zivilschutztruppe, deren Stärke auf 70000 bis 100000 Mann geschätzt wird.

Die jährlichen Ausgaben der Sowjetunion für die Zivilverteidigung werden auf ein bis zwei Milliarden Dollar geschätzt.

Zivilschutzbefehlshaber General Altunin schrieb über die Zivilverteidigung der Sowjetunion: „Der moderne Krieg verlangt bereits im Frieden allseitige und rechtzeitige grundlegende Schutzmaßnahmen. Es ist unmöglich, alle Maßnahmen erst in der Vorkriegsperiode zu verwirklichen. An erster Stelle steht dabei die Sicherstellung von Schutzbauten für die Bevölkerung.“ (Die Welt, Bonn)

# Wissenschaft & Technik

## Die Hyperventilationsmaske

Mit einem Anteil von 90–95% aller Tetanieformen stellt die Hyperventilations-Tetanie eine der häufigsten Notfallsituationen dar. Das Erkennen des erregt-ängstlichen Zustandes des Patienten gelingt am Notfallort meist ebenso wie das Erkennen der Leitsymptome: anfallsweise Hyperventilation, unangenehmes Empfinden der Atmung mit Luftnot, Engegefühl in der Brust mit Präcordialschmerz, Parästhesien in den Händen und Füßen, Tremor der Skelett- und mischen Muskulatur, hysterieforme Reaktionen, Karpopedalspasmen.

Das Abgrenzen der Differentialdiagnose gegenüber anderen Erkrankungen gehört immer in die Hände des Arztes

ebenso wie die Behandlung des Hyperventilations-Syndroms. Als die Methode der Wahl gilt das autogene Training des Patienten.

Die symptomatische Therapie in Form des Rückatmungsversuches hat sich bei der Mitbehandlung des Hyperventilations-Syndroms vielfach bewährt. In der Notfallsituation stellt der Rückatmungsversuch in Verbindung mit beruhigender Erläuterung des Zusammenhanges der zugrunde liegenden Störung und der symptomatischen Wirkung der Maßnahme eine durch das geschulte (!) Personal anzuwendende Erste-Hilfe-Methode dar. Die Hyperventilationsmaske ist dabei dem häufig empfohlenen Provisorium einer Plastiktüte unbedingt überlegen.

Durch die anatomisch gerechte Paßform der Maske über Mund und Nase sowie den angebrachten, großvolumigen Rückatmbeutel wird dem erregt-ängstlichen Patienten bei der Anwendung der medizinisch-qualifizierte Charakter der Methode besonders verdeutlicht. Sie ist eine äußerst sinnvolle Ergänzung zu vorhandenen Erste-Hilfe-Mitteln und gehört zur Ausstattung von Arztpraxen, Ambulanzen, Krankenfahrzeugen, Notfallkoffern usw.



## 1980: Zahl der tödlichen Unfälle auf dem niedrigsten Stand

Die gemeinsamen Anstrengungen der Unternehmen und der Berufsgenossenschaften zur Verbesserung der Arbeitssicherheit haben 1980 zu einer weiteren positiven Entwicklung des Unfallgeschehens geführt. Grundsätzlich sind die Unfallzahlen in der gewerblichen Wirtschaft erneut gesunken. Dieses erfreuliche Fazit läßt sich nach jetzt vorliegenden vorläufigen Ergebnissen der Statistik des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften ziehen.

1980 wurden 1 744 400 Unfälle gemel-

det, was einen Rückgang um 15 071 oder 0,9% gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Leicht gestiegen ist die Zahl der Unfälle am Arbeitsplatz. Sie stieg um 1,2% auf 1 542 972. Meldepflichtig ist dabei jeder Arbeitsunfall, bei dem ein Arbeitnehmer getötet oder mindestens für drei Tage arbeitsunfähig wird.

Auf dem Weg zu oder von der Arbeitsstätte sind 1980 insgesamt 160 474 gewerbliche Arbeitnehmer verunglückt. Mit rund 17% ist der Rückgang bei den angezeigten Wegeunfällen erfreulicherwei-

se besonders hoch. Zurückzuführen ist dieser enorme Rückgang der Unfallzahlen allerdings vor allem darauf, daß im ersten Quartal des Jahres 1979 sehr ungünstige Witterungsverhältnisse zu einem starken Anstieg der Zahl der Wegeunfälle führten. Auch die Zahl der angezeigten Berufskrankheiten war im vergangenen Jahr mit 40 954 um 214 (0,5%) niedriger als 1979.

Die Zahl der erstmals entschädigten Arbeitsunfälle, Wegeunfälle und Berufskrankheiten spiegelt die schweren Fälle wider, die mit einer Rente entschädigt worden sind, weil über die 13. Woche nach dem Arbeitsunfall hinaus eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 20% vorgelegen hat oder es sich um einen Todesfall handelt. Die erstmals entschädigten Arbeitsunfälle sind 1980 nur um rund 2% zurückgegangen, ein wesentlich stärkerer Rückgang war bei der Zahl der erstmals entschädigten Wegeunfälle zu beobachten, die mit 10 403 um 2 223 oder 17,6% niedriger war als im Vorjahr.

Die 1979 unterbrochene rückläufige Tendenz bei den tödlichen Unfällen setzte sich 1980 wieder fort. Insgesamt wurden 3 099 tödliche Unfälle entschädigt, das waren 170 oder 5,2% weniger als 1979. Die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle ging um 126 (6,3%) auf 1 870 zurück. Damit erreichte sie ihren niedrigsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Zurückgegangen ist ebenfalls die Zahl der tödlichen Wegeunfälle, und zwar um 6%. Es ereigneten sich im Vorjahr insgesamt 1 047 Wegeunfälle mit tödlichem Ausgang.

## In den USA entwickelt: Feuerschutz-Laken

Ein neu entwickeltes Feuerschutz-Laken aus Amerika übersteht für rund zwei Minuten eine Temperatur von etwa 1 100 Grad Celsius, weil es mit einer Paste getränkt ist, die feuer- und flammenbeständig ist. Es eignet sich zum Körperschutz bei und nach Verbrennungen sowie zum Schutz von vom Feuer eingeschlossenen Personen. Derartige Fälle sind gerade in den letzten Monaten häufiger in den USA bei Hochhaus- und Hotelbränden aufgetreten. Die Laken lassen sich aber ebenso bei Autounfällen und bei Flugzeugabstürzen einsetzen, wenn es gilt, kurzzeitigen Schutz vor Flammen zu haben.

Um die früher gefürchteten Verklebungen von Schutzfolien mit der menschlichen Haut zu vermeiden, ist das Laken mit einer Schicht aus Polysacchariden, Öl und Puder beschichtet.

## Neue Bücher

### Notruf 112 – Feuerwehren im Einsatz

Herausgegeben von der efb-Verlagsgesellschaft mbH, Breslauer Str. 25, 6450 Hanau/Main

Mit dem 2. Band der Buchreihe „Notruf 112“ knüpft die Brandschutzzeitschrift „112 – Magazin für den Feuerwehrmann“ an den Erfolg des im vorigen Jahr erschienenen 1. Bandes an. Wie auch das erste Buch richtet sich das jetzt erschienene sowohl an den aktiven Feuerwehrmann als auch an denjenigen, der lediglich das „Hobby Feuerwehr“ pflegt und nicht aktiv am Feuerwehrdienst beteiligt ist.

Die 35 Einsatzberichte, die in dem Buch enthalten sind – z. T. farbig illustriert – geben dem Leser einen guten Einblick in das Geschehen bei den Feuerwehren in aller Welt. Die Palette der Berichte reicht von der reinen Fotoreportage bis zum detaillierten technischen Einsatzbericht. So wird u. a. über Einsätze im Inland (Krankenhausbrand in Achern, Großbrand in Bergisch-Gladbach und Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen) berichtet, aber auch interessante ausländische Einsätze werden geschildert, z. B. Buschfeuer in Los Angeles, Erdbebeneinsatz in Oberitalien und Feuerwehreinsatz in Moskau.

Abgerundet wird der Überblick durch die Schilderung von Einsätzen in der Vergangenheit; so werden der Brand von Hamburg 1842 und Großbrände um die Jahrhundertwende ebenso dargestellt wie der Erlebnisbericht des Militärbranddirektors der Festung Mainz in den Jahren 1914–1918.

### Bernhard & Graefe aktuell

Herausgegeben vom Arbeitskreis für Wehrforschung  
Bernhard & Graefe Verlag, München

Die 1979 eingerichtete Buch-Reihe soll Fachleuten wie politisch Interessierten zur Information und Meinungsbildung

dienen, aber auch als Anregung, sich eingehender mit den Fragen der äußeren Sicherheit, den Diskussionen um Friedens- und Sicherheitspolitik zu befassen. Im folgenden stellen wir einige Bücher vor.

### Band 20: Der deutsche Rüstungsexport – Beurteilung und Perspektiven von Eckehart Ehrenberg

Der Verfasser unternimmt mit seiner Studie „Der deutsche Rüstungsexport“ den Versuch, die Situation und ihre Folgen kritisch zu beleuchten, die rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte dieses brisanten Themas zu analysieren und die offiziellen Entscheidungsrichtlinien einer grundsätzlichen Kritik zu unterziehen.

### Band 21: Streitkräfte 1979/80 – Die „Military Balance“ des Internationalen Instituts für Strategische Studien, London

Die deutsche Ausgabe der „Military Balance“ beschreibt die Wehrpotentiale aller Länder und analysiert das Ost/West-Kräfteverhältnis. Das Zahlenmaterial basiert im wesentlichen auf den gemittelten Angaben aus verschiedenen Ländern sowie Erkenntnissen und Studien des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London.

### Handbuch Brandschutz

Lemke / Birth / Polthier  
550 Seiten, Loseblattsammlung,  
ecom ed verlagsgesellschaft,  
8910 Landsberg

Das Handbuch bietet in einem Band umfassende Praxisinformation zum Gesamtgebiet des modernen Brandschutzes. Es ist damit ein wichtiges Nachschlagewerk für alle Führungskräfte der Berufs-, Freiwilligen, Werk- und Betriebsfeuerwehren. Angesprochen sind außerdem die Verantwortlichen im Bereich der Sachversicherer, der Brandforschung, des Katastrophenschutzes und der Arbeitssicherheit, in Behörden, Überwachungsstellen und Ingenieurbüros.

Auf diesen großen Adressatenkreis ist die Darstellung der behandelten Stoffgebiete zugeschnitten. Einleitend werden die Organisationsformen des Brand- und Katastrophenschutzes und deren gesetzliche Grundlagen dargestellt. Im Bereich der Brandentstehung werden die einzelnen Themen physikalisch-techni-

sche Grundlagen, brennbare Stoffe, Kennzeichnung brennbarer Stoffe, gefährliche Stoffe, Zündquellen, Zündvorgang und Explosion behandelt. Unter dem Stichwort Brandbekämpfung werden Brandausbreitung, Atemgifte, Unfallverhütung, Löschmittel, Feuerwehrfahrzeuge und Ausrüstung erläutert. Besonders ausführlich werden die Einsatzlehre und die Ausbildung im Brand- und im Katastrophenschutz behandelt. Einen besonderen Schwerpunktbereich bildet der Vorbeugende Brandschutz, hier wird im einzelnen auf die Themen baulicher Brandschutz, technische Anlagen, betrieblicher Brandschutz, Werkfeuerwehr und Musterbauordnung eingegangen. Im Anhang sind Richtlinien, Adressenlisten, Normblatt- und ein Sachwörterverzeichnis zu finden.

Mit diesem breiten Themenkomplex wird das Handbuch zu einem nützlichen Leitfaden, der den Verantwortlichen eine umfassende Praxishilfe zu allen Fragen des modernen Brandschutzes gibt.

### Die praktische Knoten-Fibel

Von J. Tom Burgess  
BLV-Verlagsgesellschaft mbH,  
München

Knoten von A (Achtknoten) bis Z (Zimmermannsstek) führt dieses aus dem Englischen übersetzte Buch auf, das schon seit 1884 auf dem Markt ist und jetzt überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht wurde.

Für alle, die entweder im Alltag oder in der Freizeit mit Tauwerk, Leinen, Schnüren oder Bindfaden umgehen, ist die Knoten-Fibel mit ihren 250 Gebrauchsknoten ein handliches und zweckmäßiges Nachschlagewerk.

Viele einfache Zeichnungen veranschaulichen die theoretischen Anleitungen und erleichtern dem Neuling das Knoten-, Schlingen- und Spleißen.

Ein besonderes Kapitel befaßt sich mit dem Spleißen von geflochtenem Kunstfasertauwerk. Zugleich geht das Buch auch auf die unterschiedliche Behandlung von Natur- und Kunstfaserleinen sowie auf Drahttauwerk ein.

Die übersichtliche Zusammenstellung der Knoten läßt den Fortgeschrittenen den zweckmäßigsten Knoten für die jeweilige Aufgabe schnell finden und den Anfänger die für ihn wichtigen Knoten leichter lernen und unterscheiden.

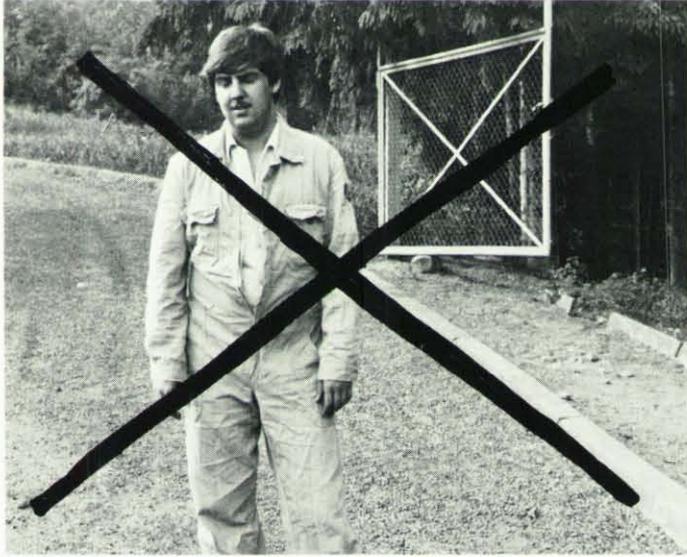
Das Auffinden aller Knoten wird durch ein Stichwortverzeichnis erleichtert.

Jürgen Lampe

## Das Minimagazin

### Safety first – im Bergungsdienst

**Hinweis:** Die jeweiligen Ziffern in Klammern beziehen sich auf die BVS-Dienstvorschrift III und zeigen die Fundstelle auf.



**Sicherheitshinweis Nr. 16:** Bei Vorführungen und Übungen im Rahmen der Fachausbildung ist grundsätzlich ein Schutzhelm zu tragen. Es ist sicherzustellen, daß die Arbeitskleidung in einwandfreiem Zustand ist. (BVS-DV III Nr. 4.2.3.2–4.2.3.4)

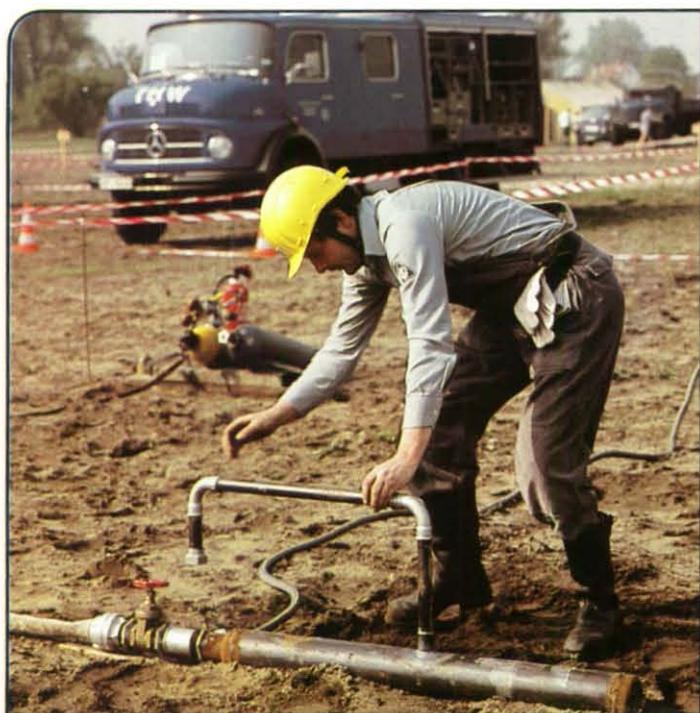


**Sicherheitshinweis Nr. 17:** Beim Einschlagen von Pfählen ist der Pfahl mit einem Werkzeug (Schaufel, Spaten, Spitzhacke) zu halten.



**Sicherheitshinweis Nr. 18:** Es ist verboten, Geräte, Werkzeuge oder Übungsmaterial anderen Helfern zuzuwerfen. (BVS-DV III Nr. 4.4.1)

## THW an der Elbe



In Hamburg-Finkenwerder fand am 16. Mai 1981 der sechste und bisher größte Bundeswettkampf des THW statt: 429 Helfer aus dem ganzen Bundesgebiet waren an die Elbe gekommen, um hier um die ersten Plätze und die Pokale zu kämpfen. Jeder der elf Landesverbände des THW nahm mit drei Mannschaften an den Wettkämpfen in den Bereichen „Bergung“, „Instandsetzung“ und „Jugendarbeit“ teil. Erstmals waren damit alle drei Disziplinen aus dem Aufgabenbereich des THW bei einem Bundeswettkampf vertreten.

Neben den eigentlichen Wettkampfaktivitäten präsentierte das THW eine 12-Tonnen-Ponton-Fähre auf dem Rüschkanal sowie auf dem Wettkampfsplatz je einen komplett ausgestatteten Bergungs- und Instandsetzungszug mit Fahrzeugen und Gerät.